



18. und 19. Heft | 3. September 1908

WILHELM SCHRÖDER · ZUM SOZIALDEMOKRATISCHEN PARTEITAG IN NÜRNBERG

SCHIEN es eine ganze Weile, als ob der diesjährige Parteitag einer der ruhigsten werden sollte, die wir seit langem erlebt haben, so ist diese Hoffnung jetzt glücklich zu schanden geworden. Jugendorganisationen- und Maifeierfrage fingen kein Feuer; jetzt züngeln die Flammen, die die Revisionisten nicht nur nach Personengruppen sondern gleich länderweise rösten sollen, fröhlich an der Frage der Budgetbewilligung zum Himmel empor. Mit welchem Eifer einer immer die *Versumpfung* der Partei betreiben mochte: der Erfolg, dass der Süden fast geschlossen der Ketzerei anheimgefallen ist, während im Norden unter den ausgesuchtesten Reinkulturen des *Radikalismus* sich zahlreiche angefressene Stellen zeigen, der Erfolg übertraf alle Erwartungen. Was nützt es dem theoretischen Revisionismus in gemessenen Abständen das Zeugnis mit auf den Weg zu geben, dass er wirklich und wahrhaftig tot sei, wenn das Übel in der Praxis um so ungenierter weiter wuchert?

Unsere Parteigenossen von der *radikalen* Richtung meinen, dass Gericht gehalten, dass so oder so Klarheit geschaffen werden muss. Muss es denn sein, so mag abermals ein Existenzkampf gekämpft werden. Abermals. Denn das, was heute die Gemüter bewegt, war schon häufig da, und immer, wenn die Schlacht oder der Feldzug zu Ende war, war es der Revisionismus, der die Siegesfahne aufpflanzte. Da ziemt es sich denn schon aus Grossmut, dass gerade in der Hitze des Gefechts an etwas erinnert wird, was so oft ausser acht gelassen wurde. Daran nämlich, dass, was man *Radikalismus* und *Revisionismus* nennt, eben wegen der Gegensätzlichkeit zusammengehört. Und weiter an den scheinbaren Widerspruch, dass es bei aller frohen Siegeszuversicht das Schicksal des Revisionismus ist in der Minderheit zu sein. Mit andern Worten: der Revisionismus hat in der Gegenwart stets unrecht, um in der Zukunft immer recht zu haben. Weil dem nun von je so war, weil der Revisionismus sich gelassen in seiner Siegeszuversicht zu solcher Bescheidenheit verurteilt, soll man es auf der andern Seite nicht anmassend finden, wenn er unrichtigen Beurkundungen gegenüber eine Revision seines Geburtsscheins beansprucht. Es ist eine Verkennung der Tatsachen zu schreiben, dass es vor 10 oder 15 Jahren noch keinen Revisionismus und keine Revisionisten gegeben habe. Er und

seine Anhängerschaft existieren vom Schöpfungstage der Partei an als siamesischer Zwillingbruder des *Radikalismus* oder, genauer ausgedrückt, Konservatismus in der Sozialdemokratie.

Wie jede Kulturbewegung, die der Welt und ihrem engeren Vaterlande zum Nutzen Grosses zu verrichten hat, so hat auch die Sozialdemokratie das unschätzbare Geschenk der verschiedenen Richtungen, der inneren Kämpfe in die Wiege gelegt bekommen. Ohne solche Kämpfe ist eine Entwicklung, eine Ausbreitung, eine Anpassung an die sich ändernden Daseinsbedingungen undenkbar. Vor allem die Sozialdemokratie wäre längst zur Sekte verkümmert, wenn in ihr nicht ständig Ketzer erständen, die heute *Revisionisten* heissen, früher aber *Opportunisten*, *Possibilisten* und *Flaumacher*, auch wohl *Verräter* genannt wurden. Diesen Zweiflern und Nörglern am Gemeingültigen, diesen Verkündern des neuen Glaubens, liegt es ob neue Wege, neue Betätigungsbereiche zu suchen. Das ist unbequem. Man hatte gerade seinen Acker bestellt und gefunden, dass alles gut war, dass die Saat prächtig gedieh, und nun wollten die unruhigen Geister neues Land bearbeiten, auf welchem der Erfolg völlig ausbleiben müsse, wollten sie eine neue Verzettlung der Kräfte. Wie unsinnig solche Neuerung war, zeigte schon die geringe Zahl ihrer Anhänger. Aber nun geschah es, dass mit der Propaganda die Anhängerschaft sich mehrte und dass die anfänglich bspöttelte oder als Prinzipienverstoß bekämpfte Neuerung den Sieg erfocht, worauf die Revisionisten abermals ihr unruhstiftendes Handwerk an anderer Stelle begannen.

Aber warum kehrt sich der Betätigungsdrang der Revisionisten stets nach rechts und nie nach links, warum leitet der Revisionismus die Partei stets ins *bürgerliche Fahrwasser*? Weil nach anderer Richtung hin kein Raum ist. Die Sozialdemokratie trat ein in den Daseinskampf als die absolute Verneinung der bürgerlichen Welt, und sie sollte sich doch in dieser Welt ausbreiten. Da blieb von Anfang an nichts übrig als die *Versündigung am Prinzip*. In seiner 1869 geschriebenen Broschüre gegen die »unverständige Überschätzung des allgemeinen Stimmrechts« gibt es bei Liebknecht kein Paktieren, kein Parlamenteln. »Die sozialistische Idee kann nicht innerhalb des heutigen Staates verwirklicht werden; sie muss ihn stürzen, um ins Leben treten zu können. Kein Friede mit dem heutigen Staat. Und weg mit dem Kultus des allgemeinen und direkten Wahlrechts!« Zur grossen Stunde der energische, gewaltsame Ruck, und der Bourgeoisstaat liegt in Trümmern. Die sozialistische Ordnung etabliert sich, gestützt von der Diktatur des Proletariats. Der Gedanke, dass die bürgerliche Welt Schritt für Schritt in kleinen, zähen, unendlich langsamen und ermüdenden Kämpfen erobert werden muss, und dass insbesondere der Übergang von der kapitalistischen zur sozialistischen Produktionsweise nur in dem selben Sinne merkbar und unmerkbar vor sich gehen kann wie ehemals der Übergang zur kapitalistischen Produktionsweise: dieser Gedanke musste erst langsam von *Flaumachern* den Parteigenossen beigebracht werden. Die Bekämpfung der bürgerlichen Ordnung, die Propaganda für den Sozialismus dadurch, dass man ein Gebiet nach dem andern langsam unter Abwägung der Kräfte in Besitz nahm, erschien dem konservativen *Radikalismus* als Konzession an den Gegenwartsstaat und wurde in bester, von ehrlichster Überzeugung ausgehender, aber doch falscher Ansicht als Verstoß gegen das Prinzip angesehen.

Diese Definition der Parteibegriffe *Radikalismus* und *Revisionismus* wird natürlich töricht und irrtümlich genannt werden, da es in der auf dem Dresdener Parteitag /1903/ gefassten Resolution heisst:

»Der Parteitag verurteilt auf das entschiedenste die revisionistischen Bestrebungen unsere bisherige bewährte und sieggekrönte, auf dem Klassenkampf beruhende Taktik in dem Sinne zu ändern, dass an Stelle der Eroberung der politischen Macht durch Überwindung unserer Gegner eine Politik des Entgegenkommens an die bestehende Ordnung der Dinge eintritt.«

Für diese Resolution konnte ein Sozialdemokrat mit gleich gutem Gewissen stimmen und nicht stimmen. Eine Politik des Entgegenkommens an die bestehende Ordnung der Dinge hat die Sozialdemokratie getrieben und musste sie treiben seit ihrer Geburt, nur mit der Wirkung, dass ihr dies Entgegenkommen immer sehr gut bekam und ihr nicht den Dank sondern den verschärften Hass der Gegner eintrug, die gar bald einsehen lernten, dass das Entgegenkommen eine Verringerung oder das gänzliche Aufhören ihres Einflusses bedeutete. Ein Entgegenkommen in dem Sinne aber, dass ein Sozialdemokrat sein eigentliches Ziel, die Umwandlung der kapitalistischen in die sozialistische Produktionsweise verleugnete, hat es aber noch nicht gegeben und kann es auch nicht geben, weil der Sozialdemokrat, der diese unsinnige und die wirtschaftlichen Entwicklungsgesetze verkennende Konzession machte, eben aufhörte Sozialdemokrat zu sein.

Es hiesse die Geschichte der Partei schreiben, wollten wir die revisionistischen *Irrungen* in allen Einzelheiten verfolgen. Einige wenige Beispiele mögen aber doch zeigen, dass der Revisionismus eine Notwendigkeit ist, sei es auch nur im Sinne des »bösen Feindes«, der »reizt und wirkt und muss als Teufel schaffen«.

Des Streites um den *Parlamentarismus* in den sechziger Jahren haben wir schon gedacht. Liebknecht war aber dem Parlamentarismus gegenüber viel zu sehr Revisionist, um nicht in der 1888 erschienenen neuen Auflage seiner Schrift über die Stellung der Sozialdemokratie zu erklären, dass jemand, der mit den veränderten Verhältnissen sein Handeln nicht ändere, an der Erfindung des Pulvers unschuldig sei. In Liebknechts Fusstapfen traten andere Parteigenossen, wenn auch bei andern Gelegenheiten, und es ist daher keine Überhebung sondern nur eine Mahnung revisionistischer Notwendigkeiten eingedenk zu sein, wenn wir etlicher Prinzipienfestigkeiten von ehedem hier in Kürze gedenken.

Um das Wirken auf einem unserer wesentlichsten Betätigungsgebiete, dem der kommunalen Sozialpolitik, hatten wir die heftigsten inneren Kämpfe zu führen. Zweifelnd zogen die Berliner Parteigenossen 1883 in den Wahlkampf, als durch Puttkamers Ukas die Stadtverordnetenversammlung aufgelöst war, und unerwartet fast kam die Eroberung von fünf Mandaten. Allerhand Fehler in der Auswahl der Kandidaten, die Missstimmung gegen das korrumpierende Bismärckische Spitzelregiment sowie die scheinbare Unmöglichkeit dem reaktionären Kommunalfreisinn Konzessionen abzurufen, liessen schon bei den Wahlen von 1885 Stimmen laut werden, die sich prinzipiell gegen eine Beteiligung an den Stadtverordnetenwahlen erklärten. Mit voller Wucht setzte die Agitation für Enthaltensamkeit aber bei den Wahlen von 1887 ein. Die damaligen *Radikalen* in der Berliner Partei, von denen sich einige bekanntlich sehr zu Revisionisten umgewandelt haben, beriefen Versammlungen,

in denen es heiss herging, und die sich für strikte Wahleuthaltung erklärten. Nach harten Kämpfen sprach sich die Mehrheit der Berliner Parteigenossen zwar für die Beteiligung aus, jedoch litt das Ergebnis der Stadtverordnetenwahlen ganz offenbar unter den inneren Streitigkeiten. Mit noch stärkerer Wucht setzte die Gegenagitation aber 1888 bei den notwendig gewordenen Nachwahlen ein. Charakteristisch war eine am 12. Mai 1888 im Restaurant *Sanssouci* abgehaltene Versammlung, die nach den Mitteilungen der *Berliner Volkstribüne* von mindestens 1500 Personen besucht war und nach eingehender Erörterung folgende Resolution annahm:

»In Erwägung, dass bei einer Beteiligung an den Kommunalwahlen der Aufwand an intellektuellen und materiellen Kräften zu den möglicherweise erwachsenden Vorteilen in keinem Verhältnis steht; in fernerer Erwägung, dass durch die Erfahrung hinlänglich erwiesen ist, dass die Eroberung einiger Sitze in den Stadtverordnetenversammlungen die aufsteigende Entwicklung der Arbeiterpartei in keiner Weise gefördert hat, dagegen durch sich breit machendes Strebertum und Autoritätshascherei die Partei korrumpiert wird, beschliesst die Versammlung die Beteiligung an den Kommunalwahlen abzulehnen.«

Auch hier unterlag schliesslich die *radikale* Richtung. Doch machten sich noch 1889 Stimmen für Ignorierung der Stadtverordnetenwahlen geltend, während 1891 nur die *Unabhängigen* gegen die Wahlbeteiligung kämpften. Somit kann man sagen, dass erst seit 15 Jahren die Opposition gegen eine Betätigung auf kommunalem Gebiet verstummt ist.

Noch ein paar Erinnerungen.

Seit dem Anfang der neunziger Jahre bekämpfte namentlich unser Parteigenosse Dr. Leo Arons die orthodoxen Anschauungen über das Wesen der Konsumvereine. Auf dem Parteitag in München /1902/ hielt Auer es in dem von ihm vorgetragenen Bericht des Parteivorstandes für angebracht die Behauptung zu widerlegen, es sei der Partei unangenehm, dass die Konsumvereinsbewegung hohe Anforderungen an die Parteiintelligenz stelle und dadurch zu viele Kräfte der Partei absorbiere. Schon zwei Jahre später, in seinem schriftlichen Bericht zum Bremer Parteitag, hatte der Parteivorstand die Genugtuung eine Anzahl Beispiele dafür anführen zu können, wie staatliche und städtische Verwaltungen mit einander darin wetteifern, aus Furcht vor der Sozialdemokratie und der sogenannten *Mittelstandsretterei* zu Liebe, den von ihnen abhängigen Arbeitern die Zugehörigkeit zu einem Konsumverein zu verbieten.

Wie gewaltig die Ansichten über die Bedeutung der Konsumvereine sich geändert haben, möge ein Beispiel aus dem Jahre 1888 zeigen, als, nebenher bemerkt, in Dresden und Leipzig schon Arbeiterkonsumvereine gegründet waren. Im *Berliner Volksblatt* vom 5. Oktober 1888 heisst es in einem Leitartikel über die Konsumvereine, der sich gegen einen von Dr. Crüger auf der Generalversammlung des *Vereins für Sozialpolitik* gehaltenen Vortrag richtete:

»Es ist ein ökonomisches Gesetz, dass der Arbeitslohn durch die Konkurrenz der Arbeiter unter sich auf das tiefste Niveau des zum Leben Notwendigen herabgedrückt wird, und dass billige Preise der Lebensmittel auf die Dauer nicht dem Arbeiter zu gute kommen, sondern dem Arbeitgeber, der den Lohn entsprechend herabsetzt. . . . Ebenso würde es sein, wenn die Arbeiter durch Konsumvereine sich die Lebensmittel billiger beschaffen. Die Löhne würden um den Betrag der Preisdifferenz, und zwar mindestens um diesen Betrag, gekürzt werden und der Konsumverein hätte also nur für die Herren Fabrikanten

gearbeitet. Und genau die nämliche Wirkung, wenn auch in anderer Form, würde auf alle übrigen kleinen Leute, die vom Grosskapital abhängen, oder mit in der Konkurrenz desselben leiden, hervorgebracht werden: der Vorteil würde nicht in ihre Taschen fließen. Dazu kommt noch die Verschlechterung des *Arbeitsmarktes* durch die Hunderttausende proletarisierten *Zwischenhändler*, die selbstverständlich die Löhne noch mehr drücken und das Geschäft der *kleinen Leute* noch mehr verderben würden. Kurz, mit dieser Wiedererweckung des *Konsumvereinsangeliums* ist es auf eine Täuschung des arbeitenden Volkes im Interesse des Kapitalismus abgesehen.

Heute lächeln wir ob dieser naiven Anwendung des ehernen ökonomischen Lohngesetzes.

Die Verstärkung der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion auf 24 Mandate, deren die Partei sich nach dem Wahlkampf vom Herbst 1884 zu erfreuen hatte, brachte eine Erweiterung der parlamentarischen Tätigkeit mit sich. Die Fraktion entsandte zum ersten Male Mitglieder in den *Seniorenkonvent* und die *Kommissionen* des Reichstags. Daraus machten im *Sozialdemokraten* vom 23. April 1885 Frankfurter Parteigenossen der Fraktion den Vorwurf, dass sie eine erbärmliche, nur zu verachtende Regierungsform indirekt als zu Recht bestehend anerkenne, dass sie versuchte »unsere revolutionäre Bewegung in den Sumpf des Parlamentarismus zu führen«.

Nach Erlass des *Krankenkassengesetzes* 1883 galt es in weiten Parteikreisen als Ehrenpflicht die Ortskassen oder Zwangskassen, wie man sie damals nannte, zu meiden und die freien Hilfskassen zu stärken. In einem Artikel vom 10. Mai 1883 gab der *Sozialdemokrat* die gang und gäbe Ansicht der Parteigenossen dahin wieder, das Krankenkassengesetz habe für die Arbeiter nur das eine Gute, dass es sie veranlassen werde sich vor seinem Segen unter die Fittiche freier Hilfskassen zu flüchten. Jahrelang erschienen in der Arbeiterpresse in gemessenen Zwischenräumen Aufrufe an die Mitglieder der Ortskassen zum Jahresschluss ihren Austritt anzukündigen und den freien Hilfskassen beizutreten. Nicht durch eine Verbesserung sondern durch eine Verschlechterung des Krankenkassengesetzes erreichte die Regierung es 1892, dass die Arbeiterschaft sich die Ortskassen eroberte. und zwar mit einem solchen Erfolge, dass Ministerpräsident Fürst Bülow 1905 im preussischen Landtage darob ein herzerweichendes Wehklagen anstimmte.

Wie sehr auf gewerkschaftlichem Gebiete die revisionistischen Ansichten sich Bahn gebrochen haben, ist bekannt. Wir leben in einer Zeit der Krise, wo die Gewerkschaften alle Kraft und Klugheit anwenden müssen, um das eroberte Gebiet zu behaupten. Aber dennoch dürften wohl nur wenige Parteigenossen vorhanden sein, die die Gewerkschaften als Selbstzweck nicht anerkennen und sich dem Ausbau der Arbeitslosenunterstützung und anderer Versicherungszweige der Organisation widersetzen würden. Und doch, welche Kämpfe gab es vor zwanzig Jahren noch um diese Fragen! Welche Mühe hatten die Gewerkschafter, um den Verdacht der *radikalen* Parteigenossen zu entkräften, dass der Ausbau des Unterstützungswesens zur Hirsch-Dunckerei führe, wie lange dauerte es, bis allgemein die Ansicht sich Bahn brach, dass es keinen Unterschied zwischen Kampforganisationen und Unterstützungsorganisationen gebe, sondern dass der Ausbau des Unterstützungswesens mit hohen Beiträgen eine Gewerkschaft erst zur Kampforganisation mache! Wir hätten keine 2 Millionen Arbeiter gewerkschaftlich organisiert, wenn die *radikale* Anschauung von ehemals nicht gründlich *ad absurdum* geführt worden wäre.

So drastisch wie nur denkbar gibt sich der Sieg revisionistischer Anschauungen in der Frage der Beteiligung an den preussischen Landtagswahlen zu erkennen. Freilich heisst es heute, dass der Revisionismus kein Recht habe diesen Sieg für sich in Anspruch zu nehmen, weil auch *Radikale* von heute auf seiten der Befürworter der Wahlbeteiligung gestanden hätten. Wir wissen nicht, was diese Beweisführung soll, wo es doch wahrlich nicht auf die Personen sondern auf die Sache ankommt. Es hiesse die als *radikal* nominierten Parteigenossen mit dem Vorwurf beleidigen, dass sie nicht im stande seien Wandlungsnotwendigkeiten zu erkennen, oder gar, dass sie sich absichtlich einer besseren Erkenntnis verschlössen, wollte man ihnen zutrauen, dass sie stets *Nein* sagten, wenn an die Partei die Anforderung herantritt ein neues Betätigungsgebiet zu erobern oder sich in der Propaganda unserer Ideen auf eine neue Taktik einzurichten. Ganz naturgemäss ist das Beharrungsstreben mehr Sache der Massen als der Führer, denen man doch wahrlich keine hohe Ehre antut, wenn man von ihnen verlangt, dass sie weiter blicken als Unteroffiziere und Mannschaften. Geht man aber von der einzig möglichen Definition der Begriffe *Radikalismus* und *Revisionismus* aus, dass jener das in seiner Art zur Erhaltung des Gleichgewichts notwendige konservative Element in der Partei darstellt, das sich möglichst lange mit der Beackerung des einmal eroberten Gebiets begnügt, während der Revisionismus — vielleicht nicht selten vor der Zeit — darauf drängt neuen Boden von der bürgerlichen Gesellschaft zu erobern oder durch eine neue Taktik die Position und die Werbekraft der Partei zu verbessern, dann war die Frage der Beteiligung an den preussischen Landtagswahlen ein Kampfobjekt zwischen Revisionismus und *Radikalismus* wie es im Buche steht.

Nun hat das *radikale* Argument vieles für sich, dass es 1908 ganz anders gekommen ist als man ehemals ahnte. Aus der von der Sozialdemokratie beabsichtigten Stärkung des Liberalismus ist nichts geworden, weil der Freisinn von dieser Stärkung nichts wissen wollte und sich auf die Seite der Reaktion schlug. Bernstein hat neulich in dieser Zeitschrift auseinandergesetzt wie dies nach seinem Dafürhalten kam, zugleich aber die revisionistische Ansicht ausgesprochen, dass das Gros der Freisinnsanhänger uns in den grossen Kämpfen der Zeit schliesslich doch am ehesten zur Seite stehen muss, was wohl bedeuten soll, dass die Zeiten sich ändern können, und sozialdemokratische Hilfe für den Freisinn in Zukunft ebensowenig zu den Unmöglichkeiten gehört wie in der Vergangenheit, obgleich die Sozialdemokratie sich über den reaktionären Charakter des Liberalismus vom linken Flügel seit 45 Jahren klar ist. Alle zutreffenden Bilder von der Schabigheit und der verräterischen Haltung des Liberalismus helfen nicht darüber hinweg, dass Situationen eintreten können, in denen, wie ehemals schon, Sozialdemokratie und Freisinn für bestimmte Fälle auf einander angewiesen sind. Und da es keinen Beweis dafür gibt, dass die Sozialdemokratie aus solchem Zusammengehen bisher schon körperlichen oder seelischen Schaden gelitten hat, so wird der Abscheu vor der neuesten Ketzerei wohl bald wieder einer zuträglicheren Stimmung Platz machen.

Das selbe hoffen wir auch im Hinblick auf die Versündigung unserer süddeutschen Parteigenossen. Für die Formfehler, die die Süddeutschen begangen haben, möge ihnen der gebührende Rüffel auf dem Parteitag zu teil

werden. Und auch der Streit um den Disziplinbruch wieder muss vor der Erörterung darüber zurücktreten, ob es klug gehandelt ist sich auf eine Frage von nur taktischer Bedeutung, wie dies in Lübeck geschehen, mit mehr oder minder enganliegenden Eisenklammern festzulegen. Von prinzipieller, programmatischer Bedeutung kann bei der Frage der Budgetbewilligung nicht gesprochen werden. Wenigstens nicht, wenn man den Sündenfall der positiven parlamentarischen Betätigung hinter sich hat. Ist man, um mit Liebknecht zu reden, zu der Einsicht gelangt, dass das Unrecht in der heutigen Gesellschaft doch etwas mehr ist als eine Gelegenheit schöne Reden zu halten, hat man erst gefunden, dass die Hauptsache ist auf dem Boden der Praxis etwas zu tun, dann fliegt das Dogma in die Luft und in ihr gebührendes Recht tritt die Frage, ob ich jeweilig durch ein *Ja* oder ein *Nein* meiner Partei am meisten nützen kann. Es gehört nicht in den Rahmen unserer Betrachtung zu untersuchen, ob Bejahung oder Verneinung in der süddeutschen Angelegenheit das taktisch richtigere war. Hier handelt es sich um eine Angelegenheit des Vertrauens, des Vertrauens zu seinen eigenen Parteigenossen. Begeht ein einzelner ein Verbrechen gegen die von Gott eingesetzte Ordnung, so muss er Haare lassen oder in die Wüste gejagt werden. Wird das Verbrechen aber epidemisch, rebellieren in geschlossener Reihe ganze Länder, dann hört ein Verbrechen eben auf Verbrechen zu sein. Dann macht eine Regierung, die sich nicht von preussischen sondern von wirklich staatsmännischen Maximen leiten lässt, gute Miene zum bösen Spiel und fragt im stillen Kämmerlein nach den Gründen der Rebellion, fragt sich, welche Ursachen denn bewirkt haben mögen, dass Männer, die in schweren Zeiten immer treue Kriegskameraden waren, die Sozialdemokraten sind so gut wie wir im Norden, nicht in irgend einem dummen Rausch sondern im fortgesetzten, zielbewussten Wirken, in nüchterner Überlegung sich gegen Satzungen aufgelehnt haben, die nach unserer unhaltbaren Meinung unverletzlich sein sollten. Und ist, wie nur selbsterverständlich, in Nürnberg eine Erklärung für den *Disziplinbruch* gefunden und der Form wegen geziemende Indemnität erteilt worden, dann wird gewiss auch bei uns im Norden daran gedacht werden den Fall so zu fruktifizieren wie es der Partei von Nutzen ist. Statt ein Objekt inneren Parteihaders soll die süddeutsche Angelegenheit eine Waffe sein im Kampf gegen die Unkultur der preussischen Bureaucratie, soll sie auf den Feind des deutschen Proletariats, ja des ganzen deutschen Volkes hinweisen, soll sie aller Welt den Gegensatz offenbaren, in den das preussische Regiment den Süden zum Norden gebracht hat. Dass ist ein würdigeres, dem Volke dienlicheres Unterfangen als aus der Budgetbewilligung einen unüberbrückbaren Gegensatz zwischen norddeutscher und süddeutscher Sozialdemokratie zu konstruieren und den Wahn zu nähren, dass Süddeutschland mit den Manieren preussischer Schnaubzärtigkeit zur Räson gebracht werden, dass, wer nicht parieren wolle, hinausfliegen müsse. Bülow, der Lächelnde, erlebte wirklich einen Triumph ohnegleichen, wenn die Geschichte ihm das Denkmal setzte, dass unter seiner Kanzlerschaft die deutsche Sozialdemokratie sich gespalten hätte.

Doch es ist Torheit an solchen Ausgang der Nürnberger Tagung zu denken. Halten sich unsere Parteigenossen von der *radikalen* Richtung vor Augen, dass nicht von einem grundsätzlichen sondern im Grunde nur von einem temporären

Unterschied in der Auffassung gesprochen werden kann, dann wird auch der gegenwärtige Konflikt wie so mancher in früheren Tagen seine mehr oder minder befriedigende Lösung finden. Der Zweck unserer Ausführungen wäre erfüllt, wenn sie zur Festigung der Einsicht beitragen, dass eine Sozialdemokratie ohne verschiedene Richtungen, eine Sozialdemokratie, die nach Bebels Worten nicht beständig lernt, nicht in beständiger geistiger Mauserung begriffen ist, für die Kultur überhaupt keinen Wert hätte.

XX

EDUARD BERNSTEIN · DIE DEMOKRATIE IN DER SOZIALDEMOKRATIE



Wie schon in ihrem Namen angezeigt, ist die Sozialdemokratie eine demokratische Partei. Und zwar ist sie demokratisch in ihrem Ziel und grundsätzlich demokratisch auch in ihrem Wesen. Sie sucht in ihren Verfassungen so viel als nur möglich die demokratischen Grundsätze zum Ausdruck zu bringen und durch diese Verfassungen das Parteileben selbst möglichst demokratisch zu gestalten. Ich sage ausdrücklich *so viel als nur möglich* und *möglichst*, weil die Verwirklichung einer unbedingten Demokratie bisher noch nirgends erreicht worden ist.

Zunächst ist das Wort *Demokratie* leichter ausgesprochen als begrifflich genau bestimmt. Seine etymologische Ableitung *Demokratie* = *Volksherrschaft* lässt uns sehr bald im Stich. Die Volksherrschaft kann in einer Weise verwirklicht werden, dass sie heute die meisten Menschen unter *demokratisch* verstehen, direkt ins Gesicht schlägt. Das ist allgemein bekannt und unter anderem von mir in den *Voraussetzungen des Sozialismus* hervorgehoben worden. »In dem Begriff *Demokratie*«, hiess es dort, »liegt eben für die heutige Auffassung eine Rechtsvorstellung eingeschlossen: die Gleichberechtigung aller Angehörigen des Gemeinwesens, und an ihr findet die Herrschaft der Mehrheit, worauf in jedem konkreten Fall die Volksherrschaft hinausläuft, ihre Grenze.« Und kurz vorher: »Wir finden heute die Unterdrückung der Minderheit durch die Mehrheit undemokratisch, obwohl sie ursprünglich mit dem Begriff der *Volksherrschaft* durchaus vereinbar gehalten wurde.«¹⁾ Das ist nun freilich noch sehr relativistisch ausgedrückt, aber weiter als zu einer relativen Demokratie hat es die Welt überhaupt noch nicht gebracht. Rechtsgleichheit der Individuen und Selbstbestimmung des Ganzen mittels Mehrheitsentscheid in freier Abstimmung: das sind die beiden Pole der Demokratie, diese als Prinzip aufgefasst. Aber wie vieler Modalitäten zeigt sich nicht der Begriff *Selbstbestimmung* fähig, sobald wir uns seiner Anwendung in der Praxis zuwenden, wo Natur und Umfang des in Frage kommenden Körpers, sein Aufbau und seine Zwecke Berücksichtigung verlangen oder je nachdem sogar erzwingen? Wenn wir von den ganz primitiven Gesellschaftsbildungen absehen, die man bei Jägerstämmen gefunden hat, die aber die Ausbreitung von Viehzucht und Ackerbau nicht überleben, so hat es eine absolute Demokratie bisher nur in der Abstraktion gegeben, hat sie nur als *regulatives* Prinzip die Fähigkeit der Realität.

¹⁾ Vergl. mein Buch *Die Voraussetzungen des Sozialismus und die Aufgaben der Sozialdemokratie* / Stuttgart 1899/, pag. 123.

Zu dieser Erkenntnis führt, oder vielmehr sie bestätigt fast wider Willen des Verfassers ein lesenswerter Artikel, der kürzlich in einer unserer angesehensten wissenschaftlichen Revuen erschien.²⁾ Der Verfasser, Dr. R. Michels, schildert, in Übereinstimmung mit seiner sonstigen theoretischen Anschauung, die Tendenz zur Bildung von Oligarchien und Bürokratien in den Staaten und grossen Verbänden mehr psychologisch als soziologisch, das heisst, da die Psychologie selbst zur Soziologie gehört, fast einseitig unter psychologischen Gesichtspunkten. Dass er dabei zu manchem schiefen Urteil kommt, muss als unvermeidliche Folge dieser Betrachtungsweise bezeichnet werden. Auch ist seine Psychologie selbst nicht von Einseitigkeiten frei. So führt er zum Beispiel als Beweis dafür, dass die im Statut der deutschen Sozialdemokratie vorgeschriebene alljährliche Neuwahl des Parteivorstands »zur reinen Farce herabgesunken« sei, die »kaum glaubliche Erbitterung« an, die auf dem Parteitag in Dresden das Gerücht hervorgerufen habe, »eine Gruppe von Delegierten habe beschlossen ein ehemaliges Parteivorstandsmitglied [Auer:] aus Gründen der Taktik, also aus den ehrenwertesten und sachlichsten Gründen von der Welt, nicht wiederzuwählen«. Das ist aber ein völlig ungeeignetes Beispiel für seine These. Zunächst war es nicht einfach die vermeintliche Tatsache, dass ein solcher Beschluss gefasst worden sei, was die stürmischen Szenen hervorrief, die sich an die Mitteilung des Gerüchts knüpften, vielmehr trieb die Bestreitung seiner Richtigkeit durch Personen, die von anderen als die Urheber des Beschlusses bezeichnet wurden, die gegenseitige Erbitterung erst auf die Höhe der *Unglaublichkeit*. Immerhin ist es richtig, dass das Gerücht selbst schon grosse Entrüstung verursacht hatte. Was aber beweist das? Doch nur, dass ein grosser Teil oder wahrscheinlich die grosse Mehrheit der Delegierten die taktische Meinungsverschiedenheit für keinen genügenden Grund ansahen einen um die Entwicklung der Partei ausserordentlich verdienten, durch Intelligenz, Sach- und Personenkenntnis ausgezeichneten Genossen aus dem Parteivorstand herauszuwählen. So weit war kein demokratisches Prinzip in Frage gestellt. Auch ein zweiter, von Michels herangezogener Umstand, nämlich dass bei der Wahl des Parteivorstands auf den Wahlzetteln die Namen der Personen vorgedruckt sind, die dem Vorstand im abgelaufenen Jahr angehörten, beweist nichts gegen den demokratischen Charakter der Wahl. Der Aufdruck der Namen geschieht auf grund der beim Bureau des Kongresses eingegangenen Vorschläge, und es steht jedem einzelnen Delegierten oder jeder Gruppe von Delegierten frei andere Personen in Vorschlag zu bringen; es ist dafür nicht einmal, wie zum Beispiel durchgängig in England, eine Unterstützung des Vorschlags durch andere Delegierte erforderlich; auch kann der gedruckte Zettel nach Belieben abgeändert werden. Bis hierher trifft die Michels'sche Kritik durchaus neben das Ziel, beweist sie noch nichts für seine These.

Trotzdem ist diese selbst nicht falsch. Denn erfahrungsgemäss hindert die strenge Beobachtung der demokratischen Regeln nicht, dass fast ausnahmslos die Neuwahl des Vorstands der Partei auf eine Bestätigung der alten Vorstandsmitglieder hinausläuft, so dass in der Tat der Vorstand einen Beamtenkörper darstellt, dessen Mitglieder — wenn nicht Ausnahmeverhältnisse, wie grobe Pflichtverletzung oder tiefgreifende Meinungsverschiedenheiten inner-

²⁾ Vergl. Robert Michels *Die oligarchischen Tendenzen der Gesellschaft im Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik*, 27. Band, pag. 73 ff.

halb des Vorstandes selbst oder zwischen Vorstandsmitglied und Gesamtpartei vorliegen — ihr Amt als eine Anstellung betrachten können, die sie nur durch freiwillige Niederlegung oder Invaldität verlieren können. Michels erwähnt, dass man in französischen Gewerkschaftskreisen längere Zeit sich durch Ansetzung so niedriger Gehälter, dass der Verlust der Stelle in wirtschaftlicher Hinsicht keinen Schrecken hatte, gegen antidemokratische Neigungen bei den Führern zu sichern suchte. Aber er bemerkt selbst sehr richtig, dass das ein sehr prekäres Sicherheitsventil sei. Es ist es schon deshalb, weil es nur so lange aufrecht erhalten werden kann als die betreffenden Organisationen selbst nur wenig Festigkeit und Umfang haben. In dem Masse wie die Organisationen sich befestigen, wachsen und ihren Aufgabekreis erweitern, wird ein eingearbeitetes Beamtentum unentbehrlich, und ein Beamter, der dauernd seine ganze Arbeitskraft seinem Amt widmet, muss und wird eine entsprechende Bezahlung erhalten. Dauernde Unterbezahlung würde zu Korruption oder sozialer Ver lumpung führen. Das Mittel der Franzosen ist sowohl in England wie in Deutschland und anderwärts auf den Frühstufen der Bewegung angewendet worden, hat sich aber dort ebensowenig aufrechterhalten lassen wie es in Frankreich vorhalten zu wollen scheint. Michels, der einen aner kennenswerten Freimut an den Tag legt, weist selbst auf einige dafür zeugende Symptome hin.

Die Geschichte aller Demokratien, ob es sich um Staaten oder um freie Verbindungen innerhalb der Staaten handelt, zeigt, dass die Bemühungen durch statutarische Vorschriften (einjährige Parlamente, Ausschluss der Wiederwahl für eine gewisse Zeit usw.) das Aufkommen von berufsmässigen Führern und Beamten zu verhindern stets auf einer gewissen Stufe an der gestiegenen Fülle und Grösse der Aufgaben der Körperschaft scheitern, dass es dann nicht die Personen sind, die weichen müssen, sondern die betreffenden *Gesetze*. Ganz sicher tragen psychologische Faktoren, wie Michels sie anführt, Dankbarkeit, Macht der Gewohnheit usw., sehr dazu bei Schutzbestimmungen der geschilderten Art über den Haufen zu werfen. Aber als der entscheidende Faktor muss doch das technische Bedürfnis angesehen werden. Michels betont und schildert es gleichfalls, aber er wird ihm nicht gerecht, lässt die Berechtigung der aus ihm sich ergebenden Folgerungen nicht genügend hervortreten.

Die Erkenntnis, dass das Aufkommen einer Bürokratie eine unvermeidliche Begleiterscheinung des Wachstums und der innern Festigung der Gemeinschaften ist, kann indes selbstverständlich kein Grund sein nun jede Form der Bürokratie als gleichwertig zu behandeln, jede ihrer Äusserungen als notwendige Funktion zu betrachten. Jedem Funktionär wohnt die Tendenz inne sein Amt, jedem Teilstitut die Tendenz seine Bedeutung im Verhältnis zum Gesamtorganismus zu überschätzen. Routinegeist auf der einen und Neigung zu Übergriffen auf der andern Seite, Eifersüchtelei hier und Gegenseitigkeitsversicherung dort sind die Klippen aller Bürokratien, und es ist deshalb nicht überflüssig Einrichtungen zu schaffen, die diesen möglichen Übeln entgegenwirken. Nur dass die Einrichtungen selbst wieder mit den veränderten Umständen andere Gestalt erhalten müssen. Auf Übel der geschilderten Art muss man immer vorbereitet sein, auch wenn sie sich längere Zeit nicht zeigen. Persönliche Eigenschaften und die Macht der Tradition

können manches verhindern, was sich alsbald einnistet, wenn die Tradition sich abschwächt und die Personen wechseln.

Um beim erwähnten Beispiel Michels' zu bleiben: Ignaz Auer war nicht eine beliebige Persönlichkeit. Ebenso tüchtige Beamte wie er mochte man sicher finden. Aber einen zweiten Mann finden, in dem sich zugleich ein so bedeutendes Stück Geschichte der Partei verkörperte wie in ihm, der mit der Partei geworden und von dem Gefühl des Verwachsenseins mit der Partei so ganz durchdrungen war wie er, das hiess etwas ganz andres. Darum wird ein Parteivorstand ohne die Männer, die an der Wiege der Partei als ihre ersten Leiter gestanden, die geholfen haben die Partei erst zu schaffen, ohne jede Änderung des Statuts doch eine andre Stellung einnehmen als der aus solchen Männern zusammengesetzte Vorstand, und der Vorschlag eines Personenwechsels wird alsdann mit wesentlich anderen Empfindungen aufgenommen werden als die, die Michels so *unglaublich* erschienen.

»A prince can make a belted knight,

a marquis, duke, and a' that:

But an honest man's aboon his might«,

singt der schottische Barde. Ebenso kann man sagen, die Demokratie kann Leute an gleiche Posten stellen, aber sie kann ihnen darum noch nicht gleichen Geist einhauchen, sie kann die Menschen nicht geistig über die Posten erheben, an die sie sie stellt. Infolgedessen macht die Routine leicht Beamte zu Bürokraten und bildet sie aus Leuten in bevorzugten Stellen, wenn ihre Zahl sich mehrt, und die Verhältnisse Verbindungen zwischen ihnen schaffen, *Oligarchien*. Die Tendenz dazu ist überall vorhanden. Soll man darum auf Beamte verzichten oder niemand an bevorzugte Posten stellen? Das hiesse um einer mechanisch aufgefassten Gleichheit willen auf Wachstum und Entwicklung verzichten wollen. Denn kein Wachstum ohne organische Veränderung, keine Entwicklung ohne Differenzierung.

Wie sehr blosses Wachstum zu organischen Veränderungen nötigt, und wie es damit die Demokratie vor immer neue Probleme stellt, dafür braucht man gar nicht auf die Geschichte der Staaten und national organisierten Parteien zurückzugreifen. Die Erscheinung lässt sich an kleineren Einheiten studieren.

Ein sehr interessantes Beispiel liefert für die Sozialdemokratie die neuere Entwicklung des Parteilebens in Gross Berlin, das heisst in dem Komplex der 6 Reichstagswahlkreise Berlins mit den beiden Reichstagswahlkreisen Niederbarnim und Teltow-Beeskow-Charlottenburg. Der Gross Berliner Parteigemeinschaft gehören gegen 90 000 organisierte Mitglieder an. Es liegt auf der Hand, dass es ganz unmöglich ist ohne einen ausgebildeten Verwaltungsapparat und ein System von Vertretungen die Geschäfte dieses riesengrossen Körpers zu besorgen. Man kann nicht 90 000 Mitglieder in eine Versammlung zu gemeinsamer Beratung und Beschlussfassung zusammenbringen. Das trifft auch für die grösseren der bezeichneten 8 Wahlkreise zu. Beratende Versammlungen von 10 000, 20 000 oder gar 30 000 Mitgliedern sind physische Unmöglichkeiten, und zu dieser, aus der Zahl sich ergebenden Schwierigkeit treten, namentlich für die Vorortskreise, aber nicht nur für sie, Schwierigkeiten des Raums respektive der Entfernungen. Nur die Wahlvereine des 1., 3. und 5. und allenfalls noch der des 2. Wahlkreises können Vollversammlungen ihrer Mitglieder in je einem Lokal veranstalten. Für die

anderen Wahlkreise ist das ausgeschlossen: ihre Mitgliederversammlungen müssen geteilt tagen, ordentliche Generalversammlungen sind nur in Gestalt von Delegiertenversammlungen möglich.

Aber selbst die Mitgliederversammlungen der Kreise, ob geteilt oder nicht, sind zu gross und darum auch zu schwerfällig als dass sie in der Weise, wie es in früheren Zeiten der Fall war, das Leben der Organisation zentralisieren könnten. Sie haben vielmehr unter dem Einfluss von Raum und Zahl einen grossen Teil ihrer ehemaligen Funktionen an andere Körper abgeben müssen. Und zwar hat teils Dezentralisation teils neue und stärkere Zentralisation Platz gegriffen, die eine vertreten durch die Bezirkszahl- abende, die andre durch Ausschüsse: Bezirksführer, Abteilungsführer, Vorstand. Die *Zahlabende*, ursprünglich nur Zusammenkünfte der organisierten Mitglieder in den einzelnen Stadtbezirken oder, je nach deren Grösse, Teilen von solchen behufs Ablieferung der Beiträge, Entgegennahme von Mitteilungen und Regelung der Agitation (Flugblattverbreitung usw.) im Bezirk, werden immer mehr zu Diskussionsversammlungen, während aus den Vereinsversammlungen die eigentliche Diskussion immer mehr verschwindet. Entweder gelten sie der Agitation im grossen, wo der Agitationszweck die Diskussion beherrscht, oder aber sie gelten der Erledigung von Geschäften des Wahlvereins und werden dann zwar meist durch einen Vortrag eingeleitet, aber mehr um auf die Mitglieder eine Anziehung auszuüben als um eine ordentliche, erschöpfende Diskussion zu provozieren. Der Hauptzweck der Versammlung ist nicht der Vortrag sondern das Geschäftliche. So dass sogar, wenn der erste Teil etwas länger ausgedehnt wird, der zweite direkt geschädigt wird, wichtige Beschlüsse und Wahlen von gelichteter Teilnehmer- schaft über Hals und Kopf erledigt werden.³⁾

Die Gründung des *Verbandes der sozialdemokratischen Wahlvereine Berlins und Umgegend /1905/* hat diese Entwicklung noch gesteigert. Ein Teil der Funktionen der Wahlvereine ist auf den Zentralvorstand des Verbands über- gegangen, der aus Vertretern der Wahlkreise nach Verhältnisvertretung zu- sammengesetzt ist, das heisst die Wahlvereine haben einen Teil ihrer Selbst- bestimmung an den Zentralkörper abgegeben und sind im entsprechenden Mass aus frei beschliessenden zu bloss ausführenden Körpern geworden, Mittelglieder in einem grossen Organismus, dessen faktische Lei- tung der Zentralvorstand und der aus dessen Mitte ernannte ständige Aktions- und Verwaltungsausschuss bilden, während die Kontrolle und Beschlussfassung durch die Generalversammlung von Gross Berlin geübt wird, in die die ein- zelnen Wahlkreise nach dem Verhältnis ihrer Mitgliederzahl Delegierte ent- senden. Unzweifelhaft hat durch diese Zusammenfassung der Kräfte die Ein- heit und Leistungsfähigkeit des Ganzen wesentlich gewonnen, ist die Arbeits- teilung zweckmässiger geordnet. Aber dem stehen auch nicht unbedeutende V e r l u s t e gegenüber. Sie liegen auf der Seite der i d e e l l e n Faktoren. Der geistige Verkehr ist für die grosse Mehrheit der Genossen Berlins ein immer

³⁾ Letzteres freilich auch oft infolge der viel zu späten Eröffnung der Versammlungen in Berlin. Berlin ist eine grosse Stadt, aber gut neun Zehntel der Besucher unserer Versammlungen können um 8½ Uhr an Ort und Stelle sein und würden es auch sein, wenn sie wüsten, dass pünkt- lich angefangen wird. Ich habe mich wiederholt bereit erklärt und bin es auch heute noch ge- bebenenfalls vor halbleerem Saal mit meinem Vortrag zu beginnen. Denn ich bin fest überzeugt, wird das zweimal gemacht, so ist das dritte Mal der Saal zur rechten Zeit besetzt. Aber in diesem Punkt scheint der Respekt vor dem Schlendrian unüberwindlich.

mehr mittelbarer geworden, ein direkter Meinungsaustausch besteht nur für einen kleinen Teil der Genossen oder für kleine Bezirkszirkel, die in keiner Verbindung mit einander stehen und daher auch keinen Einfluss auf einander ausüben, sich nicht geistig durchdringen. Jene kleine Minderheit wirklich über Bezirk und Kreis hinaus mit einander verkehrender Genossen besteht aber zumeist aus Funktionären, die durch Routinearbeiten daran gehindert sind allgemeinen Fragen grössere Beachtung zu schenken. Welche Gefahren mit solchem Zustand der Dinge verbunden sind, welche Übel sich da einnisten können, kann sich jeder, der die Geschichte der Verfassungseinrichtungen der Völker kennt, leicht ausmalen. Ich gehe nicht im einzelnen darauf ein, um nicht böswillige Gegner in den Stand zu setzen blosse Möglichkeiten als Wirklichkeiten auszusprechen. Will man ein Beispiel, so sei nur an die Vorgänge bei der preussischen Landtagswahl erinnert. Während die Organisation im Kampf sich glänzend bewährte, hat sie zu einem Modus der Kandidatenaufstellung geführt — ich bemerke ausdrücklich, dass sich dies nicht auf die Auswahl der Personen bezieht —, der gegen Kardinalsätze der Demokratie versties.

Und doch ist diese Organisation weder das Werk ehrgeiziger Führer noch das Produkt stellensüchtiger Bürokraten oder grübelnder Systemmacher. Aus Anfängen, die sich bis in die Zeit vor dem Sozialistengesetz zurückverfolgen lassen, ist sie unter dem Einfluss des praktischen Bedürfnisses Schritt für Schritt, man kann wirklich sagen: geworden. Ihr Aufbau ist durchaus demokratisch, bei allen ihren Gliedern stossen wir auf Wähler und Gewählte, auf Verantwortung und Kontrolle. In seiner Art ein wunderbarer Organismus, wie ihn in gleicher systematischer Gliederung keine zweite Partei aufweisen kann. Käme es nur auf die Aktion an, wäre sie unübertrefflich. Aber der Mensch lebt nicht vom Brot allein, und mit Broschüren, Flugblättern und dergleichen ersetzt man nicht den Wert eines regen unmittelbaren Gedankenaustausches, ohne den alle Demokratie nur halb und daher stets in Gefahr ist ins Gegenteil umzuschlagen.⁴⁾ Der Mangel könnte etwas gehoben werden, wenn, wie es in anderen Ländern der Fall ist, in unserer Parteipresse, in Berlin also im *Vorwärts*, der freien Diskussion von Parteifragen ein gewisser Spielraum gelassen würde, er wirklich Organ der Berliner Genossen wäre, statt bloss Organ für Berliner Genossen zu sein. Er würde allerdings dann, wenn solche Streitfragen auftauchen, wie jetzt wieder die der Budgetbewilligung in süddeutschen Parlamenten, vielleicht etwas an Fähigkeit zur Stimmungsmache einbüßen. Aber wäre das ein grosser Schade?

Ich will hier nicht auf die Frage der Budgetbewilligungen selbst eingehen. Auch wer Gegner der Budgetbewilligungen war, musste durch den Umstand stutzig gemacht werden, dass eine erhebliche Anzahl Genossen, die doch nicht erst von heut und gestern sind, nach reiflicher Überlegung zu dem Entschluss gekommen sind Budgets zu bewilligen, wo sie ohne jeden Nachteil für sich das Gegenteil tun konnten. Es ist zwar ungemein bequem einer vorgefassten Meinung nachzugehen und jeden, der ihr entgegenhandelt, als Idioten oder schlechten Kerl zu verdonnern. Aber wer dessen eingedenk ist, dass

⁴⁾ Dass man dies in weiten Kreisen der Berliner Genossen selbst herausfühlt und auf Abhilfe sinnt, zeigen verschiedene Anträge, auf die noch ein andermal zurückgekommen werden soll.

Demokratie nicht plump Mehrheitsherrschaft heisst sondern auch gleiches Recht für alle, und dass sie den möglichsten Grad von Selbstbestimmung erheischt, um nicht in Geistestyrannei auszuarbeiten, der wird es vorziehen zunächst einmal die Beteiligten zu hören und ihre Gründe vorurteilslos zu prüfen, ehe er sich zum Richter aufspielt. Nicht um der betreffenden süddeutschen Genossen willen, die sich ja zweifelsohne ihrer Haut wehren werden, sondern im Interesse des demokratischen Charakters unserer Bewegung muss man die Art, wie in den, dem Parteitag gewidmeten Wahlvereinsversammlungen Berlins fast ausnahmslos von vornherein über jene Genossen abgeurteilt wurde, im höchsten Grade bedauern. Wo soll diese Art der Behandlung von Parteifragen hinaus? Gerade in Berlin hätte man Grund gehabt etwas weniger eilig mit dem Verdonnern zu sein.⁵⁾

Die Berliner Genossen sind, was Organisation und Opfermut anlangt, oft die Pioniere der Partei gewesen, haben in dieser Hinsicht Mustergültiges geleistet. Was aber die Fortbildung der Politik der Partei betrifft, so sind sie fast bei allen grossen Fragen ganz klägliche Nachzügler gewesen, wahre Misoneisten oder vielmehr Misopropokisten, denen alles Neue, jede Fortentwicklung ein Greuel ist. Man kann das aus der Tatsache verstehen, dass eben Berlin die Hauptstadt Preussens ist und es in Sachen des politischen Fortschritts in Preussen heisst *Jibt's ja nicht!* Aber grade darum können preussische Stimmungen für das übrige Deutschland nicht vorbildlich sein, so wenig wie das Verfassungsleben Deutschlands für die übrige Kulturwelt.

Es sind nur wenige Wochen her, dass der *Vorwärts* als Leitartikel eine Korrespondenz über das erste Jahr parlamentarischer Arbeit unserer Genossen im österreichischen Reichsrat brachte. Da wurde triumphierend hervorgehoben, dass die Sozialdemokratie im österreichischen Parlament eine »Partei unter gleichen« ist, und dass ihr »nun auch ein Sitz im Präsidium eingeräumt wird«, den die Partei reklamiert habe und auch einnehmen werde. Und es wurde weiter betont, dass diese Gleichberechtigung zwar zu einem guten Teil der durch die nationalen Gegensätze bewirkten Parteizerrissenheit geschuldet sei, dass aber dazu auch »die kluge Taktik im Parlament selbst« mitwirke, »die leere Provokationen ebenso meidet als sie sich von irgendwem einschüchtern liesse«. Das Parlament Österreichs sei »nicht bloss der Form«, es sei »auch der Materie nach demokratisiert worden.«⁶⁾ Dass die Druckfarbe des *Vorwärts*, die bei jener Nummer verwendet wurde, nicht über all das rot geworden ist! Wieviel Ketzereien! Und dass sich kein radikaler Berliner gefunden hat gegen diese Verherrlichung parlamentarischen Versumpfungens Protest einzulegen. Wo blieben die scharfen Kritiker, die nachwiesen, dass solche Auffassung mit der wahren Idee des Klassenkampfes unvereinbar sei? Österreich ist ja doch immer noch ein Kaiserstaat, und sein Wirtschaftsleben kapitalistisch. Es ist bezeichnend für die geistige Abgestumpftheit des Berliner Parteilebens, dass die bedeutsamen Vorgänge in unserem Nachbarstaat hier ganz passiv aufgenommen worden sind, auf das politische Denken so gar keinen Eindruck gemacht haben. Ein wahres geistiges Chinesentum droht sich zu entwickeln, dass das, was es vor der Nase sieht,

⁵⁾ Glücklicherweise hat sich auf der Generalversammlung von Gross Berlin am 23. August ein besserer Geist gezeigt. Genosse Molkenbuhr gab in seinem, überwiegend gegen die Auffassung der Süddeutschen gerichteten Referat ein Beispiel, wie man unter Parteigenossen diskutieren muss.

⁶⁾ Vergl. den Leitartikel des *Vorwärts* vom 22. Juli 1908.

als das einzig Richtige und Normale betrachtet, aber gar nicht bemerkt, wie um uns herum alles vorwärts schreitet, während wir zwar prächtige Fussbewegungen machen, aber politisch dabei immer auf dem selben Fleck bleiben. Gewiss, in Österreich sind andere politische Bedingungen als hier. Nicht alles, was in Österreich möglich ist, ist hier möglich. Ganz einverstanden. Aber ebenso steht es zwischen Süddeutschland und Norddeutschland. Und darum soll man vor allem das eine begreifen und im Auge behalten, dass, wo die Vorbedingungen andre sind, auch die eigenen Handlungen der Partei eine andere Bedeutung erhalten. So wenig wie irgend eine andre Frage kann die der Budgetbewilligung auf eine Formel festgelegt werden. Es kommt bei ihrer Beantwortung ganz auf die Bedeutung an, die die Budgetabstimmung im Verfassungsleben des Landes einnimmt und wie dieses Verfassungsleben selbst beschaffen ist. Wer das Parlamentswesen der Länder studiert, wo wirklich parlamentarisch regiert wird, wie in England, Frankreich etc., der wird finden, dass für gewöhnlich diese Abstimmung gar keine Rolle spielt sondern nur bei Verfassungskonflikten zum Kampfgegenstand wird. Misstrauensvoten, die auf den Sturz der Regierung abzielen, werden bei der Einzelberatung in den verschiedensten Formen beantragt, aber die Endabstimmung gilt als reine Summierung der schon gefassten Beschlüsse des Parlaments und geht ohne Aufhebens vorüber. Und anders ist es ja auch selbst im deutschen Reichstag nicht. Daher macht es dort auch gar keinen Eindruck, wenn die Sozialdemokratie durch Sitzenbleiben bei der Schlussabstimmung dokumentiert, dass sie das Budget verweigert. Es ist eine blosser Formalität, aber kein Kampfesakt.

Das muss man sich gegenwärtig halten, will man zu einer sachgemässen Beurteilung des Vorgehens der Süddeutschen gelangen. Dann wird man aber auch begreifen, dass zu einem Entrüstungsturm, wie man ihn in Szene zu setzen versucht hat, absolut kein Grund vorlag. Er ist vielmehr nur geeignet eine vernünftige Auseinandersetzung zu erschweren. Man hat den Ausdruck *parlamentarischer Kretinismus* in die Debatte geworfen. Das Wort stammt von Marx, und zwar aus einer Zeit, wo das politische Leben bei uns in den Windeln lag. Marx hat zugestandenermassen seinerzeit die Bedeutung des Wahlrechts und der parlamentarischen Aktion für die Arbeiterklasse durchaus verkannt. Auch sah der Parlamentarismus zu seiner Zeit ganz anders aus als heute. Das Zurückgreifen auf ihn in dieser Frage ist daher alles andere nur nicht radikal im echten Sinne dieses Wortes. Es ist ein geistiges Zurückfallen. Was hat das Wort *parlamentarischer Kretinismus* im vorliegenden Falle für einen Sinn? Die süddeutschen Abgeordneten, die sich für die Budgetbewilligung entschieden, sind nicht in ihren Parlamenten eingeschachtelt. Es sind fast alles Leute, die den grössten Teil des Jahres im Kampf ausserhalb des Parlaments zubringen, die in engem Verkehr mit den Genossen im Lande stehen, allerhand Parteifunktionen erfüllen, kurz, die durch ihr ganzes Wirken davor gefeit sind parlamentarische Effekte um ihrer selbst willen zu überschätzen. Da ist jenes Wort so unangebracht wie nur möglich.

Jeder Versuch einer Stimmungsmache in diesen Dingen ist eine grobe Ver-sündigung am demokratischen Charakter unserer Partei. Wir verwerfen es mit Recht aufs schärfste, wenn im Staat und Reich Gesetze durch irgend welche *Hetse* eingeleitet werden. Wäre es anders zu beurteilen, wenn in unserer Partei

ähnliches sich einnistet? Haben wir mit Parteitagbeschlüssen, die durch Stürme vorbereitet wurden, besonders gute Erfahrungen gemacht? Das allgemeine Interesse der Partei wie auch im besondern ihr demokratisches Interesse erheischen, dass der Nürnberger Parteitag sich nicht durch im voraus und mit mangelhafter Kenntnis der Dinge gefasste Versammlungsbeschlüsse dazu verleiten lässt eine Minderheit zwingen zu wollen wider ihre bessere Überzeugung zu handeln.

XX

MAX SCHIPPEL · DIE REICHSFINANZREFORM UND DIE ARBEITERKLASSE



Die Reichsfinanzreform wird auf dem Parteitag kaum lebhaftere Erörterungen hervorrufen. Wir Sozialdemokraten selber werden auf absehbare Zeit nicht berufen sein eine Steuergestaltung im Reiche irgendwie aktiv mitzumachen. Das mag dem Politiker gerade nicht als idealer Zustand erscheinen; denn mitwirken heisst zwar sich einer gewissen Mitverantwortlichkeit nicht entziehen können, heisst aber andererseits auch die ganze Richtung des gesetzgeberischen Vorgehens und dadurch, was gewiss nicht belanglos ist, die Verteilung des schliesslichen Zahlungsmüssens merkbar mitbestimmen helfen. Für uns als bisher noch vorwiegend agitatorische Werbe- und Aufklärungsorganisation hat jedoch die vorläufig unabhängige ausschliessliche Oppositionsstellung wenigstens den einen Vorteil, dass wir die ganze Ungerechtigkeit der heutigen und der kommenden Finanzzustände an unserem unangetasteten Ideal vorbehaltlos messen können, nämlich an der Abstufung aller Staatsauflagen nach der Jahreseinkommenshöhe des Betroffenen: denn eine Heranziehung der Vermögen und Erbschaften stellen wir uns wohl immer nur als berichtigende, verbessernde Ergänzung und Vervollständigung der grundlegenden, lediglich in der praktischen Durchführung allzuleicht lückenhaft bleibenden Erfassung des Jahreseinkommens vor. In letzter Linie kehrt sich alsdann diese vorwiegend agitatorische *prinzipielle* Kritik gegen das ganze System der Staats- und Reichtsaufgaben, deren notwendige Folgeerscheinung die heutigen enormen Einnahmebedürfnisse in der Tat nur sind. Dieser rein agitatorische Standpunkt mag falsch und auf die Dauer für die deutsche Arbeiterklasse selbstschädigend sein. In den Einzelstaaten mit ihren Kulturaufgaben und ihren direkten Steuern sehen wir ihn in der Tat schon wanken. Aber im Reich mit seinen überwiegend indirekten Einnahmen und seinen noch mehr überwiegenden Rüstungsausgaben ist er angesichts der nächstjährigen Parlamentsaufgaben als unerschütterliche Tatsache und Voraussetzung gegeben.

Freilich war er das nicht immer. Ganz im Gegenteil. Unseren zielbewussten Gegensatz zum Bürgertum und zu bürgerlichen Forderungen, vor allem auch zum gleichfalls steueroppositionellen linken Flügel des Bürgertums, bekundeten wir in unserer radikalen Parteijugendzeit sogar mit ganz besonderem Nachdruck darin, dass wir das ganze demokratisch-linksliberale Steuerprogramm, mit der allgemeinen, progressiven Einkommensteuer im Mittelpunkt, in Grund und Boden hinein abkanzeln, dass wir es als kleinbürgerlich, als arbeiterirreführend, zum mindesten als für die Arbeiterklasse so gut wie gleichgültig hinstellten. Unsere Richtschnur entnahmen wir — und ich weiss aus

eigener persönlicher Erfahrung, dass wir auf diese spezifisch proletarische Klassenerkenntnis nicht wenig stolz waren — aus Friedrich Engels: »Schöne Fragen, mit denen unser Proudhonist uns bedroht . . . *Steuern!* Dinge, die die Bourgeoisie sehr, die Arbeiter aber nur sehr wenig interessieren: Was der Arbeiter an Steuern zahlt, geht auf die Dauer in die Produktionskosten der Arbeitskraft ein, muss also vom Kapitalisten mit vergütet werden. Alle diese Punkte, die uns hier als hochwichtige Fragen für die Arbeiterklasse vorgehalten werden, haben in Wirklichkeit wesentliches Interesse nur für den Bourgeois und noch mehr für den Kleinbürger, und wir behaupten, trotz Proudhon, dass die Arbeiterklasse keinen Beruf hat die Interessen dieser Klassen wahrzunehmen.«¹⁾

Mit anderen Worten und in marxistischer Redeweise: Steuern kann der Arbeiter zwar vorläufig auszulegen gezwungen sein, aber schliesslich und auf die Dauer werden sie im Durchschnitt immer aus dem Mehrwert gedeckt. Denn der Lohn reguliert sich, abnorme und vergängliche Übergangserscheinungen bei Seite gelassen, nach den Produktionskosten der Ware Arbeitskraft. Wer diese Produktionskosten, künstlich durch Steuerzuschläge auf Massenverzehrgegenstände erhöht, bürdet dem Kapital, besonders nach dem Erstarken der gewerkschaftlichen Organisationen, entsprechende Mehrauslagen für den notwendigen persönlichen Faktor der Produktion auf, beschneidet entsprechend den verbleibenden Überschuss des Kapitals, das also in letzter Instanz einen Teil seiner erwarteten und gewohnten Beute vom Staate hinweggeschnappt sieht. Der durch die ganze moderne Wirtschaftsentwicklung an Händen und Füssen gebundene Kleinbürger, dessen Einkommen wenig beweglich ist, dessen Einkommen mit der Zunahme der produktiven und kommerziellen Grossbetriebe vielleicht sogar unaufhaltsam nach abwärts gleitet, mag über schreiende Steuerungerechtigkeit bei willkürlicher Verteuerung seines Konsums mit vollem Rechte klagen. Dagegen das Arbeiterlohneinkommen ist ganz anders beweglich; es bewegt sich im grossen und ganzen aufwärts im Falle dauernd steigender Unterhaltungskosten. Sagt das der heutigen lohnzahlenden Kapitalistenklasse nicht zu, dann ist es ihr Interesse und ihre Aufgabe den staatlichen Ansprüchen Zügel anzulegen; aber rein wirtschaftlich lässt dieser Streit um die Mehrwertteilung zwischen Staat und Unternehmertum den wirklich zielbewussten und klassengeschulten Arbeiter recht gleichgültig. Leisteten wir dennoch Widerstand, so verfolgte unsere Opposition dabei viel mehr politische als ökonomisch-soziale Ziele; wir wollten auch die indirekten Staatskassenzuflüsse nicht, weil wir den ganzen Racker Staat, den Klassenstaat überhaupt wie einen hilflosen Karpfen auf das Trockne setzen wollten.

Wenn irgendwo, so hat uns hier auf diesem Gebiete der Geist des Revisionismus alle erfasst, den einen früher, den anderen später. Wir alle würden heute bereit sein einem demokratischeren bürgerlichen Steuersystem, einer grösseren Annäherung an das alte bürgerlich-demokratische Steuerprogramm einen hohen politisch-sozialen Wert zuzuerkennen, auch für die Arbeiterklasse.²⁾

¹⁾ Vergl. Friedrich Engels *Zur Wohnungsfrage*, 2. Auflage (Zürich 1887), pag. 26.

²⁾ Ich füge aber gleich hinzu, dass ausländische Bruderparteien noch immer gern unsere Uninteressiertheit betonen, wenn ernstliche Steuerreformen im Vordergrund des öffentlichen Interesses stehen und auf Arbeiter eine gewisse Anziehungskraft auszuüben beginnen. Aus der amerikanischen Parteipresse zum Beispiel liessen sich drastische Beweisführungen vorbringen, »wie wenig Ursache die Arbeiter haben sich von den kapitalistischen Politikern in den Streit um die Verteilung der Steuern, um hohe oder niedrige Steuerlasten, hineinziehen zu lassen«. Die vermeintliche dauernde Einsicht ist nun einmal bei uns stark vom augenblicklichen Agitations- und Kampfbedürfnis beeinflusst. Wo dieses wechselt, wechselt die Einsicht. Übrigens behandelt Marx in seiner bekannten Brackeschen Programmkritik die »einzig progressive Einkommensteuer« als Verlangen der »deutschen

Ist nun unser heutiger Programmpunkt »Stufenweis steigende Einkommen- und Vermögenssteuer zur Bestreitung aller³⁾ öffentlichen Ausgaben, soweit diese durch Steuern zu decken sind«, so einfach zu verwirklichen? Sollen wir ihn in der Tat als reale politische Forderung betrachten, die, in einer näheren oder doch nicht allzufernen Gegenwart, noch innerhalb der Grenzen der bürgerlichen Entwicklung zu erreichen ist? Oder hat er, wie schon oben gesagt, mehr nur die Bedeutung eines aufgestellten idealen Massstabes, um durch den Abstand und den Kontrast die Ungerechtigkeit der heutigen Verhältnisse zu illustrieren: selbstverständlich unter dem Vorbehalt, dass wir daneben immer doch soviel als nur irgendwie möglich in der bezeichneten Wegrichtung vorwärts zu kommen suchen?

Kann uns hier abermals Friedrich Engels als Führer dienen? Er ist nämlich in unserer Parteiwochenschrift, der *Neuen Zeit*, auch darauf ausführlich zu sprechen gekommen, im November 1894. Aus einem bekannten Anlass; er kritisierte das Agrarprogramm unserer französischen Parteigenossen, und dieses versprach in üblicher Weise »Ersatz aller bestehenden indirekten und direkten Steuern durch eine einzige progressive Steuer auf alle Einkommen von mehr als 3000 Franken«. Dazu schreibt nun Engels ziemlich unwirsch:

»Eine ähnliche Forderung findet sich seit Jahren in fast jedem sozialdemokratischen Programm. Dass sie aber speziell im Interesse der Kleinbauern aufgestellt wird, ist neu und beweist nur, wie wenig man ihre Tragweite berechnet hat. Nehmen wir England. Dort beträgt das Staatsbudget 90 Millionen Pfund Sterling. Davon werden aufgebracht durch die Einkommensteuer 13½ bis 14 Millionen, die übrigen 76 Millionen zum kleineren Teil durch Besteuerung von Geschäften (Post, Telegraphen, Stempel) zum weitaus grössten Teil aber durch Auflagen auf die Massenkonsuntion, durch stets wiederholtes Abzwacken, in kleinen, unmerklichen, aber sich zu vielen Millionen aufsummierenden Beträgen, vom Einkommen aller Einwohner, vornehmlich aber der Ärmeren. Und es ist in der heutigen Gesellschaft kaum möglich die Staatsausgaben auf andere Weise zu decken. Gesetzt, man legt in England alle 90 Millionen den Einkommen von 120 Pfund Sterling = 3000 Francs und darüber in progressiver direkter Steuer auf. Die durchschnittliche jährliche Akkumulation, die jährliche Vermehrung des gesamten nationalen Reichtums, betrug 1865 bis 1875 nach Giffen 240 Millionen Pfund Sterling. Sagen wir, sie sei jetzt gleich 300 Millionen jährlich; eine Steuerlast von 90 Millionen würde fast ein Drittel der gesamten Akkumulation verzehren. Mit andern Worten, keine Regierung kann so etwas unternehmen ausser einer sozialistischen; wenn die Sozialisten am Ruder sind, werden sie Dinge durchzuführen haben, bei denen jene Steuerreform nur als eine momentane, ganz unbedeutende Abschlagszahlung figuriert, und wobei den Kleinbauern ganz andere Perspektiven eröffnet werden. Man scheint auch einzusehen, dass die Bauern auf diese Steuerreform etwas lange warten müssten . . .«⁴⁾

Auf eine andere Schwierigkeit glaubt K. Kautsky aufmerksam machen zu sollen. In seiner *Sozialen Revolution* heisst es über das »bis dahin Unmögliche«:

»Es ist ja heute schon unsere Forderung, dass wir durch eine solche [pro-

Arbeiterpartei] durchaus nicht sehr ehrerbietig: »In dem in der Schweiz existierenden Zukunftsstaat ist diese Forderung ziemlich erfüllt . . . Es ist also nichts Auffälliges, dass die *Financial Reformers* von Liverpool — Bourgeois mit Gladstones Bruder an der Spitze — die selbe Forderung stellen wie das Programm.«

5) Seltsamerweise heisst es in dem Erfurter Programm, nachdem alle »öffentlichen Ausgaben« bereits durch »Einkommen- und Vermögenssteuer« bestritten sein sollen, alsdann noch in einem Sondersatz »Erbchaftssteuer, stufenweise steigend nach Umfang des Erbguts und nach dem Grade der Verwandtschaft.« Schon stilistisch ist das Programm offenbar sehr verbesserungsbedürftig.

6) Vergl. Friedrich Engels *Die Bauernfrage in Frankreich und Deutschland* in der *Neuen Zeit*, 1894-1895, 1. Band, pag. 299 ff.

gressive Einkommen-, Vermögens- und Erbschafts-] Steuer alle anderen, besonders die indirekten Steuern ersetzen. Wenn wir aber zu ihrer Durchführung heute die Kraft erhielten, etwa durch Unterstützung anderer Parteien, was freilich ausgeschlossen, da keine bürgerliche Partei so weit ginge, so würden wir doch dabei auf grosse Schwierigkeiten stossen. Es ist eine bekannte Tatsache, dass, je höher die Steuer, desto grösser die Versuchungen zu Steuerdefraudationen. Aber selbst wenn es gelänge jede Verbergung von Einkommen und Vermögen unmöglich zu machen, selbst dann wäre man nicht in der Lage die Einkommen- und Vermögenssteuern beliebig hoch zu schrauben, weil die Kapitalisten, wenn die Steuer ihr Einkommen oder Vermögen zu sehr beschneide, einfach aus dem Staate fortziehen würden, und dieser das Nachsehen hätte. Der Staat hätte dann die Einkommen- und Vermögensteuer, aber ohne Einkommen und Vermögen. Über ein gewisses Mass kann man also bei diesen Steuern heute nicht hinaus, selbst wenn man die politische Macht dazu hätte. Die Situation ändert sich aber vollständig, wenn das sämtliche kapitalistische Eigentum die Form von öffentlichen Schuldverschreibungen annimmt usw. usw.⁶⁾

In dieser Beziehung bin ich, *vor wie nach* der sozialen Revolution, nicht ganz so ängstlich wie der Genosse Kautsky. Durchschlagender scheint mir eher eine andersartige Erwägung. Bei Einkommenstufen im Sinne unserer Besteuerungszukunftspolitik denken wir stets an die geringere oder grössere Möglichkeit genügend, gut, reichlich, luxuriös und schliesslich sinnlos verschwenderisch zu leben, an die Grösse des *Konsumtionsfonds*, um in etwas vagerer Bedeutung einen charakteristischen Ausdruck von Karl Marx zu gebrauchen. Je grösser diese bezeichnete Möglichkeit des persönlichen Konsumaufwandes, desto grösser und zwar progressiv grösser die Fähigkeit auf Einkommensanteile für rein persönliche Zwecke zu verzichten und sie dem Reiche, den Partikularstaaten, den Gemeinden zu öffentlicher Zweckverwendung zu überlassen. Daher unsere Programmforderung.

Aber solange wir kapitalistische Produktion haben, ist notwendigerweise ein sehr ansehnlicher Teil des einzelkapitalistischen Jahreseinkommens gar nicht frei verfügbarer Konsumtionsfonds; er ist vernünftigerweise und unter dem Zwange der Konkurrenzgesetze überhaupt gar nicht als Revenue zu verzehren. Er muss vielmehr von neuem als tätiges Kapital angewandt, akkumuliert werden. Er vollzieht zudem, solange wir über die heutigen Produktionsverhältnisse noch nicht hinausgewachsen sind, eine der wichtigsten, unentbehrlichsten sozialen Funktionen: für die Entwicklung der modernen Industrie und damit der modernen Arbeiterklasse vielleicht viel wichtiger als der Durchschnitt der heutigen Staatstätigkeiten. Dieser Teil des einzelkapitalistischen Jahreseinkommens erweitert unsere Produktionsbetriebe zu immer leistungsfähigeren Unternehmungen; er hebt unsere Produktion zu immer grösserer Vollendung empor, er schafft — neben unserer Aufklärung der Arbeiterköpfe und unserer Hebung des Arbeiterklassenniveaus — die notwendige breite sachliche Grundlage für eine zukünftige höhere Produktionsweise:

»Soweit der Kapitalist personifiziertes Kapital ist, hat er einen historischen Wert. . . . Aber so weit sind auch nicht Gebrauchswert und Genus sondern Tauschwert und dessen Vermehrung sein treibendes Motiv. Als Fanatiker der Verwertung des Werts zwingt er rücksichtslos die Menschheit zur Produktion um der Produktion willen, daher zu einer Entwicklung der gesellschaftlichen Produktivkräfte und zur Schöpfung von materiellen Produktionsbedingungen, welche allein die reale Basis einer höhern Gesellschaftsform bilden können, deren Grundprinzip die volle und freie Entwicklung jedes Individuums ist. . . . Ausserdem macht die Entwicklung der kapitalistischen Produktion eine fortwährende

⁶⁾Vergl. Karl Kautsky, *Am Tage nach der sozialen Revolution* (Berlin 1903), pag. 12 ff.

Steigerung des in einem industriellen Unternehmen angelegten Kapitals zur Notwendigkeit, und die Konkurrenz herrscht jedem individuellen Kapitalisten die immanenten Gesetze der kapitalistischen Produktionsweise als äussere Zwangsgesetze auf. Sie zwingt ihn sein Kapital fortwährend auszuwehnen, um es zu erhalten, und ausdehnen kann er es nur vermittelst progressiver Akkumulation. Soweit daher sein Tun und Lassen nur Funktion des in ihm mit Willen und Bewusstsein begabten Kapitals, gilt ihm sein eigener Privatkonsum als ein Raub an der Akkumulation seines Kapitals, wie in der italienischen Buchhaltung Privat Ausgaben auf der Debetseite des Kapitalisten gegen das Kapital figurieren. Die Akkumulation ist Eroberung der Welt des gesellschaftlichen Reichtums. . . .⁴⁾

Dieser Nichtkonsumtionsfonds würde in einer sozialistischen Gesellschaft überhaupt gar nicht erst Einzeleinkommen werden, gar niemandem erst als Einkommen erscheinen sondern sofort für die Zwecke der Gesamtproduktion und der produktiven Höherentwicklung von vornherein der Gesamtgesellschaft reserviert bleiben. Nur heute schlägt er erst den Umweg ein über das Einzeleinkommen des Kapitalisten, er bleibt aber dennoch, in der sozialen Wirkung wie in der persönlichen Freiverwendbarkeit, etwas ganz und gar anderes als persönlicher Konsumtionsfonds. Hatten wir auch diesen Einkommensteil bei unseren Steuerforderungen im Auge? Können wir als Arbeitervertreter etwa daran denken ihn, den vorläufig unentbehrlichen ökonomischen Fortschrittsfaktor, mit förmlichen Konfiskationssteuern zu belegen: etwa gar schon unter den heutigen Verhältnissen, das heisst zu gunsten und für Zwecke der heutigen Staaten, in denen viele von uns nur die rückschrittliche, fortschrittshemmende Kraft erblicken? Wollten wir ihn aber für Steuerzwecke ganz ausscheiden, zu welchen Konfiskationssteuersätzen gelangten wir dann für den Rest der kapitalistischen Einzeleinkommen? Und zu welchen krassen Willkürlichkeiten kämen wir beim ersten Versuche einer solchen Scheidung der beiden verschiedenartigen Einkommensteile? Oder glaubt man, dass bei gleichen 100 000 Mark Jahreseinkommen eines Börsianers und des Unternehmers in irgendeinem rasch emporstrebenden Industriezweig sich konsumtionsfreier Betrag und notwendiger, vielleicht bei Strafe des Untergangs notwendiger, Akkumulationsfonds in übereinstimmender Teilung nach ein und der selben Schablone absondern und ausscheiden lassen? Alle solche inneren Ungleichartigkeiten äusserlich gleicher kapitalistischer Jahreseinkommen kann man eben ohne besonderen Schaden übersehen und ignorieren, solange es sich lediglich um mässige Steuersätze handelt. Bei ernstlich hohen Steuersätzen müssten an allen Ecken und Enden schreiende Ungerechtigkeiten hervorbrechen. Das scheint mir viel durchschlagender als die Bedenken Engels' und Kautskys.

Selbstverständlich ist damit auch von meiner Seite aus nicht das geringste gegen eine energische Weiterausbildung unserer heutigen niedrigen und zurückgebliebenen Einkommensteuern eingewendet. Im Gegenteil, ich halte eine scharfe Hervorkehrung unseres reichseinkommensteuerfreundlichen Standpunktes für eines der besten Mittel, um in den parlamentarischen Kämpfen der Zukunft manches von unserem früheren grösseren Einfluss wieder zurückzugewinnen.

Allem Anschein nach wird sich die offizielle Reichsfinanzreform mit den nächstliegenden, bequemsten Aushilfsmitteln begnügen, das heisst in erster Linie mit den in anderen Ländern längst viel stärker herangezogenen in-

⁴⁾ Vergl. Karl Marx *Das Kapital*, 1. Band, 4. Auflage /Hamburg 1890/, pag. 555 ff.

direkten Steuern, mit dem Branntwein, dem Tabak, dem Bier an der Spitze, in zweiter Linie mit der Fortführung der 1905-1906 beschlossenen Erbschaftsbesteuerung. Dazu ist tatsächlich, nach den Darlegungen unserer Parteipresse, nichts neues mehr zu sagen. Nur wären vielleicht manche Genossen vor einer Unterschätzung der hier noch ohne allzu grosse Schwierigkeiten zu erschliessenden Einnahmen zu warnen. Soweit hier ernstere Schwierigkeiten drohen, liegen sie viel weniger in der Sache selber als in den wirren Parteiverhältnissen und in dem Mangel einer entschlossen führenden Zentralregierung, die allem partikularstaatlichen Widerstreben gewachsen und überlegen wäre.

Die späte Reichseinheit, für die die schwache Zollvereinsentwicklung keinen Ersatz bieten konnte, die Verfügung über ungewöhnlich starke Erwerbseinkünfte (Eisenbahnen, Posten, Forsten) und noch manche andere Umstände haben Deutschland bisher vor einer, auf anderen Ländern längst lastenden Höhe des indirekten Steuerdruckes bewahrt. England (mit Irland und Schottland) hatte 1907 44 Millionen Einwohner, Deutschland $62\frac{1}{3}$ bis $63\frac{1}{4}$ Millionen, also über 40 % mehr. Von den *spirits* erhob jedoch England (immer für das am 31. März 1907 abgeschlossene Finanzjahr) 338,6 Millionen Mark, dazu Zölle für Rum, Brandy und andere Spirituosen über 80 Millionen Mark. Die deutsche Branntweinsteuer dagegen brachte im aussergewöhnlich finanzertragsreichen Betriebsjahr 1906-1907 130 (vorher 119 und 114) Millionen Mark, dazu etwa 6,7 Millionen Mark Eingangszoll von ausländischen Branntweinen. Die Biersteuer brachte in England 253 Millionen Mark, für Deutschland ergab Brausteuer und Übergangsabgabe 1907 und 1908 51,8 bis 55,3 Millionen Mark. Vom Tabak vereinnahmte England 266 Millionen Mark, das Deutsche Reich von Tabak und Zigaretten im Inland etwa $25\frac{1}{2}$ Millionen Mark, dazu im Tabakzoll etwa 59 Millionen Mark. Selbst der Zucker brachte in England in der angegebenen Periode 125, bei uns 138 bis 141 Millionen Mark. Tee, Kaffee, Kakao brachten in England $118\frac{2}{3}$, bei uns knapp $84\frac{2}{3}$ Millionen Mark. Man hat eingewendet, dass solche Summen von den englischen Massen nur deshalb ohne Empörung getragen wurden — der Zuckerzoll ist bekanntlich unterdes ermässigt —, weil infolge des Wegfalls anderer, vor allem der eigentlichen Schutzzölle, der Lebensunterhalt nach anderen Richtungen ausserordentlich billig sich stelle. Nehmen wir das einmal als richtig hin. Aber wie steht es alsdann mit den Vereinigten Staaten, deren Schutzzölle die unsrigen ein Kinderspiel sind? Die Vereinigten Staaten hatten 1900 76 Millionen Einwohner. Dagegen erhoben sie Inlandssteuern: von den *spirits* 663 Millionen Mark, vom Tabak 215, von gegorenen Getränken (*fermented liquors*) 249 Millionen Mark; dazu Zölle: von Tabak- und Tabakfabrikaten 70 Millionen Mark, von Zucker und Melasse 265, vom Tee 35 Millionen Mark. Hier wird man wiederum einwenden, dass die amerikanischen Agrarzölle und Grenzsperrn eine andere Wirkung als die unsrigen haben, und dass die Kaufkraft amerikanischer und deutscher Löhne nicht zu vergleichen sei. Vielleicht. Also greifen wir zuletzt Frankreich heraus, das den Agrarschutz und die meisten sonstigen Schutzzölle seit der Mitte der neunziger Jahre bereits viel höher entwickelt hat als wir seit dem Posadowskytarif. Im Budgetentwurf für 1908 figurieren: der Tabak mit 460 Millionen Francs Einnahme, der Zucker mit 155,2, Streichhölzer und

Schiesspulver mit 57, sonstige indirekte Steuern mit 614 Millionen Francs, bei nur 38 bis 39 Millionen Einwohnern. Dazu kamen die hohen indirekten Auflagen, gerade auf Lebensmittel und Getränke, seitens der französischen Gemeinden. Will man den ganzen ungeheuren Abstand gegen Deutschland ermessen, so lese man der Einfachheit wegen Kautskys haarsträubende Anklagen gegen die Republik in Frankreich⁷⁾ und Amerika; man vermag es dann fast zu begreifen, warum monarchistische Konservative noch immer Deutschland und Ostelbien verhältnismässig für ein wahres Idealreich ansehen können. Aber zu politischen Krisen hat selbst diese Ausbildung der indirekten Steuern in Frankreich noch immer nicht geführt; politische Krisen sehen wir dort höchstens dann heraufziehen, wenn dem Besitz eine direkte Einkommensteuer droht.

Ich sage das natürlich nicht, um irgend etwas an der Ungerechtigkeit des deutschen Steuersystems zu beschönigen. Die Hervorhebung schien mir vielmehr deswegen ratsam und unumgänglich, weil man sich hier und da in Parteikreisen die politische Sachlage so vorstellt, als ob Deutschland bereits vor einer vollkommener Erschöpfung aller seiner Steuerquellen stünde und mit Naturnotwendigkeit längst einer förmlichen finanziellen Katastrophe entgegenstreibe. Irrtümer führen immer zu Enttäuschungen oder zu falscher Taktik: am Ende taucht gar der Obstruktionsgedanke seligen Angedenkens wieder auf. Deswegen soll man solchen Illusionen von vornherein entgegenwirken.

Aber umgekehrt beweisen die ausländischen Erfahrungen unumstösslich weiter das eine: dass unsere herrschenden Klassen auch in der Ausbildung wichtiger direkter Steuern noch nicht einmal anderen kapitalistischen Regierungen- und Parlamentsmehrheiten gleichkommen. Die englische Einkommen- und Vermögensteuer bringt fast 640 Millionen Mark ein. Gewiss ist der englische Reichtum wesentlich grösser; aber sämtliche allgemeinen Einkommensteuern der deutschen Einzelstaaten ertrugen nur knapp 372 Millionen Mark, daran reihen sich, immer in den Gliederstaaten, noch 47 Millionen Mark Ergänzungssteuern, 15½ Millionen Mark Kapitalrentensteuern und 7 Millionen Mark spezielle Einkommensteuern.⁸⁾ Vor allem bleibt der enorme Abstand in der Erbschaftsbesteuerung. England erhebt hier 288 Millionen Mark, das Deutsche Reich seit 1906 nur 40 bis 50 Millionen Mark, neben dem reservierten halben Betrag für die Einzelstaaten. Da hier, bei der Erbschaftsbesteuerung, eingewurzelte partikularstaatliche Einnahmegewohnheiten am wenigsten im Wege stehen, das Reich also durch seinen eigenen nochmaligen Zugriff den Gliederstaaten nichts weiter nimmt, so wird diese direkte Steuer — in unserer Partei ist sie fast immer als direkte Steuer aufgefasst und bezeichnet worden — wohl für die linksliberale Wählerschaft abermals das Lock- und Beschwichtigungsmittel bei der Reichsfinanzreform, das heisst bei der überwiegenden Vermehrung der Massenverbrauchssteuern bilden. Auch die Wehrsteuer, allenfalls selbst eine Vermögenssteuer, steht ungefähr auf gleicher Stufe.

⁷⁾ Vergl. Karl Kautsky *Republik und Sozialdemokratie in der Neuen Zeit*, 1904-1905, 1. Band, pag. 260 ff.

⁸⁾ Nach den *Vierteljahrsheften* der Reichsstatistik, 1908, die früheren Ziffern nach dem *Statistischen Jahrbuch für das Deutsche Reich*, dem englischen *Statesman's Yearbook 1908* und dem amerikanischen *Monthly Summary*. Für die amerikanischen Einzelzölle kann ich im Augenblick nur die Jahresziffern von 1901 mitteilen, die Inlandssteuern dagegen beziehen sich auf das am 30. Juni 1907 endende Finanzjahr.

Die Reichseinkommensteuer würde uns dagegen wohl erst von einer starken Sozialdemokratie oder von einer ernsten, alle Kräfte Deutschlands anspannenden politischen Krisis, oder von beiden zusammenwirkend, gebracht werden. Denn die Reichseinkommensteuer setzt nicht nur eine einheitliche zentrale Gesetzgebung voraus, der sich dann wohl oder übel die Einkommensteuersysteme aller Partikularstaaten und ihrer kommunalen Untergliederungen anpassen müssten, da verschiedene, in den Einschätzungs- und Zahlungsergebnissen sich widersprechende Systeme nicht allzu lange nebeneinander herlaufen könnten. Sie setzt weiter voraus einheitliche Einschätzungs- und Kontrollbehörden durch das ganze Reich, das heisst die Entthronung eines grossen, bisher einzelstaatlichen Beamtenapparats, die Durchsetzung der Gliederstaaten mit neuen, eminent wichtigen Reichsfunktionären. Denn die populäre Auffassung ist, wie jeder in der Steuergeschichte und Steuerpraxis Erfahrene weiss, keineswegs richtig: dass ohne weiteres in 5000 Mark oder 10000 Mark nominellem Steuerlisteneinkommen, sei es im kommerziellen und bürokratischen Berlin, im rheinisch-westfälischen Grubendistrikt, im bayrischen Gebirge, im Königreich Sachsen, im äussersten Osten, auch nur ungefähr der gleiche wirtschaftliche Besitz- und Einkommensstand zum Ausdruck kommt. Das ist leidlich und praktisch erträglich erst dann zu erzielen, wenn einmal einheitliche Vorschriften gelten: beispielsweise über die Abzüge aller möglichen Art, über die Umrechnung nicht geldwerter Lasten und Berechtigungen, über die Durchschnittsbildung bei unbestimmten und schwankenden Einnahmen. Man braucht sich nur einmal die preussische oder die sächsische Gesetzgebung und Ausführung anzusehen, um zu erkennen, welche verwirrend vielfachen Regelungen hier getroffen werden müssen, wie man sie beim besten Willen recht verschieden treffen kann, und wie jede solche Verschiedenheit natürlich jedesmal das Schlussresultat verschiebt; 10000 Mark Besteuerungsgrundlage mögen also in Dresden und Leipzig oder in Berlin und Hannover das selbe besagen, in Sachsen und Preussen fallen sie, obwohl die Miquelsche Reform viel von dem sächsischen Vorbild verrät, deshalb noch lange nicht zusammen. Aber selbst auf der Basis der selben Gesetzgebung muss sich weiter ein einheitlicher und einheitlich geleiteter Beamtenapparat aufbauen, der die Einschätzungsverfahren in den verschiedensten, ungleichartigsten Ecken in leidlichem Einklang hält, sie von Jahr zu Jahr in übereinstimmender Weise vervollkommenet; aus Sachsen wie aus Preussen wissen wir ja, dass dieses zähe bürokratische Vervollkommen allein schon unter Umständen einer Verschärfung des Steuerfusses gleichkommen kann. Die Einführung der Auskunftspflicht der Unternehmer über ihre Arbeiter hat in Preussen mit einem Schläge eine ganze grosse Bevölkerungsschicht in ihrer Steuerpflicht — und ihrem Klassenwahlrecht — wesentlich anders gestellt. Ebenso würde eine laxe Praxis in dem einen Bundesstaat, eine scharfe Handhabung in dem anderen den einen Staat in der Heranziehung für Reichszwecke entlasten, den anderen, gewissenhafteren, relativ überbürden, selbst bei einheitlicher Gesetzesgrundlage. Das Ende vom Liede wäre eben immer wieder die zentrale Reichsbehördenorganisation, an Stelle der einzelstaatlichen Verwaltungen auf diesem bedeutsamen Gebiet. Seit der Reichsgründung und seit dem Bismarckschen Anlauf zu Reichseisenbahnen hätten wir keinen solchen Einbruch in die Souveränitätsrechte der Einzelstaaten mehr erlebt. Solche Umwandlungen setzen sich jedoch immer nur in

den Stunden der politischen Not durch, und, vorläufig kann sich das Reich noch auf anderen, ruhigeren Wegen helfen. Aber der Zukunft die Bahn zu brechen ist auch hier die Aufgabe der Sozialdemokratie.

XX

OTTO HUE · DIE SOZIALPOLITIK UND DIE SOZIALDEMOKRATIE



HNE die sozialdemokratische Parteibewegung besässen wir nicht einmal die Anfänge einer Gesetzgebung zum Schutz der Schwachen; das ist sicherlich unbestreitbar. Ebenso wenig kann der massgebende Einfluss der Arbeitergewerkschaften auf die Durchführung der Arbeiterschutz- und -versicherungsgesetze gelegnet werden. Man braucht nur im lothringisch-saararabischen oder im oberschlesischen Industriebezirk die elenden Arbeitervertragsverhältnisse kennen zu lernen, um zu wissen, welche ausschlaggebende Bedeutung das Vorhandensein einer ansehnlichen Gewerkschaftsorganisation für die Industriepraxis hat. Wo starke Gewerkschaften existieren, da hat die organisierte Selbsthilfe schon mehr an Arbeiterschutz erreicht als die geltenden Gesetze und Verordnungen gebieten. In einer grossen Zahl von Tarifverträgen finden wir Bestimmungen, die für eine gründliche Arbeiterschutzgesetzgebung vortreffliches Material geben. Weil dem so ist, stösst man jetzt häufiger in Gewerkschaftskreisen auf eine ziemliche Missachtung der parteipolitischen respektive gesetzgeberischen Tätigkeit; man hört häufiger geringschätzende Äusserungen über den sozialpolitischen Wert des Parlamentarismus. Wenn es sich auch nur um Gelegenheitsreden handelt, da im Ernste kein uns bekannter Gewerkschaftsleiter antiparlamentarisch gesonnen ist, so wäre es doch ein Fehler die Symptome einer beginnenden Parlamentsverdrossenheit in Arbeiterkreisen zu übersehen.

Ihre Ursachen finden sich in der unverkennbaren sozialgesetzlichen Unfruchtbarkeit des deutschen Reichsparlaments, über die ich vor kurzem in den *Sozialistischen Monatsheften* Näheres ausgeführt habe.¹⁾ Seit einer Reihe von Jahren ist die sozialpolitische Bremse fest angezogen, kein einziges grosszügiges Arbeiterschutzgesetz wurde verabschiedet, jede zeitgemässe Reform der Versicherungsgesetze abgelehnt. Dagegen geschehen auf dem Gebiet der Ausführung der vorhandenen sozialen Gesetze immer schlimmere *Fehlgriffe*; die Bureaukratie hat es verstanden auch dort, wo der Gesetzgeber Wohltat gemeint hat, Plage zu spenden. Erinnerung sei nur an die *en gros* betriebene Rentenquetsche, an die sich häufenden Ausnahmegewilligungen, durch die manche Arbeiterschutzvorschriften gänzlich in Frage gestellt worden sind. Die wichtigste innerpolitische Tätigkeit der letzten Reichstagsperiode, die Schaffung eines Reichsvereinsgesetzes, ist auch durch eine bedeutsame Einschränkung der Koalitions- und Versammlungsfreiheit (Sprachen- und Jugendlichenparagraph) gekennzeichnet. Ganz erklärlich, dass diese Merkmale einer Rückschrittepoch in der Arbeiterschaft arge Missstimmung erzeugen, und zwar nicht nur in sozialdemokratischen Kreisen. Auch die Organe der christlich-nationalen Arbeiter üben schärfere Kritik an der sozialpolitischen Unwilligkeit der Regierung und der ihr beistehenden Parteien. Diese Gewerkschafts-

¹⁾ Vergl. meinen Artikel *Die Sozialpolitik des Reichs* in den *Sozialistischen Monatsheften*, 1908, 1. Band, pag. 486 ff.

gruppe hat auch um so mehr Anlass zur Unzufriedenheit, als ihr wiederholt von den obersten Reichs- und Staatsbeamten feierlich die wohlwollende Berücksichtigung versprochen worden ist, als Anerkennung für *gute Gesinnung*. Und heute, nach Jahren, ist auch noch nicht eine einzige der christlichnationalen Arbeiterforderungen von der Gesetzgebung realisiert worden. Was aus den Zeitungen dieser Gewerkvereine und aus den Reden ihrer Führer an Opposition gegen die herrschende Klasse herausklingt, ist nur das Echo einer stärkeren Misstimmung der lange vertrösteten Arbeitermassen über die bestärkliche Ignorierung ihrer sozialgesetzlichen Forderungen. Fast alle Berufsgenossenschaftsberichte melden ständig zunehmende Unfallziffern, in den Krankenkassenvorständen zerbricht man sich den Kopf darüber, wie lange bei der oft ausserordentlich hohen Krankenzahl die Kassen aktiv bleiben werden. An ein Reichsgesetz, das für alle Lohnarbeiter und Angestellte die Arbeitszeit auf ein gesundheitsschützendes Mass beschränkt, ist auf wer weiss wie lange nicht zu denken. Die gewaltige Kategorie der Landarbeiter lebt noch immer sozusagen in einem Hörigkeitsverhältnis, wird landflüchtiger; statt Koalitionsfreiheiten sind ihr entwürdigende *Gesindeordnungen* beschert. Obgleich in der englischen und französischen Montanindustrie die Menschenverunglückungen weit geringer sind als in der preussisch-deutschen, ist in England und Frankreich die Bergarbeiterschutzgesetzgebung im Lauf der letzten Jahre kräftig fortgeschritten, selbst in Belgien und Österreich sind die Aussichten für ein bergmännisches Achtstundenschichtgesetz besser als in Deutschland. Hier ist auch die hochnötige Gesetzesaktion zu gunsten der Hochofen-, Hütten- und Walzwerksarbeiter auf die allерlängste Bank geschoben worden, indem sich das preussische Fachministerium der Sache angenommen hat; sie soll augenscheinlich in der Dürre des Dreiklassenparlaments versanden. Wohl haben wir nun 7 Sozialdemokraten im preussischen Landtag, aber sonst ist die Landtagsmehrheit reaktionärer als früher. Unsere 7 Genossen sind nicht einmal in der Lage selbständig mit Anträgen usw. aufzutreten, sie sind auf unterstützende Unterschriften aus den bürgerlichen Fraktionen angewiesen. Im Falle Liebknecht hat sich schon bewiesen, dass nur linksliberal freisinnige Parlamentarier bereit waren unsere Landtagsvertreter gegen die gänzliche Beiseiteschiebung zu unterstützen. Von dem sogenannten *demokratischen Flügel des Zentrums*, der jetzt auch im preussischen Landtag durch einige Mandatinhaber aus der Arbeiterschaft verstärkt worden ist, hat nicht ein einziger die Verpflichtung in sich gefühlt seine Unterschrift für die Freilassung des an der Ausübung seines Volksvertreteramtes behinderten Sozialdemokraten herzugeben. Womit vollkommen erhärtet wurde, was ich am Anfang dieses Jahres über die Qualität der *Zentrumsdemokraten* ausführte.²⁾ Der preussische Landtag ist reaktionärer denn je aus den Wahlen hervorgegangen, er wird also nach wie vor der Hort auch des sozialpolitischen Rückschritts und des Scharfmachertums sein, was um so mehr erbittern muss, je mehr in den süddeutschen Landtagen, dank der rührigen Tätigkeit der sozialdemokratischen Fraktionen, manche Arbeiterforderungen verständiger behandelt und auch bewilligt werden.

Deutschland besitzt die grösste und geschlossenste Arbeiterbewegung unter allen Industriestaaten. Auf der Anfang August in Zürich abgehaltenen inter-

²⁾ Vergl. meinen Artikel *Zum Wahlrechtskampf in Preussen* in den *Sozialistischen Monatsheften* 1908, 1. Band, pag. 139.

nationalen Konferenz christlicher Gewerkschaften konnten die deutschen Vertreter sich rühmen allen anderen Nationalitätsvertretern auch in der gewerkvereinlichen Zusammenfassung der christlichen Arbeiter und Arbeiterinnen weit voraus zu sein. Herr Giesberts erklärte, die von ihm vertretenen Organisationen verfolgten »nur wirtschaftliche Zwecke«. Eine lange Reihe von christlichnationalen Kongressresolutionen und Gewerkschaftsanträgen belehren auch den Fernstehenden darüber, dass in den Forderungen an die soziale Gesetzgebung kein Unterschied zwischen sozialdemokratischen und christlichnationalen Arbeitern besteht. Auch die Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereine sind aus ihrer lange beobachteten *Nurgewerkschaftlerei* herausgetreten, sie haben ein sozialpolitisches Programm formuliert, in dem wesentliche Punkte mit dem übereinstimmen, was Molkenbuhr in seinem vortrefflichen Referat auf dem Hamburger Gewerkschaftskongress als die notwendigsten Sozialreformen begründete. Aus persönlicher Erfahrung weiss ich, dass, wenn die Gewerkschaftsleiter der verschiedensten Richtungen zusammenkommen, um für eine bestimmte Arbeiterkategorie Schutzanträge an die Gesetzgebung zu formulieren, diese Anträge dann in ihrer Totalität nur von den Sozialdemokraten im Parlament ohne Einschränkung vertreten werden. Was sich in der Arbeiterschaft im Sinne ernsthafter Sozialreformen regt und betätigt, das ist bewusst oder unbewusst sozialdemokratisch.

In keinem Lande ist die Masse der politisch geweckten Arbeiter so gross wie in Deutschland, in keinem herrscht innerhalb der organisierten Arbeiterschaft trotz der organisatorischen Zersplitterung eine so grosse Übereinstimmung in den dringendsten Forderungen an die Gesetzgebung. Vergleicht man aber den Einfluss der Arbeiterschaft auf die respektiven gesetzgebenden Körperschaften, dann sehen wir, dass erst recht in Ansehung der in betracht kommenden Masse und ihres kulturellen Niveaus in der ausländischen Gesetzgebung sich der Wille der Arbeiterschaft weit markanter Ausdruck verschafft als bei uns. Was zum Beispiel in England und auch in Österreich im Lauf der letzten Jahre an sozialgesetzlichen Aktionen durchgeführt oder aussichtsvoll in Angriff genommen wurde, wird nach seinem Vollzug das gerühmte *Land der Sozialreform*, Deutschland, weit ins Hintertreffen drängen, obgleich bei uns die wirtschaftliche Entwicklung am ehesten die energische Inangriffnahme eines gründlichen Arbeiterschutzes heischt. In keinem Industrieland, selbst die Vereinigten Staaten von Amerika nicht ausgeschlossen, hat sich die kapitalistische Kartellierung und Syndizierung so rapide, mannigfaltig und dichtmaschig entwickelt wie in Deutschland. Das erhöht die wirtschaftliche Übermacht des einzelnen Unternehmers über den einzelnen Arbeiter ganz gewaltig, hat vielfach schon beispielsweise zur faktischen Ausserkraftsetzung des Freizügigkeitsgesetzes und des Koalitionsgesetzes für Lohnarbeiter und Angestellte seitens der offenen und geheimen Unternehmerverbände geführt. Das Vorgehen der Zehengeheimbünde und der internen Hüttenwerkskoalitionen in Westdeutschland, auch in Schlesien, zeigt dem Sozialpolitiker deutlich genug, wie die strafforganisierten Kapitalistenbünde sich die *Entwicklung des freien Arbeitsvertrags* denken. Die angerufene Staatsanwaltschaft findet keine Schuld bei den terroristischen Werksmagnaten, die 4000 Arbeiter eingeständenermassen mit schwarzen Listen verfehlen. Der kapitalistische Terror feiert unter den Augen der Regierung und der Justiz seine unerhörten Orgien.

Es ist selbstverständlich, dass die Sozialdemokraten im Reichsparlament und auch in den Landtagen die entschiedensten Anwälte der Opfer des kapitalistischen Syndikalismus sind, unbeschadet der Tatsache, dass wir in den Kartellen, Syndikaten und Trusts natürliche kapitalistische Bildungen erblicken. Die schmerzhafteste Ruinierung zum Beispiel der kleinen und mittleren Eisenindustrie durch die grosskapitalistischen Rohstoff- und Halbfabrikatsyndikate als eine unabwendbare Folge der wirtschaftlichen Entwicklung fatalistisch hinnehmen können wir aber um so weniger als ein grosser Teil dieser Industrie durchaus erhaltungsfähig und -wert ist.

Mit dem Aufkommen der kapitalistischen Syndikate wächst auch das Bedürfnis nach dem gesetzlichen Schutz der in den syndizierten Betrieben beschäftigten Arbeiter und Angestellten. Geht die Gesetzgebung ernsthaft an diese Aufgabe heran, dann gilt es eine Kraftprobe zwischen den Förderern der Volkswohlfahrt und den Verfechtern des kapitalistischen Herrenmenschenstandpunktes. Bei dieser Gelegenheit wird die Regierung entweder von der klingenden sozialen Phrase zur volksschützenden sozialen Tat schreiten müssen oder sich ohne Feigenblatt als der Verwaltungsausschuss einer syndizierten internationalen Millionärskaste präsentieren. In beiden Fällen werden diejenigen, die das *Entweder-oder* provozieren, bei der gewaltigen Volksmehrheit auf Zustimmung rechnen dürfen. Es gibt zurzeit keine sozialpolitische Frage, die so weit und so tief das Volk interessiert und erregt wie die nach der Zukunft unserer Volkswirtschaft unter der Herrschaft der kapitalistischen Syndikate. Hier werden Arbeiter, Beamte, geschäftlicher Mittelstand, Handwerkerstand gleichzeitig als Produzenten und Konsumenten berührt. Ungeniert greifen die Syndikatsgewaltigen auch in die zivilrechtlichen Angelegenheiten, nicht nur ihrer Arbeiter und Angestellten ein: man lese nur die respektiven rigorosen Lieferungsverträge der Werkssyndikate und Verkaufskartelle. Auch bürgerliche Zeitungen bringen zahlreiche Zeugnisse von den aufreizenden Machtäusserungen des Staates im Staate, den die kapitalistischen Syndikate etablierten. Einem Arbeiter oder Beamten, der ordnungsgemäss, aber wider den Willen des Unternehmers, die Stelle wechselte, um sich wirtschaftlich zu verbessern, ist es schon einfach unmöglich gemacht gegen den Willen des letzten *Brotherren* diese Stellung einzunehmen; von der russischen bis zur französischen Grenze verfolgt den Industrieuntertanen der Uriasbrief. Wo sich dieser anarchistisch-kapitalistische Syndikalismus weitaus am stärksten entwickelt hat, in der Montanindustrie, da treiben wir unleugbar einer Katastrophe zu, erschütternder als die von 1889 und 1905.

Sehr zeitgemäss ist deshalb die vorgeschlagene gesonderte Beratung der Sozialpolitik auf unserm diesjährigen Parteitag in Nürnberg. Der Referent, Molkenbuhr, bietet Gewähr für eine gründliche und anregende Behandlung dieses Themas. Er wird gewiss auch erörtern, auf welche Weise die soziale Gesetzgebung in Deutschland aus der Stagnation in eine fortschrittliche Gangart gebracht werden kann. Das wird durch unsere Partei geschehen müssen, da sich ihr am meisten die Lohnarbeiter und die sonst kapitalistisch Ausgebeuteten anschliessen haben. Auf Menschen, die daran gewöhnt sind, zumal in der Gewerkschaftspraxis, jeden Tag die errungenen Positionen zu festigen, um von da aus neue zu gewinnen, kann der parlamentarische Betrieb, wie wir ihn im Reichstag kennen lernten, kaum anregend wirken. Resolutionen und

Gesetzesanträge zählen wir in jeder Legislaturperiode zu Hunderten, die Zentrumsfraktion insbesondere fabriziert sie *en masse*. Aber was ist das praktische Resultat für die Schutzbedürftigen und Notleidenden? In Jahren gleich Null. Nicht, als ob es die sozialdemokratischen Vertreter an der Verfechtung ihrer Anträge fehlen liessen — unsere Genossen haben stets fleissig gearbeitet, wohin sie auch gestellt wurden —, aber der grosse Aufwand von Zeit und Mühe ist nur durch relativ sehr geringe Erfolge belohnt worden. Eben deshalb erscheint oft die Zeit, im Parlament nutzlos vergeudet, im Dienst der Arbeitersache besser ausserhalb des Parlaments nutzbar zu machen. Bewunderung verdienen unsere Veteranen, die diesen parlamentarischen Betrieb nun schon Jahrzehnte ohne Unterbrechung aushalten. Wir sagen uns natürlich, dass parlamentarische Abstinenz erst recht arbeiterschädlich wäre, aber diese Erkenntnis veranlasst uns auch die Frage aufzuwerfen, was für die auf soziale Reformen wartenden Massen durch die parlamentarische Aktion zu gewinnen ist, ob und wie durch uns die von der Regierung und den ihnen dienstwilligen Parteien beliebte Methode des Fortwurstelns durchkreuzt werden kann.

Wir hoffen von dem sozialpolitischen Referenten in Nürnberg zu hören, wie er sich die Verwirklichung seiner sozialgesetzlichen Vorschläge denkt. Da Molkenbuhr nicht nur die Materie ausgezeichnet beherrscht und wie kein zweiter unter uns das, was Reichstag und Landtage bisher auf diesem Gebiet getan haben, zu würdigen weiss sondern auch als Mitglied der Parteileitung mit deren Absichten und Vorschlägen genau vertraut ist, so darf man erwarten, dass er darlegt, wie der gewaltige Eindruck eines Stimmenaufgebots von $3\frac{1}{4}$ Millionen in entsprechende politische Macht, das heisst in direkten Einfluss auf die Gesetzgebung und die Gesetzesausführung umgesetzt werden kann. Das arbeitende Volk lechzt nach sozialen Reformen. Das Hemd sitzt ihm näher als der Rock. In den Wochen, die ich unlängst in der saarabisch-lothringischen Westecke zubrachte, im Proletariergewimmel des Herrschaftsbereiches der unerschrockensten Gruben- und Hüttenmagnaten, kam mir wieder zum Bewusstsein, wie wenig sich doch die Zehntausende und Aberzehntausende von Lohnsklaven um das kümmern, worüber sich jetzt wieder in unserer Parteipresse die Allzuängstlichen und Allzunervösen streiten, als handle es sich um Sein oder Nichtsein der Arbeiterbewegung. Die Zukunft der Arbeiterbewegung hängt nicht von der mehr oder minder kniffligen Auslegung einer Parteitagsresolution ab sondern davon, ob es uns gelingt den uns noch fernstehenden Massen fühlbare Erleichterungen ihres Loses zu schaffen.

XX

KARL LEUTHNER · DIE AUFGABE DER DEUTSCHEN SOZIALDEMOKRATIE IN DER AUSWÄRTIGEN POLITIK



RAGEN der auswärtigen Politik wurden vor noch nicht langer Zeit in der Sozialdemokratie sehr obenhin behandelt. Man besass zwei unfehlbare Schablonen, die abwechselnd für jeden vorkommenden Fall genügen mussten: Entweder entsprangen feindselige Gegensätze und Kriege zwischen den Staaten der Eroberungssucht der Monarchen und der Arglist der Diplomaten, wie die altliberale Doktrin lehrte, oder sie

waren das natürliche Produkt der kapitalistischen Konkurrenz und des Drangs nach neuen Märkten, wobei nationale Ehre und Kriegsruhm keine andere Rolle spielten als die humanitären Phrasen, mit denen Quacksalber ihre Geheimmittel anpreisen. Dem Stand des historischen Wissens entsprachen diese primitiven Anschauungen gewiss nicht, aber in der Praxis der achtziger und der ersten neunziger Jahre mochten sie sich wohl behaupten, denn das Verhältnis Deutschlands zu Russland trug äusserlich die Form persönlicher Beziehungen der Höfe, und den französisch-deutschen Gegensatz leitete eine Naivität, die nicht geschichtlich zu denken gelernt hat, ausschliesslich von den Bedingungen des Frankfurter Friedens ab. Dazu kam, dass die Art wie Bismarck mit überwiegender Autorität die auswärtigen Geschäfte leitete, allem ein individuelles Gepräge gab. Dass sich nun aber selbst in Russland die alten Eroberungs- und Vorherrschaftsgedanken des Zarentums längst mit volkstümlichen Ideen verquickt, in volkstümliche Strömungen umgesetzt hatten, dass die französische Nation als Erbin bourbonischer und napoléonischer Machtansprüche in der blossen Existenz eines geeinten und an seinen Grenzen gefestigten Deutschlands eine Minderung seines Ansehens und seiner internationalen Geltung erblickte, durchschauten, wenigstens unter den demokratisch gerichteten Deutschen, nur wenige.

Der russisch-japanische Krieg zwang dann freilich alle Menschen von intellektueller Redlichkeit über das Verhältnis von Volk und äusserer Politik umzudenken. Er zeigte das Zusammenflammen aller Herzen in einem Kampf-, Sieg- und Eroberungsideal. Zugleich hat der Portsmouther Frieden die Grundverhältnisse verwandelt, auf denen bisher das europäische Staatensystem ruhte. Die Interessengruppen, die sich unter Bismarcks vorwaltender Macht gebildet, die sich gegenseitig ins Gleichgewicht gesetzt, lösen sich allmählich auf. Die englische Weltpolitik erlangt die Möglichkeit den Widerstreit der Kontinentalstaaten zu einer Umgruppierung zu ihren Gunsten zu benutzen. Innere Umwälzungen veränderten den Wert der einzelnen Machtfaktoren. In dem Drängen, Stossen und Suchen eines neuen Gleichgewichtszustandes tauchen abenteuerliche Pläne des Ehrgeizes auf, der Phantasie sind die Schranken sicher erkennbarer und bewertbarer Realitäten entrückt. Mit alledem werden notwendig die Ideen der auswärtigen Politik zu den beherrschenden im öffentlichen Leben überhaupt.

Sie werden es jedesmal wenn das Gespenst des Krieges auftaucht. Allein ein tiefgreifender Unterschied von allen ähnlichen Epochen der Vergangenheit tut sich deutlich hervor. Man erkennt, die Verfassung des öffentlichen Lebens ist demokratischer geworden, also werden auch die Mittel Bündnisse von Staat zu Staat zu schliessen, Hass zu säen und die Feindseligkeiten einzuleiten volkstümlicher. Die Presse wird zum Vehikel der Machtpolitik, zum Schauplatz der vorbereitenden Kämpfe. An den neuen Souverän, an die Nation, sind jetzt die Denkschriften gerichtet, mit denen sonst die Staatsmänner bei wichtigen Aktionen die Entschliessungen des Herrschers zu bestimmen suchten. Es lässt sich leider nicht behaupten, dass die Volksmässigkeit der Form zur Hebung des Inhalts beigetragen hätte. Blättert man etwa um 100 Jahre zurück und sieht nach, was in den Stürmen der napoléonischen Kriege die Ancillon, Knesebeck, Metternich usw. ihren keineswegs reichbegabten Herren zu lesen gaben, so wird man viel Macchiavellismus in salbungsvolle Redensarten ge-

kleidet finden, aber die schlimmsten Irrtümer entspringen bei ihnen geistreichen Staatstheorien, wie die grössten Torheiten der preussischen Generäle vor Jena überwitzigen taktischen Tüfteleien. An den Hetzartikeln der *gelben Presse* Englands, Frankreichs und Russlands kann man alles, nur nicht ein Übermass von Geist beklagen. Es ist ganz erstaunlich, was dazu dienen soll ein Volk gegen das andere aufzureizen und Gefühle der Kriegsbedrohnis zu verbreiten. Angebliche Gespräche deutscher Offiziere, Privatiers, Kellner (*Standard*) müssen die Engländer davon überzeugen, dass Deutschland zu einem Überfall rüstet, Blätter, für die Intelligenz geschrieben (*Rjetsch*) erzählen ihren Lesern, dass der Krieg in Marokko lediglich das Werk zweier deutscher Konsuln sei. Die halbe Presse scheint sich in eine Bedientenstube verwandelt zu haben, Hofklatzsch und Gebärdenspäherei füllen ihre Spalten und bilden den *Ausgangspunkt* tiefsinniger politischer Reflexionen. Aus dem Wörtchen *gottlob*, das der englische König in seinen Ischler Toast hat einfliessen lassen, wird drei Wochen nach dem Revaler Reformprogramm die ungetrübte Freundschaft zwischen England und Österreich-Ungarn deduziert; dass Eduard in Cronberg die Uniform statt des schlichten Zivils trägt, gilt männiglich als ein bedeutungsvolles Symptom der zwischen zwei Staaten vorherrschenden Stimmungen. Man sage nicht, das gehe so beither. Wer tiefer gräbt, um zu erkunden, was sich ein Slawe oder ein Franzose unter der *pangermanischen Gefahr* vorstellt, wird am Grunde lauter Phantastereien und Ammenmärchen finden. Und warum sollte eine Zeit, in der Wochenschriften den grössten Absatz finden, die jeden Spaziergang jedes Fürsten und Präsidenten im Bilde festhalten, in der Kolportage- und Kriminalromane in den breitesten Fluten sich ins Volk ergiessen, die Weltgeschichte nicht im Stil sei es der Monarchentoaste sei es des Schauerromans auffassen? Übrigens sprechen die Anwender für das Mittel. Man kann die Durchschnittsbildung des Journalisten so hoch oder so niedrig einschätzen wie man will: was auf sein Publikum wirkt, weiss er zuverlässig. Des seligen Blowitz Erben und die Aussendinge der *Nowoje Wremja*, die im Kabinett der Minister an den Fäden der Intrige mitspinnen, gehen kaum in die Irre, wenn sie zugleich dem Leser die ungeschlachteten Dummheiten vorsezen.

Manche Leute wird das betrüben, besonders diejenigen, die sich von dem Gedanken bestimmen lassen, dass beim Überwiegen der wirtschaftlichen Interessen Berechnungen des materiellen Vorteils schlechtweg die Staatshandlungen lenken, die deshalb auch aus der deutsch-englischen Handelskonkurrenz die Unausweichlichkeit eines deutsch-englischen Krieges folgern, auf die Gefahr hin damit selbst für den Krieg zu arbeiten. Hier liegt aber eine Verwechslung vor. Wirtschaftliche Verhältnisse werden sich bloss da unmittelbar in politische Aktionen umsetzen, wo wirtschaftliche Motive geradlinig und eindeutig zu wirken vermögen. Im kleinen Athen, im Amsterdam des 17. Jahrhunderts und erst recht im regierenden Senat einer oligarchischen Handelsrepublik wird der Gedanke einem Konkurrenten den Absatzmarkt abzujagen zum Kriegsplan, den jeder versteht und billigt. In einer grossen Nation jedoch stellen nicht bestimmte Gruppen mit deutlich charakterisierten Interessen sondern die Weite und Breite des Volkes, in dem sich alle Interessen und alle Meinungen über Wert und Art dieser Interessen kreuzen, die letzte Instanz der Entscheidungen dar. Man kann die Allgemeinheit auch nicht mit kalt ersonnenen Ent-

würfen des Staatsvorteils hinreissen, der Napoléonische Satz, dass die Moral für die Staaten in dem bestehe, was ihr Interesse ihnen an die Hand gebe, ist ihr eine zu kühle Weisheit: hier muss die Sprache der Leidenschaft ertönen, Stimmungen müssen erzeugt, Befürchtungen erregt, der Groll entzündet werden. Denn wohl vermag auch heute noch der einzelne in leitender Stellung den Kriegsfall herzustellen, doch jene Spannung der Seelen, in dem ein Volk den Krieg allein durchhalten kann, muss langwierig und sorgfältig vorbereitet werden.

Das geistige Element hat also heute — trotz der so wenig geistreichen Mittel, die wir angewendet sehen — in der äusseren Politik eine gesteigerte Wichtigkeit. Und damit ist gesagt, dass sich auch den Gegnern des Krieges der Raum für die Friedenspropaganda erweitert. In viel höherem Masse als jemals sind heute starke Parteien und ihre Presse im stande über die grossen Geschicke der Völker mit zu entscheiden. Bloss das Wie ist die Frage. Die reine Propaganda für den Frieden schlechthin gehört zweifellos zu den Dingen, die am besten abgetan sind. Sie ist mit dem Tage dem Fluch der Lächerlichkeit verfallen, als der Zar an ihre Spitze trat und die Friedenskongresse zur Theaterdekoration der Staatspolitik wurden. Was heisst das auch: gegen den Krieg kämpfen? Wo gibt es, einige verrannte und harmlose Theoretiker abgerechnet, Verfechter des Krieges als solchen? In der Fülle und Reichlichkeit der Friedensbeteuerungen kann mit Staatsmännern und Herrschern niemand den Wettbewerb aufnehmen. Keine Flottenvermehrung, keine Verbesserung der Geschütze, keine in London oder Reval gesponnene Intrige, die nicht die Friedensbürgschaften vermehren würde. Niemand agitiert für den Krieg *in abstracto*, nicht einmal offen für einen konkreten Krieg, sondern alle Kriegshetze besteht darin Missstimmung und Misstrauen zwischen den Völkern zu säen. Weil die Friedensgesellschaften und was damit zusammenhängt zwar für die *Friedensidee* grosse Worte verschwenden, in ihren Reihen jedoch Leute mitführen, die in der chauvinistischen Hetze das Grösste und Tüchtigste leisten, ist die Hohlheit dieser ganzen Propaganda nun auch naiven Gemütern offenbar geworden.

Ja, das Misstrauen und die geringe Wertschätzung wendet sich heute gegen jede allgemeine und abstrakte Kundgebung für den Frieden. Man darf sich darüber nicht täuschen, dass auch sozialdemokratische Kundgebungen dieser Art wenig beachtet, als blosser Sache der Form und Formeln angesehen werden. Wir wollen den Krieg nicht: das glaubt uns jedermann gern. Doch kommt es in der Politik wie in der Kunst nicht aufs Wollen sondern aufs Können an. Zeigen wir uns stark genug jenen populären Strömungen entgegenzuwirken, die in unseren Tagen die Kriegsgefahr heraufbeschwören? Einige Beispiele werden die zureichende Antwort geben. Die italienischen Sozialdemokraten haben einmal mit den Österreichern eine gemeinsame Demonstration unternommen, die sehr nützlich wirkte, doch stehen sie im allgemeinen in dem Strom der französischen Sympathien, aus dem sich all die Stimmungen nähren, die gegen den Dreibund gerichtet sind, der eben noch notdürftig die Gefahren der Irridenta und der italienischen Balkanpläne abwehrt. Die vorwaltende Volksmeinung in England hat *Sozialdemokraten* wie Hyndman so weit fortgerissen, dass sie die lächerlichsten Behauptungen über die Kriegsabsichten Deutschlands wiederholen. Ist nicht auch für die tschechische und polnische sozialdemokratische

Presse Deutschland meist der Vater aller Übel in Europa? An den Tschechen, denen das deutsche Reich niemals etwas Übles zugefügt, wirkt dies am auffallendsten. Während der Kämpfe in Marokko, und als Eduard mit Nikolaus sich verbanden die Flamme in Mazedonien zur hellen Lohe anzufachen, konnte man in tschechischen Blättern lesen, Deutschland sei der einzige Erobererstaat, die einzige Gefahr für den Frieden. So weit geht die Verirrung, dass tschechische Sozialdemokraten mit Hilfe französischer Witzblätter gegen die Bedrückungen, die angeblich die tschechischen Minderheiten in deutsch-böhmischen Städten leiden, Europa zu Hilfe rufen. Gewiss sind ihre Klagen in vielem begründet. Doch wer ist der Feind? Einige deutsch-böhmische Stadtverwaltungen. Und in wessen Namen wird Klage geführt? Im Namen des tschechischen Volkes, das in Böhmen die Mehrheit besitzt, das im Landtag, im Landesausschuss, in der Statthalterei herrscht, dem die überwiegende Zahl der Beamten im Lande angehören, das zwei Sitze in der Regierung des Staats belegt hat und in Österreich mitregiert, nicht anders wie die deutschen Parteien. Sind die Tschechen in dem Fall an das Mitleid und die Entrüstung Europas appellieren zu müssen? Sind sie bei ihrer gewaltigen Machtstellung in der Monarchie darauf angewiesen nach Mitteln zu greifen, die etwa den Ruthenen oder Letten in Russland ziemen mögen? Ist der Zeitpunkt, wo der Deutschenhass das Vehikel aller Kriegshetzer in Europa bildet, wohl gewählt das Ausland gegen die Deutschen aufzurufen?

Da nun aber aus dem Deutschenhass alle Kriegsgefahr und Kriegsstimmung unserer Tage entspringt, konkretisiert sich die Aufgabe dem Frieden zu dienen für die deutsche Sozialdemokratie in der Bekämpfung des Deutschenhasses. Sie hat die Macht und Möglichkeit dazu wie kaum ein anderer. Die stärkste demokratische Organisation in Europa, die Erweckerin und das Muster der sozialistischen Bewegung im europäischen Osten, die langjährige Führerin der Sozialdemokratie überhaupt, hat nicht zu fürchten, dass ihr Vorurteile begegnen, wie sie sonst gegen das konservative Deutschland Arglist und Torheit leicht erwecken mag. Ihr Zeugnis für die Friedensliebe des deutschen Volkes, des Deutschen Reichs fände einen tiefen und weiten Nachhall. Es ist in den Tagen nach Reval nicht mehr die Zeit Vorgänge der auswärtigen Politik als Agitationsmittel in der innern zu verwerten. Es gilt auf kleine Vorteile zu verzichten, um der grossen Sache des europäischen Friedens zu nützen. Die Lehre, dass stets die eigene Regierung unrecht haben müsse, wird zur Misslehre, wenn sie den schlimmsten Störern des Friedens in Europa Gelegenheit und Stoff für ihre verderbliche Agitation gibt. Der Glaube, alles, was aus London und Paris kommt, müsse der Freiheit und dem Völkerglück fördersam sein, muss mindestens in den Fällen einer Revision unterworfen werden, wo die demokratische Presse des Westens mit der zarischen des Ostens in einem Tone singt. Und da endlich die innere Politik reichlich und täglich Argumente liefert die preussische Reaktion zu bekämpfen, braucht man sie nicht der auswärtigen zu entlehen; denn im Ausland werden diese von Leuten verwendet, die die blutgetränkten Hände der Henker von Warschau und Riga freundschaftlich drücken. Wird aber der Kampf gegen die schwächeren Ausbrüche des Chauvinismus im eigenen Land nicht um so wirksamer werden, wenn er von der scharfen Abweisung der weit gefährlicheren und hitzigeren im Ausland begleitet ist? Man sage nicht, dass dies ein vergebliches Unter-

nehmen sei. Es ist so viel Künstliches, Erlogenes, Phantastisches in das Gespinnst der Germanophobie eingewoben, dass einer anhaltenden und kräftigen Propaganda der Erfolg nicht versagt bleiben kann. Und wäre die Aufgabe schwer, so muss sie erst recht in Angriff genommen werden. Die deutsche Sozialdemokratie, die einen so grossen Teil des deutschen Volkes umfasst, trägt mit die Verantwortung für seine Geschicke. Die Frage des Friedens ist aber für Deutschland eine Frage auf Leben und Tod.

XX

CONRAD SCHMIDT · ZITATE ZUM REVISIONISMUSSTREIT



S ist nicht angenehm längst Klargelegtes immer von neuem wiederholen zu müssen. Aber die Art, wie Genosse K. Kautsky in seiner Besprechung einer Schrift Tugan-Baranowskijs vor kurzem in der *Neuen Zeit* die revisionistische Polemik gegen gewisse Wendungen des Marxschen Denkens als ein System böswilliger, mindestens konfuser Unterschiebungen abtut,¹⁾ zwingt dazu durch abermalige, wenn auch ganz kurze Konstatierung des Sachverhalts Legendenbildungen entgegenzutreten. Der Revisionismus, dem der Makel kleinlicher Verdrehungstaktik angeheftet werden soll, ist, was seine Stellung zur Marxschen Gesamtauffassung anlangt, in Wahrheit nichts als das ehrliche, im Grunde selbstverständliche Bestreben die überkommene Doktrin auf ihre innere Übereinstimmung sowie auf ihre Übereinstimmung mit den Tatsachen der fortschreitenden Gesellschaftsentwicklung zu prüfen und, wo sich Widersprüche finden, nachdrücklich darauf hinzuweisen: ein Bestreben, das eine unerlässliche Vorbedingung für jede Fortentwicklung theoretischer Betrachtungsweise innerhalb der Partei darstellt und durch Betonung des Real-Tatsächlichen im Marxschen Geiste den Kampf gegen allen Illusionismus fortsetzt. Die Vorstellungen, gegen die diese Kritik sich vornehmlich wendet, treten überdies im Marxschen Hauptwerk, im *Kapital*, nur noch sporadisch auf und spielen im Bewusstsein der kämpfenden sozialistischen Arbeiterschaft heute, wenn überhaupt, höchstens noch eine rudimentäre Rolle; sie stehen in klarem Gegensatz zu dem, was heute vom Marxismus lebt. Man sollte daher meinen, dass deren völlige Ausmerzungen gerade vom Standpunkt der modernen Marxisten als nützlich Werk und verdienstvoller Fortschritt begrüsst werden müsste.

Auch Kautsky liegt nichts ferner als die kritisch angegriffene Verelendungs- und Zusammenbruchstheorie, die im *Kommunistischen Manifest* einen so un-zweideutigen Ausdruck gefunden und — wie viele aus eigener Erinnerung bestätigen können — zumeilen einen stark propagandistischen Einfluss auf Phantasie und Denken sozialistischer Kreise ausübte, durch Gegenargumente verteidigen zu wollen. Darum erklärt er aber jene Polemik der Revisionisten erst recht für müssig. Sie hänge Marx einen von den Revisionisten selbst ausgeheckten Unsinn an, nur um ihn dann desto bequemer abtrumpfen zu können. »Von der ganzen vernichtenden Kritik«, schreibt er, »bleibt jetzt nur noch eine Polemik gegen die Verelendungs- und Zusammenbruchstheorie übrig, die aber den Marxismus nicht trifft, weil sie sich gegen Anschauungen wendet,

¹⁾ Vergl. K. Kautsky *Verelendung und Zusammenbruch* in der *Neuen Zeit*, 1907-1908, 7. Band, pag. 540 ff.

die nichts weniger als marxistisch sind.« Und der Beweis? Kautsky beruft sich darauf, dass er bereits vor einem Jahrzehnt nachgewiesen, »man müsse die Elemente der sozialistischen Theorie vergessen haben, um die Tatsache des steigenden Elends der arbeitenden Klassen im Sinne ihres physischen Verkommens und nicht ihres Zurückbleibens hinter dem allgemeinen Aufstieg der Gesellschaft aufzufassen«, und er zitiert statt des *Kommunistischen Manifests*, des weltgeschichtlichen Dokuments, um dessen Formulierungen es sich handelt, eine Stelle aus dem Marxschen Vortrag über *Lohnarbeit und Kapital*, in der nicht von einer absoluten sondern von einer relativen Verschlechterung der Arbeiterlage die Rede ist. Die auf ein freilich nicht glücklich gewähltes Zitat sich stützende Äusserung Tugan-Baranowskijs, Marx sage »für die Zukunft eine chronische Krise voraus, die die Bewegung der kapitalistischen Produktion zum Stillstand bringen und dadurch der kapitalistischen Ordnung den Todestoss versetzen wird«, erhält eine noch um vieles schärfere Zurückweisung durch die emphatische Behauptung: »Nie und nirgends hat Marx auch nur ein Wort geschrieben, was in diesem Sinne ausgelegt werden könnte.«

Man vergleiche diese doppelte Ablehnung mit den folgenden Sätzen aus dem *Bourgeois und Proletarier* überschriebenen Abschnitt des *Kommunistischen Manifests*, in denen Marx die Resultate seiner sozialen Diagnose kurz zusammenfasst:

»Um eine Klasse unterdrücken zu können, müssen ihr Bedingungen gesichert sein, innerhalb derer sie wenigstens ihre knechtische Existenz fristen kann. Der Leibeigene hat sich zum Mitglied der Kommune in der Leibeigenschaft herangearbeitet, wie der Kleinbürger zum Bourgeois unter dem Joch des feudalistischen Absolutismus. Der moderne Arbeiter dagegen, statt sich mit dem Fortschritt der Industrie zu heben, sinkt immer tiefer unter die Bedingungen seiner eigenen Klasse herab. Der Arbeiter wird zum Pauper, und der Pauperismus entwickelt sich noch schneller als Bevölkerung und Reichtum. Es tritt hiermit offen hervor, dass die Bourgeoisie unfähig ist noch, länger die herrschende Klasse der Gesellschaft zu bleiben und die Lebensbedingungen ihrer Klasse der Gesellschaft als regelndes Gesetz aufzuzwingen. Sie ist unfähig zu herrschen, weil sie unfähig ist ihrem Sklaven die Existenz selbst innerhalb seiner Sklaverei zu sichern, weil sie gezwungen ist ihn in eine Lage herabsinken zu lassen, wo sie ihn ernähren muss, statt von ihm ernährt zu werden. Die Gesellschaft kann nicht mehr unter ihr leben, das heisst, ihr Leben ist nicht mehr verträglich mit dem der Gesellschaft. . . . Der Fortschritt der Industrie, dessen willenloser und widerstandloser Träger die Bourgeoisie ist, setzt an die Stelle der Isolierung der Arbeiter durch die Konkurrenz ihre revolutionäre Vereinigung durch die Assoziation. Mit der Entwicklung der grossen Industrie wird also unter den Füßen der Bourgeoisie die Grundlage selbst hinweggezogen, worauf sie produziert und die Produkte sich aneignet. Sie produziert vor allem ihren eigenen Totengräber: ihr Untergang und der Sieg des Proletariats sind gleich unvermeidlich.«

Und diese wachsende Unfähigkeit der arbeitenden Bevölkerung auch nur den Erwerb des physischen Existenzminimums zu sichern, worauf gründet sie sich? Die Antwort erteilt die ein paar Seiten früher gegebene Darstellung der Handelskrisen, die die Gesellschaft immer von neuem »in einen Zustand momentaner Barbarei« zurückversetzen. Die Krisen sind Beweis, dass die der Bourgeoisie zur Verfügung stehenden Produktivkräfte, je mehr sie sich ausdehnen, um so mehr den bürgerlichen Eigentumsverhältnissen über den Kopf wachsen, dass also die Gesellschaft, sofern sie diese Eigentumsverhältnisse nicht von Grund auf umändert, einem ökonomischen Zusammenbruch entgegengetrieben wird. Die Bourgeoisie kann die Krisen nur überwinden, indem sie »durch

Eroberung neuer Märkte und die gründlichere Ausbeutung alter Märkte . . . allseitigere und gewaltigere Krisen vorbereitet und die Mittel den Krisen vorzubeugen vermindert«. Man sieht, wortwörtlich lässt sich alles das, was nach der Kautskyschen Erklärung Marx nie gesagt hat, nie gesagt haben kann, als Marxsche Ansicht aus dem *Manifest*, dessen neue Agitationsauflage von Kautsky selbst herausgegeben und eingeleitet ist, nachweisen.

Noch mehr. Es ist für jeden unbefangenen Leser des *Manifests* evident, dass diese Anschauung, der Kapitalismus strebe auf grund der ihm immanenten Entwicklungstendenzen zu progressiv beschleunigter Ausweitung der Krisen, damit zu immer steigender Arbeitslosigkeit, Verelendung und Herabdrückung der Proletarier zum Pauperismus, nicht als gelegentliches Aperçu auftritt sondern im Gedankengang des *Manifests* eins der wesentlichen Verbindungsglieder zwischen der materialistischen Geschichtsauffassung und dem sozialistischen Kredo des jungen Marx repräsentiert. Nicht in der Moral sondern in den Realitäten der ökonomisch-sozialen Entwicklung will er ja — das ist das Neue seines Standpunkts — die Notwendigkeit einer sozialistischen Umwandlung als sicher begründet nachweisen. Gewiss, er ist — wie Kautsky, als ob damit das geringste in der Streitfrage bewiesen werden könnte, gegen Tugan-Baranowskij ausführt — in keiner Weise Fatalist. Zu den realen Mächten, auf die er rechnet, gehört natürlich auch die Energie und Tatkraft des Proletariats. Alle die im *Manifest* so genial skizzierten Bedingungen, die der Kapitalismus für eine geschlossene Aktion des Proletariats mit sozialistischem Endziel aus sich heraus schafft, sind eben doch nur Bedingungen. Es kommt darauf an, dass das bewusste Handeln die dargebotenen Mittel wirklich nütze, dass sich der Geist und Wille der Unterdrückten der grossartigen, ihnen von der Geschichte zugewiesenen Aufgabe gewachsen zeige. Aber dann drängt sich eben wieder die weitere Frage auf: Welche sachlichen Garantien sind dafür gegeben, dass diese mögliche Aktion nicht ruhen und rasten kann, bis sie das vorgeschriebene Ziel, die völlige Sozialisierung der Gesellschaft, erreicht hat? Marx glaubte damals offenbar die gesuchte Garantie in jener Doktrin von den immanenten Widersprüchen der kapitalistischen Produktionsweise gefunden zu haben, die Hand in Hand mit der Entfaltung der produktiven Kräfte die Lage der Arbeiter sowie der ganzen Gesellschaft immer unsicherer und unerträglicher gestalten und so auf den Zusammenbruch hinarbeiten: einer Doktrin, die in den Verhältnissen des damaligen England mannigfachste Anzeichen der Betätigung zu finden schien. Die Notwendigkeit des Sozialismus, das ist der sich im Hintergrund des *Manifests* abzeichnende Gedanke, basiert in letzter Linie darauf, dass die Proletarier die sozialistische Neuorganisation durchsetzen müssen, wenn nicht die ganze Gesellschaft einem Zustand unheilbarer Zersetzung verfallen soll. Der Kampf geht um die Existenz der Gesellschaft und ihrer arbeitenden Klassen selbst. Ein Beharren in den kapitalistischen Formen, ein Paktieren der Unterdrückten mit den Unterdrückern müsste zum Untergang führen und ist darum unmöglich. Dies so klare organische Verhältnis, in dem Verelendungs- und Katastrophentheorie zur sozialistisch-historischen Gesamtauffassung des jungen Marx stehen, die geniale in dieser Synthese sich manifestierende Kraft der Konzeption: alles ist nach Kautsky pure Erfindung revisionistischer *Konfusionsräte*.

Dabei scheint die Energie des Abstreitens noch immer im Zunehmen begriffen. In seinem Vorwort zum *Kommunistischen Manifest* hatte K. Kautsky im Jahre 1906 wörtlich erklärt:

„... Der Proletarier und auch der Bourgeois sind heute nicht mehr ganz die selben, die sie vor sechs Jahren waren. ... Zur Zeit, wo das *Kommunistische Manifest* erschien, war noch das hervorstechendste Charakteristikum des Proletariats seine *Degradation*, das Sinken seines Lohnes, die Verlängerung seiner Arbeitszeit, sein physisches, oft auch moralisches und intellektuelles *Verkommen*, kurz sein *Elend*. ... Ganz anders steht das Proletariat heute da ... Die Lage vieler Schichten der besitzlosen Arbeiter erhebt sich heute über die weiter Kreise von Besitzenden, das heisst im Besitz ihrer Produktionsmittel befindlichen Arbeitern. Man kann daher heute nicht mehr mit dem *Kommunistischen Manifest* sagen: »Der Arbeiter wird zum Pauper, er sinkt immer tiefer unter die Bedingungen seiner eigenen Klasse herab.«

Und jetzt, im Jahre 1908, wird Tugan-Baranowskij, und mit ihm der Revisionismus, abgekanzelt, weil seine gegen die Verelendungstheorie des *Manifests* gerichtete Kritik sich gegen Anschauungen wendet »die nichts weniger als marxistisch sind«. Es ist schmachliche Verblendung im Jahre 1908 noch immer den Marxschen »Pauper« für einen Mann des absoluten, nicht nur des *relativen Elends* zu halten und ein Zeichen für die böswillige Verrantheit des Revisionismus, von dem, wie Kautsky erklärt, »nichts übrig bliebe, wenn er Marx in allen Punkten vernünftig auffasste«.

Noch im *Kapital*, wo Marx mit so viel Nachdruck die von der englischen Fabrikgesetzgebung herbeigeführten Verbesserungen anerkennt, klingt in dem Abschnitt über die geschichtliche Tendenz der kapitalistischen Akkumulation jene Auffassungsweise des *Manifests*, die mit einer steigenden ökonomischen Herabdrückung der Massen rechnet, vernehmlich an. Der berühmte Passus lautet:

»Mit der beständig abnehmenden Zahl der Kapitalmagnaten, welche alle Vorteile dieses Umwandlungsprozesses [zum Grossbetriebe] usurpieren und monopolisieren, wächst die Masse des Elends, des Drucks, der Knechtung, der Degradation, der Ausbeutung, aber auch die Empörung der stets anschwellenden und durch den Mechanismus des kapitalistischen Produktionsverhältnisses selbst geschulten, vereinten und organisierten Arbeiterklasse.«

Je breiter die politische, gewerkschaftliche und genossenschaftliche Bewegung der Arbeiter seit dem Erscheinen des *Manifests* sich entfaltet hat, und je klarer es Hand in Hand damit der kämpfenden Arbeiterschaft wurde, dass grundlegende ökonomische Neuorganisationen nicht durch eine mit kühnem Handstreich zu erobernde *revolutionäre* Diktatur dekretiert sondern nur in langwieriger, geduldiger Arbeit von unten her geschaffen werden können, um so mehr musste der Gegensatz zwischen der wirklichen tagtäglich beobachteten Entwicklung von Gesellschaft und Partei und jener Theorie fortschreitender ökonomischer Zerrüttung ins Auge fallen, mussten darüber hinaus auch die inneren Widersprüche zwischen dieser Konstruktion und dem sonstigen evolutionistischen Charakter der Marxschen Geschichtsauffassung sich markieren. Wie sollte eine Klasse, deren Lage durch die ständige Zunahme der Krisen notwendigerweise immer elender wurde, die schöpferische Macht gewinnen von Grund aus ein System zu ändern, dem sie vorher nicht einmal einzelne und kleine ökonomische Verbesserungen im Interesse ihrer ökonomischen Hebung abzurufen vermocht hatte? Wenn der Kapitalismus unaufhaltsam immer schwereren Krisen, die alle wirtschaftliche Tätigkeit lähmen, entgegensteht, wie sollte auf so schwankem und zerklüftetem Boden die Auf-

denen anerkannt, die auf ihrem unversöhnlichen Standpunkt beharrten und gegen die Resolution stimmten. Singer, der zu dieser kleinen Gruppe gehörte, begründete seinen ablehnenden Standpunkt mit dem Hinweis darauf, dass nach Annahme der Resolution die Entscheidung über die Frage, ob ein Ausnahmefall vorliege, den Genossen in den Landtagen überlassen sein werde. »Wer entscheidet denn, was besondere Verhältnisse, was zwingende Gründe sind?« rief er und gab sich selbst die Antwort: »Das entscheiden dann diejenigen, die die Abstimmung vorgenommen haben.«

Angesichts dieser Sachlage entbehrt der Vorwurf des Disziplinbruchs jeder Unterlage. Kann man darüber diskutieren, ob die Gründe, die unsere badischen und bayerischen Landtagsabgeordneten und im vorigen Jahre unsere württembergischen Vertreter zur Budgetbewilligung veranlassten, das Gewicht haben, das ihnen die Genossen beimessen, so kann es doch darüber gar keinen Streit geben, dass sie das Recht zu ihrer Entschliessung hatten. In einigen kritischen Auslassungen norddeutscher Parteiblätter ist es nun so hingestellt worden, als ob die süddeutschen Abgeordneten sich bei ihrem Vorgehen der Aufsicht und Kritik der Parteigenossen entziehen wollten. Man hat ihnen das Motiv unterstellt, dass sie sich als selbstherrliche Parlamentarier aufspielen, als »über der Masse stehende Staatsmänner«, die eine »Diktatur der Abgeordneten« etablieren und auf eigene Faust Politik machen wollten. Damit glaubt man die Masse der süddeutschen Parteigenossen gegen ihre Vertreter in den Landesparlamenten einnehmen zu können. Die Parteipolizisten, die mit solchen Unterstellungen operieren, tun so, als ob die süddeutschen Parteigenossen keine Gelegenheit hätten an der Tätigkeit ihrer Abgeordneten Kritik zu üben. Nun gibt es aber bekanntlich auch südlich der Mainlinie sozialdemokratische Landesparteitage, auf denen der Bericht über die Tätigkeit der Landtagsfraktion einen regelmässigen Punkt der Tagesordnung bildet. Hier haben die Abgeordneten vor den Delegierten der Parteiorganisationen Rede und Antwort zu stehen; hier sind die Leute versammelt, die aus eigener Anschauung und agitatorischer Erfahrung heraus die Verhältnisse der engeren Heimat zu beurteilen verstehen, hier ist also die richtige Schmiede zu kritischen Auseinandersetzungen über die inne zu haltende Taktik im Landesparlament. Vor das Forum des badischen respektive bayerischen Landesparteitags gehört darum auch die Frage, ob die Gründe für die diesmalige Budgetbewilligung das Gewicht besitzen, das die Landtagsfraktionen ihnen zugemessen haben. Diese Frage kann der Natur der Sache nach nicht auf dem allgemeinen deutschen Parteitag mit der erforderlichen Gründlichkeit behandelt werden. Zur richtigen Beurteilung der Entschliessung der Fraktionen gehört eine genaue Kenntnis ihrer übrigen Parlamentsarbeit, im Zusammenhang mit der ganzen landespolitischen Situation. Die grosse Mehrheit der norddeutschen Parteigenossen weiss darüber so gut wie nichts. Die dortigen Parteiblätter bringen über die laufende Arbeit in den süddeutschen Parlamenten gar keine oder nur gelegentliche und ganz unzulängliche Berichte. Zu diesem Punkt schreibt die Frankfurter *Volksstimme* folgendes:

»Die überaus eifrige, vielseitige und werbende Kulturarbeit unserer süddeutschen Genossen in den Landesparlamenten und Gemeinden, die in Norddeutschland wegen der Verjunkerung der dortigen Verhältnisse nicht entfernt in dem selben Masse ausgeübt werden kann, wird von den norddeutschen Genossen meist nicht nach Gebühr gewürdigt. Das zeigt sich zum Beispiel in der norddeutschen Parteipresse, die diesen

Vorgängen bis heute mit sehr geringer Aufmerksamkeit folgt und sich gewöhnlich nur mit ihnen beschäftigt, wenn sie etwas zu kritisieren hat. Diese Nichtbeachtung zum Teil vorbildlicher süddeutscher Leistungen und die sofortige Bereitschaft zur Kritik süddeutscher Fehler helfen eine Spannung in der Partei aufrecht erhalten, die sich dann bei Gelegenheiten wie der jetzigen auf beiden Seiten entlädt.«

Ich bin darum der Meinung, dass der Nürnberger Parteitag die Entscheidung, ob die Budgetbewilligung in Baden und Bayern der sozialdemokratischen Bewegung in den beiden Ländern dienlich war oder nicht, ebenso den zuständigen Landesparteitagen überlassen soll wie dies mit der vorjährigen Budgetbewilligung in Württemberg geschehen ist. Diese Instanzen auszuschalten geht nicht an. Die Parteigenossen der betreffenden Länder haben auch ein gutes Recht darauf über ihre innerpolitischen Angelegenheiten selbst zu entscheiden. Selbstbestimmung in den Angelegenheiten der engeren Sphäre ist das Lebenselement wirklicher Demokratie. Wer sich der heftigen Zusammenstöße auf dem Frankfurter Parteitag erinnert, wird nicht wünschen, dass die gleichen Szenen in Nürnberg beraufbeschworen werden. Eine Majorisierung des Südens durch den Norden kann es in dieser Frage nicht geben. Gegen die Überzeugung, gegen den Willen der süddeutschen Parteigenossen, Fraktionen, Landesvorstände und Landesparteitage lässt sich diese Streitfrage nicht zu einer befriedigenden Lösung führen. Das sollten sich diejenigen Partejournalisten vor Augen halten, die in der Diskussion einen Ton angeschlagen haben, der lebhaft an den Jargon erinnert, in dem die preussische Bureaucratie ihren Herrscherberuf im *einigen Deutschland* zu dokumentieren pflegt. Wenn sie damit die innere Einheit der Partei zu fördern wähnen, so sind sie sehr übel beraten.

Auch wenn der Nürnberger Parteitag — was im Interesse des Friedens in der Partei dringend zu wünschen wäre — die Entscheidung darüber, ob in den vorgekommenen Spezialfällen die Gründe für die Budgetbewilligung gewichtig genug waren, den zuständigen Landesversammlungen überlässt, so wird darum einer allgemeinen Debatte über die Budgetfrage auch von süddeutscher Seite gewiss nicht aus dem Wege gegangen werden. Viel Neues wird dabei freilich nicht gesagt werden können. Die Debatten in Frankfurt und Lübeck waren so ausgiebig, dass man ihnen alle wesentlichen Momente entnehmen kann, die für die beiden entgegengesetzten Standpunkte ins Feld geführt werden. Für die einen ist die Budgetverweigerung eine prinzipielle Frage allerhöchsten Ranges. Wer das Budget bewilligt, bewilligt dem Klassenstaat die Mittel zu seiner Existenz und stellt dessen Leitern ein Vertrauensvotum aus, sagen sie. Kein Gedanke, entgegen die anderen; die Bewilligung oder Verweigerung des Budgets ist lediglich eine taktische Frage, die je nach der Haltung der Regierung, dem Inhalt des Budgets und der gesamten innerpolitischen Situation zu entscheiden ist. Eine schablonenhafte Festlegung von vornherein verfehlt jede Wirkung und nimmt uns die Möglichkeit im geeigneten Fall durch unser Für oder Wider das für unsere Wähler herauszuholen, was herauszuholen ist. Ich glaube nicht, dass sich die prinzipiellen Gegner der Bewilligung durch theoretische Gründe von ihrem Standpunkt abbringen lassen. Vielleicht gelingt es mir aber durch den Hinweis auf die praktische Wirkung der von ihnen empfohlenen Schablone sie in dem Glauben an die Unfehlbarkeit ihres Standpunkts unsicher zu machen.

Was zunächst das *Misstrauensvotum* anlangt, so liegt es auf der Hand, dass,

wenn ein Minister am Tage seines Amtsantritts weiss: was du auch tust, wie du dich auch zu den sozialdemokratischen Anträgen stellst, das ist ganz egal, dem alljährlichen Misstrauensvotum entgehst du doch nicht, das sicher kein Moment ist ihn zu gunsten unserer Forderungen zu stimmen. Kein Ministerkollegium ist ein in sich ganz homogenes Gebilde. In seinem Schoss gibt es oft genug sehr divergierende Köpfe und Strömungen. Man stärkt die dem sozialen und politischen Fortschritt geneigteren Elemente nicht, wenn man allen mit einander sagt: was ihr auch tut, ihr bekommt am Ende des Jahres doch die gleiche Zensur *Miserabel*. Freilich nimmt's darum auch kein Minister tragisch mit dieser Zensur. Wenn die ganze Klasse sie bekommt, wenn ein unabänderliches Schicksal sie auch dem Tüchtigsten und Bravsten beschert, so findet man sich philosophisch damit ab wie mit anderen und kalendermässiger Regelmässigkeit auftretenden Naturerscheinungen. Auf diese Weise also trifft man die verantwortlichen Chefs der Ressorts nicht allzu schwer; man verleidet jedem einzelnen nur von vornherein die Lust sich um unserer Forderungen willen innerhalb des Regierungskollegiums besondere Unannehmlichkeiten zu bereiten. Will man die Minister wirksam treffen, so verweigere man denen, die uns die politische Gleichberechtigung versagen oder sonstwie die Reaktion fördern, das Gehalt. Die Differenzierung allein wirkt, vorausgesetzt, dass sie in jedem Fall sachlich gut begründet ist.

Das gilt auch für die Wirkung nach aussen. Hat jemand von den prinzipiellen Gegnern jeder Budgetbewilligung schon einmal etwas von der *demonstrativen* oder *agitatorischen* Wirkung unserer Budgetabstimmung im Reichstag etwas bemerkt? Der trete vor und lege Zeugnis ab! Ich will hier natürlich nicht dafür plädieren dem Reichsbudget zuzustimmen. Diese Frage wird bei der Struktur der Reichsregierung und bei der besonderen Gestaltung dieses Budgets im Gros der Einnahmen wie der Ausgaben schwerlich in abschbarer Zeit für uns aktuell werden. Ich stelle hier nur die Frage nach der gerühmten demonstrativen Wirkung dieses alljährlichen Misstrauensvotums. Wer hat schon etwas davon gemerkt? Man sollte meinen, eine Aktion, die in den Augen der *radikalen* Theoretiker eine so hohe Bedeutung hat, werde auch äusserlich als solche gekennzeichnet. Wenigstens sollte man eine fulminante rhetorische Leistung von unserer Seite bei dieser Gelegenheit erwarten, die die politische Welt aufhorchen machte und den Wählermassen die Wichtigkeit des Vorgangs, die hochprinzipielle Bedeutung des sozialdemokratischen *Nein* klarlegte. Statt dessen wird die Sache wie das gleichgültigste, alltöglichste Geschäft erledigt. Allenfalls ein paar magere Worte zur Begründung unseres Standpunkts, die Gegner halten es nicht der Mühe für wert darauf zu antworten, die Tribünenbesucher gähnen, und die angeblich so wichtige Haupt- und Staatsaktion ist wieder einmal erledigt. Und die Parteipresse? Feiert sie wenigstens den *prinzipiellen* Krönungsakt unserer Budgetberatungsarbeit nach Gebühr? Mir ist nichts davon bekannt. Während Stimmungsbilder und Leitartikel die Berichterstattung über die allgemeinen Etatsdebatten und die Verhandlungen bedeutsamer Einzelpositionen begleiten, wird die Schlussabstimmung wie irgend eine andere selbstverständliche Nebensächlichkeit abgetan. Die agitatorische Ausbeute aus dem Vorgang ist gleich Null.

Die einzigen, die von der *prinzipiellen* Budgetverweigerung Vergnügen und Vorteil haben, sind unsere Gegner. Die Unentbehrlichkeit ihrer Freund-

schaft wird den Ministern dadurch alljährlich nachdrücklichst attestiert. Insbesondere begrüßen alle Scharfmacher die gewohnheitsmäßige Budgetverweigerung mit vergnüglichem Schmunzeln. Ist sie doch Wasser auf ihre Mühle; bestätigt sie doch die Richtigkeit ihres Sprüchleins von der *Partei der prinzipiellen Verneinung*. Auch auf die agitatorische Ausbeutung unserer Budgetverweigerung draussen im Lande verstehen sich unsere Gegner ausgezeichnet. Für die Reichspolitik fällt das aus den oben angedeuteten Gründen nicht schwer ins Gewicht. Anders in der Landespolitik, wo drei Viertel der Etats Kulturausgaben sind, für die auch wir eintreten, deren Erhöhung wir zum Teil sogar fordern und durchsetzen. Wenn die Theoretiker der prinzipiellen Budgetverweigerung gezwungen würden Landtagsagitation zu treiben, wenn sie insbesondere draussen auf dem Lande den Boden für unsere Bewegung aufzubrechen hätten, dann würden sie bald über die Vortrefflichkeit ihrer Maxime anderen Sinnes werden. Unter 10 Fällen, wo Gegner in unseren ländlichen Versammlungen auftreten, sind 9, in denen uns die Budgetverweigerung als Knüppel zwischen die Beine geworfen wird. Wir haben den Leuten über unsere Tätigkeit im Landtag berichtet, haben ihnen unsere weiteren Forderungen dargelegt, haben ihnen nachgewiesen, was wir für die Besserung ihrer wirtschaftlichen Lage erreicht haben. Die Arbeiter in Staatsbetrieben, die unteren Beamten, die Lehrer, für die wir Einkommenserhöhungen durchgesetzt haben, die sonstigen Arbeiter, kleinen Bauern und Geschäftsleute, für die wir bessere Verkehrsmittel, Eisenbahnbauten und andere wirtschaftliche Förderungen erreicht haben, fangen an die ihnen eingepackte schlechte Meinung von der Sozialdemokratie innerlich zu revidieren. Da steht der Herr Ortsvorsteher, der Herr Gutsbesitzer oder gar der seitherige Herr Abgeordnete des Bezirks auf und erklärt, es sei nicht wahr, dass die Sozialdemokraten im Landtag all die nützlichen Dinge bewilligt hätten; sie hätten zwar vorher schön darüber geredet, aber als es nachher drauf angekommen sei ihr Wohlwollen für die kleinen Leute durch die Tat zu beweisen, hätten sie die Mittel dazu verweigert; hätten die bürgerlichen Vertreter nicht eine bessere Einsicht gehabt, so wäre der ganze Fortschritt nicht zu stande gekommen. Dieses Argument versagt in Versammlungen ländlichen Charakters nie seine Wirkung. Nur wenn man gewichtige *a k t u e l l e*, der Masse der Wähler einleuchtende Gründe anführen kann, die uns in dem gegebenen Fall ein *Nein* in der Gesamtabstimmung abnötigten, lässt sich der Schlag parieren und die Stimmung zu unseren Gunsten halten. Allgemeine prinzipielle Erklärungen helfen da nichts; Deduktionen aus der Theorie der materialistischen Geschichtsauffassung, aus der Mehrwertlehre und dem Klassenkampfprinzip verfangen noch viel weniger bei solchen Gelegenheiten.

Die schablonenhafte Verweigerung der Landesbudgets hebt die agitatorische Wirkung unserer Landtagsarbeit zu gutem Teil wieder auf. Sie ist ein schlimmer Hemmschuh bei der Werbearbeit, namentlich draussen auf dem Lande. Das ist der gewichtige Grund, der der prinzipiellen Verweigerungstheorie in den Kreisen der praktisch tätigen Genossen mehr und mehr den Kredit nimmt und unsere Landtagsabgeordneten dazu treibt nur dann das Budget zu verweigern, wenn schwerwiegende, aktuelle, die Massen erregende Gründe diese Aktion rechtfertigen. Eine ganz andere Bedeutung würde die Budgetfrage dann gewinnen, wenn wir die Mehrheit in einem Parlament hätten. Das

ist eine ganz andere Sache als das rein demonstrative *Nein* einer für das Abstimmungsergebnis belanglosen Minderheit. Um jenen Fall handelt es sich aber vorläufig nicht; seine Erörterung ist darum zurzeit überflüssig. Das, worum jetzt der Streit tobt, ist eine theoretische Schrulle, sonst nichts. Je eher dies eingesehen wird, um so besser für den Frieden in der Partei und den gesunden Fortschritt unserer Bewegung.

WILHELM KOLB · NORD UND SÜD IN DER SOZIALDEMOKRATISCHEN POLITIK

ZWAR hat die Sozialdemokratie bei den preussischen Landtagswahlen einen positiven Erfolg errungen und damit den Beweis erbracht, dass selbst ein System wie die preussische Dreiklassenwahl ihren Einzug in das Parlament auf die Dauer nicht verhindern kann, doch an den politischen Machtverhältnissen ist dadurch nichts geändert worden. Der Liberalismus hat im Kampf gegen die Reaktion völlig versagt: das ist nicht zu bestreiten. Andererseits vermag die Sozialdemokratie an den Machtverhältnissen in Preussen für absehbare Zeit aus eigener Kraft wenig zu ändern. An einen Gewaltstreich ist auch nicht zu denken, solch ein Versuch würde unfehlbar zu einer schweren Niederlage führen und unsere Entwicklung auf lange Zeit zurückwerfen. Aus diesem Tatbestand muss der Politiker die Konsequenz ziehen: Es muss ein Weg gefunden werden, auf dem Sozialdemokratie und Liberalismus sich zusammenfinden, um dem heutigen politischen Zustand Preussens und damit des Reichs ein Ende zu bereiten. Das mag nach den Erfahrungen des letzten Landtagswahlkampfes absurd erscheinen. Allein in der Politik geschehen oft Dinge, die man nicht erwarten zu dürfen glaubt. Wer zum Beispiel den badischen Nationalliberalen noch vor 5 Jahren gesagt hätte, dass sie die Initiative zu einem Bündnis mit der Sozialdemokratie ergreifen müssten, wäre ausgelacht worden. Und doch wurde bald dieses Unmögliche möglich. Ein objektiver Beobachter muss heute zu der Überzeugung gelangen, dass eine taktische Verständigung zwischen Sozialdemokratie und Liberalismus in Preussen der einzige Weg ist, um unsere innere Politik aus ihrer Stagnation zu reissen. Die Fortschritte auf dem Gebiet der Verfassungsreform in den süddeutschen Staaten sind gewiss an sich erfreulich: für die Politik im Reich fallen sie nicht erheblich ins Gewicht; das wissen wir in Süddeutschland nur zu gut, und deshalb sind wir an der preussischen Wahlreform selbst so interessiert. Die *Verpreussung Deutschlands* ist nicht zu verhindern: das liegt an seinem wirtschaftlichen und politischen Übergewicht. Es kann sich daher für uns nur noch darum handeln, welches Preussen in Deutschland die Vorherrschaft besitzt.

Von diesem Gesichtspunkt ist es ohne weiteres klar, dass wir süddeutsche Sozialdemokraten der Taktik unserer preussischen Genossen im Wahlrechtskampf unsere grösste Aufmerksamkeit zuwenden müssen. Jede den gegebenen politischen Machtverhältnissen nicht angepasste Politik der Preussen kann der politischen Arbeit südlich des Mains ebenso gefährlich werden wie umgekehrt der steigende politische Einfluss der Sozialdemokratie in den süddeutschen Einzelstaaten dem Kampf in Preussen förderlich wird. Es ist darum völlig verkehrt, wenn man von Preussen aus die Taktik der süddeutschen Genossen

deshalb bekämpft, weil sie für preussische Verhältnisse nicht respektive noch nicht passt.

Für grundsätzlich verfehlt halte ich es eine Wahlrechtsreform als eine Klassenforderung des Proletariats hinzustellen. In Preussen genau so wie in Süddeutschland. An der preussischen Verfassungsreform sind neben der Arbeiterklasse auch die weitesten Kreise des Bürgertums interessiert. Freilich erfordert es Klugheit und Ausdauer diese Kreise in Bewegung zu setzen. Weil bisher ein Zusammengehen von Liberalismus und Sozialdemokratie nicht zu ermöglichen war, darf unsere Partei doch keineswegs das Schwergewicht auf die rein agitatorischen Erfolge legen. Der Wahlrechtskampf ist eine Sache der Politik: in jedem Stadium müssen politische Erwägungen den Ausschlag geben. Das haben die Führer des Liberalismus nicht begriffen. Allein, wer kann behaupten, dass die 3 Millionen Wähler, die bei der letzten Reichstagswahl für den Liberalismus votierten, stets die jetzt von ihren Führern ausgegebene Parole gutheissen werden? Auch in Deutschland sind, wie Bernstein neulich hier ausgeführt hat, die Elemente für eine liberale Partei vorhanden. Wenn sie sich bisher nicht durchsetzten, so ist auch unsere Partei daran mit schuld. Unsere Taktik ist bis zur Stunde keine klare. Sie ist weder konsequent reformistisch noch konsequent revolutionär; sie erschwert daher die politische Orientierung. Sie erschwert aber auch die Mobilisierung derjenigen Elemente, die zwischen der Bourgeoisie und dem Proletariat stehen. Diese können eine Rolle spielen, wenn man sie zu bewegen versteht: sie haben in der letzten Reichstagswahl zu unseren Ungunsten den Ausschlag gegeben, weil sie glauben machte, die liberale Ära sei bei uns angebrochen. Dieser Faktor muss von uns in Rechnung gestellt werden. Hätten wir eine Politik, die statt nur auf das Agitatorische gestimmt zu sein darauf gerichtet wäre die Umstände, unter denen wir zu arbeiten gezwungen sind, selbst zu beeinflussen, es wäre schon jetzt manches anders in Preussen und im Reich. Wir hätten die Dresdener Debatten dann nicht erlebt, die gänzlich akademische Generalstreikdebatte wäre uns erspart geblieben, und auf den Wahlsieg von 1903 wären nicht die Mandatsverluste von 1907 gefolgt. Wir würden mit mehr Ruhe und Sachlichkeit auftauchende taktische Differenzen beizulegen verstehen. Vor allen Dingen würden wir uns davor hüten uns durch Resolutionen allgemeinen Inhalts, wie die Lübecker oder die Dresdener, auf unbestimmte Zeit in unserer Taktik festzulegen.

Seien wir uns doch klar: Die so oft prophezeite Katastrophe ist ja doch so bald nicht zu erwarten. Inzwischen laborieren wir an dem Widerspruch zwischen dieser Katastrophentheorie und der Taktik, die zu befolgen wir durch die Verhältnisse gezwungen sind. Wo ist denn der Beweis dafür erbracht worden, dass durch eine konsequente Taktik der Reform unsere sozialistischen Grundsätze preisgegeben werden? Was bis jetzt vorgebracht wurde, um das zu erhärten, besteht nur in blossen Redensarten.

Was haben in den letzten Wochen nicht einzelne Parteiblätter über die Abstimmung der badischen und bayrischen Fraktion beim Finanzgesetz alles zu tage gefördert! Die Budgetfrage ist wiederholt in den *Sozialistischen Monatsheften* erörtert worden,¹⁾ und ich kann es mir deshalb ersparen sie

¹⁾ Vergl. die Rubrik *Sozialistische Bewegung* in den *Sozialistischen Monatsheften*, 1908, 2. Band, pag. 1083 ff.

nochmals *in extenso* zu behandeln. In Lübeck hat man eine Resolution beschlossen, die so recht zeigt, auf welch schwankendem Boden sich unsere Taktik bewegt. Diese Resolution verbietet die Zustimmung zum Finanzgesetz nicht, sie erlaubt sie aber auch nicht ohne weiteres. Darin liegt der Keim von Differenzen. Wenn die Zustimmung zum Etat nur bei besonders zwingenden Gründen erfolgen darf, so steht naturgemäss denjenigen die Entscheidung darüber zu, die die Verantwortung für ihre Abstimmung zu tragen haben. Dass die drei süddeutschen Fraktionen für ihre Budgetbewilligung triftige Gründe gehabt haben müssen, sollte auch den norddeutschen Genossen klar sein. Da könnte man sie doch in aller Ruhe prüfen, meinetwegen auch Gegenstände ins Feld führen, statt die Leidenschaften Unorientierter mobil zu machen. Worauf soll denn der Entrüstungssturm hinaus? Will man ein absolutes Verbot jeder Zustimmung zum Etat erzwingen? Dadurch würden unsere süddeutschen Fraktionen in ihrer parlamentarischen Arbeit einfach lahmgelegt werden. Will man die Voraussetzungen einer Zustimmung genau umgrenzen? Das politische Leben ist viel zu kompliziert als dass man alle möglichen Fälle voraussehen oder gar eine Formel für sie finden könnte. Was bleibt also vom ganzen mit so unnötigem Aufwand inszenierten *Prinzipienstreit* übrig? Nichts als eine überflüssige Aufregung und temporäre Schwächung des Ansehens und der Aktionskraft der Partei.

Wie lagen denn die Verhältnisse in Baden? Die sozialdemokratische Fraktion hatte allen Einzelbudgets und allen diesem Landtag vorgelegten Gesetzen ihre Zustimmung gegeben. Kurz vor der Abstimmung über das Finanzgesetz kam die über das Deckungs-, das heisst Steuergesetz. Einmütig, die *radikalen* Fraktionskollegen also eingeschlossen, votierten die Sozialdemokraten für dieses Gesetz, das der Regierung einen grossen Teil der Mittel zur Deckung des Staatsbedarfs bereit stellte. Welchen Sinn hätte es nun gehabt gleich hinterher das wieder zu verweigern, was man eben erst bewilligt hatte? Das badische Budget enthält diesmal die Mittel für die Aufbesserung der Beamtengehälter und Arbeiterlöhne. Die sozialdemokratische Fraktion hatte mit Erfolg daran mitgearbeitet. Und nun sollte sie die Mittel zum Vollzug der Gesetze, auf deren Zustandekommen sie seit Jahren mit allen Kräften hingewirkt hat, vorenthalten? Von anderen Gründen gar nicht zu reden. Oder sollen wir etwa stets alle Motive unseres politischen Handelns *urbi et orbi* verkünden, damit unsere Gegner damit politische Geschäfte machen? Wollte man die Zustimmung zum Gesamtetat uns prinzipiell unterbinden, so erniedrigte man damit unsere parlamentarische Arbeit zur Phrase. Die Entscheidung muss also eine offene bleiben und von der Fraktion getroffen werden, die — wenn sie nicht aus Trotzeln besteht — wohl am besten weiss, worum es sich handelt. Wenn nun gar, wie in Baden, die Fraktion vor ihrer Abstimmung sich mit dem Landesvorstand und den Vertretern der Parteipresse ins Einvernehmen setzt, und auch diese Organe der Parteiexecutive die Gründe der Fraktionsmehrheit für ausreichend zur Zustimmung erachten, dann liegt wirklich kein Anlass mehr vor einen Parteiskandal heraufzubeschwören. Diese politischen Kinderkrankheiten könnten wir endlich überwunden haben.

Die Frage der Budgetabstimmung ist nur eine von den mancherlei Fragen, die zu Parteidiskussionen Anlass geben. Wir brauchen es nicht zu leugnen: Es gibt auch in der deutschen Sozialdemokratie zwei Tendenzen in der tak-

tischen (aber nur in der taktischen) Auffassung. In Dresden glaubte man die Entscheidung getroffen zu haben. Aber man konnte dort zwar eine Resolution gegen die Revisionisten annehmen, aber nicht den Revisionismus aus der Welt schaffen, das heisst jene Strömung in unserer Partei, die den Widerspruch zwischen unserer *revolutionären* Theorie und unserer reformistischen Praxis beseitigen möchte. Um die Ziele des Sozialismus hat sich der Streit nie gedreht sondern stets nur um die Wege. Schritt für Schritt hat die Sozialdemokratie die Politik der blossen Negation aufgegeben: da sollte diese auch nicht länger in der Theorie konserviert bleiben. Denn diese theoretische Intransigenz ist ein Bleigewicht für unsere Politik. Sie hindert zum Beispiel auch jetzt die zweckentsprechende Entfaltung unserer Kräfte im Kampf um die preussische Wahlrechtsreform. Wären wir zum Tadeln so aufgelegt wie unsere Radikalen, und wollten wir ebenso Kritik an der Wahlrechtstaktik des *Vorwärts* üben wie dieser an der Budgetbewilligung der Süddeutschen: Material hätten wir wahrlich genug. Wenn zum Beispiel neuerdings der *Vorwärts*redakteur H. Block mit dem Wahlrechtsstreik droht und den »unverhüllten Klassenkampf« als zugkräftigstes Mittel anpreist, »um die annoch Indifferenten zu packen und sie in den Strudel des Kampfes hineinzuziehen«, so kann man leicht nachweisen, dass solch ein Vorgehen so ziemlich die ungeschickteste Taktik darstellt, die sich in Preussen ausdenken liesse. Nichts schadet mehr als eine Drohung, der nicht die Verwirklichung folgt, nichts hat weniger zur Hebung unseres Ansehens in den letzten Jahren beigetragen als die *radikale* Grosssprecherei. Die preussische Reaktion nimmt all solche Ankündigungen mit Gelassenheit entgegen, und sie allein ist es, die dabei ihren Vorteil findet. All das verzögert nur eine wirkliche preussische Politik, die in unserm Interesse liegt, und schwächt die Tatkraft der Partei.

Alle die Streitfragen, die uns so gegen einander aufbringen, wie zum Beispiel die Budgetfrage, würden gar keine Streitfragen mehr sein, wenn die sozialdemokratische Partei im preussischen Landtag eine ihrer Stärke auch nur einigermassen entsprechende Vertretung hätte und infolgedessen auch in die preussischen Materien tiefer und positiv schaffend eindringen könnte. So aber spielt der leidige Gegensatz zwischen Nord und Süd bei uns auch eine Rolle. Soll es in Preussen endlich einen Schritt vorwärts gehen, so kann man es nur begrüßen, wenn in Süddeutschland der Sozialdemokratie die Möglichkeit zu politischem Wirken nicht mehr vorenthalten, und so der Reaktion eine wirkliche Waffe aus der Hand geschlagen wird. Die erfolgreiche Mitarbeit der süddeutschen Sozialdemokratie in ihren Landtagen ist die beste Unterstützung, die sie ihren preussischen Genossen im Kampf um das Wahlrecht bieten kann.

GEORG GRADNAUER · DIE WAHLRECHTSBEWEGUNG



AUF unserm Parteitag in Nürnberg soll die Wahlrechtsfrage, die auch im letzten Jahr wieder das wichtigste Kapitel der deutschen Politik, und insbesondere der sozialdemokratischen Politik, ausgemacht hat, nur gestreift und nicht, wie es angemessen und vorzuziehen wäre, als besonderer wichtiger Abschnitt der Tagesordnung behandelt werden. Der Grund, der im vorigen Jahre auf

dem Parteitag in Essen dazu führte dieses Problem nicht auf die Tagesordnung zu bringen, nämlich seine beabsichtigte Behandlung auf dem damals bevorstehenden preussischen Parteitag, kommt jetzt nicht in betracht. Wenn gleichwohl eine ausgiebigere Behandlung der Wahlrechtsbewegung in Nürnberg nicht zu stande kommt, so muss dies wohl auf die seit einiger Zeit in der Partei bestehende Neigung zurückzuführen sein Probleme zu vertagen, die zu schwierigen Auseinandersetzungen führen können. Nach den Parteiauseinandersetzungen, die sich um Dresden und Jena zutrugen, ist diese Neigung ja auch keineswegs unverständlich, wenn sie auch nicht auf einen heilsamen Stand der Dinge deutet. Im folgenden soll nun nicht eine umfassende Erörterung der Wahlrechtsfrage unternommen werden; es sollen nur einige Streiflichter auf die Situation, wie sie sich uns jetzt darstellt, fallen.

Uns allen drängt sich die Frage auf, wie es denn nun eigentlich um unsere Wahlrechtsbewegung stehe. Und vielen ist es nicht leicht sich sichere Antwort zu geben. Es herrscht ein Zustand der Ungewissheit, der Unsicherheit

in der Würdigung des etwa Erreichten und in den Erwartungen vom weiteren Verlauf dieser Bewegung. Wir sind uns alle darüber klar, dass der volle Sieg auf diesem Gebiet, der Sturz des Klassensystems, nicht das Ergebnis eines einmaligen Ansturms sein kann, sondern dass der Erfolg in langen und zähen Kämpfen vorbereitet und angebahnt werden muss. Ist es doch offenbar, dass die Position des Dreiklassenwahlsystems für die herrschende Schicht in Preussen von entscheidender Bedeutung ist, dass diese Position daher um so fanatischer verteidigt wird, je stärker die Arbeiterbewegung aufwächst, und je mehr die Reaktion von dem Einmarsch der Arbeiterschaft in die Landesgesetzgebung zu befürchten hat. Bei aller Berechtigung aber die Schwierigkeiten dieser Bewegung zu betonen und unnötigem Pessimismus, der leicht aus übertriebenen Erwartungen entsteht, vorzubeugen, muss andererseits uns doch die Frage eindringlich beschäftigen, ob die Wahlrechtssache so vorteilhaft als möglich vorangetrieben wurde, und wie sie in Zukunft weiter behandelt und zum Siege geführt werden kann. Dabei wird von jenen traumhaften Hoffnungen auf *revolutionäre Situationen*, in denen unter jähen Erschütterungen der politische Zustand Deutschlands umgewälzt wird, jetzt füglich überhaupt nicht weiter geredet werden müssen.

In Preussen könnte die Neigung entstehen die Situation sehr günstig zu beurteilen, infolge des Gewinnes von 7 Mandaten für das Abgeordnetenhaus. Niemand wird den schönen Erfolg, der zum Teil den schweren Versündigungen des Freisinns zum Hauptteil der fleissigsten Kleinarbeit der Berliner Arbeiter zu danken ist, im geringsten verkleinern wollen; alle haben der Siegesbotschaft zugejubelt. Doch falsch wäre es, wenn jetzt hier oder da die Empfindung sich festsetzen würde, dass alles Mögliche erreicht sei, dass wir eigentlich wieder ganz vortrefflich daran seien, und dass sich in Zukunft ohne besondere Überlegung alles weitere schon finden werde. Man soll nicht übersehen, dass jene Neueinteilung der Wahlkreise durch die Gesetzesflickerei von 1906, auf grund deren unsere preussischen Mandate zumeist gewonnen wurden, zwar durch die Beteiligung der Sozialdemokratie an den Wahlen von 1903 verursacht, aber nicht der Regierung und den Landtagsparteien abgezwungen worden ist. Der Gewinn der Mandate ist daher für uns Anlass zu grosser Befriedigung, weil nun die Stimme der Arbeiterschaft in diesem Land-

tag erschallen kann, weil eine treffliche Gelegenheit geschaffen ist sowohl im allgemeinen die Interessen der Arbeiter in preussischen Landesangelegenheiten zu vertreten wie im besonderen die Wahlrechtsfrage am Ort des heftigsten Widerstandes und der weitesten Resonanz aufzuwerfen. Jedoch, darüber möchten wir uns keiner Täuschung hingeben, dieser Gewinn beweist nicht allzuviel für die Macht, die erforderlich ist, um die preussische Reaktion zu brechen.

Wollen wir in Preussen Irrtümer vermeiden, so können wir aus dem Verlauf der Dinge in Sachsen recht beherzigenswerte Lehren ziehen. Wir dürfen sagen, dass der selbe Erfolg, dessen wir uns jetzt in Preussen erireuen, in Sachsen bereits vor mehreren Jahren errungen wurde. Als zum erstenmal seit Durchführung des Klassenwahlsystems ein Sozialdemokrat in die sächsische zweite Kammer gewählt wurde, hatte diese Wahl eines einzigen sozialdemokratischen Vertreters im Verhältnis zur Gesamtzahl der Mitglieder der Kammer ungefähr die selbe Bedeutung wie jetzt die Wahl von 7 Abgeordneten in Preussen. Und wer das eminent tüchtige und sachliche Wirken des einen Sozialdemokraten im sächsischen Landtag verfolgt hat, der wird es den preussischen Genossen in vieler Hinsicht geradezu als Muster empfehlen können. Eine ganz andere Frage aber ist es, welche Bedeutung einem derartigen Wahlerfolge im Hinblick auf die Wahlrechtsreform selbst zukommt.

Nur unter dem überwältigenden Eindruck der Reichstagswahlen vom Juni 1903, die Sachsen zum *roten Königreich* machten, hatte die sächsische Regierung sich zu der Erklärung verstanden, dass das Dreiklassenwahlsystem sich als ungerecht erwiesen habe und geändert werden müsse. Wollen wir ferner gewissenhaft die Gründe suchen, warum diese Regierungszusage bis jetzt, nach 5 Jahren, nicht erfüllt ist, so dürfen wir uns der Tatsache nicht verschliessen, dass der Eindruck der Wahlen von 1903 nicht ein dauernder geblieben sondern durch Ereignisse, die hier nicht erst erwähnt zu werden brauchen, erheblich abgeschwächt worden ist. Bald nach dem Parteitag in Dresden bekam sogar jene konservative Gruppe wieder die Oberhand, die von Anfang an das Versprechen der Wahlrechtsreform nicht gebilligt hatte und eine Reform, wie geringfügig sie auch immer wäre, zu verhindern trachtete. Der damalige Minister des Innern von Metzsch legte, um der Form zu genügen, eine Denkschrift zur Wahlrechtsreform vor, verzichtete aber schnell und gern auf die Durchführung seines Versprechens, als ihm die Uneinigkeit unter den bürgerlichen Parteien über die Art der Reform einigen Vorwand gab. Schon erschien im November 1905 die ganze Wahlreformvorlage wieder völlig beseitigt. Da geschah eine neue Wendung durch die — es sei daran erinnert: nicht von den Parteileitungen vorbereiteten — unerwarteten, spontan aus der erregten Arbeiterschaft erwachsenen Strassenkundgebungen, die den Massenruf nach dem allgemeinen, gleichen Wahlrecht bis vor das Königsschloss trugen. Diese Bewegung zeitigte den Erfolg, dass der Minister von Metzsch verabschiedet und Graf Hohenthal berufen wurde, um die Wahlrechtsreform von neuem zu unternehmen. Zugleich jedoch wurde der wiederholte Versuch einer Strassenkundgebung, auf den sich die Polizei gehörig vorbereitet hatte, durch rigoroses Einhauen und drakonische Bestrafungen — es wurden mehr als 20 Jahre Gefängnisstrafe verfügt — beantwortet, und in den Frühlingsmonaten 1906 zeigte es sich, dass eine Verschärfung der Bewegung, sei es durch weitere Strassenkundgebungen, sei es durch den Demonstrationstreik oder politischen Massen-

streik, wie er zuvor auf dem Parteitag in Jena angeregt worden war, den weitesten Parteikreisen als ein unmögliches Beginnen erschien. Nach alledem blieb dann übrig, dass allerdings nach langem Harren eine sächsische Wahlrechtsvorlage gekommen ist; aber man weiss, welcher Art sie ist. Sowohl die Hohenthalsche Vorlage wie die von ihr erheblich abweichenden Kompromissbeschlüsse der Wahlrechtsdeputation der zweiten Kammer verfolgen die ausgesprochene Absicht das Dreiklassensystem durch ein neues Wahlverfahren zu ersetzen, das einerseits einen Teil des bisher zur dritten Klasse herabgewürdigten *Mittelstandes* zu den privilegierten Wählern gesellt, andererseits der gesamten Arbeiterschaft nur etwa höchstens ein Dutzend Mandate unter 8 Dutzend ermöglichen will. Es kennzeichnet die Situation in Sachsen in hohem Masse, dass der Präsident der zweiten Kammer Dr. Mehnert im letzten Winter mehrfach die Äusserung machte: »Wir brauchten die ganze Schererei jetzt nicht, wenn wir 1896 [bei Einführung der Klassenwahlen] den Arbeitern einige Mandate gelassen hätten.« Durch alle tapferen Wahlrechtskämpfe seit 1896 bis zur Gegenwart ist also zwar das Dreiklassenwahlssystem, das nicht nur das eigentliche Proletariat sondern auch Handwerker, Beamte, Lehrer entrechtet, erschüttert worden, aber die konservativ-nationalliberale Reaktion ist bis zur Stunde sicher in der Meinung, dass sie die Macht besitze durch das Almosen einiger Arbeitermandate und durch feste Kontingentierung dieser Mandate die Wahlrechtsfrage *lösen* zu können. Und in der Tat, in Sachsen wird bis in die neueste Gegenwart nicht Wahlrechtsreform sondern Wahlrechtsverschlechterung und Volksentrechtung getrieben. Immerfort kommen die Meldungen, dass in dieser und jener Gemeinde eine Änderung des Wahlrechts mit dem Ziel die Arbeiterschaft zur dauernden Einflusslosigkeit zu verurteilen beschlossen und durchgeführt wird. Brutale Schläge, die, leider muss es gesagt werden, mit fast fatalistischer Entsäugung hingenommen zu werden scheinen,

Gewiss können nun die sächsischen Erfahrungen nicht ohne weiteres auf Preussen übertragen werden. Bei der überragenden Bedeutung Preussens im Reich hat die preussische Wahlrechtsfrage eine ausserordentlich weit grössere Tragweite als die selbe Frage in einem mittleren Bundesstaat. Was in Berlin geschieht, sei es auf der Seite der Reaktion, sei es auf der Seite der Wahlrechtskämpfer, findet ein mächtiges Echo durch das ganze Reich. Was die Reaktionäre in Sachsen sich erlauben können, solange sie an Preussen festesten Rückhalt haben, können die preussischen Reaktionäre sich doch nicht in jedem Fall erlauben, da sie die Wirkungen, die ihr Tun südlich der Mainlinie auslöst, nicht ungestraft übersehen dürfen. Man kann getrost überzeugt sein, dass, trotz der abweichenden Erklärungen des Fürsten Bülow am 10. Januar 1908 und trotz des Pochens der Reaktion auf den *Sieg* bei den letzten Landtagswahlen, die Fortführung unserer Agitation den Wahlrechtsgedanken lebendig erhalten und ihre Wirkungen nicht verfehlen wird. Man kann überzeugt sein, dass das bisherige Klassenwahlssystem in Preussen nicht sehr lange mehr existieren wird. Mit Bülow oder ohne Bülow, mit Blockpolitik oder ohne Blockpolitik wird das Morsche fallen müssen. Preussen vermag unmöglich auf die Dauer ein Wahlsystem der Brutalität und des Wahnwitzes zu bewahren, während so gut wie alle anderen deutschen Staaten die Bahn des gleichen politischen Rechtes beschreiten, während selbst der Türke ein Wahlrecht erhält, das weit demokratischer ist als das deutsche Reichstagswahlrecht. Wenn aber

auch das preussische Wahlsystem in seiner jetzigen Gestalt dem Untergang geweiht ist, so bleibt doch die wesentliche Frage: Wie wird der Ersatz dieses Klassenwahlsystems konstruiert werden? Wie ist zu bewirken, dass das zukünftige Wahlrecht vollkommen oder möglichst der sozialdemokratischen Forderung Erfüllung bringt? Oder soll es der preussischen Reaktionsgewalt gelingen ihre Sache nochmals zu retten, indem sie die Wahlrechtsreform elend verstümmelt und die grosse, kulturkräftige Arbeiterschaft auf ein unverhältnismässig geringes Mass von politischem Einfluss hinabkontingentiert?

Gerade diejenigen, die in der Wahlrechtsfrage das Moment kulturellen Gemeinsamkeitsgefühls von Volksschichten, die nicht gerade absolut gleiche wirtschaftliche Interessen haben, leugnen und ausschliesslich die Machtfrage betonen, müssen sich sagen, dass die Sozialdemokratie bisher weitaus nicht die Macht hat aus ihrer eigenen Kraft das erstrebte Ziel zu erreichen. In Sachsen hatte bei der Reichstagswahl von 1903 unsere Partei 441 764 Stimmen gegen 302 220 Stimmen aller anderen Parteien; aber selbst eine so überwältigende Stimmenzahl, wie sie in Preussen verhältnismässig noch entfernt nicht vorhanden ist, konnte, wie sich gezeigt hat, noch keineswegs die sozialdemokratische Forderung zur Macht gelangen lassen, musste vielmehr vor der Macht der Herrschenden Halt machen. Allerdings wird nun die Frage aufgeworfen, ob die Sozialdemokratie nicht Machtmittel besitzt, die sie bisher nicht angewandt hat, die sie aber anwenden könnte. Es käme zweierlei in betracht: einmal die Strassenkundgebungen, dann der politische Streik.

Was die Strassenkundgebungen anlangt, so sind wir offenbar durch das Reichsvereinsgesetz in eine neue Situation gelangt. Bis vor kurzem waren in den meisten Bundesstaaten Strassenumzüge so gut wie ausgeschlossen, da ihr Stattfinden ganz vom Ermessen der Polizei abhing. Das sächsische Vereinsgesetz zum Beispiel verbot überhaupt Versammlungen unter freiem Himmel und Aufzüge in der Landeshauptstadt und ihrem Umkreis während der Landtagstagung. Jetzt kann die Polizei Strassenumzügen nur dann die Genehmigung versagen, wenn »Gefahr für die öffentliche Sicherheit« besteht, die Polizei muss die Gründe für das von ihr etwa behauptete Vorhandensein einer solchen Gefahr anführen, und gegen die Versagung der Genehmigung ist das Verwaltungsstreitverfahren zulässig. Ohne Zweifel werden unsere Parteigenossen von diesen veränderten Gesetzesvorschriften Gebrauch zu machen wissen. Es werden Strassenkundgebungen zu stande kommen, und diese Kundgebungen, bei richtiger Gelegenheit veranstaltet, können sicherlich die Wahlrechtsbewegung kräftig beleben. Doch, gerade und soweit solche Kundgebungen dann mit Genehmigung der Polizeibehörde veranstaltet werden, werden sie über das Demonstrative hinaus eine eigenliche Machtausübung nicht weiter bedeuten.

Anders verhält es sich mit dem politischen Massenstreik. Nachdem einmal, vielfach unter irriger Übertragung ausländischer Geschehnisse auf deutsche Verhältnisse, der Gedanke des politischen Streiks in die Arbeiterschaft Deutschlands geworfen worden ist, und nachdem dieser Gedanke in den Parteidiskussionen in Jena und auch in Mannheim eine so grosse Rolle gespielt hat, wäre es erstaunlich, wenn er so schnell in gänzliche Vergessenheit geraten sollte. Wenn aber dieses Kampfmittel im Verlauf der weiteren Wahlrechtsbewegung in Vorschlag gebracht wird, dann ist mit allem Nachdruck zu warnen, dass die

Irrungen, die aus den Massenstreikerörterungen über unser Parteileben kamen, eine Wiederholung finden. Wie es im politischen Kampf kein alleinseligmachendes Mittel gibt, so braucht auch kein Kampfmittel grundsätzlich und für immer ausgeschlossen zu werden. Verderblich aber im höchsten Masse ist es über ein Kampfmittel umfassende Diskussionen in weitester Öffentlichkeit einzuleiten, ein Kampfmittel von tiefgreifender Wirkung für das gesamte Wirtschaftsleben zu drohenden Ankündigungen zu benutzen, wenn doch der volle Ernst seiner Anwendung und seiner Durchführung bis in alle Konsequenzen nicht vorhanden ist. Wohl sollen politische Parteien ihre Taktik wechseln, wenn die Verhältnisse wechseln; aber unter bestimmten gegebenen Verhältnissen muss eine einheitliche Taktik Geltung haben, und es ist töricht sich mit einer Taktik ausführlich zu befassen, für deren Anwendung im vorliegenden Fall keine feste Absicht besteht, die nur *gegebenenfalls* in betracht kommen soll. Man soll nichts ankündigen und anfangen, was man nicht in innerster Seele gewillt ist durchzuführen. In den deutschen Wahlrechtskämpfen aber sind es im grossen und ganzen gleichbleibende Verhältnisse, mit denen wir es seit Jahren zu tun hatten, und mit denen wir es voraussichtlich auf Jahre hinaus zu tun haben werden. Doch nicht allein der Scheinradikalismus der Worte, denen die Tat nicht folgt, reisst ins Verderben, da durch ihn auf lange hinaus das Vertrauen in eine Partei gemindert wird. Nicht minder sorgfältig ist die Lehre zu achten, dass zunächst die Voraussetzungen bereitet sein müssen, durch deren Erfüllung erst eine Aktion aussichtsreich gemacht werden kann. So verderblich es ist von Kampfmitteln theatralisch zu deklamieren, so verderblich würde es auch sein tollkühn zur Tat zu schreiten, ohne dass die Bedingungen erfüllt sind, die den Erfolg einigermassen verbürgen. Bei aller Ehrerbietung vor einem ernstem Opfermut, der in stürmender Tat die langsame, allzu langsame Wirklichkeit zu beschleunigen eifert, der Politiker wird auch diese wahrhaft schöne Geste sich versagen und kühl die Chancen des Schlachtfeldes abwägen müssen.

Diese Erinnerungen und Hinweise sollen besagen, dass wir mehr denn je in der weiteren Wahlrechtsbewegung uns von phantastischen Schätzungen unserer selbst frei zu halten haben. Wer eine Macht, die er sich nur einbildet, in die politische Rechnung stellt, wird sich bald zur Einflusslosigkeit verurteilt sehen, und unsere ausländischen Genossen gaben uns schon seit Jahren Anlass das Wort von der Einflusslosigkeit der Sozialdemokratie in Deutschland zu prüfen. In der Wahlrechtsfrage — das müssen wir klar erkennen — ist von zwei Möglichkeiten des Verfahrens, die in betracht kommen, sofern nicht ganz unvorhergesehene Umstände eintreten, nur eine wirklich geeignet die Partei und die Arbeiterschaft dem erstrebten Ziele näher zu bringen.

Entweder lässt sich die Sozialdemokratie von der Vorstellung beherrschen, dass sie völlig aus eigener Macht das gleiche Wahlrecht erobern könne und werde. In diesem Fall wird sie nicht geneigt und nicht befähigt sein die Mannigfaltigkeiten und Differenzen unter den anderen Parteien und Klassen sorgfältig zu beachten und taktisch auszunutzen. So verlockend immerhin eine solche Agitationsweise durch ihre Simplität erscheint, so kann sich wohl kein nüchtern Urteilender verhehlen, dass auf diese Weise die Annäherung der bürgerlichen Parteien, die für das allgemeine, gleiche Wahlrecht sich erklärt

haben, an die Konservativen und grosskapitalistischen Nationalliberalen gefördert und so das Ziel der gründlichen Wahlerchtsreform weit in die Ferne geschoben wird. Die Erwartung aber, durch das Versagen der bürgerlichen Parteien würden neue sozialdemokratische Anhänger in grosser Schar schnell gewonner werden, wird doch auch mit einiger Zurückhaltung angesehen werden müssen, da die Überrumpelungswahlen vom Januar 1907 gezeigt haben, dass es der Reaktion wohl gelingen kann in recht weiten Volkskreisen die grosse Rechtsfrage der Wahlreform durch nationalistische und *reichsverbändlerische* Wahlparolen zu übertönen.

Die zweite Möglichkeit aber beruht darin, dass wir die Wahlrechtsfrage ernsthaft und beharrlich als Zentralfrage der nächsten Jahre deutschen politischen Lebens betrachten und ihr alles weitere anpassen und unterordnen. Es versteht sich, dass nicht irgend welches Hintansetzen sozialdemokratischer Grundsätze und Ideale in Frage kommt, aber es ist sehr wohl möglich die Gegensätze, die unter den verschiedenen bürgerlichen Parteien bestehen und hauptsächlich durch die soziale Verschiedenartigkeit innerhalb der Anhängerschaften dieser Parteien tief bedingt sind, zur Förderung der Wahlrechtssache auszubenten. Dabei kann freilich eine bloss gelegentliche Erklärung, dass uns alle aufrichtigen Freunde des allgemeinen, gleichen, geheimen Wahlrechts willkommene Bundesgenossen seien, noch nicht genügen. Es müsste aus dem gesamten politischen Verhalten, aus jeder Schrift und Rede der Eindruck sich machtvoll den weitesten Volksschichten aufdrängen, dass wir mit heiligem Ernst nichts anderes wollen als dem Volk das Wahlrecht zu gewinnen. Ohne Zweifel ist solches Arbeiten, bei der neueren Gestaltung der deutschen Parteiverhältnisse, bei den Erfolgen, die Fürst Bülow in der einen Art bei dem Freisinn, in der anderen Art bei dem Zentrüm errungen hat, äusserst schwierig. Ist doch von den beiden Parteien, die das gleiche Wahlrecht für alle Bundesstaaten zu wollen behaupten, die eine hochbeglückt, dass die wahlrechtsfeindliche Regierung sie ihres Blickes würdigt, während die andere nur wider den eigenen Willen in die Wüste der Opposition geschickt wurde und auf den Moment erpicht ist, wo sie wieder Regierungspartei sein darf. Andererseits sind jedoch beide Parteien durch unausweichliche Rücksichten auf grosse Teile ihres, der besitzlosen Klasse angehörigen oder nahestehenden Anhangs immer wieder genötigt in der Wahlrechtsfrage oppositionell aufzutreten. Unsere Aufgabe muss deshalb darin bestehen, dass alles vermieden wird, was die für die Wahlrechtsreform sich erklärenden Parteien zum Zusammenschluss mit den wahlrechtsfeindlichen Parteien drängt; dass ebenso alles vermieden wird, was den bürgerlichen Wahlrechtsparteien es leicht machen könnte trotz Unzuverlässigkeit und Lauheit in der Wahlrechtsfrage ihre Anhängerschaft gegen den Abfall zur Sozialdemokratie zu sichern; dass vielmehr alles getan werden muss, was diese Parteien in Rücksicht auf die Stimmungen ihrer bisherigen Anhängerschaft nötig in der Wahlrechtssache fest zu sein und möglichst weit mit uns zu gehen. Wie diese Aufgabe zu erfüllen ist, das kann nicht im einzelnen aufgezählt werden. Das ist nicht eine Frage der politischen Taktik sondern des politischen Takts. Politik ist kein Handwerk, Politik ist eine Kunst, die mit Kraftworten und tönenden Artikeln nicht vollbracht wird.

XX

JOHANNES TIMM · DIE ARBEITERPOLITIK IM BAYERISCHEN LANDTAG



SEIT ihrem Einzug in die bayerische Abgeordnetenversammlung hat die sozialdemokratische Vertretung naturgemäss als eine ihrer wichtigsten Aufgaben die Förderung einer durchgreifenden Sozialreform und des Arbeiterschutzes betrachtet. Die ersten 5 Vertreter, die unter dem indirekten Wahlsystem im Jahre 1893 gewählt wurden, fanden auf sozialpolitischem Gebiet grenzenlos zurückgebliebene Verhältnisse vor. Der Staatsbetrieb war weit davon entfernt als Musterbetrieb gelten zu können; eine Anzahl von Privatunternehmern waren dem Staat wesentlich voraus. Besonders die Arbeiter der Verkehrsanstalten klagten seit vielen Jahren über ungenügende Bezahlung, übermässig lange Arbeitszeit, anspannende Sonntags- und Nachtarbeit, unregelmässige Beschäftigung, herrische Behandlung von Seiten der Vorgesetzten und dergleichen mehr. Nicht besser lagen die Verhältnisse in den anderen fiskalischen Betrieben: bei den Bergwerks- und Hüttenbetrieben, in den Salinen- und Torfgräbereien, in den staatlichen Forsten, in den Militärwerkstätten, beim Strassen- und Flussbauwesen usw. Dabei zählten die vom Staat in den verschiedenen Verwaltungszweigen beschäftigten Arbeiter nach vielen Tausenden. Vom sozialpolitischen Standpunkt aus konnte es auch der übrigen Arbeiterschaft nicht gleichgültig sein, wie sich die Arbeitsverhältnisse der Staatsarbeiter gestalteten. Ist doch der Fiskus tatsächlich der grösste Unternehmer in Bayern.

Bei der Zusammensetzung der bayerischen Volksvertretung unter dem indirekten Wahlsystem spielte die Arbeiterpolitik in der Abgeordnetenversammlung nur eine untergeordnete Rolle. Das Zentrum hatte unter der wohlwollenden Gönnerschaft der Regierung Verbände der Staatsarbeiter gegründet, um diese dem Einfluss der Sozialdemokratie zu entziehen, aber die Forderungen der Arbeiter blieben in der Abgeordnetenversammlung unbeachtet. Das Zentrum betrachtete die Fürsorge für die Staatsarbeiter vor allem unter dem Gesichtswinkel der zünftlerischen Interessen. Wenn unter dem Druck der Arbeiterorganisationen des Zentrums jemals ein schwacher Versuch unternommen wurde einige harmlose Forderungen im Parlament der wohlwollenden Beachtung der Regierung zu empfehlen, so geschah es immer unter dem Vorbehalt, dass die in Aussicht genommenen Verbesserungen sich in solchen Grenzen halten mussten, damit die in der Landwirtschaft und in den handwerksmässigen Betrieben beschäftigten Arbeiter nicht veranlasst würden sich in noch grösserer Zahl den Staatsbetrieben zuzuwenden. Dieser kurzsichtige Standpunkt der Mehrheitspartei fand natürlich die begeisterte Zustimmung der *bündlerischen Freien Vereinigung* und der Liberalen, deren Abneigung gegen Arbeiterforderungen sich geradezu bis zum Hass gegen die Arbeiter steigerte.

Unter solchen Verhältnissen setzte die sozialpolitische Tätigkeit der ersten 5 sozialdemokratischen Vertreter im Jahre 1893 ein. Die kleine Fraktion hatte eine vorzügliche Arbeitsteilung getroffen. An der Hand eines beständig anwachsenden Tatsachenmaterials versuchten Grillenberger, Vollmar, Ehrhart, Scherm und Löwenstein die Regierung und die bürgerlichen Parteien auf sozialpolitischem Gebiet voranzutreiben. Die bürgerlichen Parteien suchten den Einfluss der Sozialdemokratie zunächst noch mit den üblichen kleinlichen

Mitteln zurückzuhalten. So verweigerten Zentrum und Liberale der sozialdemokratischen Fraktion eine Vertretung in der wichtigsten Kommission, dem Finanzausschuss. Um so nachhaltiger erfolgte die Wirksamkeit der Sozialdemokraten im Plenum. Als gleich zu Beginn der Session im Oktober 1893 die bürgerlichen Parteien in der üblichen Breite die Notlage der Landwirtschaft behandelten, setzte Vollmar — es war am 17. Oktober — mit einer wuchtigen Rede zu gunsten der Arbeiter ein. Unser Genosse führte unter anderem aus:

»Wir müssen bei der jetzigen Beratung und bei den Beschlüssen, die wir über die Notlage der Landwirtschaft fassen, auch daran denken, dass es noch andere Berufsklassen gibt, die auch in einer Notlage sich befinden: nehmen wir nur die grosse Zahl der beschäftigungslosen Arbeiter. Was Sie hier vom Hunger des Viehes sagen, das trifft, namentlich in Zeiten des wirtschaftlichen Niederganges, auch auf Hunderttausende von Menschen zu, die wider ihren Willen ohne Arbeit und damit ohne Brot sind.«

Über diese Rede war man im Hause so entsetzt, dass der Zentrumspräsident Walter, weil auf der Zuhörertribüne ein Bravoruf ertönte, durch die Militärwache und das Hauspersonal die Tribünen räumen liess. Dann suchte das Zentrum in der Person des Abgeordneten Kessler die Rede Vollmars durch Gehässigkeiten zu entkräften:

»Ein grosser Teil der Arbeitslosigkeit ist ursächlich auf das Verschulden der Arbeiter zurückzuführen. Wir kennen doch alle die Streiks, die in neuerer Zeit vorgekommen sind.«

Dazu dann noch Ausfälle auf die beschäftigungslos herumziehenden Fabrikarbeiter, unter denen der grösste Teil arbeitsscheu und zu den Stromern zu rechnen sei: und wir haben das übliche Bild aller Spiessbürgerweisheit in Arbeiterfragen.

Diese kurzen Beispiele zeigen uns das Milieu der bayerischen Abgeordnetenkammer am Ende des vergangenen Jahrhunderts. Wie geringschätzig wurden noch 1898 bei Beratung des Eisenbahnetats die sozialpolitischen Anträge der sozialdemokratischen Fraktion behandelt! Schon bei der Verlesung der Anträge durch den Präsidenten ertönten Zurufe aus den Zentrumsreihen *Wer bietet mehr?* Dabei handelte es sich um Forderungen wie Minimallöhne von 2,50 Mark, Arbeiterausschüsse und dergleichen. Die Grenzen waren so gezogen, dass von Übertreibung nicht gesprochen werden konnte. Nach zweitägiger Debatte wurden die Anträge gegen die Stimmen der Sozialdemokraten abgelehnt. Selbst die christliche Arbeiterpresse gesteht heute zu, dass damals die Mehrheit des Landtags in Arbeiterfragen noch auf dem Standpunkt stand, den heute die Reichsratskammer vertritt. Und ein Führer des Zentrums in Bayern, der Gymnasialprofessor Reeb, hat offen in der Kammer zugestanden, dass die Sozialdemokratie wesentlich den Fortschritt in der Sozialpolitik gefördert hat:

»Ich leugne nicht, dass die Sozialdemokratie auch auf das Zentrum in der Weise eingewirkt hat, dass dieses energischer und entschieden die Regierung zur Durchführung der Reformen drängt.«

Die Landtagswahl 1899 brachte den Sozialdemokraten in Bayern 11 Mandate. Die so verstärkte Fraktion nutzte ihren Einfluss zur weiteren Vertiefung ihrer Kulturforderungen nach Kräften aus. Die sozialpolitischen Forderungen für die Arbeiter wurden wieder in den Vordergrund gestellt. Endlich im Jahre 1904 wurden die sozialdemokratischen Anträge einem Ausschuss überwiesen. Naturgemäss hätte das ein Ausschuss sein müssen, der aus besonderen Kennern

des Arbeiterschutzes und der Sozialpolitik zusammengesetzt wäre. Statt dessen übergab die Kammer in ihrer Unlust sich mit den unbequemen Anträgen der Sozialdemokraten befassen zu müssen diese Anträge dem unter ganz anderen Gesichtspunkten gewählten Wirtschaftsausschuss. Nachdem die Anträge dort monatelang verschleppt waren, wurden sie schliesslich in einer einzigen Sitzung abgetan. Es kam nichts weiter heraus als eine Zusammenfassung allgemein gehaltener Wünsche, die der Regierung zur Würdigung überwiesen wurden. Die Vertreter der Liberalen und des Zentrums eiferten in dem Bestreben in der Arbeiterpolitik einen möglichst reaktionären Standpunkt einzunehmen.

Im Lande aber vollzog sich, veranlasst durch die zielbewusste Haltung der Sozialdemokratie in der Arbeiterpolitik, ein Umschwung in der Klassengliederung der Arbeiter. Das grosse Heer der Staatsarbeiter hatte bisher der Politik des Zentrums und der Liberalen vertraut. Das Zentrum besonders hatte es verstanden überall Organisationen zu gründen, deren Mitgliedern die Zentrumspolitik eingepflegt wurde. Mählich aber bildeten sich freie Organisationen auch unter den Staatsarbeitern. Die jahrelang durch die bürgerlichen Volksvertreter enttäuschten Arbeiter verlangten im Parlament eine entschiedene Vertretung ihrer Forderungen. In der Sozialdemokratie erblickten sie die Partei, die rücksichtslos bestrebt war der Regierung und den bürgerlichen Parteien gegenüber die sozialen Interessen der Staatsarbeiter, der niederen und mittleren Bediensteten zu vertreten. Das immer stärker hervortretende Klassenbewusstsein der Arbeiter gab den Anstoss, dass das Zentrum noch unter dem indirekten Wahlsystem weitgehende Konzessionen machen musste. Das ungestüme Drängen in den eigenen Reihen war die Veranlassung, dass 1905 3 christliche Arbeitersekretäre mit in die Zentrumsfraktion aufgenommen wurden. Als dann die auf 12 Mitglieder angewachsene sozialdemokratische Fraktion wieder ihre umsichtig durchgearbeiteten und ergänzten sozialpolitischen Anträge bei Beginn der Session einbrachte, sah man sich schliesslich veranlasst die Anträge einem besonderen, dem 10. (sozialen) Ausschuss zu überweisen. Der Ausschuss, der aus 21 Mitgliedern zusammengesetzt war, bestimmte als Referenten den Zentrumsabgeordneten Oswald, als Korreferenten unseren Genossen Segitz. Der Ausschuss hielt 10 Sitzungen ab, die erst Ende April 1906 beginnen konnten und bis Anfang Juni dauerten. Der Referent hatte zur Fertigstellung seines Berichts eine lange Zeit beansprucht. Und erst am 10. Juli 1906, kurz vor dem Schluss der Session, kamen die Anträge des Ausschusses an das Plenum. Nach Ablehnung der weitergehenden sozialdemokratischen Anträge wurden schliesslich die Beschlüsse des sozialen Ausschusses einstimmig angenommen. Das Zentrum als Mehrheitspartei erhielt damals noch Gelegenheit seinen ernsthaften Willen in der praktischen Durchführung seiner Arbeiterpolitik zu zeigen: und es fiel um. Bei der Beratung der einzelnen Etats hatten die Arbeitersekretäre des Zentrums bei der Kritik bestehender Missstände eine relativ scharfe Sprache der Regierung gegenüber gefunden. Es zeigte sich aber bald, dass es sich hierbei nur um ein Scheinmanöver zur Beruhigung der christlichen Arbeiter handelte. Denn im Finanzausschuss und später auch im Plenum sträubten sich die Vertreter des Zentrums mit Einschluss der christlichen Arbeitersekretäre aufs äusserste dagegen in den Eisenbahnetat einen Posten von 340 000 Mark einzustellen, der nach

einer Erklärung des Verkehrsministers notwendig war, um die Lohnerhöhung für das Eisenbahnpersonal nach den Beschlüssen der Abgeordnetenkommission vom 10. Juli 1906 durchzuführen. Das Zentrum lehnte die dahingehenden Anträge einstimmig ab, obgleich es einstimmig für die Beschlüsse vom 10. Juli, die übrigens nach den Wünschen des Zentrums zu stande gekommen waren, gestimmt hatte. Wiederum, um seine inkonsequente Haltung nach aussen zu verdunkeln, verlangte das Zentrum in Form eines harmlosen Antrags eine Überschreitung der einzelnen Etatspositionen um den Betrag, der notwendig sei die angeführten Beschlüsse durchzuführen. Es wusste natürlich, dass die Reichsratskommission aus etatsrechtlichen Gründen bei einer ähnlichen früheren Gelegenheit eine solche Überschreitung ohne Bewilligung ziffernmässiger Mittel als unzulässig erklärt hatte. Aber der Schein nach aussen war gewahrt. Und in der Agitation zur Beruhigung der empörten christlichen Arbeiteranhänger des Zentrums wirkte noch immer das Argument, das Zentrum habe durch seine Zustimmung zum Finanzgesetz schliesslich, wenn auch nur Geringes für die Arbeiter bewilligt, während die Sozialdemokratie auch dieses Wenige verweigert habe. Zugleich suchte das Zentrum, allerdings nur mit geringem Erfolg, die Regierung gegen die freien Verbände der Staatsarbeiter scharf zu machen.

Nur eine Session dauerte der letzte, unter dem indirekten Wahlrecht gewählte Landtag. Im Mai 1907 wurde in Bayern zum ersten Male auf grund des direkten Wahlrechts gewählt. Das öffentliche Interesse war diesmal viel reger. Der Sozialdemokratie gelang es 20 Mandate zu erringen, und später, als der liberale Kommerzienrat Ribot in Schwabach sein Mandat niederlegte, wurde auch dieser Wahlkreis von der Sozialdemokratie erobert. Der ziel-sicheren praktischen Arbeit der Sozialdemokratie hatten die Wähler ein glänzendes Vertrauensvotum ausgestellt. Jetzt galt es mit verdoppelter Kraft diese, ihrem Erfolg näherrückende Arbeit zu fördern, die bayerische Gesetzgebung im Interesse der grossen Massen des arbeitenden Volkes zu befruchten.

Bald nach den Neuwahlen hielt die sozialdemokratische Fraktion eine Sitzung ab, für die beginnende Session wurde eine gute Arbeitsteilung unter Heranziehung aller vorhandenen Arbeitskräfte getroffen. Zur Förderung der sozialpolitischen Tätigkeit wurde innerhalb der Fraktion ein eigener Ausschuss von 7 Mitgliedern eingesetzt, der die entsprechenden Anträge an die Kammer durcharbeiten und der Gesamtkommission vorschlagen sollte. So konnte die Fraktion bei Zusammen-tritt des Landtages die Führung in der Sozialreform übernehmen. Es wurden Anträge gestellt, die verlangten in Rücksicht auf die regelmässige in den Wintermonaten gesteigerte Arbeitslosigkeit Vorsorge für vermehrte Arbeitsgelegenheit zu treffen, die Löhne des in Staatsbetrieben beschäftigten nicht etatsmässigen Personals, soweit die Bezüge nicht durch spezielle Verordnungen geregelt sind, um 15 % zu erhöhen, ferner die Regierung zu ersuchen dem Landtag baldmöglichst eine Novelle zum Berggesetz vorzulegen; die Grundsätze zur Durchführung eines ergiebigen Bergarbeiterschutzes wurden speziell bezeichnet. Für die Spezialberufe der Staatsbetriebe, wie Verkehrs-, Forst-, Bergwerks-, Hütten- und Salinenbetriebe und Militärbetriebe wurden detaillierte Forderungen erhoben, die ausser Lohnregulativen Pausen, Verkürzung der Arbeitszeit, Sonntags- und Nachtruhe, Urlaub usw. betrafen. Weiter wurde eine dem tatsächlichen Verdienst der Arbeiter mehr entsprechende Festsetzung

der ortsüblichen Tagelöhne, die Ausdehnung der Krankenversicherungspflicht auf die Dienstboten und auf die in der Land- und Forstwirtschaft beschäftigten Arbeiter und Betriebsbeamten verlangt. Diese unsere und ähnliche später eingebrachte Anträge der Liberalen und des Zentrums wurden einem speziellen sozialpolitischen Ausschuss überwiesen, der unter dem Vorsitz unseres Genossen Segitz in der Session 27 Sitzungen abgehalten hat. Durch eine gute Disposition in der Verteilung der Referate und Korreferate gelang es unserem Vorsitzenden die Arbeit so zu fördern, dass bei der Beratung der einzelnen Etats die Beschlüsse des sozialen Ausschusses und der Kammer auch materiell gewürdigt werden konnten. Es würde zu weit führen im Rahmen dieses Artikels in eine Detailschilderung der Ergebnisse und Erfolge der sozialdemokratischen Arbeiterpolitik einzutreten. Nur so viel sei hervorgehoben, dass durch das geschlossene Auftreten unserer Fraktion sowohl die bürgerlichen Parteien wie auch die Regierung gezwungen waren die in Aussicht genommenen Summen für die soziale Besserstellung der Staatsarbeiter zu erhöhen. Wiederholt sah sich die Regierung veranlasst zu erklären, dass sie das Koalitionsrecht der Staatsarbeiter, gleichviel welchen Verbänden sie angehören mögen, respektiert. Diese an sich selbstverständliche Tatsache verdient natürlich kein besonderes Lob. Wenn sie hier konstatiert ist, so nur, um zu zeigen, dass eine im guten Sinne revolutionäre Partei durch ihre planmässige Arbeit, die im Einklang und in Fühlung mit der hinter ihr stehenden Arbeiterorganisation erfolgt, das Recht der gleichen staatsbürgerlichen Behandlung zu erringen vermag.

Einen wesentlichen Einfluss hat die sozialdemokratische Fraktion auf die Gestaltung der Gehaltsregulative der Beamten ausgeübt. Unsere Genossen setzten es durch, dass für die zahlreichen niederen Beamten eine Erhöhung der von der Regierung vorgeschlagenen Mindestbezüge von 1100 auf 1200 Mark vorgenommen wurde. Bedenkt man, dass bisher die niederen Beamten, wie beispielsweise Postboten, mit einem Anfangsgehalt von 780 Mark angestellt wurden, so bedeutet in der Tat die Besserstellung gerade dieser Schichten einen nicht unwesentlichen sozialpolitischen Fortschritt. Von weiteren Errungenschaften seien die folgenden genannt:

Die Regierung hat zugestanden, dass bei Vergebung von Staatsarbeiten nur Unternehmer berücksichtigt werden, die das Koalitionsrecht ihrer Arbeiter respektieren, tarifmässige Vereinbarungen streng beobachten und, wo diese nicht bestehen, auskömmliche Löhne bezahlen und sich an die berufübliche Arbeitszeit halten. Zur weiteren Förderung des Bauarbeiterschutzes soll eine Konferenz einberufen werden, die sich aus Vertretern der Bauarbeiter, Techniker und Bauunternehmer zusammensetzen wird. Die Heranziehung der Arbeiter zur Gewerbeinspektion ist in Aussicht gestellt, ein Ministerialerlass zur weiteren Errichtung von Gewerbegerichten wurde ausgegeben. Bei der Novelle zum bayerischen Berggesetz wurden die sozialdemokratischen Forderungen in weitgehendem Masse berücksichtigt, so das Verbot des Wagennullens, die Heranziehung der Arbeiter zur Grubenkontrolle und zur Kontrolle der Fördergefässe, Achstundenschicht bei der Grubenarbeit. Ein Gesetzentwurf zur Ordnung der Knappschaftskassen ist für die nächste Session angekündigt, ebenso eine Förderung des Kleinwohnungswesens. Die Herstellung einer ganz Bayern umfassenden Arbeitslosenstatistik soll bald in Angriff genommen werden. Vertreter der Gewerkschaften und sonstiger Interessenten für Arbeitslosenfürsorge werden zu einer Besprechung im Ministerium des Innern zusammentreten, um über eine zweckmässige Gestaltung der Arbeitslosenfürsorge zu beraten; ausserdem soll bei den grösseren Gemeinden angeregt werden, die Arbeitslosenversicherung nach dem Genter System einzuführen.

Die sozialdemokratische Vertretung hatte in allen diesen Fragen die Führung übernommen und die Richtlinien der gesetzgeberischen Fortentwicklung bezeichnet; ihre Arbeit ist in der abgelaufenen Session besonders fruchtbar gewesen.

Die parlamentarische Tätigkeit ist sicher nur eines von vielen Mitteln, um die grossen sozialpolitischen, politischen und kulturellen Aufgaben der Arbeiterklasse zu fördern. Es wäre verkehrt dieses Mittel über die anderen zu erheben und es als das wichtigste zu reklamieren. Aber in dem reichhaltigen Arsenal des proletarischen Klassenkampfes ist der Parlamentarismus sicher eine Waffe, die bei richtiger Anwendung die Kulturentwicklung aufs vorteilhafteste beeinflusst. Die Fortschritte auf dem Gebiete der Arbeiterpolitik in Bayern sind nicht zum wenigsten auf eine kräftige Initiative der Sozialdemokratie in der bayerischen Abgeordnetenversammlung zurückzuführen.

XX

WOLFGANG HEINE · VEREINSRECHT UND JUGENDBEWEGUNG



IN einem Teil der Parteipresse ist die Resolution, die nach Vereinbarung zwischen Parteivorstand und *Generalkommission* auf dem Gewerkschaftskongress angenommen worden ist, und die Rede des Genossen Robert Schmidt darüber Gegenstand lebhafter Angriffe geworden. Die Resolution empfiehlt die Förderung der körperlichen und wissenschaftlichen Fortbildung der jungen Arbeiterschaft und will diese Veranstaltungen den Gewerkschaften und besonderen dafür zu bildenden örtlichen Kommissionen übertragen, an denen ausser den Gewerkschaften und der Parteioorganisation Vertreter der jugendlichen Arbeiter und Arbeiterinnen beteiligt sein sollen. Die Bildung einer besonderen Jugendorganisation erklärt die Resolution für »nicht erforderlich«. Robert Schmidt referierte über diesen Antrag, der mit grosser Majorität angenommen wurde. Leider ist es nicht möglich an dieser Stelle seine ausführliche Rede abzudrucken; sonst würde sich ohne weiteres ergeben, wie unberechtigt und durch keine Sachkenntnis beeinflusst die gegen ihn erhobenen Angriffe sind.

Der Beschluss des Gewerkschaftskongresses besteht zu Recht, und es kann keine Rede davon sein, dass der Parteitag, wie anscheinend gefordert werden soll, ihn umstossen dürfte. So wenig, wie ein Gewerkschaftskongress Beschlüsse der Parteitage aufzuheben befugt wäre. Der Parteitag kann höchstens beschliessen, was die Partei tun will. Es liegt durchaus kein Grund vor in dieser Frage dem Gewerkschaftskongress entgegenzutreten und den Parteivorstand zu desavouieren.

Das Reichsvereinsgesetz, das bereits den süddeutschen Verband von sozialdemokratischen Jugendvereinen bestimmt hat seine Auflösung zu beschliessen, verordnet im § 17:

»Personen, die das 18. Lebensjahr noch nicht vollendet haben, dürfen nicht Mitglieder von politischen Vereinen sein und weder in den Versammlungen solcher Vereine, sofern es sich nicht um Veranstaltungen zu geselligen Zwecken handelt, noch in öffentlichen politischen Versammlungen anwesend sein.«
Politische Vereine sind nach § 3 solche, die eine Einwirkung auf politische Gegenstände bezwecken, politische Versammlungen solche, die zur Erörterung

politischer Gegenstände veranstaltet werden. Nicht jede gelegentliche Erörterung politischer, das heisst den Staat und seine Organe betreffender Gegenstände macht eine Versammlung politisch, wenn die Versammlung nicht zum Zweck dieser Erörterung veranstaltet war. Nicht jede, wenn auch bezweckte Erörterung politischer Gegenstände in einem Verein macht ihn zu einem politischen Verein, denn es kommt auf den Zweck des Vereins an, ob dieser eine Einwirkung auf politische Gegenstände, das heisst eine Veränderung politischer Zustände verfolgt. Daraus ergibt sich zunächst: Jugendliche Personen über 18 Jahre sind durch das Vereinsgesetz völlig unbeschränkt, und es ist, wenn sie Arbeiter sind, ihre Pflicht den Gewerkschaften beizutreten, wenn sie sich zur Sozialdemokratie rechnen, sich den durch Parteitagsbeschlüsse geschaffenen Organisationen anzuschliessen. Die Gewerkschaften sind, wenn das Vereinsgesetz richtig angewendet wird, nicht als politisch anzusehen. Wenn sie auch gelegentlich zu gesetzgeberischen Aktionen Stellung nehmen, so ist dies doch nicht ihr eigentlicher Zweck. Deshalb können die Gewerkschaften auch nach dem Reichsvereinsgesetz Personen unter 18 Jahren aufnehmen. Etwaigen Versuchen behördlicher Schurigeleien müssen sie energisch begegnen, andererseits sollten sie darauf bedacht sein nicht gerade Vorwände dafür zu liefern.

Die Gewerkschaften haben die Pflicht und ein dringendes Interesse daran die jugendlichen Arbeiter möglichst zeitig an sich heranzuziehen und sich ihrer anzunehmen. Eine wirksame Gewerkschaftstätigkeit setzt voraus, dass die Arbeiterschaft möglichst vollzählig organisiert ist, die Jugend ist das Rekrutierungsgebiet der Zukunft. Junge Leute, die einmal an eine konfessionelle oder gar eine gelbe Organisation gebunden und an ihr pekuniär interessiert sind, können weniger leicht für die freie Gewerkschaft gewonnen werden. Die Erziehung zum gewerkschaftlichen Solidaritätsgefühl, zur Unterdrückung des kleinen persönlichen Egoismus kann nicht früh genug beginnen. Der Schutz der Jugendlichen vor Ausbeutung durch Einwirkung auf den Arbeitsvertrag im allgemeinen und durch Beschwerde und Klage im einzelnen Fall ist Sache der Gewerkschaft. Auch soweit es sich um Lehrlinge handelt, gerade weil diese sich in besonders schwieriger, rechtloser Stellung befinden. Dass die Jugendlichen der Gewerkschaft das Material dafür zu liefern haben, ist selbstverständlich; dazu bedarf es aber, wie die Resolution des Gewerkschaftskongresses richtig hervorhebt, keiner besonderen Jugendorganisation. Arbeitsvermittlung und Unterstützungseinrichtungen durch Jugendorganisationen ausserhalb der Gewerkschaften bedeuten schädliche Kräftezersplitterung und sind nicht mit Unrecht als Spielerei bezeichnet worden. Der richtige Platz für den jugendlichen Arbeiter ist, solange dies unter dem Vereinsgesetz irgend durchgeführt werden kann, die Jugendabteilung seiner Gewerkschaft, die ihm durch Herabsetzung oder Erlass der Beiträge den Beitritt ermöglichen muss. Soweit Lehrlinge durch ihr Kontraktverhältnis gehindert sind an Streiks usw. teilzunehmen, muss man sie davon dispensieren.

Die eigentlich politischen Organisationen sind nach dem Reichsvereinsgesetz Personen unter 18 Jahren verschlossen. Darin liegt eine empörende Ungerechtigkeit, weil diese Bestimmung ganz zweifellos parteiisch gegen die Vereine oppositioneller Richtung angewendet werden wird, während Organisationen ausgesprochen politischer Tendenz unbehelligt bleiben werden, wenn

sie sich *patriotisch* oder *christlich* nennen. Deshalb war es eine Schande für den Liberalismus den § 17 anzunehmen, zumal auch noch die Unklarheit des Begriffs *politisch* jede Willkür erleichtert. Sozialdemokratische Organisationen für Personen unter 18 Jahren sind danach jedenfalls unmöglich. Aber allzu tragisch braucht man die Wirkungen dieses Verbots auch nicht zu nehmen, namentlich nicht zu befürchten, dass dadurch die reaktionären Parteien vor der Sozialdemokratie einen besonderen Vorsprung gewinnen würden.

Was wollen, sollen und vor allem was könnten politische Jugendorganisationen leisten? Das *Internationale Bureau der sozialistischen Jugendorganisationen* hat im *Vorwärts* vom 16. Juli eine Erklärung erlassen, von der ich im Augenblick nicht feststellen kann, wie viele, und ob überhaupt welche ihrer Unterzeichner Personen unter 18 Jahren sind. Diese Erklärung, die den Beschluss des Gewerkschaftskongresses angreift, misst den selbständigen Jugendorganisationen als Aufgaben zu: sozialistische Erziehung, Kampf gegen die wirtschaftliche Ausbeutung der jugendlichen Arbeiter und antimilitaristische Propaganda. Der Schutz der Jugendlichen gehört als ein Teil des wirtschaftlichen Kampfes, wie bereits dargetan, den Gewerkschaften und kann nur von ihnen mit Aussicht auf Erfolg betrieben werden.

Die *antimilitaristische* Propaganda mit dem Ziele, »dass dem kämpfenden Proletarier nicht mehr entgegen gestellt werden können Proletarier, die selbst die Bajonette gegen ihre eigenen Brüder tragen«, wie die Erklärung des internationalen Jugendbureaus sie fordert, ist für das gegenwärtige Deutschland eine Phantasterei schädlichster und gefährlichster Art. Der Militarismus kann in Deutschland wirkungsvoll nur in ganz anderer Weise bekämpft werden und wird von der Sozialdemokratie tatsächlich anders bekämpft als dadurch, dass man Kinder unter 18 Jahren in einen zwecklosen Abscheu gegen den Militärdienst hineintreibt und ihnen das Unvermeidliche unnützerweise noch schwerer macht.¹⁾ Man hat Robert Schmidt wie einen Feigling verhöhnt, weil er auf die Gefahren der antimilitaristischen Agitation hingewiesen hat, aber man hat keine Notiz von den Erklärungen genommen, die er darüber schon auf dem Gewerkschaftskongress abgegeben hat. Weshalb soll man es nicht offen eingestehen? Es wäre unverantwortlich junge Menschen, bei denen von einer freigewählten gereiften Überzeugung noch nicht die Rede sein kann, in eine Agitation hineinzutreiben, die schon für durchgebildete, kundige Männer grosse Gefahren enthält, die aber für die noch ihrer Militärzeit entgegensehende Jugend, die von einem blinden Opfermut beseelt ist und die Tragweite ihrer Worte und Handlungen nicht zu übersehen vermag, gradezu vernichtende Folgen herbeiführen müsste. Wenn die deutsche sozialdemokratische Jugend durch das Vereinsgesetz gezwungen wird von dem sogenannten *Antimilitarismus* ihre Finger zu lassen, so ist das kein Unglück. Man muss aber anerkennen, dass die norddeutschen Jugendorganisationen auch vor dem Reichvereinsgesetz zu klug und vorsichtig für ein solches Treiben gewesen sind; allein das Programm des *Internationalen Bureaus der sozialistischen Jugendorganisationen* beweist, dass eine entschiedene Ablehnung dieses Antimilitarismus auf dem Gewerkschaftskongress nicht überflüssig war.

Bleibt die *sozialistische Erziehung*, das heisst die Einflössung sozialdemo-

¹⁾ Ich verweise auf meinen Aufsatz *Wie bekämpfen wir den Militarismus?* in den *Sozialistischen Monatsheften*, 1907, 2. Band, pag. 911 ff.

kratischer politischer Grundsätze in Herz und Hirn der Jugend. Ich gestehe, dass ich davon sehr wenig halte. Zwischen der Partei und den Gewerkschaften besteht in dieser Frage ein wesentlicher Unterschied. Die Gewerkschaften brauchen in erster Reihe nur die Mitgliedschaft der Jugendlichen, die schon für die Gegenwart in Lohnkämpfen hier und da wichtig sein kann, und es jedenfalls für die Zukunft wird. Die Gewerkschaften erfordern einfaches solidarischeres Handeln, keine komplizierten Überzeugungen und Entscheidungen. Das ist etwas, das man auch jungen Leuten zwischen 14 und 18 Jahren schon beibringen kann. Ganz anders liegt es mit der sozialdemokratischen politischen Überzeugung. Kindern dieses Alters könnte man — wenige Ausnahmefälle abgerechnet — lediglich politische Glaubenssätze eintrichtern, denn zu eigener Prüfung fehlt ihnen das selbständige Urteil und die Erfahrung. Mögen auch viele Erwachsene sehr wenig selbständig in ihrem politischen Denken sein, so sind sie dann jedenfalls nach ihren Fähigkeiten fertige Menschen. Jungen, unfertigen Menschen soll man helfen ihren Geist, ihr Urteil zu entwickeln, nicht aber diese Entwicklung durch frühzeitiges Einpauken von Dogmen unterbinden. Wenn die Kirchen und die autoritären Parteien sich auf diese Art Nachwuchs zu sichern suchen, so passt solcher Unfug zu ihren Grundsätzen, Sozialdemokraten müssen ihn für sich ablehnen.

In dem Ruf nach sozialistischer Beeinflussung der Jugend steckt eine weitgetriebene Überschätzung dessen, was Erziehung leisten kann. Es wäre gut gegenüber dieser Zeitmode sich einmal des Goetheschen Wortes zu erinnern, »es bildet nur das Leben den Mann und wenig bedeuten die Worte«. Und von allen Worten sind die wirkungslosesten die, womit man Gesinnungen erzeugen will; höchstens dass sie das Gegenteil des Gewollten bewirken. Der natürliche Oppositionsgeist einer gesunden Jugend lehnt gerade das ab, was man ihm aufdrängen will, und begehrt, wovor man ihn abzuschrecken sucht. Glücklicherweise. Deshalb brauchen wir auch die sich *patriotisch* und *religiös* nennenden Einflüsse durchaus nicht zu fürchten sondern können darauf rechnen, dass sie die Jugend vielmehr uns zutreiben, wenigstens den Teil der Jugend, an dem uns gelegen sein muss. Wohl aber sollen wir uns hüten die selben Fehler zu machen. Ohnehin pflegt der jüngeren Generation manches in der Auffassung und Ausdrucksweise der älteren nicht mehr ganz verständlich zu sein, und es gehört schon eine gewisse Reife dazu gegenüber diesen natürlichen Verschiebungen die Kontinuität einer politischen Bewegung zu erkennen und festzuhalten. Aufdringliche dogmatische Predigten, die der Jugend unsre Überzeugungen verkelten, würden diese natürliche Schwierigkeit noch steigern. Eine solche politische Gesinnungsunterweisung so junger Menschen verbürgt auch bei denen, die dadurch der Partei gewonnen werden, keineswegs eine Entwicklung, wie wir sie wünschen müssen. Es kann der Partei nichts daran gelegen sein Mitglieder zu besitzen, die der Partei angehören, weil man ihnen als Kindern gesagt hat, es wäre so richtig. Noch weniger kann die Partei die selbstgefällige flache Phrasenhaftigkeit brauchen, die sich sehr leicht einstellt, wenn unreife junge Leute statt sich gründliche Kenntnisse anzueignen, statt sich der ihnen am nächsten liegenden Arbeit ihrer Berufsorganisationen einzuordnen sich auf eigne Hand an die grössten sozialen und politischen Probleme heranmachen.

Es macht einen sehr unreifen, abstossenden Eindruck, wenn bei diesen Erörte-

rungen seitens der Jugendorganisationen eine Geringschätzung der gewerkschaftlichen Fachorganisationen geäußert wird, wenn es immer heisst, *Idealismus* könne nur in der allgemeinen Jugendorganisation gepflegt werden, man wolle seinen *Opfermut* betätigen, verlange *grosse Ziele* usw. Idealismus und Opfermut kann man bei jeder noch so kleinen Arbeit bewähren; jedenfalls ist der Idealismus der beste, der von sich gar nicht redet. Das Wort *Idealismus* ist der billigste Lückenbüsser, der immer dann hervorgesucht wird, wenn einer sachlich nichts zu sagen weiss. Vor nichts sollten wir die Jugend mehr warnen als vor der neudeutschen Zeitkrankheit überall dilettantenhaft mitreden zu wollen, vor dem Bramarbasieren von *Idealen* und *grossen Zielen*, worüber eine gewissenhafte Arbeit und Selbstbeschränkung im Urteil verachtet werden. Wir haben wahrlich an unseren sogenannten *Nationalen* und ihrer Politik abschreckende Beispiele, wohin das führt.

Deshalb scheint mir eine parteipolitische Beeinflussung der jungen Leute unter 18 Jahren nicht nur entbehrlich sondern geradezu gefahrvoll, noch mehr ihr eignes Politisieren in besonderen Organisationen. Was wir einzig zu tun haben, ist, dass wir der schulentlassenen Jugend behilflich sind den sittlichen Gefahren zu entgehen, die ihr drohen, die Lücken ihrer Ausbildung auszufüllen und sich fortzubilden, so dass ihr Charakter gefestigt, und ihr Geist fähig wird selbst eine politische Entscheidung zu treffen. Sollte sich dann nicht die Mehrzahl einer so ausgebildeten Jugend zur Sozialdemokratie schlagen, so wäre das ein Beweis, dass die Partei überlebt wäre. Da wir aber keinen Grund haben an unsrer Sache zu verzweifeln, so brauchen wir das nicht im geringsten zu fürchten.

Körperliche und geistige Gesundheit sind die Ziele, unter denen wir diese Fortbildung zu betreiben haben. Körperliche Tüchtigkeit, erworben durch Turnen, Spiel und Sport, ist für dies Alter die nächste und angemessenste Aufgabe. Beobachten und Denken müssen geübt, so weit als möglich müssen auch positive Kenntnisse gewährt werden, und zwar so unparteiisch wie möglich. Alles das hat die Resolution des Gewerkschaftskongresses befürwortet, unter Ablehnung jeder einseitigen Übertreibung. Keine Ehre für die Partei ist der läppische Spott, mit dem einige jugendliche Genossen und auch ältere, die es wahrlich besser verstehen sollten, über das Verlangen nach *gesunder Seele im gesunden Leib* herfallen, die Befürworter der Resolution als *Schulmeister* und deren Standpunkt als *bürgerlich* verhöhnen. Fünfzehnjährige Knaben in der rauchigen Kneipe, aufgeblasen über Dinge disputierend, von denen sie nichts verstehen können, bedeuten gar nichts für die höchsten Ideen; frische Burschen, sich beim Ballspiel tummelnd, auch wenn sie nicht über die Verbesserung der Welt grübeln, leisten eine weit bessere Vorarbeit für die Verwirklichung der sozialdemokratischen Gesellschaft.

Die Ziele und Wege der Jugendbildung, die Parteivorstand und Gewerkschaftskongress aufgestellt haben, sind ganz vortrefflich. Die einzusetzenden Kommissionen werden ein sehr dankbares Tätigkeitsfeld finden; schwieriger wird es sein die geeigneten Kräfte zu seiner Bearbeitung zu gewinnen.

Wenn nun der vielangefochtene Absatz 3 der Resolution erklärt, dass daneben »eine besondere Jugendorganisation nicht erforderlich« wäre, so heisst dies weiter nichts als dass Partei und Gewerkschaften in sich nicht noch besondere Jugendorganisationen als besondere Organe der Gewerkschaften oder der

Partei schaffen wollen und können. Die Gewerkschaften wollen sich mit den Jugendabteilungen begnügen und Fortbildungskommissionen ins Leben rufen, die Partei will diese Kommissionen unterstützen. Die Partei als solche kann nach dem jetzt geltenden Vereinsgesetz auch absolut nicht mehr tun. Die Partei ist nach dem Organisationsstatut ein Bund von politischen Vereinen. Würde sie besondere Jugendvereine ins Leben rufen, wenn auch nur zu Bildungszwecken, so wäre es für die Polizei eine Kleinigkeit zu deduzieren, dass die Mitglieder dieser Jugendbünde dadurch Mitglieder der Parteiorganisation, also politischer Vereine, wären. Dagegen hindert nichts die Partei die Bildungsveranstaltungen der Gewerkschaften zu unterstützen. Also Jugendorganisationen als Institut der Partei als solcher werden von der Resolution mit Recht abgelehnt.

Durchaus aber bedeutet die Resolution nicht, wie man behauptet hat, eine Unterdrückung von unabhängigen Vereinen, die, ohne eine Stellung in der Parteiorganisation in Anspruch zu nehmen, sich der Fortbildung ihrer Mitglieder widmen und durch die Tat beweisen, dass sie darin etwas leisten, und dass sie sich zu halten vermögen. Im Gegensatz zu politischen Jugendvereinen, die das Gesetz verbietet, und zu gewerkschaftlichen Jugendbestrebungen neben den Gewerkschaften, die eine schädliche Sonderbündelei bedeuten würden, hat die Partei kein Recht und auch kein Interesse selbständigen Bildungsbestrebungen der jungen Leute irgendwie entgegenzutreten. Auf diesem Gebiete kann nie zu viel geschehen, hier ist auch Zentralisation höchstens ein Notbehelf, um die Beschaffung der geistigen Mittel zu erleichtern, Monopolisierung der Bildungsarbeit durch offizielle Parteiinstitute würde die Gefahr dogmatischer Verknöcherung erzeugen, Dezentralisation, möglichst freie Vereinigung Gleichstrebender in kleinen Kreisen ist das natürlichste und förderlichste. Nur Selbsttätigkeit der Lernenden ohne das Gefühl fortwährender Bevormundung kann ausdauernde Lust an der Arbeit erzeugen. Auch die Bildungsbestrebungen der Erwachsenen in der Partei können unmöglich durch die Wahlvereine und andere offizielle Parteiorganisationen für sich beschlagnahmt werden.

Deshalb mögen die Jugendvereine ihre Arbeit als unpolitische Bildungsvereine selbständig fortsetzen, was sie nicht hindert sich zugleich der Einrichtungen zu bedienen, die die einzusetzenden Bildungskommissionen schaffen werden, ihre Bibliotheken zu benutzen, an Vortragskursen teilzunehmen usw. Das Vereinsgesetz gestattet die Beteiligung von Jugendlichen an reinen Bildungsvereinen. Freilich lässt die Vieldeutigkeit des Begriffs des *Politischen* auch hier Raum für manche behördliche Schikane. Die Jugendvereine werden deshalb sehr auf der Hut sein müssen.

Namentlich zwei Schwierigkeiten werden ihnen erwachsen: Die wenigsten unserer Redner sind im stande lediglich beherrschende Vorträge zu halten, ohne ihnen eine mehr oder minder politische Färbung zu geben; in einer so ganz mit Politik durchsetzten Zeit und vor einem fast ausschliesslich mit Politik genährten Publikum gewöhnt man sich das an, und es ist wirklich schwer im Einzelfalle davon loszukommen. Wenn auch gelegentliche Abschweifungen auf das Gebiet der Politik bei richtiger Auslegung nicht den Verein oder die Versammlung *politisch* machen, so pflegen doch die Berichte der Überwachenden einseitig jeden solchen Punkt hervorzuheben, so dass dadurch der Charakter

des Vortrags völlig verändert erscheint. Sehr viel gefährlicher noch ist die Herausgabe von Zeitungen. Es ist einfach unmöglich aus einer der geistigen Fortbildung gewidmeten Zeitschrift die Erörterung politischer Gegenstände auszuschliessen, und zwar kann man sich nicht auf bloss referierende Darstellungen beschränken, sondern wird zu Kritiken genötigt, die als *Einwirkung auf politische Angelegenheiten* gelten würden. Gibt ein Verein für seine Mitglieder eine solche Zeitung heraus, oder verbreitet er sie als Vereinsorgan, so wirkt er damit selbst auf politische Angelegenheiten ein und verfällt dem Verbot des § 17 des Vereinsgesetzes. Deshalb dürften die Jugendorganisationen gut tun auf eine besondere Zeitung zu verzichten oder sie, wenn sie unentbehrlich sein sollte, auf geschäftliche Mitteilungen zu beschränken. Die Parteipresse bietet Bildungsstoff genug, und dass die jungen Leute eine Gelegenheit haben selber ihre Gedanken in Zeitungsartikeln abzulagern ist nicht gerade unbedingt nötig.

Für die Partei fürchte ich von dem Fortbestehen selbständiger Bildungsvereine für die Jugend nichts. Mag sein, dass sich von dort aus einmal oppositionelle Strömungen gegen die offizielle Leitung der Partei entwickeln; es wäre schlimm, wenn die Partei das nicht riskieren könnte. Sehr wahrscheinlich, dass in solchen Vereinen ab und zu sehr törichte Dinge geredet werden; das ist das Vorrecht der Jugend, das sich nicht unterdrücken lässt, und das auch nicht unterdrückt werden soll. Übrigens muss der Gerechtigkeit halber bemerkt werden, dass nicht die Jugend selber die antimilitaristische Phrase und all die grossspurigen Redensarten von Idealismus, Opfermut und hohen Zielen ausgeheckt hat, sondern dass sehr erwachsene Personen sie dazu animiert haben.

Nicht nur gesetzlich unzulässig aber sondern auch für alle Teile bedenklich würde die Existenz der selbständigen Jugendorganisationen sein, wenn sie gewissermassen als offizielle Parteiinstitutionen auftreten könnten, und wenn die Partei deshalb für jede von dort stammende Unbesonnenheit oder Quertreiberei verantwortlich wäre. Deshalb muss ausdrücklich konstatiert werden, dass, wo die Jugend sich in besonderen Jugendvereinen organisiert, sie dies auf eigene Hand tut, dass das keine Parteisache ist, und dass von Partei wegen auch keine Pflicht zur Teilnahme an diesen Vereinen anerkannt wird. Wollte die Jugendbewegung die Rechte eines Organs der Partei beanspruchen, so müsste sie sich der Kontrolle und Leitung der Partei unterwerfen. Das läge nicht im Interesse der Partei und noch weniger in dem der Jugendorganisationen selber. Alles Streben nach Bildung muss unabhängig sein, frei, bis zum Missbrauch frei, wie Lassalle von der Wissenschaft sagt, und der einzige Massstab, woran es gemessen werden darf, ist die positive Leistung, die es erzielt.

XX

CARL LEGIEN · JUGENDORGANISATION ODER ORGANISATION ZUR ERZIEHUNG DER JUGEND?



IE in der Parteipresse und in den Parteiversammlungen in den letzten Monaten über die Frage der Jugendorganisationen geführte Diskussion ist weit umfangreicher geworden als sich nach den verhältnismässig geringen Meinungsverschiedenheiten, die in der Sache bestehen, erwarten liess. Es kommt dies jedenfalls daher, weil die Entscheidung gegenwärtig nicht aus reinen Zweckmässigkeitsgründen erfolgen

kann sondern durch die Bestimmungen des Reichsvereinsgesetzes beeinflusst wird. Diese nehmen den Personen, die das 18. Lebensjahr noch nicht vollendet haben, Rechte, die ihnen nicht nur in den süddeutschen Bundesstaaten sondern selbst in Preussen zustanden. Die preussische Verordnung von 1850 verbot Schülern und Lehrlingen, nicht also den in keinem Lehrverhältnis stehenden jungen Leuten, die Teilnahme an politischen Vereinen und die Teilnahme an Versammlungen politischer Vereine. Der Besuch öffentlicher politischer Versammlungen und die Teilnahme an der Diskussion in solchen Versammlungen war den Jugendlichen nicht verboten, während diese nach dem Reichsvereinsgesetz bestraft werden, wenn sie an einer politischen Versammlung teilnehmen.

Das Unrecht, das durch diese Bestimmung des Gesetzes den Jugendlichen zugefügt wird, scheint durch ein weiteres Unrecht vermehrt zu sein, das in dem Beschluss des Hamburger Gewerkschaftskongresses liegen soll, nach dem eine besondere Jugendorganisation nicht erforderlich ist. So wenigstens suchen es die Vertreter der Jugendorganisation darzustellen. Nun lässt sich aber feststellen, dass die Stellungnahme der Gewerkschaften und der Beschluss des Gewerkschaftskongresses durch die genannte Bestimmung des Reichsvereinsgesetzes nicht beeinflusst worden ist. Es würde dies auch der Tradition unserer Arbeiterbewegung widersprechen. Die deutsche Arbeitergesellschaft hat stets den Beweis geliefert, dass sie eine Organisation trotz entgegenstehender Gesetzesbestimmungen zu erhalten weiss, wenn sie sie als notwendig erachtete. Bedauerlicherweise wird das Vereinsgesetz die Entscheidung der Jugendorganisationsfrage beeinflussen, und es werden Jahre vergehen, bis bei den Jugendlichen die Empfindung schwinden wird, dass der Beschluss des Gewerkschaftskongresses, der sich inhaltlich völlig mit dem deckt, was der Parteivorstand dem Parteitag in Nürnberg zur Annahme empfiehlt, nur ein Notbehelf sei, und dass es besser gemacht werden könne, wenn das Gesetz nicht bestünde. Ich fürchte, dass diese Empfindung auf den Eifer der Jugendlichen zur Teilnahme an den von der Partei und den Gewerkschaften zu ihrer Fortbildung geschaffenen Einrichtungen ungünstig wirken wird. Es wäre deshalb dringend zu wünschen, dass der Parteitag einmütig dem Vorschlage des Parteivorstandes zustimmt, und dass die Vertreter der Jugendorganisation dann die Propaganda für eine besondere Vereinigung aufgeben und ernstlich daran gehen die zur Förderung der Jugendbewegung geschaffenen Einrichtungen wirksam zu machen.

An die *Generalkommission der Gewerkschaften* wurde das Ersuchen die Jugendorganisation zu fördern schon im Jahre 1906, also zu einer Zeit gerichtet, in der noch niemand an eine Blockära und an ein Reichsvereinsgesetz dachte. Der Vorstand des Berliner Vereins der Jugendlichen wollte damals den Rat der *Generalkommission* in Sachen des Ausbaus der Organisation und der eventuellen Schaffung einer Zentralorganisation haben. Der Rat sollte allerdings durch entsprechenden Geldzuschuss genügend verstärkt werden. Die *Generalkommission* erklärte dem Vorstand der Jugendorganisation, dass sie diese Vereinigung nicht als das geeignete Mittel zur Förderung der Erziehung der proletarischen Jugend erachte, und riet dringend von der Gründung einer Zentralorganisation ab. Andererseits erklärte sie, dass, was die Jugendbewegung anlangt, von der Arbeiterorganisation in Deutschland vieles versäumt

und der Jugendorganisation das Verdienst zuzuerkennen sei die Anregung gegeben zu haben das Versäumte nachzuholen. Es wurde in Aussicht gestellt, dass Verhandlungen mit den Vorständen der Zentralverbände und mit dem Parteivorstand eingeleitet werden sollten, und dass der Gewerkschaftskongress von 1908 die Einrichtungen treffen würde, die erforderlich sind, um die proletarische Jugend im Sinne der modernen Arbeiterbewegung zu erziehen. Mit dem Versprechen von der Gründung eines Verbandes absehen zu wollen verliessen damals die Vertreter des Jugendlichenvereins die Sitzung, um wenige Wochen später eine Konferenz zu berufen, auf der eine zentralisierte Vereinigung der Jugendorganisationen beschlossen wurde. Über die gleiche Befolgung wohlgemeinten Rates beklagte sich auch die *Berliner Gewerkschaftskommission*, die in den ersten Jahren bemüht war die Jugendorganisation zu fördern.

Für die *Generalkommission* konnte natürlich nicht das ihren Wünschen entsprechende oder nicht entsprechende Verhalten der Leiter der norddeutschen Jugendorganisation entscheidend sein, sondern es war für sie die Erkenntnis massgebend, dass es an der Zeit sei das, was in der Jugendbewegung versäumt worden, nach besten Kräften nachzuholen. Die Verhandlungen mit dem Parteivorstand ergaben eine Übereinstimmung der Ansichten über die notwendigen Einrichtungen für den beabsichtigten Zweck. Eine Beratung im Gewerkschaftsausschuss führte zur Anerkennung der Richtigkeit der von Parteivorstand und *Generalkommission* vorgeschlagenen Wege; eine Besprechung der Frage in der Gewerkschaftsdelegation des internationalen Kongresses in Stuttgart diente dazu die Beratung der Vorschläge, die damals noch nicht in bestimmten Sätzen formuliert waren, in den Gewerkschaften weiter zu führen. Schliesslich nahm die Konferenz der Vorstandsvertreter im Dezember 1907 die Resolution, die im gleichen Wortlaut dem Gewerkschaftskongress vorgelegt worden ist, an. Als dieser Beschluss von der Konferenz der Vorstandsvertreter gefasst wurde, lag der Entwurf des Reichsvereinsgesetzes vor, der, wie bekannt, keine Bestimmung enthielt, durch die die Rechte der Jugendlichen eingeschränkt werden sollten. Damals stand auch nicht zu erwarten, dass der Freisinn das Vereinsgesetz reaktionärer gestalten würde als die Regierung es wollte. Die vereinsgesetzlichen Bestimmungen waren somit für den Beschluss der Gewerkschaften nicht entscheidend. Nur insofern übte der zur Beratung stehende Vereinsgesetzentwurf einen Einfluss in der Sache aus, als er die Gewerkschaftsvertreter veranlasste die angenommene Resolution nicht zu veröffentlichen, um dem Gegner nicht den Weg zu zeigen, auf dem auch ohne Jugendorganisation der Zweck die proletarische Jugend vernunftgemäss zu erziehen und dem Einfluss der christlichen Vereinigungen zu entziehen erreicht werden kann und erreicht werden wird.

Darauf allein kommt es bei der ganzen Frage doch nur an, dass wir unsere Zwecke erreichen und die hierzu geeignetsten Mittel wählen. Als solchen betrachten die Gewerkschaften und der Parteivorstand die von ihnen vorgeschlagenen Einrichtungen. Da der Parteivorstand nicht ausserhalb der Partei steht, so ist nicht anzunehmen, dass seine Anschauungen so völlig von denen der Mehrheit der Parteigenossen abweichen sollten. Den Gewerkschaftsvertretern, die auf dem Kongress den bekannten Beschluss fassten, wird man ein

Urteil in der Sache wohl zutrauen dürfen. Sie haben selbst als Lehrlinge oder jugendliche Arbeiter kennen gelernt, was ihnen an Bildungsmitteln mangelte, und können, da sie als Arbeiter die Lehrlinge oder jugendlichen Arbeiter in den Betrieben mit zu beaufsichtigen oder doch zu beobachten Gelegenheit haben oder hatten, sich ein zutreffendes Urteil über die Methoden zur Erziehung der Jugendlichen bilden. Und darin sind sich die Gewerkschaftsvertreter einig, dass die Arbeiter und Arbeiterinnen im Alter von 14 bis 18 Jahren noch der Erziehung und der leitenden Hand der Erwachsenen bedürfen. Gewiss kann der eine Jugendliche durch gutes Beispiel auf den anderen einwirken, die Anregung und die Anleitung aber kann nur von den Erwachsenen kommen. Sobald die jungen Leute das 18. Lebensjahr erreicht haben, gehören sie nicht mehr in die Jugendorganisation sondern in die Parteiorganisation und in die Gewerkschaft. Hier haben sie aufs neue zu lernen Disziplin zu halten und sich in das Ganze einzufügen, anstatt im Verein der Jugendlichen gewissermassen als Lehrer und Erzieher der jüngeren Klassengenossen zu fungieren. So gut wie für die Arbeiter und Arbeiterinnen, die in späterem Alter zur Parteiorganisation und zur Gewerkschaft kommen, diese sich als Schulen nicht nur in dem Sinne, dass sie zur Solidarität und zum Klassenbewusstsein erziehen, sondern auch dadurch erweisen, dass sie das Allgemeinwissen zu erhöhen bestrebt sind, so gut sind sie auch Schulen für die in jugendlichem Alter zu ihnen kommenden Arbeiter und Arbeiterinnen. Ist es der Partei und Gewerkschaft, dank der finanziellen Leistungsfähigkeit, nunmehr möglich den Jugendlichen im Alter von 14 bis 18 Jahren schon zu bieten, was diese Organisationen der erwachsenen Arbeiterschaft bieten sollen, so steht zu erwarten, dass sich aus diesen Jugendlichen nach einigen Jahren Mitgliedschaft in Partei und Gewerkschaft tüchtige, der Arbeiterbewegung dienende Kräfte entwickeln werden.

Da meines Erachtens mit aller Entschiedenheit daran festgehalten werden muss, dass die Arbeiter und Arbeiterinnen, die das 18. Lebensjahr erreicht haben, in die Partei- und Gewerkschaftsorganisation einzutreten und aus den für die Jugendlichen geschaffenen Einrichtungen, gleichviel welcher Art sie sind, auszuschneiden haben, so würde eine Jugendorganisation immer nur ein Durchgangsstadium bilden. Die Erfahrung hat uns aber gelehrt, und es liegt in der Natur der Sache, dass denkende Leute solchen Organisationen nicht volles Interesse entgegen bringen. Deswegen ist eine solche Organisation nicht erforderlich, oder man müsste, wie die Nationalliberalen, die Altersgrenze für die Zugehörigkeit zur Jugendorganisation auf 40 Jahre festsetzen. Wir aber sind der Meinung, dass die harte Schule des Lebens die Kinder der Proletarier, die von frühester Jugend an mitarbeiten und mitorgen müssen des Lebens Notdurft zu beschaffen, im Alter von 18 Jahren selbständig genug macht, um in den Organisationen der Erwachsenen mitzuberaten und zu beschliessen.

Ein weiterer Umstand, der gegen die selbständige Jugendorganisation spricht, ist die Beitragsleistung. In den Grossstädten, in denen die Lehrlinge Kostgeld erhalten und nicht bei dem Arbeitgeber essen und wohnen, haben die jungen Leute noch einige Groschen in Händen, um die Beiträge für die Jugendorganisation zahlen zu können. Aber auch hier wird es ihnen nicht immer leicht fallen. Ist der Lehrling bei fremden Leuten als Schlafbursche,

dann deckt das Kostgeld günstigstenfalls die Unterhaltungskosten. Und gerade diese jungen Leute müssen wir aus ihrem elenden Dasein herausziehen, sie bei den Veranstaltungen für die Jugendlichen mit Mut und Selbstvertrauen erfüllen und sie vor schlechter Gesellschaft bewahren. Aber auch der Lehrling oder jugendliche Arbeiter, der bei den Eltern wohnt, wird nicht immer den Beitrag zahlen können. Vater und Mutter sollen der Parteiorganisation und eventuell auch beide der Gewerkschaft angehören und dort Beiträge leisten. Der für die Kinder zu zahlende Beitrag in einer Jugendorganisation kann nur zu leicht den Grund abgeben von der Zugehörigkeit zu einer solchen abzusehen. So selbstverständlich es ist, dass die erwachsenen Arbeiter und Arbeiterinnen den zur wirksamen Führung des Emanzipationskampfes erforderlichen Beitrag leisten, so wenig erscheint es geraten von den Jugendlichen einen Beitrag zu erheben. Einzelnen Mitgliedern aber den Beitrag erlassen, hiesse bei diesen das Gefühl der Minderwertigkeit erwecken. Wer selbst eine trübe Jugend verbracht, weiss, wie weh es tut hinter anderen zurückstehen zu müssen, weil jene über einige Pfennige verfügen. Wir aber wollen, dass unsere Jugendlichen sich frei und gleichwertig fühlen, wenn sie versammelt sind, sei es zum Spiel, sei es zu erster Beschäftigung. Noch schwieriger wird die Beitragsleistung in kleineren Orten, in denen die Lehrlinge im Hause des Meisters wohnen. Auch die höchste Beitragsleistung der Jugendlichen wäre übrigens nicht im entferntesten ausreichend, um die Kosten der Einrichtungen zu decken, die geschaffen werden müssen, um die Erziehung der Jugend wirksam zu gestalten. Die Aufenthaltsräume, die nicht in Gastwirtschaften sich befinden sollen, die Bibliotheken, die Turngerätschaften, die Vorträge mit Lichtbildern, Theatervorstellungen usw. verursachen Ausgaben, die über die Beiträge Jugendlicher hinausgehen. Werden die Kosten aber durch die Partei und die Gewerkschaften gedeckt, so ist es selbstverständlich, dass deren Vertreter das Bestimmungsrecht über diese Einrichtungen haben. Ausserdem erfordert es auch eine Geschäftskennntnis, die man bei den Jugendlichen nicht voraussetzen kann, um diese zu treffen und zu verwalten. Was soll denn nun aber eine besondere Jugendorganisation, wenn gerade auf diesem Gebiet die Tätigkeit der Erwachsenen erforderlich ist?

Das Geschrei, das einige Mitglieder der Jugendorganisation — denen es dringend not täte erst einmal durch die Schule der Partei und der Gewerkschaft zu gehen, ehe sie sich als Kenner der Jugendseele und als Lehrer und Erzieher der Jugend präsentieren — anstimmen, der Jugend solle die Organisation und Selbständigkeit geraubt werden, ist ganz überflüssig. Der Jugend wird nichts geraubt, sondern es wird ihr gegeben. Es ist immer wieder betont worden, dass bei den zu schaffenden Einrichtungen die Jugend nicht nur Objekt sein sondern mitberaten und -beschliessen soll. Diese Beratung soll nur in Gemeinschaft und unter dem Einfluss der erwachsenen hierzu ausgewählten und bestimmten Partei- und Gewerkschaftsmitglieder geschehen. Die Jugendorganisation soll nicht Beschlüsse fassen können, deren Tragweite sie nicht zu übersehen vermag. Die Beschlussfassung soll den Komitees, aber unter Anteilnahme und unter Zustimmung der Vertreter der Jugendlichen, zustehen. So nur kann ein gedeihliches Arbeiten gemeinsam mit den Jugendlichen und in ihrem Nutzen sowie zum Vorteil der ganzen Arbeiterbewegung erfolgen.

Die Jugendorganisation wird immer lediglich ein Durchgangsstadium bilden; die Beitragsleistung kann ein Hindernis zum Beitritt zur Jugendorganisation gerade für die Jugendlichen bilden, die am dringendsten der Veranstaltungen bedürfen; die Kosten für die zur Jugendziehung erforderlichen Einrichtungen können nicht von den Jugendlichen sondern müssen von den Parteiorganisationen und den Gewerkschaften aufgebracht werden; den letzteren steht deshalb auch ein Bestimmungsrecht über diese Einrichtungen zu; eine selbständige Jugendorganisation, die ihre Beschlüsse in ihren Versammlungen fasst, ist geeignet zu Differenzen mit den aus Partei und Gewerkschaften zur Leitung der Jugendbewegung bestimmten Personen zu führen; dadurch wird ein harmonisches, auf gegenseitiges Vertrauen begründetes Zusammenarbeiten gestört oder unmöglich gemacht; der Zweck, der durch die Jugendorganisation erreicht werden soll, die Erziehung der proletarischen Jugend zu sozialistischer Weltanschauung und zum Klassenbewusstsein, wird auch ohne besondere Jugendorganisation erreicht: aus diesen Gründen »erscheint die Bildung einer besonderen Jugendorganisation nicht erforderlich«. Diese Motive veranlassten den Hamburger Gewerkschaftskongress die Streichung des letztzitierten Satzes in der Resolution abzulehnen und diese einstimmig anzunehmen. Gewiss kann der Gewerkschaftskongress in einer Frage, die beide Organisationen der modernen Arbeiterbewegung in gleichem Masse interessiert, nicht allein einen entscheidenden Beschluss fassen. Wenn aber ein solcher Beschluss nach längeren Beratungen mit der verantwortlichen Leitung der Parteiorganisation und unter deren ausdrücklicher Zustimmung gefasst worden ist, und der Gewerkschaftskongress sich gewissermassen an eine auf Vereinbarung beruhende Resolution gebunden crachtet, so verdient das wohl berücksichtigt zu werden. Sollten die Gewerkschaften diese Berücksichtigung ihrer Beschlüsse, die im Einverständnis mit der Leitung der anderen Organisation gefasst worden sind, bei dem Parteitag nicht finden, so würden sie sich damit zufrieden geben müssen. Sie würden dann für die nächste Zeit sich mit der Einrichtung und dem Ausbau der Jugendabteilungen der Gewerkschaften begnügen und die weitere Entwicklung der Dinge abwarten.

XX

HOPE BRIDGES ADAMS LEHMANN · DAS WILDE HEER

AND whose gaze on our rushing band
We come between him and the deed of his hand
We come between him and the hope of his heart.*

UND wer auch beschaut unser rasendes Heer,
Wir drängen ihn ab von der Tat seiner Hand,
Wir drängen ihn ab von der Hoffnung des Herzens.*



REI Nichtphilistern gilt wohl überall das wilde Heer als ein ausgesucht vornehmer Kreis. Bohème ist es allerdings, aber das erhöht nur seine Vornehmheit: denn zu ihm gehören alle, die die Fesseln der Gesellschaft und des Vorurteils gesprengt und von einer lichten Höhe der Erkenntnis auf das Kleinliche herabsehen; zu ihm gehören auch alle, die von der Gesellschaft verkannt werden, die Refusés der Kunst, die Freischärler des Geistes, die Revolutionäre, die über alle Gesetze hinaus sind.

Es ist nicht zu leugnen: Hier befindet man sich in guter Gesellschaft, und wer nie mit dem wilden Heer gejagt hat, ist hinter dem Ofen sitzen geblieben. Denn beim Jagen reissen wir uns erst los von der Scholle der Unerfahrenheit und der Beschränkung und schauen die fremden Länder, die weiten Flächen, die glitzernden Gipfel des Wissens, des Verstehens und der Verheissung. Ohne wildes Heer kämen wir aber nie dahin. Das Trägheitsmoment ist zu stark, die Macht der Gewohnheit zu gross, die Achtung vor dem Hergebrachten zu tief gewurzelt. Wir würden lebenslänglich in unserer Tretmühle weiter traben, käme nicht das wilde Heer und wirbelte uns, ohne Gepäck und Vorbereitung, in seinem Sturmflug fort. Wie sollten wir uns anders je befreien von den Eltern, den Verwandten, dem Kinderglauben, der Wucht der Pietät, der Stickluft der guten Stube, der zerdrückenden Enge der heimatlichen Gassen? So wird alles Gewohnte über den Haufen geworfen; alles, was bis dahin als Grundprinzip galt, wird auf den Kopf gestellt; und alle kleinen Lebensregeln fliegen selbstverständlich wie Spinnwebfäden davon. Frei muss man sein.

Es kommt eben eine Stunde für alle Auserkorenen der Freiheit, in der sie durch Verachtung des Gesetzes zu höheren Gesetzen gelangen, durch Gesetzlosigkeit sich neue Gesetze schaffen.

Und in dieser Stunde jagen sie im wilden Heer.

Aber sie bleiben nicht dabei, denn die Freiheit ruht im Gesetz, in einem höheren, neuen aber nicht minder bindenden Gesetz als das alte, gesprengte und verworfene. Der Befreite kehrt zurück, nicht zu dem alten Plunder, aber zu allem, was im Alten gut und lieb und lebendig war, er nimmt wieder Besitz von seiner eignen Vergangenheit und trägt das Brauchbare hinüber in die neue Gegenwart. Nur der Nichtbefreite, der sich vor der alten Knechtschaft noch fürchtet, wird vom wilden Heer weiter mitgerissen, zu seinem Verderben; auf der wilden Jagd blüht ihm kein Glück, kein Frieden, keine Schaffensfreude, das Leben bleibt ihm unfruchtbar und zerrissen, die wilden Jäger »drängen ihn ab von der Tat seiner Hand«, sie »drängen ihn ab von der Hoffnung des Herzens«.

Denn es gibt Gesetze, die über uns stehen und uns binden und deren Missachtung Strafe nach sich zieht. Und die Lebenskunst besteht darin diese echten Gesetze von den unechten zu unterscheiden und die echten in Ehren zu halten. Daraus erklärt es sich, dass es so ausserordentlich wenig Lebenskünstler gibt. Denn die grosse Mehrzahl der Zeitgenossen hat sich niemals mit der Frage der Gesetzmässigkeit befasst, und die Elite, die Freigeister, die wilden Jäger haben die Gesetzmässigkeit als Knechtschaft verworfen. Das tun sie wohl auch aus Unverstand, und sie büssen es schwer, ebenso schwer wie die Philister, die in ihren alten Formen verknöchern.

Der Arzt hat es meist mit Menschen zu tun, die über unerkannte Gesetze gestolpert sind. Das sind die Gesetze des eignen Körpers. Und die Strafen umfassen alle Stufen von leichter Unbehaglichkeit und Arbeitsstörungen geringeren Grades bis zur Invalidität und Vernichtung. Eine schwere Masse von Unlust, Ärger, Konflikten, Schwäche, Unverträglichkeit, Misserfolg, Herzeleid, Schmerz, Nervosität und gebrochener Lebenskraft kommt ihm täglich zu Gesicht, die nicht einer sozialen Notlage, nicht der Bosheit der Magen und Sippen, nicht Naturereignissen und unerbittlichem Schicksal entspringen sondern lediglich und ganz unnötigerweise der Missachtung der persönlichen

Hygiene. Ich betone die persönliche im Gegensatz zu der öffentlichen Hygiene. Die öffentliche Hygiene ist eine Aufgabe der Gesellschaft, deren Erfüllung auf sich warten lässt und bis zum Einzug des Sozialismus auf sich warten lassen wird. Viel ist getan. Das meiste bleibt noch zu tun. Aber in der persönlichen Hygiene ist von dem, was schon jetzt geschehen könnte, fast nichts geschehen.

Es hat eine Zeit in der Parteientwicklung gegeben, in der es als programmwidrig galt auf die Pflicht der persönlichen Hygiene hinzuweisen. Nur vom Ganzen könne das Heil kommen, der Fortschritt des einzelnen halte das Ganze auf. Diese Anschauung wird, zum Glück, ebensowenig wie die ganze Verelendungstheorie, zu der sie gehört, von ernstesten Sozialisten noch vertreten. Wir sehen ein, dass die Erstarkung des einzelnen auch die Erstarkung der Gesamtheit bedeutet, und heute darf man es wagen die Erziehung des einzelnen geradezu als eine Vorbedingung für den Neubau der Gesellschaft zu fördern. Der Sozialismus braucht Sozialisten. Ethisch und hygienisch muss sich ein Volk erzogen haben, das den Sieg organisieren und befestigen will. Und wir dürfen ruhig hinzufügen, dass wir von diesem Ziel noch weit entfernt sind.

Aber gerade weil wir an die Pflichten des einzelnen glauben, mag es dem einzelnen erlaubt sein das Wort zu ergreifen und einige der hygienischen Gesetzesübertretungen aufzuzählen, wodurch wir uns selbst ohne Not und Sinn für den Kampf wie für den Genuss lahmlegen.

Der schwersten eine ist der nächtliche Comment des wilden Heeres, die Schlafberaubung, das Umkehren von Tag und Nacht.

Aber wir sind Kinder des Lichts und keine Nachtgespenster, und das ertragen wir nicht. Das ist für uns eine Unnatürlichkeit, eine Perversität. Und doch ist es so weit gekommen, dass fast jeder unter uns heutzutage, bis auf die kleinen Kinder herab, an Schlafhunger leidet oder sein Schlafbedürfnis so befriedigt, dass ihm der Tag zerstückelt und verpfuscht wird, und er all' die Folgen zu tragen hat, die sich aus einer schlechten Zeiteinteilung ergeben. Warum das so ist, wissen wir sehr gut. Der Tag gehört der Zwangsarbeit. Erst mit der Nacht werden wir frei. Wollen wir die Familie sehen, Erholung suchen, dem Gehirn Neues bieten, für uns arbeiten, müssen wir die Nacht zu Rate ziehen; wollen wir mit Freunden, Parteigenossen, Kollegen verkehren, müssen wir ins Wirtshaus gehen. Und im Wirtshaus müssen wir Alkohol trinken. Und nach dem dritten Glas versagt der Wille, und wir bleiben sitzen. Und so wird es eins und zwei und drei, und am nächsten Tag wird es ebenso, und wir jagen mit dem wilden Heer. Und am nächsten Morgen — jeder Morgen ist für den wilden Jäger ein *lendemain des noces* — sind wir wenig aufgelegt die Tagesarbeit zu beginnen, vom Besten, was wir geben können, von Initiative und Treibkraft, ist schon gar nicht mehr die Rede. »Wir drängen ihn ab von der Tat seiner Hand.«

Auch ohne Alkohol und ohne Wirtshaus gilt das gleiche für die, die in die Nacht hinein arbeiten. Was die Nacht schenkt, raubt sie dreifach dem Tage. Wer sich zur bestimmten Stunde wieder zur Arbeit einfinden muss, leidet doppelt an der Schlafverkürzung. Und wer frei arbeitet, der Schriftsteller, der Student, der Künstler, holt das Versäumte auf Kosten der Arbeit ein. Wie oft gelingt es ihm nie sich vom Heere loszureissen. Nacht für Nacht jagt er

mit und steht am Tag erst auf, wenn Schlafmangel und Alkoholgenuss ihren Ausgleich gefunden haben. So schwindet die Arbeit mehr und mehr aus seinem Leben. »Wir drängen ihn ab von der Tat seiner Hand.«

Die Frau leidet auch schwer an Schlafhunger, vor allem durch die Kinder, dann aber auch durch den Mann. Zunächst verkürzt sie die Nacht in ganz überflüssiger Weise durch Kinderpflege zu unrechter Zeit. Die meisten Frauen richten sich während der ersten Lebensjahre ihrer Kinder fast zu grunde, durch Schlafstörungen, die durchaus unnötig und für die Kinder sogar schädlich sind. Aber selbst wenn man darin vollständig richtig verfährt, dauert die Nacht der jungen Mutter selten länger als sieben Stunden, und diese Zeit wird durch Unverstand des Mannes und durch seine Gewohnheit spät ins Bett zu gehen sehr oft noch um einige Stunden beschnitten. Das Schuldkonto wird bezahlt mit Leistungsfähigkeit und Humor, und Mann und Kinder zahlen mit. Wie oft zieht da die schlechte Laune, die Ungeduld, die Reizbarkeit, der Zank in die Ehe ein und verdirbt was sonst recht gut und fest gewesen wäre. »Wir drängen ihn ab von der Hoffnung des Herzens.«

Den Kindern geht's meist nicht besser, und ganz besonders in Arbeiterfamilien. Der Vater kommt spät heim und will sie sehen; die Mutter ist beschäftigt und denkt nicht daran Schlafordnung zu halten; man geht abends aus und nimmt sie mit. So sieht man kleine Kinder von drei und vier Jahren, die oft bis neun und zehn aufbleiben. Am Morgen verschlafen sie das Frühstück. Kommt die Schulzeit, so werden sie grausam geweckt und schlafhungrig und fast nüchtern in die Schule geschickt. Was sollen sie dort an geistiger Arbeit leisten?

Alle diese wilden Jäger leiden an Schlafhunger, die meisten leider noch an Unpünktlichkeit, Unordnung, Alkohol und Unterernährung. Mit diesen fünf Worten ist mehr Leid ausgedrückt als in einen Sommertag hineingeht. Der Schlafhungerige ist unzufrieden, jede Anstrengung tut ihm weh, jede Anforderung stimmt ihn verdriesslich. Und erst der Unpünktliche. Er kommt zu allem zu spät, und die Hälfte versäumt er; er lebt in Hatz und Ärger und wirft die Schuld auf seine Umgebung; die Unordnung um ihn herum trägt einen reichlichen Teil zu seiner Missstimmung bei; dazu kommt die Überreizung und Egozentrierung des chronischen Alkoholisten — das Nervensystem reagiert schon auf mässige Dosen —, und die Unterernährung vervollständigt das Bild. Das ist nicht das Material, aus dem das Leben opferfähige und weitsichtige Sozialisten oder harmonische Einzelmenschen modelt. Ein derartig misshandelter Organismus bringt weder seinem Träger noch anderen Glück. Der wilde Jäger von Beruf ist eine traurige Figur.

Mehr als traurig, eine tragische Figur. Er hat das Arbeiten verlernt. Und er hat das Lieben verlernt, *la puissance d'aimer, la volonté d'agir*. »Wir drängen ihn ab von der Tat seiner Hand, wir drängen ihn ab von der Hoffnung des Herzens.« Sein Leben hat also jeden Inhalt verloren. Was bleibt ihm als ödeste Langeweile oder ein aussichtsloser Kampf um die Existenz? Wir drängen ihn ab von der Hoffnung des Herzens. Das heisst, wenn man mehr als eine augenblickliche Aufwallung darunter versteht. Die Liebe ist wohl einfach, aber doch auch unendlich vielfältig zugleich, und dem Müden und Verdrossenen bleiben die tausend Feinheiten und Möglichkeiten des Minnedienstes verborgen. Dazu braucht man Lebenslust und Kraft und Unter-

nehmungsgest und Selbstbeherrschung *quantum satis*. Wie viele ernste Liebesverhältnisse an Schlafhunger zu grunde gehen steht in keinem Buch geschrieben. Welch eine Unsumme von schmerzlichen Hemmungen schafft man sich, welche Quellen von Glück und Kraft verschliesst man sich, weil man das einfache Gesetz nicht kennt oder nicht anerkennt, dass ein erwachsener Mensch in 24 Stunden 9 Stunden Schlaf benötigt.

Und die zweite Gesetzesübertretung ist der ersten ebenbürtig: die Missachtung der Ernährung.

Man greift kaum zu hoch mit der Behauptung, dass acht Zehntel der Bevölkerung hungern, weil sie nicht anders können. Der Verdienst reicht nicht aus. Das ist eine Frage der öffentlichen Hygiene. Was uns jetzt angeht, ist die Tatsache, dass auch die chronisch Unterernährten weit besser stehen könnten als sie stehen, das heisst weit mehr Kraft und Lust zur Verfügung haben könnten als sie haben, wenn sie es verstünden die vorhandenen, an sich gewiss unzureichenden Geldmittel richtiger zu verwenden. Man darf wohl sagen, dass das Volk sich in gänzlicher Unwissenheit über den Wert der Nahrungsmittel befindet. Es kennt zum Beispiel keinen anderen Unterschied zwischen Suppe, Kaffee, Bier und Milch, zwischen Fleisch, Mehlspeise und Gemüse als den des Preises und des Geschmacks. Auch über die notwendigen Mengen besitzt es die nebelhaftesten Vorstellungen. Folglich liegt der Einteilung im Essen und Trinken keinerlei Prinzip zu grunde, und das Volk hungert daher aus Unverstand noch weit mehr als es schon durch die soziale Not zu hungern gezwungen wäre.

Hier ist nicht der Ort zu einer Besprechung der Nahrungsmittelchemie. Nur auf einen Faktor von besonderer Wichtigkeit sei hingewiesen, nämlich auf das Eiweiss als wesentlicher Bestandteil der Nahrung. Verschiedene Gründe machen es notwendig die Bedeutung gerade dieses Nährstoffs in das richtige Licht zu setzen. Erstens ist er unentbehrlich, denn der Körper besteht zum grössten Teil aus Eiweiss, von dem ein bestimmter Teil täglich durch Verbrennung verloren geht; Kinder brauchen es daher zum Wachsen, und Erwachsene zur Erhaltung des Bestandes. Zweitens kostet es mehr Geld als alle anderen Nährstoffe und kommt daher am leichtesten in Wegfall. Drittens schmeckt es oft Kindern und schwächlichen Personen weniger als Mehlspeisen und Früchte, weil es mehr Mühe macht im Kauen und Schlucken; das natürliche Bedürfnis danach macht sich also zu wenig geltend. Viertens hat es sich die Naturheilkunde zu Aufgabe gemacht die animalische Eiweissnahrung zu bekämpfen. Und fünftens besteht, Gott sei's geklagt, auch unter wissenschaftlichen Ärzten eine verhängnisvolle Strömung gegen die nötigen Mengen von Fleisch, Eiern, Käse und Milch.

Diese Mengen sind vor vierzig Jahren durch genaue experimentelle Untersuchungen von Pettenkofer und Voit festgestellt. Und die Erfahrung hat die Ergebnisse dieser Untersuchungen für jeden unbefangenen Beobachter glänzend bestätigt. Aber die sogenannten *Voitschen Zahlen* waren sehr unbequem, denn wenn sie zu Recht bestünden, musste sich daraus das Zugeständnis ergeben, dass die Bevölkerung zum weitaus grössten Teil an Unterernährung leide. In dieser Verlegenheit entstanden der Gesellschaft die nötigen Helfer. Teils wohl bewusst teils sicher unbewusst machte man sich daran den Beweis zu schaffen, dass das Volk durchaus nicht an Unterernährung sondern viel-

mehr an Überernährung leide, dass die Säuglingssterblichkeit durch zu viel Milch, viele Kinderkrankheiten durch die bald überall entdeckte Überfütterung, die Nervosität unserer Zeit in der Hauptsache durch Übermass im Fleischgenuss verschuldet wären. Der Feldzug gegen die Voitschen Zahlen hatte am Anfang eine ausgesprochene sozialpolitische Tendenz, deren sich die heutigen Vertreter der Unterernährung wahrscheinlich kaum oder gar nicht mehr bewusst sind. Der praktische Blick ist durchaus nicht Gemeingut unserer wissenschaftlichen Forscher. So kam es, dass man mit dem Reagensglas im Laboratorium und mit grauen Theorien im Kopf unter den Forderungen des lebendigen Körpers eine greuliche Verwüstung angerichtet hat. Aber jede Schuld rächt sich auf Erden, und wer anderen eine Grube gräbt, fällt selbst hinein. Die Besitzenden, die den Nichtbesitzenden das Eiweiss so leichten Herzens absprachen, müssen nun erleben, dass auch ihnen das Eiweiss durch ärztliche Verordnung abgezogen wird. Denn es gibt leider sehr viele Ärzte, die jetzt Mässigkeit predigen. Die Milch wird eingeschränkt, das Fleisch auf ein Minimum reduziert, das Abendessen *leicht* gemacht, das Frühstück durch eine *Diätspeise* ersetzt. Die Schlagworte dieser Hungerschule (*Giftstoffe des Fleisches, giftige Überreste der Milch, Überanstrengung der Verdauungsorgane, Überreizung des Nervensystems*) schwirren durch die Luft, und in ungezählten Familien sieht man die Hungergestalten, die dieses System auf dem Gewissen hat. Das ist eine Gesetzesverletzung, die bittere Früchte trägt: Schwäche, Müdigkeit, Nervosität, chronische Depression, Unlust zur Arbeit, Unfähigkeit zum Genuss, Widerstandslosigkeit gegen Krankheiten und Schicksalsschläge, kurz, Untauglichkeit zum Leben, das sind die Strafen für die chronische Eiweissunterernährung. Die Gegenbeweise, die die Hungerschule mit Vorliebe ins Feld führt, sind Schein und Trug. Körpergewicht, rote Backen und angebliche Leistungsfähigkeit sollen oft die blühende Gesundheit der Vegetarier und Rohköstler dartun, und es kann geraume Zeit dauern, bis die Folgen der Unterernährung sich unzweideutig offenbaren. Bei dieser Beweisführung übersieht man, dass das fehlende Protoplasma der Gewebszellen durch Wasser ersetzt sein kann, dass Gesichtsfarbe und Blutarmut oft genug gleichzeitig vorhanden sind, und dass Wille und Übung einen Ausfall an Muskelmasse bis zu einem gewissen Grad auszugleichen vermögen. Die Minderwertigkeit der untererwähnten Substanzen ist nichtsdestoweniger eine Tatsache, die keine Theorie aus der Welt schaffen kann.

Nicht alle Ärzte reden gedankenlos die Lehren der Mässigkeitstheoretiker nach. Es gibt, gottlob, einen gesunden Stamm, der den klaren Verstand in dieser herrschenden Verwirrung bewahrt hat und seine Schutzbefohlenen noch anständig ernährt. Die ganze Hungerrichtung ist auch gewiss in der Hauptsache eine soziale Erscheinung. Ist die öffentliche Hygiene erst zu ihrem Recht gekommen, so werden alle Hungertheorien in ihr Nichts zerfliessen. Aber heute ist es den wenigsten leicht gemacht sich richtig zu ernähren, und ohne Einsicht und Methode wird es uns überhaupt nicht gelingen.

Für die grosse Mehrheit ist die genügende Eiweissmenge unerreichbar. Um so dringender ist die Erkenntnis ihrer Notwendigkeit, denn wo wäre uns eine schärfere Waffe für die sozialistische Agitation gegeben als der Hunger, den man nicht stillen kann.

Mit diesen zwei Grundpfeilern der Kraft, Nahrung und Schlaf, haben wir das

Wichtigste der persönlichen Hygiene zusammengefasst. Es gäbe freilich noch vieles zu besprechen, was zum vollen Ausbau der Lebenskunst gehört, und wozu uns jetzt der Platz mangelt, zum Beispiel die Alkoholfrage, die Muskelpflege, die geistige Arbeit und vor allem die Selbstzucht und die Beherrschung der Reflexe. Wir müssen uns hier damit begnügen eine gesetzmässige Lebensführung verlangt zu haben, an Stelle der völligen Gesetzlosigkeit, die gerade bei den Besten und Edelsten zum Gesetz erhoben worden ist. Die Gesetzlosigkeit gilt heute als Zeichen des intellektuellen Hochstandes, der geistigen Befreiung — oh Rodenstein, oh Maienwein, noch bin ich nicht verloren —, und wer diesen Glaubenssatz der wilden Jäger anzweifelt, wird zum Philisterpack heimgeschickt. Im Lied klingt diese Art von Freiheit eben anders als sie in der Praxis aussieht. Bei Tag ist die Unordnung nicht genial sondern recht unbeholfen und kläglich. Der Unordentliche ist kein Herrenmensch sondern ein Knecht, der das Leben nicht bezwungen hat, er unterliegt nicht in der Männerschlacht sondern der kleinlichsten Tücke des Objektes.


Warum sollen wir nicht unnötige Hemmungen aus unserm Leben räumen? Wir haben grössere Aufgaben als einen wüsten Kopf und müde Glieder, eine unordentliche Stube und kleine Versäumnisse. Und aus all diesen Dingen erwächst uns ein Berg von Unlust und Unvermögen, der uns jeden Zutritt ins gelobte Land des Schaffens und der Liebe versperrt. Die wahre Genialität liegt vielmehr in der Überwindung des Kleinen im Interesse des Grossen, in der Unterordnung der Nebensachen unter die Hauptsachen, in Arbeit zur rechten Zeit, um die Ruhe zu sichern, kurz, in einer ebenso klugen und zweckdienlichen Organisation des eignen Lebens wie die Organisation, die wir für das Gesellschaftsleben verlangen. Nur ein solches Leben hat Raum für das Glück:

And there in awhile shall be rest and desire,
And tomorrow's uprising to deeds shall be sweet.

Und doch: Von Zeit zu Zeit müssen wir wieder jagen. Von Zeit zu Zeit muss das wilde Heer vorbeirauschen und uns im Sturm mitziehen.

XX

ROBERT SCHMIDT · DIE BETÄTIGUNG DER FRAUEN IN DER POLITISCHEN ORGANISATION

ÜR die sozialdemokratische Partei ist durch das Reichsvereinsgesetz eine Reihe von Fragen aufgeworfen, die den Aufbau ihrer Organisation berühren. Es hätte vielleicht nahe gelegen sich auf grund der vereinsgesetzlichen Bestimmungen mit einer vollständigen Revision des Parteiorganisationsstatuts zu befassen. Die abwartende Stellung, die der Parteivorstand in der Sache einnimmt, ist wohl darauf zurückzuführen, dass man erst eine Zeit der praktischen Handhabung dieses Gesetzes vorübergehen lassen will. Immerhin sind seither Fragen brennend geworden, die einer Lösung harren, wie die der Organisation der Jugend und der Frauen. Über die erste Frage ist zwischen Parteivorstand und *Generalkommission* eine Verständigung erzielt worden, weil an der Jugendorganisation nicht nur die politische Partei ein Interesse hat. Für die Frauenorganisation war eine solche Verständigung nicht nötig, da die Gewerkschaften durch das Vereinsgesetz

eine Änderung vorläufig nicht nötig haben. Das Vereinsgesetz ermöglicht den Frauen die Teilnahme am politischen Leben und dadurch den Aufbau einer einheitlichen Organisation. Für die Jugend ist das leider nicht möglich, denn hier ist die Angliederung an die Partei durch das Vereinsgesetz ganz unmöglich geworden.

Die Einheitlichkeit der Organisation und der politischen Betätigung ist für eine Partei, die in so extremer Oppositionsstellung zum herrschenden System steht, eine unbedingte Notwendigkeit. Mit Recht sind gerade in der Partei von jeher, und oft mit ausserordentlicher Härte, alle Bestrebungen bekämpft worden, die Sondergruppierungen in der Organisation herbeiführen wollten. Mit jeder Sondergruppierung gehen ganz selbstverständlich auch Sonderbestrebungen Hand in Hand, es kommt das feste Gefüge in Gefahr, das eine Oppositionspartei, die unter so scharfer Verfolgung und Ächtung ihrem Ziele zustrebt, nötig hat. Von diesem Gesichtspunkte aus bietet auch die besondere Jugendorganisation den Boden für Sonderbestrebungen. Das Ausland bietet dafür eine Reihe von Beispielen.¹⁾

Für die Frauenorganisation muss natürlich nach der veränderten Rechtslage, die das Vereinsgesetz geschaffen hat, die Frage einer Sonderorganisation vollständig ausscheiden; die Sonderorganisation war bisher nur ein Notbehelf. Es ist denn auch in einer Konferenz der Parteigenossinnen, die am 9. Mai tagte, in Verbindung mit dem Parteivorstand eine Vereinbarung getroffen worden, die die Sonderorganisation aufhebt. Dieses Abkommen besagt folgendes:

1. Jede Genossin ist verpflichtet der sozialdemokratischen Parteiorganisation ihres Ortes beizutreten. Politische Sonderorganisationen der Frauen sind nicht gestattet. Über das Fortbestehen besonderer Frauenbildungsvereine entscheiden die Genossen und Genossinnen der einzelnen Orte. Die Mitgliedschaft in solchen Vereinen enthebt jedoch die Genossinnen nicht der Verpflichtung der sozialdemokratischen Parteiorganisation anzugehören.
2. Unabhängig von den Vereinsabenden der Männer sind für die weiblichen Mitglieder Zusammenkünfte einzurichten, welche ihrer theoretischen und praktischen Schulung dienen.
3. Die Festsetzung der Beiträge für die weiblichen Mitglieder bleibt den einzelnen Organisationen überlassen. Empfehlenswert ist die Beiträge für die weiblichen Mitglieder niedriger zu bemessen als für die männlichen.
4. Die weiblichen Mitglieder sind im Verhältnis zu ihrer Zahl im Vorstand vertreten. Doch muss diesem mindestens eine Genossin angehören.

¹⁾ Es wird zwar behauptet, die besondere Organisation wäre geeignet das Gefühl der Selbständigkeit und Verantwortlichkeit bei der Jugend zu stärken. Das ist ein Trugschluss. Denn es darf wohl angenommen werden, dass diejenigen Parteigenossen, die nie einer Jugendorganisation angehört haben, auch Anspruch auf selbständiges Urteil erheben dürfen. Die Kritik, die nach den Beschlüssen des Gewerkschaftskongresses einsetzte, hat sich nie bemüht den Nachweis zu führen, wie unter dem Vereinsgesetz eine politische Organisation der Jugend möglich ist, noch weniger, wie eine Organisation, die nur als Durchgangsstadium für junge Leute dienen soll, für die wir bis zum 16. Lebensjahre sogar den Schulzwang fordern, die nötigen Kräfte für eine geordnete Verwaltung einer wirklich bedeutsamen Organisation stellen kann. Im übrigen sind die Vorwürfe meiner Kritiker recht bunt durcheinandergewürfelt. Der eine behauptet, die Jugendorganisation habe sich bisher gar nicht mit antimilitaristischer Agitation befasst, der andere meint, sie müsse sich mit dieser Agitation befassen, und meine Abweisung dieser Agitation wäre der grosse Fehler, der in meinem Hamburger Referat hervortrete. Sodann wird behauptet, die Jugendorganisation greife nicht in gewerkschaftliche Fragen ein. Der nächste behauptet, sie müsse eingreifen, weil die Gewerkschaften bisher für die Jugend nichts getan haben. Von der Allgemeinbildung will man nichts wissen und fordert für die Jugend nur politische Aufklärung, und schliesslich erhebt man den Einwand, die gewerkschaftliche Jugendorganisation mache zu viel in Fachsimpelei. Ob nach diesem Durcheinander von Unklarheiten meine verehrten Kritiker noch mit Recht behaupten können, dass nur ein klares Urteil über die Jugendorganisation fällen wage ich zu bezweifeln. Dies nur nebenbei. Es wird sich andern Orts wohl noch Gelegenheit finden über diese Kritik ein Wort zu sagen.

5. Den weiblichen Mitgliedern des Vorstandes liegt es ob die notwendige Agitation unter dem weiblichen Proletariat im Einvernehmen mit dem Gesamtvorstand und unter Mitwirkung der tätigen Genossinnen zu betreiben.

6. Solange betreffs der Beschickung der Parteitage durch die Parteiorganisationen noch das gegenwärtige Provisorium gilt, bleiben auch für die Delegierung der Genossinnen die jetzigen Bestimmungen des Parteistatuts in Kraft. Das Zentralbureau der Genossinnen bleibt bestehen. Die Vertreterin der Genossinnen darin wird dem Parteivorstand angegliedert.

Gleich der erste Passus gewährt allerdings den Frauen die Möglichkeit die Bildungsvereine am Leben zu lassen. Aber diese beständen dann nur neben der sozialdemokratischen Parteiorganisation. Man will die gegenwärtig existierenden Vereine, die sich einen festen Mitgliederstand bereits herangebildet haben, nicht mit einemmal lahmlegen. Es ist auch leicht einzusehen, dass ihnen ein weites Arbeitsfeld ausserhalb der rein politischen Agitation verbliebe. Denn diese Frauenbildungsvereine nehmen sicherlich keine andere Stellung ein als die in einigen Städten gegründeten Arbeiterbildungsvereine oder Arbeiterbildungsschulen, die sich rein der Belehrung der Mitglieder widmen. Mit dieser Begrenzung und in Berücksichtigung der immerhin schwierigen Agitation in Frauenkreisen kann man das Fortbestehen dieser Organisationen gutheissen.

In dem Abkommen wird sodann die Veranstaltung besonderer Zusammenkünfte innerhalb der sozialdemokratischen Vereine für die Frauen verlangt. Diese Anforderung könnte den Vorwurf berechtigt erscheinen lassen, dass die Gleichstellung der Geschlechter hier ausser acht gelassen wird. Dem ist nicht so, sondern es waren blosse Zweckmässigkeitsgründe massgebend. Wir müssen unsere Agitation so einrichten, wie sie die grössten Erfolge verspricht und können deshalb nicht auf die Veranstaltung besonderer Frauenversammlungen verzichten, weil in solchen Versammlungen das Interesse für das politische Leben bei den Frauen viel wirkungsvoller entfacht werden kann. Von dem Standpunkt einer schematischen Gleichstellung könnte man auch die Herausgabe einer besonderen Frauenzeitung für überflüssig erachten und einwenden, unsere politische Tagespresse biete auch den Frauen die nötige politische Aufklärung. Dabei würden wir aber die ganze eigenartige gesellschaftliche Stellung, die starke Abhängigkeit der Arbeiterfrau von der Häuslichkeit übersehen: Diese eigenartigen Verhältnisse, die noch in vielem andern die Frau dem Mann ungleich stellt, müssen Berücksichtigung finden, Agitation und Belehrung müssen dem Ideenkreis und der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Stellung der Frau angepasst werden. Vergessen wir doch nicht, dass wir in der bürgerlichen Gesellschaft leben, die eine völlige Loslösung von ihren Formen und Verpflichtungen auch dem besten Sozialdemokraten nicht möglich macht. Die Stellung des Mannes ist relativ freier und unabhängiger als die der Frau. Die Anteilnahme der Frau am politischen Leben wird durch häusliche Verpflichtungen erheblich eingeschränkt. Deshalb fordert auch die Vereinbarung mit Recht niedrigere Beiträge für die weiblichen Mitglieder und eine besondere Sicherung ihres Einflusses in der Verwaltung.

Eine besondere Delegation der Frauen auf dem Parteitag fällt allerdings aus dem Rahmen unserer einheitlichen Organisation heraus. Das Parteiorganisationsstatut hat auch in dieser Frage schon einige Wandlungen zu verzeichnen. Als auf dem Parteitag in Halle /1890/ das Organisationsstatut neu geschaffen wurde, besagte der § 9:

PAUL KAMPPMEYER · EINE NEUE KÄMPFENDE SOZIALE SCHICHT



ROSSE Versammlungen von Privatangestellten in allen Industriestädten, wuchtige Reden gegen das grossindustrielle Scharfmachertum in dem Munde akademisch gebildeter Techniker: das sind bisher unbekannte sozialpolitische Erscheinungen gewesen. Der grossen Bevölkerung dämmerte wohl hie und da das graue Elend studierter Techniker auf, sie hörte vielleicht auch manche beredete Klage über die Misere des Ingenieurberufs, aber sie erlebte bisher nicht die organisierte Empörung einer ganzen sozialen Gruppe gebildeter technischer Beamter. Es ist das grosse geschichtliche Verdienst des *Verbandes bayerischer Metallindustrieller* die soziale Frage einer schwer ringenden gesellschaftlichen Schicht in das Massenbewusstsein getragen und den geräuschlosen, in stiller Organisationsarbeit begriffenen Techniker in einen laut redenden und energisch handelnden Agitator gewandelt zu haben.

Die Sozialdemokratie kann das soziale Erwachen der technischen Privatangestellten als eine sehr bedeutsame Wendung in dem sozialwirtschaftlichen Kampf der Zeit begrüssen. Eine Schicht studierter Männer, die in allen bürgerlichen Vorurteilen grossgezogen wurden, die sich als *Gebildete* von dem Gros der *Ungebildeten* scharf absonderten und jede Interessengemeinschaft mit den Arbeitern ängstlich mieden, hat die Kampfsmethode des organisierten Proletariats angenommen und sich zu den Prinzipien der modernen Gewerkschaftsbewegung bekannt. Die Industriebeamten, das hat die Statistik über die Lage der technischen Privatangestellten Gross Berlins bewiesen, gehen vorwiegend aus den bürgerlichen liberalen und freien Berufen hervor. Zwei Drittel der Industriebeamten Gross Berlins entstammen den mittleren und oberen Berufs- und Gesellschaftsschichten, und nur ein Drittel hat seinen Ursprung in den sogenannten *unteren Klassen*. Abermals haben sich die ökonomischen Tatsachen als härter und unbeugsamer erwiesen als die Macht ererbter bürgerlicher Klassen- und Berufsvorurteile. Und das ist eine recht bedeutungsvolle Erscheinung in dem grossen sozialen Umbildungsprozess unserer Zeit. Sie kündigt an, dass die bürgerliche Welt selbst die Elemente, die sie in der Klassenschule des Gymnasiums und der Universität bürgerlich verzogen und zu ausgesprochenen Kämpfern für die bürgerliche Gesellschaftsordnung gedriht hat, nicht mehr in ihrem Bannkreis halten kann, weil sie — und das ist das entscheidende Moment — diesen Elementen nicht mehr eine auskömmliche und sichere Existenz verbürgen kann.

Die Lebens- und Arbeitsverhältnisse der Privatangestellten haben einen proletarischen Zuschnitt erhalten. Der Privatangestellte schreit über Arbeitslosigkeit und ungenügenden Lohn gerade wie der Proletarier. Der Ruf der Privatangestellten nach einer staatlichen Invaliden-, Alters-, Witwen- und Waisenversicherung beweist am besten, wie unsicher und schwankend das wirtschaftliche Dasein dieser sozialen Gruppe und ihrer Angehörigen geworden ist. Der Mittelständler der guten, alten Zeit sicherte durchweg selbst die Existenz seiner Familie. Tat er seine Augen zu, so führte sein Sohn oder seine Ehefrau den die Existenz der Familie verbürgenden Kleinbetrieb fort. Aus dem Ruf der Privatangestellten nach einer staatlichen Versicherung klingt deutlich

die Unsicherheit der proletarischen Existenz heraus. Der Privatangestellte wird die gewerkschaftliche Bahn beschreiten, weil er eben ökonomisch und sozial kein Mittelständler mehr ist. Man hat den technischen und kaufmännischen Privatbeamten vielfach zu dem sogenannten *neuen Mittelstand* gezählt. Dieser an sich sehr künstlich konstruierte Begriff ist mir noch nie so verschoben vorgekommen als wenn ich mich in die Lebens- und Arbeitsbedingungen der Privatbeamten vertiefte. Der Mittelstand ist — wie schon der Name sagt — eine in ständigen, festen Existenzverhältnissen wurzelnde Gesellschaftsschicht. Diese steht aber nicht nur auf festem sondern auch auf eigenem Fusse. Der Mittelständler ist der ehrbare, geruhsame Kleinbürger, dessen Leben sich ohne Erschütterungen, ohne katastrophenartige Schwankungen, in ewigem Gleichmass dahinschleppt. Die Schüssel ist ihm immer gefüllt, wenn auch nicht mit üppigen Gerichten. Magere und fette Jahre wechseln in seinem Leben nicht mit einander ab. Das Gespenst der Arbeitslosigkeit geht in der kleinbürgerlichen Werkstatt nicht um. Die schwarze, bange Sorge um die Zukunft hat kein Hausrecht im Heim des Mittelständlers. Ruhe und Ständigkeit sind aber aus dem Leben des Privatangestellten verschwunden. Der relativ gut bezahlte Ingenieur kann heute entlassen werden und schon nach einem Monat zum armseligen Adressenschreiber herabgesunken sein. Die Gefahr der Stellungslosigkeit steht immer drohend vor den Augen des Privatbeamten. In diesem Augenblick, wo der *Bund der technisch-industriellen Beamten* Tausende von Flugblättern im *Kampf um die Koalition* in die Massen seiner Leidensgenossen hineinwirft, verkünden diese Flugblätter dem industriellen Beamten an erster Stelle, dass dieser Bund eine *Stellungslosenunterstützung* geschaffen hat. Ich erinnere mich nicht einer, grosse Gruppen der industriellen Beamten umfassenden Arbeitslosenstatistik. Diese Statistik würde erst plastisch das Weh und Ach der industriellen Beamten zum Ausdruck bringen. Und der *Bund der technisch-industriellen Beamten* sollte sich einmal an eine derartige, die schwankende Stellung einer ganzen Gesellschaftsschicht widerspiegelnde Statistik machen, die eine gewaltige Werbekraft auf alle die Elemente ausüben würde, die im Zeichensaal, im Laboratorium, im kaufmännischen Bureau für einen nimmersatten Grosskapitalismus schanzen und fronen.

Ein zweites Moment wird ferner auflösend auf die bürgerlichen Anschauungen des Privatangestellten wirken und diesen in die Bahn einer modernen Gewerkschaftspolitik zwingen: die dauernde Gebundenheit an die Stellung eines abhängigen, unselbständigen Angestellten. Der Techniker ist und bleibt ein Angestellter und stellt selbständig keine Arbeitskräfte für eigene Rechnung mehr an. Der Begriff des *Angestellten*, des auf einen bestimmten Posten von anderer mächtiger Hand Gestellten, spiegelt die wirtschaftlich abhängige Situation des Technikers klar und greifbar wider. Der so verlockende und viele so irreführende Traum von der wirtschaftlichen Selbständigkeit, der den kaufmännischen Angestellten häufig berückt, kann in dem Riesenbetriebe einer modernen Maschinenfabrik und eines Elektrizitätswerkes nicht gedeihen. Die Grenadiere Napoléons trugen mitunter den Feldherrenstab im Tornister, aber die technischen Angestellten eines Millionenbetriebes beherbergen nicht in ihrem Reisszeugkasten die Mittel zum Aufstieg in die Unternehmerklasse. Bis zum heutigen Tage spinnt sich wohl noch im Gehirn des Durchschnittskaufmanns,

selbst wenn er zu den vom bayerischen Metallindustriellenverband verfemten Vereinen gehört, der Traum vom Herrentum im eigenen selbständigen Geschäft fort. Der Russenukas der Nürnberger und Augsburger Grossherren bedroht mit der Strafe wirtschaftlicher Vernichtung ebenfalls die Mitglieder des *Deutschnationalen Handlungsgehilfenverbandes*. Dieser Verband war und ist sogar noch in unseren Tagen völlig in kleinbürgerlichen Anschauungen befangen. Noch im Jahre 1899 redete er »gesetzgeberischen Massregeln gegen das Überhandnehmen der sogenannten *Warenhäuser* und *Bazare*« das Wort. Im Jahre 1900 plapperte er dem Kleinkrämertum den gedankenlosen Spruch nach, dass »die Besteuerung der Warenhäuser eine erfreuliche und wirksame Massnahme« sei, und ungeniert charakterisierte er die progressive Umsatzsteuer für Konsumvereine als das »einzig Richtige«. Wenn man an der Hand dieser Tatsachen das tiefe Befangensein der Kaufleute in kleinbürgerlichen Anschauungen richtig gewürdigt hat, so versteht man wohl die eigenartige Schweigsamkeit der *deutschnationalen* Handlungsgehilfen in den heissen Sturmestagen, in denen der bayerische Metallindustriellenverband die technischen und kaufmännischen Angestellten in das Knechtschaftsjoch einer koalitionslosen Dienstbotenklasse zwängen wollte. Bedeutet doch der Raub des Koalitionsrechts für den technischen oder kaufmännischen Beamten in der Tat die Verwandlung eines *freien Angestellten* in einen Hausangestellten der Unternehmer. Bezeichnenderweise tat das Organ der *deutschnationalen* Handlungsgehilfen, die *Deutsche Handelswacht*, den dreisten Griff des *Verbandes bayerischer Metallindustrieller* im *Briefkasten* (!) mit folgender Notiz ab:

»Nach Nürnberg. Das Rundschreiben des *Verbandes bayerischer Metallindustrieller*, worin er seine Mitglieder auffordert gegen die Handlungsgehilfenverbände vorzugehen, war uns bereits bekannt. Wir sind überzeugt, auch dieses Vorgehen wird, wie alle ähnlichen, die seither gegen uns gerichtet waren, ein Schlag ins Wasser bleiben. Wir haben daher vorerst keine Veranlassung etwas dagegen zu unternehmen.«

Die in der Augsburger Maschinenfabrik angestellten Mitglieder des *Deutschnationalen Handlungsgehilfenverbandes* begingen auch, als sie bereits vor der Publikation des Nürnberger Ukases zur Aufgabe ihres Verbandes aufgefordert wurden, den sklavischen Fussfall vor ihren anmassenden Brotherren und wurden fahnenflüchtig. Einige liessen sich gar ihre bisher gezahlten Verbandsbeiträge von der Direktion der Fabrik zurückzahlen, sie verkauften ihr Erstgeburtsrecht, ihr Koalitionsrecht gegen einige elende Silberlinge.

Der köpferichste kaufmännische Verband — wir reden hier absichtlich nicht von dem mächtigsten Verbands — hat sich von jeher kläglich ohnmächtig auf dem Gebiet der Lohnpolitik erwiesen. Die gewerkschaftliche Organisationsarbeit war offenbar den Leitern der *deutschnationalen* kaufmännischen Bewegung in tiefster Seele zuwider. Einen wehrhaften, zu mannhaften Taten ausgreifenden Geist wollten die Nährväter eines kleinbürgerlichen Antisemitismus in den Handlungsgehilfen nicht grossziehen. Die *Deutsche Industriebeamtenzeitung* stellt folgende Tatsachen über die soziale Interesselosigkeit der *deutschnationalen* Handlungsgehilfen fest:

»Einen trefflichen Beleg für die Einseitigkeit, mit der die *Deutschnationalen* ihre Mitglieder zu einer übertriebenen Hoffnung auf die Staatshilfe und zu einer bedauerlichen Unterschätzung der Selbsthilfe erzogen haben, bilden die Ergebnisse der beiden jüngsten Aktionen des Verbandes. Während eine Eingabe an den Reichstag zur Herbeiführung der völligen Sonntagsruhe mit 128 475 Unterschriften bedeckt wurde, haben auf die im März dieses Jahres eingeleiteten Erhebungen über die wirtschaft-

liche Lage der Handlungsgehilfen von 115 000 Mitgliedern noch nicht 40 000 einen ausgefüllten Fragebogen eingesandt. Und nun, wo durch den Angriff der bayerischen Metallindustriellen nun zum zweitenmal eine günstige Gelegenheit geboten war die Befähigung der *deutschnationalen* Handlungsgehilfen zur Betätigung gewerkschaftlicher Selbsthilfe zu beweisen, nun, wo es galt im Kampf um die persönliche Freiheit den Angestellten die Grundlage für den Kampf eine wirtschaftliche Besserstellung zu schaffen: wieder völliges Versagen!

In diesem Versagen ist eben nichts Zufälliges, es entspricht naturgemäss der in sich gespaltenen kleinbürgerlichen Seele des Kaufmanns, die wohl in die Nöte und Ängste der Lohnproletarierexistenz gestellt ist und doch mit heisser Sehnsucht an dem *Glück* der wirtschaftlichen *Selbständigkeit* hängt. Keine geschlossene, einheitliche Tat kann aus einer so zwiespältigen Seele herausgeboren werden. Der technische Privatangestellte als Rädchen in einem industriellen Grossbetriebe nährt in seinem Herzen nicht die schimärische Hoffnung auf ökonomische Selbständigkeit. Die Statistik, die am 5. Mai 1907 über die Lage der technischen Privatbeamten Gross Berlins aufgenommen wurde, ergab, dass 3265 Privatangestellte in 413 Betrieben beschäftigt waren, auf 24 Betriebe entfielen allein 2121 Beamte. Die *Allgemeine Elektrizitätsgesellschaft* und die *Siemens-Schuckertwerke* waren zusammen mit 1037 Beamten vertreten, das heisst mit 76 % der Gesamtzahl. Der verträumteste Industriebeamte dieser Riesenbetriebe kann nicht auf den Wahnwitz verfallen, dass er sich einst zum Herrn eines solchen industriellen Königreichs emporschwingen werde. Die Einsicht des Industriebeamten, dass ihn keine verbindende Brücke zum Industrieherrn hinüberleitet, muss naturgemäss die Grundlagen einer zielklaren Gewerkschaftspolitik erstehen lassen. Und diese schon greifbaren Ansätze zu einer derartigen Politik halfen ja auch dem kurzköpfigen Erlass der bayerischen Metallindustriellen ins Leben. In der *Begründung* dieses Erlasses entrüsteten sich ja vor allem die Eisenmagnaten darüber, dass sich die Organisationen der technischen Beamten gleich denen der Arbeiter mit den gewerkschaftlichen Organisationen auf eine Stufe stellen. Der *Bund der technisch-industriellen Beamten* trage, so führt dem Sinne nach die Begründung aus, eine sozialpolitische Tendenz offen zur Schau und verlange ein Hineinreden in das Kündigungsrecht der Arbeitgeber, ja er strebe sogar einen Kündigungsausschluss an. Die Begründung erdreistet sich noch einmal an die rückständigsten Empfindungen, die ja da und dort noch in den technischen Beamten leben, zu appellieren. Sie umschmeichelt die Seele des Industriebeamten mit der Vorstellung, dass er ja an dem mächtigen Aufschwung der Industrie beteiligt sei, und dass er von seiner stolzen sozialen Höhe auf das Niveau des Handarbeiters herabsinken werde, wenn er sich zum Träger einer ausgesprochenen Gewerkschaftspolitik macht.

Ein drittes Moment leitet weiter mit fester Hand den technischen Privatangestellten auf das Schlachtfeld der modernen Gewerkschaftsbewegung: seine enge, fast proletarisch-dürftige Lebenshaltung. Wir müssen mit der Vorstellung brechen, dass der Privatangestellte ökonomisch-sozial zu einer Mittelschicht gehört. Die Statistik Dr. Jaeckels über die Lage der technischen Privatbeamten Gross Berlins hat nämlich ergeben, dass sich das Einkommen der technischen Privatangestellten im Jahre 1906 bei 4,5 % auf weniger als 1200 Mark belief; 32,61 % hatten 1200 bis 1800, 30,38 % 1800 bis 2400, 14,18 % 2400 bis 3000, 8,09 % 3000 bis 3600 und 9,86 % 3600 Mark und darüber. Das durchschnittliche Einkommen betrug 2228,29 Mark. Mit Recht bemerkt aber

HUGO LINDEMANN · SELBSTVERWALTUNG UND STAATLICHE BUREAUKRATIE



OR einiger Zeit veröffentlichte der Bürgermeister X. Y. in Z. ein Buch, das den viel versprechenden Titel *Die Reaktion in der inneren Verwaltung Preussens* trug. Als Verfasser dieser Schrift, die in Regierungskreisen unangenehm auffiel, wurde der Bürgermeister von Husum, Dr. Schücking, ermittelt. Der selbe Bürgermeister hat aber noch weitere schwere Verbrechen gegen den heiligen Geist des Bureaukratismus auf dem Kerbholz. Er hat in einigen liberalen Zeitungen Artikel veröffentlicht, die nicht weniger unangenehm auffielen. In dem einen warf er die Frage auf: »Was würde eine liberale Regierung in der inneren preussischen Verwaltung tun?« In einem andern beschrieb er den amtlichen Apparat bei der Landtagswahl und meinte, es wäre viel einfacher die preussischen Abgeordneten durch die königlichen Landräte wählen zu lassen, und noch richtiger das Wählen nach dem preussischen Landtagswahlgesetz überhaupt abzuschaffen und sich mit Zuständen zu begnügen, wie sie in Russland vor Errichtung der *Duma* waren oder jetzt noch in Mecklenburg sind. Herr Dr. Schücking hatte die Kühnheit das Verfahren bei den Landtagswahlen als darauf angelegt zu bezeichnen, »dass durch Ungesetzlichkeiten für bestimmte Parteien geschaffene Vorteile nicht wieder ausgeglichen werden sollen«. Er warf also dem Gesetz Illoyalität zu gunsten bestimmter Parteien, das heisst der konservativen Partei vor. In einem andern Artikel wagte Herr Dr. Schücking es sogar das heiligste Gut der Staatsbureaukratie, den patriotischen Monarchismus oder den monarchistischen Patriotismus — e. kommt auf eins hinaus, wie man das nennt — anzutasten und wahren Patriotismus nur in dem zu finden, der Bildung und Freiheit, Demokratie und deutschen Liberalismus will. Alle diese Vergehen haben, wie bekannt, zu einem geheimen Disziplinarverfahren gegen Herrn Dr. Schücking als Bürgermeister und *mittelbaren Staatsbeamten* geführt. Wie es in der Anklageschrift heisst, hat er in diesen Artikeln und in seinem Buch »eine Gesinnung bekundet und sich zu Anschauungen bekannt, die mit seiner Stellung unvereinbar sind, und hat dadurch nicht nur die Pflichten verletzt, die ihm sein Amt auferlegt, sondern sich auch der Achtung, des Ansehens und des Vertrauens, die sein Beruf erfordert, unwürdig gezeigt.« Infolgedessen soll er mit Schimpf und Schande aus dem Amt gejagt werden: so will es die preussische Staatsbureaukratie.

Auf die politische Tragweite des Falles Schücking soll hier nicht eingegangen werden. Dagegen soll an der Hand seines Buches die Frage behandelt werden: Wie steht in Preussen die Staatsbureaukratie zur Selbstverwaltung und was muss geschehen, um der letzteren zu ihrem Recht zu verhelfen?

Das Schückingsche Buch zeichnet sich durch eine genaue Kenntnis des preussischen Verwaltungssystems aus. Die Praxis des Verfassers als Kommunalbeamten, und zwar als liberalen Kommunalbeamten, dem es mit dem Liberalismus und der Selbstverwaltung ernst ist, haben ihn in ständige Berührung mit der staatlichen Bureaukratie gebracht und ihm einen genauen Einblick in das ganze System verschafft, das sie in zäher, unermüdlicher Arbeit seit der Städteordnung von 1808 Stein für Stein aufgebaut hat, um die Selbstverwaltung zu fesseln und zu erdrosseln. Diese Seiten seines Buchs sind ausser-

ordentlich lesenswert, und ihr Studium kann nur aufs dringendste empfohlen werden. Sie geben einen Faden in dem Labyrinth, das die Verwaltungsgesetzgebung darstellt, und das dem Anfänger zunächst so unbegreiflich und so verwirrend gegenübertritt. Hat er den Faden, so kann er sich ihm entlang in das Gewirre hineintasten, und er wird finden, dass der scheinbaren Regellosigkeit der Gedanke zu grunde liegt: alle Einrichtungen so zu konstruieren, dass die Staatsbureaukratie in ihrer Position gestärkt, alles aber, was sich als Gegner gegen sie zusammenfinden könnte, als Gegner gegen einander gestellt wird. *Divide et impera* ist auch der Leitspruch der preussischen Staatsbureaukratie. Nicht von ungefähr hält sie mit zäher Hartnäckigkeit daran fest womöglich für jede Provinz ein eigenes Verwaltungsgesetzbuch zu schaffen. So kann sie den Osten gegen den Westen, eine Provinz gegen die andere auspielen und alle gleichmässig beherrschen. Nicht umsonst hält sie mit nicht minderer Zähigkeit daran fest Stadtgemeinden und Landgemeinden ganz verschiedenartig zu behandeln, weil bei dem Gegensatz zwischen Stadt und Land ihre Position als Machthaber gewinnt. So spielt sie innerhalb der Stadtverwaltung den Bürgermeister, den *mittelbaren Staatsbeamten*, gegen den Magistrat, Bürgermeister und Magistrat gegen die Stadtverordneten aus, um am Feuer, das der so hervorgerufene Hader in den Stadtkollegien entfacht, ihr eigenes Süsschen zu kochen.

Die preussische Staatsbureaukratie ist konservativ, orthodox und feudal. Ihr ganzer Gedankenkreis ist um hundert Jahre hinter der neuen Zeit zurück. Es ist der selbe Geist, der vor Jena das preussische Staatswesen beherrschte und an dem Zusammenbruch des preussischen Staats genau so viel Schuld trug wie der preussische Militarismus. Er ist der Gegenpol des städtischen Wesens: der städtischen Kultur, der städtischen Industrie, der städtischen Demokratie. Kein Wunder, dass ihr Bestreben darauf ausgeht die Zuständigkeit der städtischen Selbstverwaltung zu beschränken, ihre Selbstverwaltungsrechte zu beschneiden und sie auf das Niveau wieder herabzudrücken, auf dem sie in den glorreichen Zeiten von Friedrich Wilhelm I. bis Friedrich Wilhelm II. stand. Ihre Mittel dieses heissersehnte Ziel zu erreichen sind vielfach. Sie liegen nicht immer so offen zu tage wie bei dem Schulunterhaltungsgesetz, das die Selbstverwaltung endgültig aus der Verwaltung des Schulwesens hinausdrängte.

Eins dieser Mittel ist der Ausbau der Kreisordnung. Die preussische Kreisverfassung ist wohl das glänzendste Stück kluger Gesetzmacherei, das das preussische Landratstum fertiggebracht hat. *Höhere Selbstverwaltungskörper* nennt man die Kreise und *Selbstverwaltungsorgane* den Kreistag und den Kreisausschuss. Ihrem Wesen nach haben sie nichts mit Selbstverwaltung gemein, sie sind nur die maskierenden Werke, hinter denen sich der preussische Landrat versteckt. Der Landrat ist der Kreisausschuss, und jede Ausdehnung der Vollmachten des Kreisausschusses bedeutet eine Vermehrung der Vollmachten des Landrates. Dieser Kreisausschuss ist aber nicht nur die Verwaltungsbehörde des Kreises sondern zugleich Verwaltungsgericht und Beschlussbehörde. Der Vorsitzende des Kreisausschusses als Verwaltungsgerichtshof erster Instanz ist natürlich der Landrat. Er ist zugleich die oberste Polizeinstanz des Kreises, auf seine Veranlassung wird die Mehrzahl der polizeilichen Verfügungen erlassen, die später vor dem Kreisausschuss

angefochten werden. So klagt der brave Bürger gegen den Landrat vor dem Landrat. Schücking drückt sich noch sehr milde aus, wenn er meint, solch Verfahren könne »geradezu zur Farce werden«. Der politische Beamte als Richter: das ist die Blüte preussischer Justiz und Verwaltung. Aber die Verwaltungsgerichte sind und bleiben der Fels, auf dem die Bureaukratie gegründet ist. Es hiesse die staatliche Autorität in ihren Wurzeln angreifen, würde man die Hoheit des Staates zwingen in Verwaltungssachen vor dem bürgerlichen Gericht zu nehmen und sich behandeln zu lassen wie ein einfacher Bürger.

In der Kreisordnung ist aufs sorgfältigste dafür gesorgt, dass in der Kreisvertretung der Grundbesitz die Mehrheit hat und jederzeit im stande ist die Stadtgemeinden des Kreises zu majorisieren. Ein nur halbwegs geschickter Landrat wird es mit Leichtigkeit fertig bringen den Kreisausschuss aus solchen Personen zusammenzusetzen, die ihm durch ihre amtliche Stellung untertänig sind, wie Amtsvorsteher und Gemeindevorsteher, oder deren politischer und wirtschaftlicher Anschauungskreis sich durchaus mit dem seinen deckt. So herrscht der Landrat im Kreisausschuss, und die gesamte Kreisverwaltung, das heisst die sogenannte *Selbstverwaltung* der höheren Körperschaft des Kreises, und ihre finanziellen Mittel stehen zu seiner Verfügung und werden von ihm rücksichtslos ausgenutzt, um konservative Politik zu treiben. Schücking bringt hübsche Beispiele dafür bei, wie die Kreismittel verwandt werden: die Städte des Kreises haben das Vergnügen die Mittel aufzubringen, über die ihre erbitterten Gegner verfügen.

Ein anderes Werkzeug der staatlichen Bureaukratie im Kampf gegen die Selbstverwaltung ist die Polizei. *Polizei* ist alles, was der Landrat dafür ansieht: das ist die einfachste und richtigste Definition dieses der preussischen Bureaukratie so lieben und werten Begriffs. Polizei ist ferner nach der Auffassung der preussischen Bureaukratie Sache des Staates, auch die Ortspolizei. Der kommunale Beamte, der sie handhabt, tut das nicht im Auftrag der Gemeinde sondern in dem des Staates. So wird er zum mittelbaren Staatsbeamten und der Untergebene des Landrates, in grösseren Städten des Regierungspräsidenten. Daher wird die Polizei in der preussischen Gesetzgebung auch stets einer einzelnen Person, niemals einem Kollegium übertragen. Schücking hält diesen Grundsatz für sehr klug und weise. Eine Person kann man leichter zwingen als ein Kollegium: darin hat er durchaus recht. Und diese Person lässt sich dann auch, wie wir hinzufügen, gegen das Kollegium ausspielen, was man bei dem Kollegium nicht tun kann. Der Verwalter der Ortspolizei ist also ein Untergebener der staatlichen Bureaukratie *pur et simple*, wenn auch die Gemeinde sein Gehalt bezahlt und die städtischen Kollegien ihn gewählt haben. Die staatliche Bureaukratie ist nun von jeher bestrebt gewesen dieses Abhängigkeitsverhältnis fester und fester zu schmieden und dem Verwalter der Ortspolizei jede Initiative und Selbständigkeit zu nehmen. Wo die höhere Staatsbehörde nicht einfach das Polizeiverordnungsrecht ohne weiteres an sich zieht, nimmt sie ein Genehmigungsrecht der Ortspolizeiverordnungen für sich in Anspruch. Keine Polizeiverordnung darf ohne Genehmigung des Regierungspräsidenten erlassen werden; das heisst mit anderen Worten, die Ortspolizeibehörde ist lahm gelegt. Schliesslich ist sie auch dort, wo der Bürgermeister sie führt, nichts

anderes als eine verkleidete staatliche Polizei. Selbst in dieser Degradation ist sie der preussischen Bureaukratie noch nicht reaktionär genug. Ein Bürgermeister kann, wie Schücking als Exempel zeigt, seine Mucken haben, vor denen man bei einem staatlichen Polizeipräsidenten absolut sicher ist. Und als politische Polizei erfüllt nur die staatliche voll ihren Zweck: in dieser Hinsicht ist auf die kommunale Polizeiverwaltung gar kein Verlass. Wird so der Verwalter der Ortspolizei zum Werkzeug der staatlichen Aufsichtsbehörde degradiert, so wird auf der anderen das polizeiliche Aufsichtsrecht der Staatsbehörden so weit wie möglich erstreckt. Bei der Beratung der Städteordnung in den siebziger Jahren haben bereits Miquel und Windthorst dargelegt, wie wenig Witz dazu gehört eine Gemeindeangelegenheit zu einer Sache der Polizei zu machen. Sie führten damals aus, dass das Gebiet der Ortspolizei eigentlich die gesamte Gemeindeverwaltung erfasse und in sich begreife, und dass es daher für die staatliche Behörde möglich wäre durch Hervorkehrung des polizeilichen Charakters einer Sache der Gemeindeverwaltung gegenüber die administrative Befehlsgewalt da anzuwenden, wo sie sonst gesetzlich nicht gegeben ist. Auf diesem einfachen und bequemen Wege setzt die staatliche Bureaukratie sich an die Stelle der Gemeindeverwaltung, wobei sie es noch verstanden hat das Odium des ganzen Vorgangs auf den kommunalen Beamten, den Bürgermeister, abzuschieben. Auf dem Wege über die Polizei gelingt es auch das wichtige Recht der kommunalen Selbstverwaltung, die Ortsgesetzgebung, vollständig in die Hand der staatlichen Bureaukratie zu bringen. Neue Ortsstatuten bedürfen der Genehmigung der staatlichen Aufsichtsbehörde, und dies Genehmigungsrecht ist ein unbeschränktes. Der Einfachheit halber arbeitet daher die staatliche Bureaukratie ihre *Normalstatuten* aus und zwingt die Gemeinden sich bei dem Erlass ihrer Ortsstatuten in allen Punkten danach zu richten, will sie überhaupt zu einem Statut kommen. Alten, bereits genehmigten Statuten gegenüber versagt dieser Weg. Hier setzt man mit der Polizeiverordnung ein. Der Verwalter der Ortspolizei erhält den Auftrag eine neue Polizeiverordnung zu erlassen, und mit dieser Polizeiverordnung, die den reaktionären Bedürfnissen der Staatsbureaukratie genügt, muss dann das alte, weniger reaktionäre Ortsstatut in Übereinstimmung gebracht werden. »Das sind Kämpfe zwischen Selbstverwaltung und Aufsichtsbehörde«, klagt Schücking, »die sich kaum jemals in der Öffentlichkeit abspielen, und selten nimmt die Presse von ihnen Notiz.«

Erhaltung der kleinen Landgemeinden, die leistungsunfähig sind und nicht leben und nicht sterben können, und Erhaltung des ehrenamtlichen Charakters des Gemeindevorstehers sind zwei weitere Werkzeuge der Bureaukratie, um die Selbstverwaltung in Untertänigkeit zu bringen und zu erhalten. Die Regierung hat einen unüberwindlichen Abscheu dagegen Landgemeinden zu Städten zu machen, weil sie befürchtet, dass sie dann über kurz oder lang aus der Kreisverwaltung ausscheiden werden. Sie scheut sich nicht minder die kleinen Landgemeinden zu leistungsfähigen Gesamtgemeinden zusammenzuschliessen, weil sie davon eine Erstarkung der Selbstverwaltung erwartet. Der ehrenamtliche Gemeindevorsteher ist für sie ein viel bequemeres Werkzeug als ein besoldeter Verwaltungsbeamter an der Spitze einer grösseren einheitlichen Gemeinde. Der ehrenamtliche Gemeindevorsteher ist nicht mehr im stande die immer komplizierter werdende Verwaltung zu führen. So wird

er auf der einen Seite ein Werkzeug seines Bureaubeamten, auf der andern Seite des Landrats, mit dem er sich als mit seinem Vorgesetzten möglichst gut zu stellen sucht. Landrat, Amtsvorsteher und Gendarm ist der Verwaltung der Landgemeinden gegenüber die Dreieinigkeits, in deren Hände der Gemeindevorsteher sein und seiner Gemeinde Geschick legt. Auch hier charakterisiert Schücking in seinem Buche wieder recht gut: »Der Gemeindevorsteher, der in strammer militärischer Haltung dem königlichen Landrat gehorsamst meldet, dass auf dessen Ersuchen hin die Gemeindevertretung die von der Aufsichtsbehörde gewünschten Beschlüsse gefasst hat: das ist bisher vielfach die Selbstverwaltung der Landgemeinden.« Und in Polizeisachen ist es in den Stadtgemeinden auch nicht viel besser.

So sieht also die Selbstverwaltung in Preussen aus. Hier kann nur durch den Zusammenbruch des konservativen Regiments Abhilfe geschaffen werden. In den preussischen Gesetzgebungskörpern herrscht die konservative Partei, in deren Reihen das Landratselement die erste Geige spielt. Die Position des Landrats zu stärken gegenüber der Selbstverwaltung ist immer das Ziel der Bureaukratie und der konservativen Partei gewesen. Erst wenn die Vorherrschaft dieser Partei gebrochen ist, ist der Weg frei für eine radikale Umgestaltung des Systems der inneren Verwaltung. Der leitende Gedanke der ganzen Reformarbeit muss aber sein die Duplizität unserer heutigen Verwaltung, um einen Ausdruck von Preuss zu gebrauchen, gründlich aus der Welt zu schaffen. Die gesamte innere Staatsverwaltung muss den Selbstverwaltungskörpern, und zwar in eigener Zuständigkeit, übertragen werden. Den Zentralbehörden bleibt im wesentlichen, mit Ausnahme einiger Verwaltungsgebiete, nur noch die Funktion der Aufsichtsbehörde. Diese neuen Selbstverwaltungskörper, die die staatliche Verwaltung, die heute in den Händen des Landrates liegt, zu übernehmen haben, müssen auf die Basis der breitesten Demokratie gestellt werden, wenn nicht einfach ein *changement de décoration* erfolgen soll.

XX

ELISABETH SIEWERT · WENN GEWITTER ÜBER DEM LANDE LIEGEN



S war nötig, dass die beiden Mädchen nun endlich hereinkamen. Den vorbereitenden Wind, das erste so neu und gross klingende Rollen aus den Wolken, die sich aus ihrer Sommerbetäubung zu einer wühlenden Bewegung aufrichteten, hatten sie noch genossen, noch rasch das Verhalten der Blätter an den Bäumen, das Ducken des Grases beobachtet, noch rasch die Lungen aus dieser Luft vollgesogen, in der eine Spannung, eine Fülle und eine Ernsthaftigkeit zu gewaltsamen Dingen lag, die ihrer eigenen Jugend so lieb und ähnlich war. Nun sassen sie in der engen und lichtlosen Stube.

»Welchen Donner liebst du mehr, den, der so nah herunterkommt, der schilt und droht und die Büsche herabdrückt oder den, der so dahinhalte wie eine dunkle, grosse Stimme, die von der Erde nichts weiss? So ist der letzte gewesen.« Das sagt Luise. Sie hat eine Haltung angenommen, als sässe sie vor einer Bühne, den Oberkörper gestreckt, ganz flach atmend, all ihre Kräfte auf das Lauschen verwendend.

»Es gibt mehr Arten von Donner als die zwei«, antwortet Wilma, kaum die Lippen bewegend.

In Luisens Vorstellungen lebt die Mannigfaltigkeit der Donner wie eine wohlvertraute Musik; sie nickt zustimmend. Da kracht es. Die Fensterscheiben schmettern, die Wände beben. Ei der! Die Mädchen sind erblasst in die Höhe gefahren und sehen sich mit tief erregten Augen an, aus denen die Würdigung des grossen Begebnisses strahlt.

»So macht doch das Fenster zu und nehmt die Schere vom Fensterkopf!« ruft der Mutter Stimme aus der Tiefe des Zimmers. Die Mädchen beeilen sich, ihre Hände tasten heraus in die unheimlich warme, wunderbar ängstliche Luft, um den Fensterflügel von seinem Haken loszumachen. Dabei haben sie die Empfindung, als warte ein Blitz grade auf ihre kleinen nackten Hände um drauf loszufahren, wie ein Sperber auf Singvögel stösst. Aber sie ziehen noch glücklich jede ihre beiden Hände herein und lächeln flüchtig und setzen sich wieder hin.

Nun vorwärts, vorwärts, denkt Luise, als es jetzt draussen stockt und still bleibt. Aber dann kommen noch wunderherrliche Donner, diese leidenschaftslosen, heiligen, prophetischen Stimmen hoch über dem wollüstigen Gewühl der eiligen Wolken, es kommen dröhnende Ansprachen an die hohen bewegten Bäume, die beunruhigten Büsche und das ganz demütige Ackerland. Gigantische Wagen rollen über das alte Dach aus Biberschwänzen dem Kampf entgegen, es poltert grob, die Eingeweide und die Fensterscheiben erschütternd.

Die Blitze sind bei Tage nicht so schön wie bei Nacht, dafür erscheinen sie noch tückischer; diese herabschiessenden Striche aus Licht, diese scharfen Haken von greller böser Farbe vermögen das Äusserste, das drücken sie gewaltsam aus. Und der Donner ist jedesmal ein köstliches Geschenk; er wird hingenommen mit einem Aufatmen und einem Aufbrausen aller Lebenskräfte. Luise hatte in manchen Augenblicken, wo die Gärung ihrer ungeduldrigen, heroischen und heimatlosen Jugend besonders stark war, gemeint, dass sie bereit wäre einem Blitz ihre Brust zu bieten. Ja, das hatte sie gedacht, und jetzt ist nichts in ihr als klammernde, innige, blöde Liebe zu ihrem Leben von gestern und heute. Wilma denkt nicht an die Möglichkeit des letzten Schreckens, sie geniesst mit Bangen und Wonne ein Schauspiel.

Es ist bei alledem eine Zumutung für die Mädchen in der armen Stube zu sitzen. Sie würden draussen pitschnass werden, nun ja, es giesst gehörig, aber was würden sie alles erleben! In der Strohbude auf der Bleiche oder unter dem vorspringenden Dach des Backhauses einen Unterschlupf gesucht zu haben, wäre rühmlicher gewesen. Das Wasser, das so stürzend herabkommt, ist gewiss warm, sie hätten dieses freie, unsagbar stolze Gefühl gehabt: wir sind in der Natur, wenn sie ihre stärkste Laune entfaltet, wenn sie auch wild gestimmt ist, wir sind bei ihr.

Das, was sie jetzt durch die Fensterscheiben sehen, die nicht mehr von dünnen Bächen überrieselt werden, ist eine einzige Lockung. Wenn sich ihnen doch Hindernisse in den Weg legten, die sie überwinden müssten, um hinaus zu gelangen! Niemand und nichts verwehrt es ihnen. Ganz einfach über den Teich springen, der in das Entree gelaufen ist, die nur angelehnte Glastüre aufreissen: so, und ihre beiden Köpfe werden mit einem Schauer von warmen

Tropfen, die von den Lindenbäumen kommen, getauft. Noch ist von Beruhigung keine Rede. Der Garten hat die Gewitterwasser eingeschlürft und steht beschwert und verändert durch das, was er erlebt und empfangen, auf finsterem Boden. Noch ist es lichtlos; Nachzüglergewölk drängt sich der Hauptmacht nach. In der Luft liegt die Lust und die Kraft des Aufbruchs.

Die Schwestern streben dem niedrigen Zaun zu, der sich kaum wie eine Grenze ausnimmt, so dunkel vom Regen und grünlich sieht er aus. Für das, was kommen wird, reicht es nicht aus an dieser Schranke vor der Weite zu lehnen. Schweigend und einmütig erklettern Luise und Wilma jede einen abgerundeten Pfahl zur Seite einer stets verschlossenen Pforte. Vor sich haben sie die majestätische Wetterwand, die der Horizont hinter der Kleebreite, den überspülten Koppeln, den hellen Roggenfeldern, weit hinter den Triften und öden Sandhängen zu sich herabzieht. Da liegt der Magnet und Abgrund für alle Gewitter im Sommer, wie sie auch hin und her kreuzen, zu ihm fallen sie herab, wenn sie sich ausgelebt haben, auf ihm richtet sich der bunte Regenbogen auf.

Die Mädchen warten auf Neukirch. Man sieht Neukirch nur bei der wunderbaren Beleuchtung eines Gewitters auf der Höhe des Tages, welches rasch vorübergeht; es erscheint dann dort am Horizont, wo sonst nichts zu sehen ist als das in die Ferne eintauchende Flachland. Es ist ein Freudenfest ohne gleichen, wenn es erscheint. Die Mädchen könnten es keinem sagen, was es ihnen bedeutet, sie würden eher Tränen als Worte dafür haben. Sie sprechen in gelösten Stunden unter einander ein wenig davon, was es für sie ist. Thuleland, Feenland, Traumland? Vielleicht. Noch ist es eintönig schieferfarben, wo Neukirch liegt. Es hängt davon ab, ob nun die Sonne rasch zum Siege kommt, so lange der Vorhang aus stürzenden Tropfen noch dunkel genug ist. Die Köpfe der Schwestern richten sich aufwärts; in dieser Wendung liegt etwas, das die Brust in Andacht ausdehnt und die Augen glühen macht. Sie verfolgen die helleren Strassen zwischen den Wolkenflecken und diese vertieften Gräben, aus denen es hervorquillt wie Edelsteinglanz, und dann wieder stellen sie ihre Augen scharf ein, um das Verhalten der nächtigen Wand zu kontrollieren. Das Aufblicken ist mit immer grösserer Seligkeit verknüpft, immer dünner werden die tragischen, hastigen Nachzüglerwolken. Das stille Licht siegt und schwärzt den Vorhang mit Nachtfarben

Da ist Neukirch.

Sie wagen es nicht sich anzusehen, sie schämen sich etwas dieses Schnaufens und der roten Augen wegen, sie fühlen ihre Alltagskleider und die nassen, rauhen Hände, eine Ohnmacht so zu sein, dass sie dies ganz erfassen könnten, eine Erinnerung an allerhand Niedriges erhebt sich und quält.

Das ist Neukirch. Ein hellroter Turm, ein paar blaue Dächer, links von ihnen die zwei klaren weissen Schwingen eines Windmühlenflügels und brennendes Grün in runden Wölbungen. Der dunklere Wald mit seinen scharfen Umrissen gehört nicht zu Neukirch, den sieht man auch sonst, nur nicht so klar und so bedeutsam, denn alles bis zu dem heissgeliebten Bild hat an Reiz gewonnen und leitet geheimnisvoll sich steigernd zu ihm hin: die einzelnen Birken auf dem sich schlängelnden Feldweg glänzen hellrosa, ihre Kronen sind lichtmaigrüne Sträusse; die Roggenbreiten tun ihr Bestes in einer schimmernden Samtfarbe, die Sandöden heben sich von den grasgrünen Triften

ab als seien sie weiss beblumt. Nur der Kleeschlag vornean bleibt dunkel, über seine Fläche hinweg erfassen die Lichtstrahlen das Fernere, am glorreichsten das unbekannte, himmlische, das fernste Land. Die hinschwindende Wetterwand hat es vor sich hingestellt, wie eine blinde sterbende Prophetin Juwelen vor sich ausbreitet zum Abschied, die liegen am Ufer jenes Abgrunds, der die Gewitter zu sich herabzieht, auf diesen Dächern steht der Regenbogen. Ach, wenn sie dort umhergehen könnten, wenn sie ihre Hände in den bunten Strom tauchen dürften, so denken die beiden Mädchen. Ja, wenn sie doch so schön und rein wären, dass sie das dürften!

Nun bekommt auch der Kleeschlag Sonne. Hinter ihrem Rücken fängt es an zu strahlen, zu blauen. Die Wetterwand wird geringer und immer matter, und damit verschwindet Neukirch. Jetzt muss man den Garten erleben und die kleinen Gärten, die man selber pflanzte.

Auf ihrem eigenen Grund und Boden schaffen die Mädchen heiss und emsig und gönnen sich nur dann und wann einen Aufblick. Ihre Gärten liegen tief, zwischen einem verwilderten Rasenfleck, darauf einige Glaskirschenbäume stehen, die wie Märtyrer ausschauen, und einem Flieder- und Jasmingebüsch, dem grössten im ganzen Garten. Es hat seine Blütenseite von den Kindergärten abgewandt.

Der Sommer ist wieder da, in stärkerer Schönheit als je vorher. Die in Wasser eingeschleierten Blütendolden fangen an sich zu erheben.

Die beiden Eifrigen haben die Rücken gebogen und sehen nahe auf ihre erdigen Vergissmeinnicht und Stiefmütterchen und die Tausendschönchen, die sich nicht erholen wollen.

»Eine Nuss, eine geheime Nuss«, sagt Wilma, sich von ihrer Aufräumungsarbeit aufrichtend; zwischen Daumen und Zeigefinger hält sie eine Haselnuss. Sie kann kaum weiter.

Luise richtet sich auch auf und bleibt breitbeinig, mit abgespreizten Händen stehen. »Neukirch ist unsre geheime Nuss, unser Geheimnis«, sagt sie.

Beide Mädchen stehen da mit erhitzten Wangen und stark schlagenden Herzen, mit Augen, die halb von Sinnen sind über den Andrang von so viel Entfaltung und Leben. Es treibt sie heraus aus ihrem Schattenversteck, um zu geniessen und zu umfassen, und hält sie zurück bei ihrer fieberischen Arbeit. Sie empfinden, dass es eigentlich schrecklich ist sich hier mit seinem eigenen Bisschen zu beschäftigen statt in der Sonne herumzustreifen, aber sie scheuen die Gewalt dieses Opferfestes in einem Landgarten, der in Blüten steht.

»Ich hab' noch eine geheime Nuss ausserdem, für mich allein«, sagt Luise.

»Das wird wohl eine ganz kleine Nuss sein, sonst hättest du sie schon erzählt«, sagt Wilma.

Luise starrt in die enge, nasse Verworrenheit des grossen Jasmingebüsches; ein paar Jasminblüten sieht sie in Profilansicht, andre von rückwärts, über und neben einander bis zur Erde. »Ja, ich hab' doch eins, was Furchtbares. Das ist so etwas, dass es zu viel ist, so gross«, sagt sie mit leerem Tonfall.

Wilma fragt nicht und blickt seitwärts, es quält sie mehr als das Geheimnis, ob sie die Tausendschönchen einzeln aufrichten soll.

»Neulich, als ich mit Bruder Alex zur Bahnstation fuhr, du weisst, die Ferien waren zu Ende, da hab' ich so etwas erlebt, was zu viel ist.« Luise ver-

ändert ihre Fussstellung und legt den Handrücken an die Stirn. Die Erinnerung quillt da so stark empor, dass sie den Jasminduft übertäubt und die Bläue zu Häupten gleichgültig macht.

Wilma hat eine misstrauische dunkle Erwartung. Ihr geht so mancherlei durch den Kopf. Mit einem forschenden Aufblick fragt sie: »Was denn Schreckliches?«

Luise blickt ganz straff auf einen Punkt. Sie erzählt: »Auf dem Nachbarhauseweg hab' ich ihn gesehen, nahe vor Lapritz, da hab' ich es gesehen, einen Mann, der lag auf der Chaussee und war überfahren. Sein Kopf war überfahren, ich habe sein Gehirn gesehen, es lag im Blut auf der Strasse. Der Mann hatte ein blaues Hemd an«

»O Luise! Was tattet ihr?«

»Wir fahren vorbei. Ich sagte zum Kutscher: »Paul, o Gott, Paulus!« und stand im Wagen auf und betete. Paul sah kaum zur Seite und fuhr vorbei.«

»War er denn allein, der Tote? . . . Ich meine«

»Es war ein Mann, der eine Steinfuhre lenkte. Zwei solche Fuhren standen da, beide hielten, die ohne Fuhrmann stand seitwärts, die Pferde nagten an einem Baumstamm. Der andere Kutscher hielt ein paar Schritte davon, er stand an seinem Wagen und knüppelte an seiner Peitsche.«

Wilma seufzt.

»Wir fahren weiter in das Dorf hinein, durch das Dorf und in den Erlenwald«, erzählt Luise, die Jasminolden mit starrem Gram fixierend. »Ich meinte, es müsste etwas geschehen. Ich meinte, es müsste aus dem Walde ein Engel kommen und ein Wort sagen. Ich meinte, ich müsste nach ihm schreien, bis er käme; dann müsste ich selber zurück, den Engel an der Hand geklammert, zurück zu der entsetzlichen, hellen, leeren Chaussee, wo der Mann auf dem Bauch lag, mit zerbrochenem Kopf, und sein Blut im Staub, und eine Schale darin, sein Gehirn auf den Steinen. Wie konnte das sein, wenn alles so leer blieb und wie gewöhnlich, und kein Engel kam, der ein Wort sagte? Ich meinte, wenn nun nichts geschieht, dann möchte ich, dass auch mein Kopf zerbräche, dann wollte ich auch daliegen. Es kam kein Engel — der Wald hörte auf«

»Was tat Paul?«

Luise besinnt sich; sie atmet durch den rundgeöffneten Mund die Luft ein, die nichts ist als das Liebesopfer der trocknenden blühenden Sträucher: »Der sah sich einmal um mit einem ganz elenden, kleinen Gesicht. Dann langte er die Peitsche heraus und gab den Pferden eins, damit wir schneller nach Hause kamen. Ich sagte zu Hause, die Sonne sei so arg gewesen, und solch ein starker Wind auf der Chaussee, ich hätte Kopfschmerzen . . . Dass es grade der im blauen Hemd war, der da auf der Strasse lag . . . , es ist zu viel. Nur wenn es furchtbar gewittert, kann ich es begreifen.«

»Wie grade der im blauen Hemd? War es denn einer, den du kanntest? Einer von unsren früheren Leuten etwa?«

Luise sieht die Schwester mit dem ergriffenen Ausdruck eines Menschen an, der von tiefer Qual weiss und Jasminblüten nahe hat und unter einem strahlenden geläuterten Sommerhimmel steht. »Auf dem Hinweg hatte ich den Mann gesehen«, erzählt sie. »Alex und ich sassen still im Wagen und sahen uns alles an, was zu sehen war. Noch auf dem Feldweg holten wir Steinfuhren ein.

Es kam so, dass Paul anhielt, um sie vorbei zu lassen. Sie hatten schwere Last und quälten in tiefen Gleisen. Da sah ich den Mann, der ein blaues Hemd an hatte. Ich sah ihn an, als er vorbeifuhr, und er sah mich an. Er war lang und jung und hatte grade Schultern. Sein Hemd gefiel mir, nein, seine Brust darunter. Er sah mich an und ich wurde rot, weil er so ruhig war wie ein Baum oder ein Stein. Ich wurde so rot, dass ich dachte, mein Gesicht müsste Flammen schlagen. Mir wurde so weh, wie noch nie im Leben, ich war so unzufrieden mit mir, als sässe ich arm und ein Nichts im Wagen, und ich sass doch in einem feinen Wagen, und er ging zu Fuss, er ging' zu Fuss, barfuss, die Stiefeln auf der Schulter, mit der Leine in der Hand, die aus Stricken gemacht war mit vielen Knoten, und seine Pferde waren trocken, eins grösser als das andere. Er ging zu Fuss mit nacktem Hals und, mir war's so weh, als hätte er allen Vorzug der Welt, als könnte er gradwegs um die Welt herumgehen, ohne seinen Blick zu verändern. Mir war so, als müsste ich aus dem Wagen springen und auf die Wegkante steigen, um nur noch zu sehen, wie er sich hielt und ging, und dann musste ich in die Kniee sinken und weinen — über, ich weiss nicht, ein Unrecht oder eine Wonne. Und ich schämte mich doch so vor ihm wegen des Blicks, dass ich froh war, als wir fort kamen. Es war so schrecklich zu denken, dass er alles wusste, was ich dachte, und noch mehr, was ich selber nicht weiss . . .« Luisen zittern die Lippen.

»Das war wohl ein wunderschöner junger Mann«, sagt Wilma mit einem verlorenen süssen Lächeln in ihrem weissen Gesicht.

»Ich weiss nicht«, sagt Luise finster und spröde. Und wie sie sich umsieht, schwindelt ihr der Kopf. Es ist als ob in dem Schatten der Gebüsche Feuerlilien wachsen, gefleckt mit breit offenen Mündern, aus denen gierige Staubfäden hängen. Und rote runde Flecke liegen da auf dem Grund und bewegen sich, als sei es unerhört vergossenes Blut, das sich wundert und Leben sucht. Die Blätter drücken sich eng zusammen um ein zartes weiches Geheimnis, es fallen Tropfen mit leisem Laut und breiten sich auflächelnd über das beglückte Blatt.

Den Schwestern wird angst. Sie fahren aus dem Gärtchen heraus, als würfe sie eine Welle in sinnloser Wucht vor sich her in die Sonne. Sie stürmen um das Gebüsch herum auf den freien Rasen. Die Halbkugelwand aus lila und weissen Blüten zieht sie zu sich heran. Sie reissen sich Jasminstengel ab von der Fülle, die bis auf den Boden herab ihre weissen flachen Becherdolden darbietet. Sie stecken ihre Gesichter in den betäubenden Odem, und ihre Lippen nagen an den weissen Blättchen. Sie springen und jauchzen und strecken die Arme in die Luft, um von weitem dem krausen Flieder Liebe zu erzeugen. Sie tanzen an einander vorbei, ohne sich zu streifen, und werfen sich mit atemlosen Gelächter auf die Gartenbank, mit ihren schwächtigen Armen die Lehnen umschlingend.

Da, was klebt da Weisses an dem Jasminstengel, das keine Blüte ist? Ein Schmetterling, ein ganz gewöhnlicher Kohlweissling, der im Regen ertrunken ist. Mag er tot sein, fort mit ihm! O, er bewegt sich. Das Ding ist seltsam und ärgerlich, es sind zwei Schmetterlinge, die zusammengehören, ein Ding mit vier Flügeln.

Die Zehenspitzen gestreckt, die Arme fest an den Körper gedrückt, die Hände unter dem Kinn verschlungen, so blickt Luise betreten und erregt auf das

Phänomen in Wilmas Hand. »Gib es, nicht tot machen!« sagt sie mit schmerzlicher Glut, ohne recht zu wissen, dass sie etwas sagt. »Nicht tot machen! Gib's mir, ich hab so Furchtbares erlebt, mich kehrt es nicht.« Ihre schmale Hand streckt sich behutsam aus.

»Fliegt, wenn ihr könnt, ihr Armen!« Wilma wirft das Ding mit einer verächtlichen Geberde in die Höhe. Das weisse Paar lebt in dem Moment ganz auf, wo es frei in der Luft hängt. Luise und Wilma sehen seinem einmütigen Flattern in dem unendlichen blauen Glanz mit vor Licht geblendeten Augen nach.

XX

EDMUND FISCHER · FRANZ JOSEF EHRHART



IE eine Kulturentwicklung ihren weithin sichtbarsten Ausdruck durch die von ihr hervorgebrachten Geistesgrößen erhält, in denen sich gleichsam die gesamte Kultur einer Epoche kondensiert, so lässt sich auch die Entwicklung der Arbeiterklasse am deutlichsten an den Persönlichkeiten messen, die aus ihr heraus wachsen. Wie kein anderer verkörperte Franz Josef Ehrhart die geistige Entwicklung der Arbeiterklasse sowohl als auch der Arbeiterbewegung, der Sozialdemokratie.

Eine Volksbewegung, eine politische Partei erzeugen nicht eigentlich Persönlichkeiten; denn die Individualität ist immer eine Wesensart und daher angeboren. Aber ihre Äusserung und Weiterbildung wird bestimmt von der Atmosphäre, in der sie sich bewegt, und von den Aufgaben, die ihr gestellt werden. Ehrhart war eines jener *enfants naturels de la patrie*, wie sie die französische Nationalversammlung durch ein Dekret vom 4. Juli 1793 getauft hat, ein natürliches Kind des Vaterlandes, das der Gesellschaft gehört. *Gemeindekinder* nennt man sie in Deutschland noch vielfach, weil die Gemeinde sie erhalten, erziehen lassen muss. Als das uneheliche Kind einer armen Magd in Eschbach in der Rheinpfalz am 6. Februar 1853 geboren, wurde er im 11. Lebensjahr von der pfälzischen Dorfgemeinde nach Fürth in Bayern abgeschoben, der Heimatgemeinde seiner Mutter, weil diese das Ziehgeld für den Jungen nicht mehr aufbringen konnte. Die Kommune Fürth hat ihn nun in Pflege gegeben: *Heimat* und *Familie* sind dem jungen Franz Josef unbekannte Begriffe gewesen. Die Armut hat er in seiner Kindheit in ihrer schlimmsten Form zu kosten bekommen. Als er nach Verlassen der Volksschule Lehrling in einer Tapeziererwerkstätte geworden war, erzählte ihm ein Geselle vom Sozialismus. Wie dies neue Evangelium von der Gleichheit und Brüderlichkeit aller Menschen unter solchen Umständen auf den aufgeweckten Jungen gewirkt haben mag, wie die Vorstellung dessen, dass die Armut beseitigt, die ganze Menschheit eine einzige Familie bilden werde, das junge Herz in seinen tiefsten Tiefen erfassen musste, ist leicht erklärlich. Der Tapeziererlehrling schmuggelt sich nun in die sozialdemokratischen Versammlungen, besucht auch die Vorträge der freireligiösen Gemeinde und als er seine Lehrzeit beendet, hatte er nicht nur ein Handwerk erlernt sondern sich auch bereits eine politische Überzeugung, eine eigene Weltanschauung gebildet. Im Jahre 1872, 19 Jahre alt, wurde Ehrhart eingeschriebenes Mitglied der Partei, und mit dem ganzen Feuereifer der jugendlichen Begeisterung widmete sich der

junge Handwerksgeselle nun der Agitation, der Verbreitung der sozialistischen Lehre. Schon ein Jahr später stand er vor den Schranken des Schwurgerichts in Mannheim, vor das ihn der Staatsanwalt von Marschall wegen eines Pressvergehens zitiert hatte.

Ehrhart gehörte zu den *Eisenachern* und wirkte bis zum Jahre 1877 in Mannheim; von dort ging er nach London, wo er bald zu den eifrigsten Mitgliedern des *Kommunistischen Arbeiterbildungsvereins* gehörte. Zwei Jahre später finden wir ihn Paris, von wo er, im Jahre 1880 ausgewiesen, wieder nach London zurückkehrte. Im *Kommunistischen Arbeiterbildungsverein* in London und im *Deutschen Leseklub* in Paris herrschte noch der alte kommunistische Geist. Revolutionäre aus den verschiedensten Ländern, Deutsche, Österreicher, Schweizer, Russen, Dänen usw., fanden sich da zusammen. Aber auch an Spitzeln fehlte es nicht. Denn hier konnte eine freie Sprache geführt werden, und das Revolutionäre in der sozialistischen Bewegung sahen wir damals ja alle noch nicht nur im Ziel sondern auch in den Mitteln. Der *Tag* war nicht mehr fern, an dem das alte morsche Gebäude der kapitalistischen Gesellschaft zusammenbrechen musste. Diesen *Tag* erwarteten wir, und unser ganzes Wirken war darauf gerichtet diesen Tag der Befreiung, diesen Tag der sozialen Revolution, der uns die sozialistische Gesellschaft bringen sollte, vorzubereiten. Im *Deutschen Leseklub* in Paris diskutierten wir einmal drei Nächte hindurch über die Frage, ob in der sozialistischen Gesellschaft die deutsche, englische oder eine noch zu erfindende Weltsprache eingeführt werde. Mit einem Eifer und einer Leidenschaftlichkeit wurde über dieses Problem gestritten, als gäbe es augenblicklich nichts Wichtigeres zu tun als sich darüber einig zu werden, um in den nächsten Tagen an die Ausführung des zu fassenden Beschlusses gehen zu können. Als am dritten Abend, nachts 2 Uhr, der Vorsitzende Thies — er ist jetzt Gewerkschaftssekretär in Bern — konstatieren konnte, die Mehrheit habe sich für die englische Sprache als Weltsprache der sozialistischen Gesellschaft entschieden, habe ich junger Mensch von 19 Jahren das im Stillen sehr bedauert, weil ich damals die deutsche Sprache für die schönste hielt, zumal ich auch kein Wort Englisch konnte, und Madame Sybille Hess am Schluss unseres Diskussionsabends, wie regelmässig, uns mit der Ansprache begeisterte: »Sozialdemokraten, der Tag ist nicht mehr fern . . .«

An diesen *Tag* haben wir damals in der Partei so ziemlich alle geglaubt. Noch im Jahre 1891 auf dem internationalen Kongress in Brüssel hat Bebel ihn uns in einer Sitzung der deutschen Delegation prophezeit. Er sei nicht mehr jung, sagte er, aber er wolle den Tag noch erleben, an dem wir die sozialistische Gesellschaft errichten. Es gäbe keinen wirtschaftlichen Aufschwung mehr, meinte er, wir seien mitten in der permanenten Krisis und nach einigen Jahren werde das Heer der Arbeitslosen nach vielen Millionen zählen. Und dann . . . Nur ein *Unabhängiger* hat dieser Anschauung widersprochen, und er bekam dafür die Antwort, er möge sich einmal auf die Hosen setzen und erst etwas lernen.

Wir müssen heute zugeben, dass unsere Anschauungen allgemein vor 30 und noch vor 20 Jahren ganz andere waren als heute. Damals waren wir allerdings Revolutionäre im wahren Sinne des Wortes, von einer Revolution erwarteten wir alles, und wir rüsteten uns zu einem solchen grossen Entscheidungskampfe. Aus dieser Situation heraus erklärt es sich, warum es damals

viele junge, eifrige Sozialisten nach Paris oder London zog. Der Kampf musste sich ja gleichzeitig in allen Ländern vollziehen, und besonders Paris war die Stadt der Revolution *par excellence*. Ich weiss nicht, ob auch Ehrhart zu diesem Zwecke nach Paris ging, er wollte jedenfalls die Welt sehen, neue Eindrücke, Kenntnisse und Erfahrungen sammeln. Und dass er gerade in Paris und London ein so reiches Tätigkeitsfeld fand, obwohl er ja an der sozialistischen Bewegung des Landes selbst wenig Anteil nehmen konnte, lag in den angeführten Verhältnissen begründet.

In London gehörte Ehrhart zu den Gründern der *Mostschen Freiheit*. Ja, wie er öfters erzählte, ging die Idee dieses Blatt zu gründen überhaupt von ihm aus. Er überzeugte Most von seinem Plan, als dieser in London, auf der Reise nach Amerika begriffen, einige Tage bei Ehrhart wohnte und mit diesem das Bett teilte. Ehrhart war es auch, der nach einem Vortrage Mosts die Gründung der *Freiheit* beantragte, was von der Versammlung mit Jubel aufgenommen wurde. Bereits 8 Tage später erschien die erste Nummer. Ehrhart war der Verleger und der fleissigste Mitarbeiter des Blattes, und er organisierte auch zuerst die Verbreitung. Auf einer Reise durch Deutschland, die er unternahm, um hier den Absatz zu organisieren, wurde er in Mannheim verhaftet und zu 3 Monaten Gefängnis verurteilt. Während dieser Zeit wurde er aus der *Freiheit*, deren Lektüre man ihm gestattet hatte, gewahrt, dass Most mittlerweile ganz ins anarchistische Lager abgeschwenkt sei, worauf er sich sofort von ihm lossagte. Nachdem Ehrhart seine Strafe verbüsst hatte, verlegte er sein Tätigkeitsfeld nach Paris.

Als ich Ende 1882 dem *Deutschen Leseklub* in Paris beitrug, war Ehrhart längst nicht mehr in Paris; er war im Jahre 1880 mit noch 67 Genossen von dort ausgewiesen worden. Aber einige der Ausgewiesenen, darunter Sybille Hess, waren bereits wieder nach Paris zurückgekehrt, und das Ereignis, wegen dessen die Ausweisung erfolgte, ward im Leseklub wieder lebhaft besprochen. Es handelte sich um eine Gerichtssitzung in der Wohnung Ehrharts, in der über einen Spitzel namens Lehmann erst die Todesstrafe beantragt, dann aber schliesslich eine andere Strafart beschlossen worden war. Lehmann wurde zu einer kleinen Feier eingeladen, bei der Ehrhart in einer *Festrede* die gesamten Schurkereien des direkt vor ihm sitzenden Lehmann erzählte. Lehmann wurde dann halbtot geprügelt und auf eine finstere Gasse zur Hintertür des Lokals hinausgeworfen. Die *Gerichtssitzung* in Ehrharts Wohnung war der Polizei aber bereits von einem andern Spitzel hinterbracht worden, und so setzte nun die Verfolgung einer grossen Anzahl deutscher Sozialisten in Paris ein, von denen 68 ausgewiesen wurden. Ehrhart, dem die Ausweisungsordre niemals hat zugestellt werden können, weil er in Paris seine Wohnung schleunigst verliess, ging wieder nach London, wohin ihm der Ausweisungsbefehl nachgeschickt wurde, dessen Annahme er aber verweigerte.

In London fühlte sich Ehrhart indes nicht mehr wohl. Im Jahre 1882 verlegte er seinen Wohnsitz nach Ludwigshafen, wo er bis zu seinem Tode lebte und für seine Überzeugung wirkte, allerdings zumeist in ganz anderer Art als es ihm bisher möglich war. Von seinem 19. Lebensjahr ab hat Ehrhart sein ganzes Sinnen und Trachten, seine ganze Tätigkeit ausserhalb der Berufsarbeit der sozialistischen Bewegung gewidmet, hingebend, uneigennützig und immer von dem Streben erfüllt das Ziel bald erreicht, Erfolge zu sehen.

Er schrieb kleine Flugschriften und verbreitete sie selbst, er zog auf die entlegensten Dörfer, um da Anhänger zu gewinnen, und er verrichtete jede Arbeit, durch die er der Sache nützen konnte. Er half in Paris einen Petitionssturm organisieren, um den russischen Attentäter Leo Hartmann zu befreien, den die französische Regierung hatte verhaften lassen; er setzte in London seine ganze Person ein, um die deutschen Streikbrecher zu vertreiben, die den englischen ausständigen Steinmetzen in den Rücken gefallen waren, und er rief zur Gründung der *Freiheit* auf, als er glaubte, in der Sozialdemokratie Deutschlands griffe Energielosigkeit Platz. Er ist Revolutionär, bereit jederzeit auf die Barrikade zu steigen, wenn die entsprechende Situation gekommen ist, aber er trennt sich auch sofort von seinem Freunde Most, als dieser Wege geht, die seiner Überzeugung widersprechen. Er verlangte den rücksichtslosesten Kampf unter dem Sozialistengesetz gegen die Unterdrücker: die Partei müsse *ruppiger* werden, hat er bekanntlich auf einem Parteitag gesagt. Aber er zieht auch sofort die Konsequenzen für die Taktik und die Ausdrucksweise, als sich die Sozialdemokratie aus einer revolutionären Sekte zu einer breiten mächtigen Bewegung entwickelt hatte, die in praktischer Mitarbeit die Gesellschaft umzuformen strebt, die nicht mehr auf den kommenden Tag wartet und ihren revolutionären Charakter nur noch im sozialistischen Endziele sieht, das nur das Resultat einer allmählichen Umgestaltung sein kann.

Im Jahre 1889 wurde Ehrhart in den Stadtrat von Ludwigshafen gewählt. Und hier in der Kommune hat er nun seine unermüdlichste Arbeit geleistet, sehr bald erkennend, dass von allen praktischen Arbeiten die Kommunalpolitik die wichtigste ist. Hier wird aufgebaut, umgestaltet. Hier lässt sich etwas schaffen. Und Ehrhart hat eine ungeheure Arbeit in den 19 Jahren seiner kommunalen Tätigkeit geleistet. Vom Jahre 1893 ab gehörte er auch dem bayerischen Landtage und seit 1903 dem Reichstage an. Überall war aber auch sein Streben dahin gerichtet praktische Erfolge zu erzielen, etwas zu schaffen, das die Lage der Arbeiter verbessert, oder unsere politischen Verhältnisse freiheitlicher gestaltet. Phrasen waren ihm verhasst, und so sehr sein früheres revolutionäres Wirken der damaligen Zeit entsprechend war, so überzeugt war er in dem letzten Jahrzehnt, dass der Sozialismus nur durch praktische Reformarbeit im sozialistischen Geiste aufgebaut werden könne. Und deshalb schreckte er auch vor einem Kompromiss nicht zurück, wenn dabei für die Sozialdemokratie oder für die Arbeiter ein Vorteil herausrang. Es war ihm eine Genugtuung, wenn er erzählen konnte, wie er in der Nähe der Kaisergrüfte im unterirdischen Gewölbe des Domes zu Speyer den Wahlkompromiss mit dem Zentrum vereinbarte. Der politische Erfolg des damaligen Kompromisses liegt heute offen zu tage.

An den theoretischen Auseinandersetzungen in der Partei hat Ehrhart zwar keinen regen Anteil genommen, aber er hat gelegentlich im Ludwigshafener Parteiblatt das Wort dazu ergriffen und dann keinen Zweifel darüber gelassen, dass sein realpolitisches Wirken ganz und gar die Konsequenz seiner theoretischen Überzeugung war, und er darin den einzigen Weg zum Ziele sah. Jedenfalls aber hasste er jedwede Intoleranz, und es waren die einzigen Gelegenheiten, bei denen er *saugrob* werden konnte, wenn sich die Unduldsamkeit breit machte.

Ehrhart war auch ein prächtiger Mensch. Seine Biederkeit, Gradheit und Offenheit zeigten sich prägnant an einem kleinen Gefängnisserlebnis, das er in Gesellschaft gern und oft erzählte. Als er in jungen Jahren wegen seiner politischen Tätigkeit im Gefängnis zu Mannheim sass, hatte er es dort sehr gut. Die Tochter des Gefängnisverwalters brachte ihm das Essen in die Zelle, und die beiden jungen Leute lernten sich näher kennen. Eines Tages lässt sich der Gefangene Ehrhart zum Verwalter führen, und als dieser nach seinem Begehren fragt, hält er allen Ernstes um die Hand der Tochter an. Der Verwalter aber hatte offenbar kein Verständnis für diese Ehre und schickte seinen Sträfling unwirsch in die Zelle zurück. Ehrharts fröhliches Gemüt und urwüchsiger Humor zeigte sich in jeder Lage und im ernstesten Kampf und verhalf ihm auch im heftigsten Streit mit seinen Gegnern nicht selten zum Sieg.

36 Jahre hindurch hat das unermüdliche sozialistische Wirken Ehrharts ununterbrochen gewährt. Was er in dieser Zeit in der Agitation und Organisation, im Gemeinde-, Landes-, und Reichsparlament geleistet hat, kann hier nicht einzeln aufgezählt werden. Ein reiches Leben nahm seinen Abschluss, als er am 20. Juli plötzlich seiner Familie, seinen Freunden und der sozialistischen Bewegung entrissen wurde.

XX

RUNDSCHAU

ÖFFENTLICHES LEBEN

Wirtschaft / Richard Calwer

Geldmarkt Im laufenden Jahre ist auf dem Geldmarkt eine zunehmende Erleichterung eingetreten, die sich in einer Verbilligung des Geldleihwertes äussert. In Deutschland vollzieht sich aus einer Reihe von Gründen die Erleichterung am Geldmarkt etwas langsamer: Einmal sind die Ansprüche von Industrie und Handel nicht so plötzlich und gewaltig zurückgegangen wie zum Beispiel in Grossbritannien und in den Vereinigten Staaten von Amerika, sodann haben einer raschen Erleichterung vor allem die grossen Anleihebedürfnisse des Reiches und Preussens entgegengewirkt, die gerade zu der Zeit befriedigt wurden, als der Erleichterungsprozess seinen Anfang nahm. Die staatliche Finanzpolitik hat ihre Dispositionen ohne Rücksicht auf die Gestaltung der wirtschaftlichen Lage Deutschlands getroffen. Wenn im laufenden Jahre die Unternehmungslust im Baugewerbe sich gar nicht heben will, so ist ein Grund dafür eben in der starken Inanspruchnahme des Geldmarkts durch das Reich und Preussen zu suchen. Die Hypothekenbanken, die Hauptgeldgeber für das Bau-

gewerbe, können keine neuen Pfandbriefe im Publikum unterbringen. Infolgedessen fehlen ihnen die Mittel, ohne die eine regere Bautätigkeit nicht in Gang zu bringen ist. Allerdings, so weit hat die Erleichterung am Geldmarkt doch schon durchgegriffen, dass der Geldleihwert erheblich niedriger ist als noch vor 7 bis 8 Monaten. Hand in Hand mit der Verbilligung des Geldes ging und geht aber eine deutliche Erholung des Kursniveaus der Börsenwerte, vor allem der festverzinslichen Papiere. Es stellte sich nämlich der Durchschnittskurs für die festverzinslichen Werte an der Berliner Börse wie folgt:

Jahr	1907	1908	Spannung
Januar	93,22	91,24	-1,98
Februar	92,77	90,64	-2,13
März	91,85	90,88	-0,97
April	91,48	90,22	-1,26
Mai	90,67	90,89	+0,22
Juni	90,28	90,70	+0,42
Juli	90,00	90,84	+0,84

Stand im Februar der Durchschnittskurs noch um 2,13 % des Nominalkapitals unter dem Niveau des Vorjahres, so hat sich bis Ende Juli die Bewertung so gebessert, dass der Kurs 0,84 % über dem Stande von 1907 angelangt ist. Diese aus

der Verbilligung des Geldes resultierende Bewegung hat den Börsenverkehr schon merklich belebt. Auch die Dividendenwerte haben an der Erholung schon etwas teilgenommen, wenn auch bei ihnen der ungünstige Stand des Beschäftigungsgrades in Industrie und Handel noch sehr stark einer Erholung entgegenwirkt.

×
**Roheisen-
syndikat**

Die Aussichten für die Bildung eines einheitlichen deutschen Roheisensyndikats haben sich in letzter Zeit wieder verschlechtert. Die beiden Werke, für die der Fürst Donnersmarck die Parole ausgibt, wollen dem neuen Syndikate nicht beitreten. Es war zu erwarten, dass das Eisenwerk *Kraft* in Stettin wie bisher einem Syndikat nicht würde beitreten wollen, da dieses Werk auch ausserhalb des Syndikats sehr gut prosperierte. Es konnte nämlich alle die Vorteile der Marktlage, die durch das Vorhandensein der Syndikate sich boten, ausnutzen, ohne die Pflichten und Lasten der Organisation tragen zu müssen. Das *Kraftwerk* befand sich in der nämlichen Lage wie Arbeiter eines Ortes, die ausserhalb ihrer Organisation stehen, aber doch an den Erfolgen der Organisation Anteil nehmen, ohne den Kämpfen der Organisation ausgesetzt zu sein. Immerhin, für das *Kraftwerk* konnte man die Weigerung noch verstehen dem neuen Syndikate beizutreten. Aber ganz anders liegt es bei der *Niederrheinischen Hütte*, die auch Fürst Donnersmarck beherrscht. Dieses Werk weigert sich zwar nicht förmlich beizutreten, stellt aber so exorbitante Forderungen für seinen Beitritt, dass an eine Erfüllung nicht zu denken ist. Fürst Donnersmarck ist unseres Wissens 78 Jahre alt, und da liegt es nahe anzunehmen, dass ein Mann in diesen Jahren sich nicht mehr in die modernen Aufgaben unserer Industrie und vornehmlich unserer Eisenindustrie hineinzuleben vermag, dass er vielleicht es für ein gutes Werk hält ein einheitliches deutsches Roheisensyndikat zu verhindern. Natürlich ist dieser Standpunkt ebenso kurzfristig wie egoistisch. Unsere Eisenindustrie muss sich im Hinblick auf den Wettbewerb Grossbritanniens und Amerikas notwendigerweise enger zusammenschliessen, und jede Zersplitterung ist im Interesse der deutschen Volkswirtschaft möglichst zu vermeiden. Das bisherige Vorgehen der vom Fürsten Donnersmarck beherrschten Werke hat natürlich zur Folge gehabt, dass auch andere Werke Freiheitsgelüste

spüren und gleichfalls mit Forderungen herauskommen, ohne deren Bewilligung sie dem neuen Syndikate nicht beitreten wollen. Wenn infolge dieser auseinandergehenden Interessen es jetzt nicht mehr gelingen sollte das Syndikat zu stande zu bringen, so würde die Verantwortung dafür den Fürsten Donnersmarck treffen. Die Folge aber wäre eine Zerrüttung des deutschen Eisenmarktes, unter der nicht nur die bisher syndizierten sondern auch die Werke des Fürsten Donnersmarck ganz empfindlich zu leiden haben würden. Vielleicht, dass dieses Ende doch noch durch ein Einlenken des Fürsten Donnersmarck verhütet wird.

×
**Brot- und
Fleischpreise**

Es ist kürzlich in der Tagespresse wiederholt darauf hingewiesen worden, dass zwar das Preisniveau im Grosshandel schon seit einiger Zeit nach unten zeigt, dass aber im Detailverkehr vielfach noch überaus hohe Preise festgehalten würden. Ganz besonders gelte das letztere für Brot und Fleisch, Back- und Wurstwaren. Gegen diese Feststellung regte sich die Opposition der Bäcker und Fleischer, die sich den Vorwurf einer Überteuering des Publikums nicht gefallen lassen wollen. Von seiten der Bäcker namentlich wird ausgeführt, dass sie mit den Brotpreisen sehr viel später in die Höhe gegangen seien als der Grosshandel mit den Getreidepreisen, und dass sie daher auch nicht so rasch einer Ermässigung der Getreidepreise folgen könnten. Diese Verteidigung stimmt nicht. Gewiss sind die Brotpreise sehr viel später als die Getreidepreise in die Höhe gegangen, aber nur weil die Mehlpreise der Steigerung der Getreidepreise nicht sofort folgten. Als die Mehlpreise heraufgingen, da folgten dann auch sehr rasch die Bäcker mit höheren Brotpreisen. Im umgekehrten Falle hätten also die Bäcker nur dann ein Recht mit den Brotpreisen teuer zu bleiben, wenn Mehl nicht billiger geworden wäre. Tatsächlich ist aber Mehl, vor allem Roggenmehl, schon merklich niedriger im Preise. Dass es vielfach den Bäckern schwer wird mit den Brotpreisen herabzugehen, mag zugegeben werden, da sie Mehlabschlüsse noch zu höheren Preisen laufen haben. Aber dass darunter die Konsumenten bei der jetzigen Depression zu leiden haben sollen, das kann von den Bäckern nicht verlangt werden. Auch die Bewegung der Fleischpreise schmiegt sich viel zu wenig rasch den Ermässigungen der Preise auf

den Schlachtviehmärkten an. Wenn von den Fleischern geltend gemacht wird, nur in den Grosstädten seien die Fleischpreise infolge des verwöhnten Geschmacks des Publikums noch so sehr hoch, so stimmt dies nicht. Auch in kleineren Städten sind die Fleischpreise meist noch immer recht hoch.

× **Kurze Chronik** Zwischen der *Benrather Maschinenfabrik, der Märkischen Maschinenbauanstalt* und der *Duisburger Maschinenbau A. G.* wurde eine Interessengemeinschaft geschlossen. Ebenso zwischen der *Berliner Terrain- und Bau A. G.* und der *Boswau & Knauer G. m. b. H.* × Am 21. Juli stellte die Solinger Bank ihre Zahlungen ein. × Am 5. August unternahm Graf Zeppelin eine grosse Fernfahrt nach Mainz, die am 6. nach einer glücklichen Landung bei Echterningen leider damit endete, dass das Luftschiff ein Raub der Flammen wurde. × Am 10. August wurde das oberschlesische Roheisensyndikat auf ein Jahr verlängert.

× **Literatur** Eine kurze Wirtschaftsgeographie Deutschlands bietet Professor Dr. A. Zweck in der Schrift *Deutschland nebst Böhmen und dem Mündungsgebiet des Rheins* /Leipzig, Teubner/. Die geographische Gestaltung des Landes wird als Grundlage für die Entwicklung von Handel, Industrie und Ackerbau dargestellt. × Auf die aktuelle Frage der Reichsbankverfassung kommt Paul Steller (*Die Wendung in der deutschen Geld- und Bankfrage* /Köln, Neubner/) zu sprechen. × *Lebens- und Gesellschaftsfragen* betitelt sich eine neue Sammlung kurzer Broschüren, die im Verlag von P. Knepler in Wien erscheint. Das 2. Heft betitelt sich *Der Weg zum Erfolg* (von Dr. E. Striver), das 3. Heft *Die wirtschaftliche Gesundung der Bevölkerung* (von Dr. Volkmann).

Politik / Max Schippel

Blockpolitik Die Kandidatur des Grafen Posadowsky für Nationalliberale und Zentrum im alten Ehrhartschen Reichstagswahlkreis ist allem Anschein nach unwiderruflich gescheitert. Zusammen mit anderen Vorgängen der letzten Zeit liess sie jedoch deutlich eine parteipolitische Strömung durchblicken, die man nicht aus dem Auge verlieren sollte. Schon eine seit

längerer Zeit sich hinziehende Pressdebatte, an der sich besonders Dr. Julius Bachem und Erzberger beteiligten, zeigte offenkundig, dass sich das Zentrum im Schmollwinkel sehr unglücklich fühlt, und dass man für das ersehnte Wiedernäherrücken an die Seite der Mehrheit nur über die notwendige äusserliche *Genugtuung* für erlittene Unbill und über das bestimmtere Ziel der einzuschlagenden Versöhnungstaktik nicht recht klar war. Ersatz des ausgeschalteten oder sich selbst ausschaltenden Linksliberalismus im Block durch das Zentrum oder Erweiterung des unveränderten Blockes durch die Zentrumsleute? das ist die Frage. Begreiflich, dass es das Zentrum mit der Entscheidung im Augenblick noch nicht besonders eilig hat, dass es vielmehr abzuwarten sucht, wie sich die parlamentarische Lage und die Stellung der Regierung bei der Reichsfinanzreform gestaltet. Die Erzberger-Bachemschen Genugtuungsvorschläge grenzen allerdings zunächst an das Unmögliche: Der Blockreichstag selber soll durch Aufnahme eines Zentrumsmitgliedes in das Präsidium die Friedensflagge aufziehen. Von Geschäftsordnungshindernissen ganz abgesehen, hiesse das, für den Block, den Bankrott erklären, ehe man die Hauptposten der Bilanz überhaupt übersehen kann, wie sie sich erst im Zusammenhang mit der Reichsfinanzreform herausstellen können und müssen. So eilig hat man es auch im Block noch lange nicht. In der bittersten Bedrängnis bleiben freilich auf jeden Fall die Freisinnigen, die als kleine Partei höchstens dann energischer aufzutumpfen vermöchten, wenn sie wirklich und zwar dauernder unentbehrlich wären. Aber das sind sie, wie die letzte Pressdebatte von neuem lehrt, eben nicht, nicht einmal, wie sie gern glauben, für den Fürsten Bülow. der seinerzeit das Zentrum geradezu als langjährige Verkörperung eines vorbildlichen Blocks von demokratischen, liberalen und konservativen Elementen feierte, und der die persönlichen Verstimmungen zwischen Regierung und Zentrum, wenn er will, sicherlich beseitigen könnte. Herr von Zedlitz-Neukirch führte das denjenigen Liberalen, die nach seiner Meinung allzu hohe Forderungen stellen, neulich ganz zynisch-rücksichtslos zu Gemüte: sie dürften es alsdann den Konservativen wirklich nicht verargen, wenn sie sich nach einem Kampfgenossern umsehen, der seine Mitwirkung an für sie weniger lästige Bedingungen

knüpft. Das Zentrum zielt sich vorläufig noch; das ist ja aber seine Art. Es wird, wenn es gilt, schon die Liberalen zu unterbieten wissen.

X
Kongo

X

Mit überraschend grosser Mehrheit (83 gegen 55 Stimmen bei 9 Stimmenthaltungen) hat am 20. August die belgische Abgeordnetenversammlung die Angliederung des Kongostaates beschlossen. Die blosse Personalunion, verkörpert in dem geschäftsgerissenen Könige Leopold, hat aufgehört. Der bisher selbständige, in seinen Wirtschaftsgrundlagen allerdings international, durch die Kongokonferenz von 1884-1885, stark gebundene Afrika-staat, in seiner Ausdehnung ein zweites Indien, ist zur Kolonie des räumlich hundertfach kleineren Europastaates geworden.

Trotz der meist ablehnenden Haltung unserer belgischen Parteigenossen — nur Vandervelde und Terwagne billigten die Übernahme, waren aber bei der Abstimmung abwesend — wird man in der Unterstellung unter eine europäische Zentralstaatsgewalt einen ganz eminenten Kulturfortschritt für die unglücklichen Äquatorialgebiete erblicken müssen. Unsere deutschen anticolonialen Parteigenossen übersehen in ihren naiven und oft mehr als naiven Kolonialvorstellungen fast immer, dass wenn der europäische Staat als kolonialisatorische Macht ausscheidet, dann die Kolonisierung bestimmter Erdstriche keineswegs aufhört. Ganz und gar nicht. Nur sind es alsdann wild wie Unkraut emporgeschossene Flibustierhorden oder, nach der Art der *chartered companies*, übergewaltige europäische Grosskapitalorganisationen, die sich der Fund- und Produktionsstätten von Kautschuk und Kupfer, von Gold, Zinn und Elfenbein, von Baumwolle, Jute und Kopro, von exotischen Farbstoffen, Metallen und Rohstoffen aller Art auf eigene Faust bemächtigen. Die Wahl steht also tatsächlich meist nur so: wilde, kurzfristige private Freibeuter- und Spekulantenkolonisation, oder staatlich gelenkte, immerhin weiterblickende und parlamentarisch beeinflusste Erschliessung der als Lieferquellen für unsere heimische Produktion immer unentbehrlicher und unentbehrlicher werdenden, aus sich selbst heraus jedoch so gut wie ganz versagenden Fremdgebiete (vergl. meinen Artikel *Tropenerschliessung und europäische Wirtschaftsentwicklung in den Sozialisti-*

schen Monatsheften, 1908, I. Band, pag. 81 ff.). Und der sogenannte *Kongostaat* war geradezu eine der scheusslichsten Verkörperungen der Privatkolonisation. Jede, auch die in der Ausgestaltung schlechteste Überführung unter staatlich-mutterländische Gewalt muss deshalb unter allen Umständen zu einem Kulturfortschritt werden.

Ob der kleine Staat Belgien, ohne alle eigene Kolonialerfahrungen, die geeignetste Zentralmacht für die Übernahme ist, ob er mit dem neuen Schritt seine eigene Kraft nicht überschätzt, ob er, der neutralisierte Staat, nunmehr nicht gezwungen ist stärkere Anlehnung an eine Grossmacht zu suchen, steht natürlich auf einem besonderen, vollkommen anderen Blatte. Hier sind mir viele der Oppositionsgründe unserer belgischen Genossen durchaus einleuchtend. Aber wenn Belgien nicht der Staat war, der der scheusslichen Privatkolonisation am Kongo den Todesstoss gab, wer sollte es denn sein?

X

Kurze Chronik Der österreichisch-serbische Zollkrieg ist wohl endgültig beigelegt; den neuen Handelsvertrag genehmigte die *Skupschtina* bereits. X In Marokko ist das Übergewicht Mulai Hafids nach seinen letzten Siegen kaum noch rückgängig zu machen; auch Frankreich scheint nunmehr Abdul Asis als Sultan fallen lassen zu wollen.

X

Literatur Die Nationalitätenkämpfe der Balkanländer sind augenblicklich, dank der neuen jungtürkischen Ara, etwas zur Ruhe gekommen. Welche Schwierigkeiten zu überwinden bleiben, lehren ein paar Flugschriften, die den griechischen Standpunkt, vor allem gegen die Unterdrückungsgelüste der Bulgaren und Rumänen, vertreten. *A. R.*, identisch mit dem ehemaligen griechischen Minister des Auswärtigen Athos Romanos, schildert die *Griechenverfolgungen in Bulgarien* /Berlin, *Berliner Mercur*/. X Nach Professor N. Kasasis (*La Macédoine et les Roumains* /Paris, Stock/) haben die in Rumänien weilenden Griechen ganz ähnliche Verfolgungen ihrer Sprache, Schule und Kirche zu erdulden; die rumänische Politik arbeite in Mazedonien Hand in Hand mit den bulgarischen Banden; als Opfer der rumänischen Nationalisierungspolitik seien dabei die Kutzowallachen auserkoren, während sie

historisch und kulturell viel mehr zur Verbindung mit Griechenland neigten. Auch das neue parlamentarische Regiment in der Türkei wird mit diesen Gegensätzen noch schwer zu kämpfen haben.

Sozialpolitik / Robert Schmidt

Privatbeamte Seine Achterklärung der Mitglieder der kaufmännischen und technischen Vereine hat der *Verband bayrischer Metallindustrieller* nicht zurückgezogen, wie die Nachrichten in der Presse vermuten liessen (vergl. auch diese Rundschau, 1908, 2. Band, pag. 891). Mit raffinierter Bosheit wird gegen die Angestellten weiter vorgegangen. Besonders bemüht sich die Maschinenfabrik in Augsburg ihren Zweck mit Mitteln zu erreichen, die die Selbstachtung der Angestellten recht tief einschätzt. Diese Firma bietet den Angestellten die Rückzahlung der geleisteten Verbandsbeiträge an, falls diese auf die fernere Mitgliedschaft verzichten. Den Widerspenstigen wird als Strafe Entziehung des Urlaubs, Streichung der Gehaltszulagen und anderer Vergünstigungen angedroht. Im bayrischen Landtag sind die Vorgänge durch eine Interpellation der sozialdemokratischen Fraktion zur Besprechung gekommen, wobei das Verhalten der bayrischen Metallindustriellen von allen Seiten scharf missbilligt wurde.

✕ **Privatbeamtenversicherung** Vom Reichsamt des Innern ist eine sehr umfangreiche Denkschrift über die Einführung einer Invaliden-, Witwen- und Waisenversicherung der Privatangestellten erschienen. Die Denkschrift prüft die aus den Kreisen der Interessenten geltend gemachten Vorschläge und stellt dann selbst die Grundzüge für eine derartige Versicherung auf. Die Erweiterung der Invalidenversicherung wird als unzweckmässig abgelehnt und eine eigene Organisation für diese Gruppe der Angestellten befürwortet. Welchen Einfluss die Versicherten auf die Verwaltung erhalten sollen, ist aus der Denkschrift nicht ersichtlich. Die Quittungskarte, wie sie die Invalidenversicherung kennt, soll durch ein Quittungsbuch ersetzt werden, jedoch wird die Quittung nicht durch Einkleben von Marken stattfinden. Über diesen Vorschlag sagt die Denkschrift: »Die Anmeldekarten sind nach erfolgter Ausstellung des Quittungsbuches mit den Versicherungsnummern und einem ent-

sprechenden Vermerk über die Ausstellung des Buches zu versehen, sorgfältig zu sammeln und in bestimmten Abschnitten der Reichsanstalt zu übersenden. In dem Quittungsbuch ist über jeden von dem Privatangestellten eingezahlten oder von seinem Gehalt in Abzug gebrachten Betrag vom Arbeitgeber oder seinem Vertreter Quittung zu leisten. Die Invalidenrente soll nach 10jähriger Beitragsleistung dann gewährt werden, wenn der Versicherte die Hälfte seiner Erwerbsfähigkeit eingebüsst hat, sinkt die Erwerbsfähigkeit bis auf ein Drittel, dann soll die Invalidenrente hinzutreten, die in unserer gegenwärtigen Organisation der Invalidenversicherung für die Arbeiter vorgesehen ist. Diejenigen Angestellten, die von der Versicherungspflicht nach dem Invalidenversicherungsgesetz befreit sind und den Anspruch auf reichsgesetzliche Invalidenrente nicht erwerben können, werden auf den Weg einer privaten Zusatzversicherung verwiesen. Die Invalidenrente für Privatangestellte soll beim Eintritt der Berufsinvalidität im Durchschnitt etwa die Hälfte des Einkommens, später mit Hinzutritt der Rente nach dem Invalidenversicherungsgesetz zwei Drittel des Einkommens erreichen. Diese Rentenbeträge würden nach einer Beitragsleistung von 40 Jahren erzielt werden. Da nach den Erhebungen von 1903 das durchschnittliche Einkommen eines Angestellten rund 2100 M. beträgt, so würde die Anfangspension sich auf 420 M., nach 40 Jahren auf 1050 M. belaufen. Mit Hinzuziehung der Reichsinvalidenrente in Höhe von 390 M. ergäbe dies einen Rentenbetrag von 1140 M. Für die Witwenrente ist ein Durchschnittsbetrag von 20% des Jahresarbeitsverdienstes und für die Waisen 8% vorgesehen. Eine eingehende Schilderung der Vorschläge und die kritische Besprechung muss einem besonderen Artikel vorbehalten bleiben.

✕ **Arbeitsnachweiskonferenz** Die Arbeitsnachweiskonferenz der Arbeitgeberverbände, die am 27. Juni in Berlin tagte, hat die Einführung von Legitimationskarten für ausländische Arbeiter recht zustimmend beurteilt. Nachdem die *Deutsche Feldarbeiterzentrale* der Landwirtschaft billige ausländische Arbeitskräfte anwirbt, wünschen die Herren die Ausdehnung dieser Einrichtung dahin, dass auch die Industrie davon profitiert. Natürlich liegt die Absicht vor bei Streiks durch diese Orga-

nisation die nötige Zahl ausländischer Arbeiter als Streikbrecher auf den deutschen Arbeitsmarkt zu dirigieren. Dr. Tänzler gab den Unternehmern den Rat bei Boykotts, Streiks und Vertragsbruch der Arbeiter Schadenersatzklage anzustrengen. Die Prozesse seien aussichtsvoller als vielfach angenommen werde. In der Tat ist unsere Rechtsprechung in letzter Zeit Wege gewandelt, die insbesondere der Anwendung des Boykotts seitens der Gewerkschaften schwere Hindernisse bereiten. Es würde sich empfehlen an der Hand dieser Entscheidungen einmal das taktische Vorgehen von Gewerkschaften zu prüfen, um die Absichten der Scharfmacher zu durchkreuzen.

× **Kurze Chronik** Bei der Reform des bayerischen Berggesetzes wurde im Landtag der sozialdemokratische Antrag auf Einführung des Achtstundentages und der Arbeiterkontrolleure im Bergbau einstimmig angenommen. × Für die Provinz Brandenburg einschliesslich Berlin ist vom Oberpräsidenten und Polizeipräsidenten eine Bäckereiverordnung erlassen, die auf eine grössere Sauberkeit der Werkstätten, eine Absonderung der Schlafräume von dem Betriebe oder der unmittelbaren Nähe des Backofens sowie auf Vorschriften über die Arbeiterentlassungen hinwirken will. × In Hamburg ist durch Beschluss der Geschäftsleute der Achtuhrladenschluss durchgeführt, ausgenommen sind Tabakhandlungen und Materialgeschäfte. × Das schwedische Parlament beschäftigte sich mit einer Vorlage, die, der Berner Konvention vom Jahre 1906 entsprechend, das Verbot der Nachtarbeit für Frauen einführen sollte. Die Vorlage wurde angeblich wegen des geringen Umfanges der Frauenarbeit in Schweden abgelehnt. Einige Redner stellten sich auf den Standpunkt, dass eine Sonderstellung der Frauen nicht zu empfehlen sei.

× **Literatur** × Die Schäden und der Umfang der Kinderarbeit, die Amalie Lauer in ihrer Schrift *Gewerblicher Kinderschutz* (M.-Gladbach, *Volksverein*) schildert, lassen sie zu Reformvorschlägen greifen, von denen viele auch unsere Zustimmung haben. × Das *Statistische Jahrbuch für das Deutsche Reich 1908* ist zur Ausgabe gelangt. Es enthält wieder

eine erhebliche Erweiterung gegen die früheren Jahrgänge. Unter den Neuauflagen verdienen unter anderem Erwähnung: Säuglingssterblichkeit 1904 bis 1906, Handwerkerorganisation, Arbeiterorganisationen des Auslandes und Arbeitsstreitigkeiten in den verschiedenen Ländern. Das Werk gewinnt damit als Nachschlagewerk eine erhöhte Bedeutung. × Eine vom Standpunkt der Zentrumspartei geschickt abgefasste Schrift *Jugendfürsorge und Jugendvereine*, herausgegeben von Dr. August Pieper, (M.-Gladbach, *Volksverein*) gibt Pfarrern und anderen Jugenderziehern Anleitung und Ratschläge, wie die Jugend in ihren Vereinen im Banne des Katholizismus gehalten werden kann. × Die *Monatsblätter für Arbeiterversicherung*, die von Mitgliedern des Reichsversicherungsamtes herausgegeben werden, erörtern eine Reihe wichtiger Fragen auf dem Gebiet der Arbeiterversicherung in populärer Weise. Für die Arbeitersekretariate und Gewerkschaftsbeamten empfiehlt es sich auf die Monatschrift zu abonnieren, da sie manche gute Anleitung enthält.

Kommunalpolitik / Hugo Lindemann

Gas- und Elektrizitätssteuer Unter den neuen Steuern, die jetzt von dem Reichsschatzamt ausgehekt worden sind, hat die Gas- und Elektrizitätssteuer wegen ihrer wirtschaftlichen Absurdität besondere Aufmerksamkeit erregt. Sie steht als Steuer ungefähr auf dem Niveau der alten Fenstersteuer, und hat die gleiche Tendenz wie die Fahrkartensteuer, die Erhöhung des Portos im Orts- und Nachbarortsverkehr, die geplante Erhöhung der Telephonegebühren und ähnliche Missgeburten einer Steuerpolitik, in der sich ein beschränkter Fiskalismus mit einem nicht minder grossen Hass gegen die Kräfte unseres wirtschaftlichen Lebens, Industrie, Handel und Verkehr und ihre Träger, die Städte, paart. Dass diese Steuer, soweit sie insbesondere die Elektrizität erfasst, auch noch ausserdem sich als besonders geeignet erweist den wirtschaftlichen und politischen Gegensatz zwischen Norddeutschland und Süddeutschland zu verschärfen, ist ein Vorzug, den sie in den Augen der preussischen Bürokratie hat. Der demokratische Süden ist dem Ostelbierum ebenso verhasst wie das eigene Städtewesen, und wenn man ihn vergezwängen kann, tut man das herzlich gern.

Es wäre aber durchaus falsch, wollte man in der Abneigung gegen Bayern und seine wirtschaftliche Stärkung durch die Aufschliessung seiner Wasserkräfte das Hauptmotiv der neuen Vorlage sehen. Sie richtet sich in erster Linie gegen die Städte, und so wäre die Möglichkeit gar nicht ausgeschlossen, dass bei dem grossen Handel, der um die einzelnen Steuern angehen wird, der bayrische Widerstand gegen eine Elektrizitätssteuer sich durchsetzen wird, und nur die Gassteuer bleibt, womit man dann die Städte und die städtische Bevölkerung ganz programmässig, nur um so schärfer und einseitiger noch, treffen würde. Gegen die Elektrizitätssteuer rüsten sich auch die landwirtschaftlichen Kreise, weil sie ihnen ihren bequemeren elektrischen Motorenbetrieb verteuern wird. An der Gassteuer ist die landwirtschaftliche Bevölkerung viel weniger interessiert; sie brennt Petroleum oder benutzt elektrisches Licht. Freilich ist die Gasversorgung in dem letzten Jahrzehnt auch in die kleineren Landgemeinden eingedrungen, aber immerhin bildet eine Bevölkerungszahl von zirka 2000 Einwohnern die Grenze, bei der ein Gaswerk möglich erscheint.

Über die Kulturwidrigkeit der neuen Steuern ist so viel geschrieben, dass es unnötig erscheint auch hier diese Seite zu behandeln. Mit einigen Worten seien aber ihre Einwirkungen auf das Finanzwesen der Städte besprochen. Die kommunalen Gas- und Elektrizitätswerke werfen in der Regel Überschüsse ab, wieweil deren relative Grösse in den letzten Jahren nicht mehr wächst. Die Kartellpolitik der Kohlenzechen, die der gesamten Industrie das wichtigste Rohmaterial verteuert, trägt daran die Hauptschuld. Dazu kommt weiter, dass die für den Betrieb günstigsten Teile der Städte schon längst mit Gas und Elektrizität versorgt sind, und dass mit dem Wachstum der Städte an der Peripherie und mit der im Interesse der Volkshygiene sich mehr und mehr durchsetzenden Dezentralisation der neuen Ansiedelung, die selbstverständlich mit Gas und Elektrizität in gleicher Weise wie die alten Teile versorgt werden muss, das Unkostenkonto schneller steigt als der Gewinn. Auch die Bestrebungen der Konsumenten in den Genuss eines möglichst niedrigen Gas- und Elektrizitätspreises zu kommen, haben im letzten Jahrzehnt die Verkaufspreise mehr und mehr herabgedrückt. Die Überschüsse

der Gas- und Elektrizitätswerke sind also im Sinken begriffen, während die allgemeinen Ausgaben der Gemeinden sich fortgesetzt rapide vermehren. Durch die geplanten Steuern würde die ungünstige Lage der Städte ganz ausserordentlich verschärft. Gehen wir von einem kommunalen Gaswerk aus. Die geplante Steuer von 1 oder 2 Pf. pro cbm kann entweder von dem Gaswerk getragen werden, oder die Stadtverwaltung macht den Versuch sie ganz oder teilweise auf die Konsumenten abzuwälzen. Nach den Angaben des *Statistischen Jahrbuches deutscher Städte* schwankte in 41 Städten mit mehr als 50 000 Einwohnern der Überschuss pro cbm abgegebenen Gases zwischen 1,9 und 7,8 Pf. Über 7 Pf. Überschuss hatten 4 Städte, über 6 Pf. 6, über 5 Pf. 10, über 4 Pf. 9, über 3 Pf. 8, über 2 Pf. 3 und unter 2 1. Die Reinerträge sind also sehr verschieden, und eine Steuer von 2 Pf. würde in 22 der Fälle 50% und mehr des Reinertrages konfiszieren. Bei den von uns angeführten Städten handelt es sich um grosse Gaswerke, die als Grossbetriebe im stande sind günstig zu produzieren, alle Vorteile der Technik auszunützen, die Kohle billiger zu kaufen, die Nebenprodukte vorteilhafter zu verkaufen als die kleinen Gaswerke. Bei diesen, über deren finanzielle Ergebnisse wir leider keine Statistiken haben, muss der Überschuss pro cbm nutzbar abgegebenen Gases wesentlich niedriger sein. Sie werden überhaupt nicht im stande sein diese Steuer zu tragen, und die Städteverwaltungen wären gezwungen eine Abwälzung vorzunehmen. Die Folge der Abwälzung und des erhöhten Preises würde ein beträchtlicher Rückgang des Konsums sein. Die Gaswerke haben in den letzten Jahren grosse Anstrengungen gemacht durch Verbilligung des Gaspreises die Verwendung des Gases zu Beleuchtungszwecken auch in die Kreise der minderbemittelten Volksschichten zu tragen. Das ist ihnen auch mit gutem Erfolg gelungen. Ganz die gleiche Entwicklung ist auch beim Gas als Heizstoff zu beobachten. Auch hier hat die Einführung besonderer, billiger Preise für Koch- und Heizgas die ganze ungeheure Entwicklung erst möglich gemacht. Wird nun der Gaspreis wieder verteuert, so wird nicht nur die weitere Ausbreitung des Gaskonsums verzögert, sondern es wird ohne weiteres eine Rückentwicklung einsetzen. Die ohnehin so belasteten grossen Massen der städti-

schen Bevölkerung können eine Verteuerung der Beleuchtungs- und Heizstoffe nicht auch noch tragen. Sie sind ohne weiteres gezwungen zu billigeren Surrogaten überzugehen. So wird die Petroleumlampe wieder hervorgeholt, der Gaskocher abgeschafft und auf dem Ofen gekocht werden. Diese Änderung bedeutet eine Erschwerung der Lebensführung, eine Herabdrückung des Kultur-niveaus unserer arbeitenden Klassen. Unsere Ausführungen gelten aber mit der gleichen Schärfe auch für unsere Mittelklassen, die sich in der gleichen Lage wie unsere Arbeiterschaft befinden. So werden also unsere Städte zu einer Abwälzung der neuen Steuer schreiten und dabei auch die Verminderung des Konsums in Kauf nehmen müssen. Die Überschüsse werden also noch mehr zurückgehen, und der Ausfall wird durch Erhöhung der städtischen Steuern aufgebracht werden müssen, ohne dass der Herabsetzung der Überschüsse eine entsprechende Entlastung der Konsumenten gegenüberstehen würde, wie das der Fall wäre, wenn sie die Folge einer Preis-herabsetzung wäre. Das kommunale Steuerwesen lässt aber gerade in sozial-politischer Hinsicht sehr viel zu wünschen übrig. Der grösste Teil des Steuerbedarfs wird immer noch durch Realsteuern aufgebracht, unter denen die Gebäudesteuer die erste Rolle spielt. Diese wird restlos auf die Mieter abgewälzt. Auch da, wo die Einkommensteuer der Hauptträger des städtischen Steuerwesens ist, ist die Heranziehung der minderbemittelten Klassen keine geringere. Die kommunale Einkommensteuer erfasst Einkommen, die von der staatlichen Steuer frei bleiben. Von welcher Seite man also auch die Sache betrachtet mag, stets wird man finden, dass die neuen Gas- und Elektrizitätssteuern schliesslich von der grossen Masse der Minderbemittelten getragen werden müssen.

Der grossen Mehrzahl der Konsumenten gegenüber vermögen die Städte die Abwälzung der Steuer vorzunehmen. In einer ganzen Reihe von Fällen sind sie aber durch Vertragsabschlüsse daran gehindert. Sie liefern im Pauschquantum Licht an Eisenbahnverwaltungen zur Beleuchtung von Bahnhöfen und an andere Gemeinden, die dann ihrerseits die Weiterverteilung an ihre Einwohner vornehmen, sie liefern elektrische Energie an private Strassenbahngesellschaften und andere Grossunternehmer — alles auf grund be-

sonderer Verträge, die in der Regel auf eine längere Reihe von Jahren abgeschlossen sind und von den Gemeinden nicht einseitig abgeändert werden können. In allen diesen Fällen würden die neuen Steuern, wenn sie an der Produktionsstelle zur Erhebung kommen, was steuer-technisch allein möglich wäre, von den Produzenten, also von den Stadtgemeinden, getragen werden müssen, ohne dass eine Abwälzung möglich wäre. Der Ausfall müsste teils von den übrigen Konsumenten teils von der städtischen Bevölkerung im ganzen getragen werden. Umgekehrt haben wir in zahlreichen Städten Verträge, die von diesen mit privaten Unternehmern über die Lieferung von Gas und Elektrizität abgeschlossen worden sind. Diese Verträge normieren die Gas- und Elektrizitätspreise in der Regel für die ganze Dauer des Vertrages. Dabei handelt es sich um Fristen von 20, 30 und noch mehr Jahren. Wie wollen sich die Reichsfinanzkünstler mit diesen Schwierigkeiten abfinden?

× **Kurze Chronik** Die Giessener Stadtverordneten stimmten der Errichtung einer zweiklassigen Waldschule zur Aufnahme schwächerer und kränklicher Kinder zu. Die Anstalt soll am 1. April 1909 in Benutzung genommen werden. × Der Stuttgarter Gemeinderat hat beschlossen polizeilich aufgegriffenen mittel- und unterkommenslosen Personen auch in Zukunft vorübergehende Beschäftigung auf die Dauer von 8 Tagen in städtischen Betrieben anzubieten. Die Erfahrungen im Zeitraum vom 1. Mai 1907 bis zum 30. April 1908 sind im ganzen günstige gewesen. Von 3099 Personen, denen Arbeit angeboten wurde, haben 403 angenommen, die übrigen abgelehnt. × Das Münchener Gemeindekollegium hat zur Bekämpfung der Wohnungsnot beschlossen die Erbauung von Kleinwohnungen durch private oder gemeinnützige Vereine mit gleichen Mitteln zu fördern. Bei den städtischen Arbeitern soll eine Umfrage veranstaltet, auf grund des Ergebnisses dieser Umfrage sollen Wohnungen probeweise erbaut werden. × Der Magistrat der Stadt Nürnberg hat gegen den Beschluss des Gemeindekollegiums daran festgehalten die Mitglieder der städtischen Verwaltungskörper von der Übernahme von Arbeiten und Lieferungen für die Stadt auszuschliessen. × In Leipzig und Nürnberg ist

für die Wahlen der Gewerbegerichtsbeisitzer die Verhältniswahl eingeführt worden. X Die städtischen Kollegien in Göttingen beschlossen die Einführung einer Wertzuwachssteuer. X Die Verkehrsdeputation der Stadt Berlin beschloss auf Antrag des Oberbürgermeisters vor dem Brandenburger Tor und am Opernplatz unterirdische Anlagen für die Strassenbahn auf Kosten der Stadtgemeinde herzustellen und der *Grossen Berliner* zur Benutzung zu überlassen.

X
Literatur In den *Mitteilungen des statistischen Amtes des Kantons Basel-Stadt* sind

Bearbeitungen der Zählung der leerstehenden Wohnungen und einer Aufnahme der im Jahre 1907 erstellten Neubauten erschienen. Schon im vorjährigen Bericht hatte der Bearbeiter, Dr. Mangold, festgestellt, dass die neuen Mietshäuser sich im allgemeinen sehr schlecht rentieren. Die Prüfung der Rentabilität der Neubauten von 1907 hat das gleiche Resultat ergeben. Den Hauptgrund sieht er in der Bodenpreissteigerung, die namentlich für Basel mit seinem beschränkten Territorium von geradezu verhängnisvoller Wirkung sein müsse. Die Art der Wohnungen in den neuen Häusern bietet nicht viel Befriedigendes. Die Zimmer sind klein, und die Küchen sind noch kleiner. Nur die Höhe der Räume ist etwas besser geworden, obwohl gerade sie nicht von der gleichen Bedeutung ist, wie die Wohnungsfläche. Die Raumnot in den Wohnungen ist nicht besser geworden, die Mietpreise sind aber in den letzten 20 Jahren bedeutend gestiegen. »Wie aber soll dem gesteuert werden«, fragt der Bearbeiter, »wenn der Bau solcher Wohnungen heute schon unrentabel geworden ist?«

Rechtspraxis / Wolfgang Heine

Prozess Jude Der Gendarmierewachtmeister Jude hat den Arbeiter Hermann erschossen. Hermann kam mit einigen Freunden nachts 3 Uhr aus einem Lokal in einem Vorort von Berlin. Der Bruder Hermanns stiess in der Dunkelheit versehentlich an den Gendarmen an, den er nicht gesehen hatte, der auch Zivilkleidung trug. Jude und dessen Kamerad Tietz gingen den Arbeitern nach, und Jude schoss den Hermann nieder, der kurz darauf starb. Die militärische Anklage-

behörde lehnte das Verfahren gegen Jude ab; erst das Oberkriegsgericht ordnete die Anklage an. Gegen Tietz, der nach der Behauptung der Anwesenden zugleich auf die Arbeiter losgehauen hatte, wurde keine Anklage erhoben, so dass er Zeuge sein konnte. Jude behauptete in der Verhandlung, er hätte die »Beleidigere« feststellen müssen, Tietz wäre dabei angegriffen worden, und er hätte in Notwehr schiessen müssen. Obgleich durch Zeugen bestätigt wurde, dass Jude hinter einer Mauer gedeckt gebückt herangekommen war und geschossen hatte, wurde ihm die Notwehr geglaubt und er wurde freigesprochen.

Damit vergleiche man den folgenden Fall.

X
Prozess Blumenthal Der Gewerkschaftsbeamte Blumenthal vom Metall-

arbeiterverband hatte gegen das unbegründete Auftreten der Polizei im Berliner Verbandshause nach der bekannten Arbeitslosendemonstration vom 21. Januar (vergl. diese Rundschau, 1908, 2. Band, pag. 637) protestiert. Er wurde verhaftet und wegen Widerstandes gegen die Staatsgewalt und Beleidigung angeklagt. Er sollte die völlig unmotivierte Misshandlung Wehrloser als *Gemeinheit* und das Eindringen der Polizei als *Unverschämtheit* bezeichnet haben. In der Verhandlung wurde die Sinnlosigkeit des polizeilichen Vorgehens festgestellt, aber wegen Beleidigung wurde Blumenthal doch verurteilt, wenn auch nur zu 50 M.

Der Gendarm konnte wegen einer Lappalie einen wehrlosen Bürger totschiessen, der Bürger darf im eignen Hause gegen eine Ausschreitung von Beamten nicht einmal mit Worten protestieren. Dies ist das Ergebnis zweier Prozesse, bei denen es ohne Zweifel durchaus korrekt gegangen ist, und jeder Beteiligte nach bestem Gewissen gehandelt haben mag. Das Rechtsgefühl des Volkes wird davon nicht befriedigt sein.

X
Fall Voigt Der Schuhmacher Wilhelm Voigt, der vielgenannte *Hauptmann von Köpenick*,

ist begnadigt worden, nachdem er erst etwa ein Drittel seiner Strafe verbüsst hatte. Sofort beginnt die Sensationssucht ihre Orgien: Voigt wird gefeiert, als wäre er ein Prinz oder ein Operntenor. Reporter umdrängen ihn, und die Direktion eines Panoptikums engagierte ihn zum Postkartenverkauf, wobei er in kur-

zer Zeit von 10 000 Personen besucht wird. Die Richtung der Blätter, die dies idiotenhafte Treiben begünstigen, weist auf die Gesellschaftskreise hin, die daran Gefallen finden. Die Arbeiterpresse hat sich daran nicht beteiligt, obgleich sie vor allem Voigts wirkliche Verdienste versteht und anerkennt. Voigt hat die absurden Konsequenzen der militärischen Subordination, des Vorranges der Militärgewalt vor der Zivilgewalt aufgedeckt. Er hat aber auch die gedankenlose Plumpheit und Gemeingefährlichkeit der polizeilichen Massregeln gegen Vorbestrafte zum öffentlichen Bewusstsein gebracht und den Weg zu einer Besserung ebnet. Nur die Polizei scheint wieder einmal noch nicht belehrt zu sein. Sie verbietet Voigt den Postkartenverkauf und die Annahme jeder Stellung, die ihn mit der Öffentlichkeit in Berührung bringe, beschränkt also seine Erwerbstätigkeit auf das empfindlichste. Die über Voigt verhängte Polizeiaufsicht gibt ihr dazu kein Recht, und so geschmacklos das Getue mit Voigt ist, die Erziehung des Publikums zu Geschmack und Gesittung ist nicht Aufgabe der Polizei, überschreitet zudem auch ihre Fähigkeiten.

× **Kurze Chronik** In der offiziellen Presse sind die Grundzüge der geplanten Strafprozessreform veröffentlicht worden. Es wird hierauf ausführlicher eingegangen werden. × Die Anwendbarkeit des Zurückbehaltungsrechts (§ 273 B. G. B.) auf Lohnforderungen der Arbeiter an Stelle des durch § 394 ausgeschlossenen Aufrechnungsrechts des Unternehmers ist in einer Entscheidung des Berliner Gewerbegerichtes verneint worden, da die Vorschriften der G. O. usw. es ausser Zweifel stellen, dass die Barzahlung bei Lohnforderungen gesichert und durch keinerlei Gegenanspruch gefährdet sein soll. × Nach einer in der *Sozialstatistischen Korrespondenz* auf Grund von Erhebungen des Maurerverbands aufgestellten Berechnung gehen den deutschen Bauarbeitern alljährlich viele Hunderttausende verdienten Lohnes durch das Fehlen ausreichender Bestimmungen gegen den Bauschwindel verloren.

× **Literatur** Die kleine Schrift *Homosexualität und Strafgesetz* von Dr. Leopold Löwenfeld /Wiesbaden, Bergmann/ gibt

einen Vortrag wieder, der in der kriminalistischen Sektion des *Akademisch-juristischen Vereins* zu München am 17. Dezember 1907 gehalten worden ist. Man kann diesen Verein beglückwünschen, dass seine Mitglieder so gediegene Vorträge zu hören bekommen. Der Berliner *Freien Studentenschaft* hat bekanntlich der Rektor verboten sich einen Vortrag über diese Frage halten zu lassen. Der Verfasser erörtert knapp und klar die wissenschaftlichen Theorien über Homosexualität, in denen freilich noch sehr viel bestritten ist, und verwendet sich entschieden für die Aufhebung des § 175 Str. G. B., wobei er die Gründe gegen diese Strafnorm vollständig und übersichtlich zusammenstellt. Mit vollem Recht warnt der Verfasser davor der durch den Prozess Bülow gegen Brandt und die Eulenburg-Affäre geschaffenen Aufregung nachzugeben. Es handle sich bei der Bewegung gegen § 175 nicht um eine Parteisache, verfochten von einer beschränkten Gruppe von Männern, sondern um eine Sache der Humanität und Gerechtigkeit, deren Vertretung von keinem persönlichen Wohlwollen, von keiner besonderen Sympathie für die Homosexuellen abhängig sei. × Der Abgeordnete Landgerichtsrat Heinze hatte in der Reichstags-sitzung vom 18. Februar dieses Jahres eine viel beachtete Rede über die deutsche Justiz gehalten, in der er zwar die Richter gegen wirkliche oder vermeintliche Vorwürfe in Schutz nahm, aber die Bezeichnung der Rechtsprechung als *Klassenjustiz* in gewissem Umfange für begründet erklärte. Die Presserörterungen, die sich daran und an die Prozesse gegen Harden knüpften, haben den Landgerichtsrat K. Kade nicht ruhen lassen, und er hat es für nötig gehalten eine Broschüre *Klassenjustiz* /Berlin, Nauck/ zu veröffentlichen. Sie gibt einen Artikel der *Nationalzeitung* über die Heinzesche Rede und diese selbst nach dem stenographischen Bericht wieder. Das ist der wertvolle Inhalt des Heftes Druckpapier. Was Herr Kade dazufügt, ist gänzlich belanglos. Seine Mitteilungen über die Vorgänge bei der Versetzung des Landgerichtsdirektors Alexander Schmidt, von der auch ich im Reichtage gesprochen habe, verbessern die Sache für die Justizverwaltung keineswegs. Eine Unwahrheit ist es, wenn Herr Kade behauptet, ich hätte den Richtern im Reichstage Vorwürfe gemacht, die, wenn sie wahr wären, zu einer Anklage gegen die Richter wegen Bestechlichkeit

hätten führen müssen. Niemals habe ich eine solche Räubergeschichte erzählt. Der selbe Herr behauptet, die Sozialdemokraten würfen den Richtern »wider besseres Wissen Rechtsbeugung« vor. Woher er sein *gutes Wissen* von meinen Reichstagsreden haben will, gibt er nicht an. Aus den Stenogrammen kann er es jedenfalls nicht entnehmen. Ich habe wiederholt gegen die lügenhafte »Unterstellung protestiert, als ob ich behauptete, Richter würden sich sagen: wir wollen einen Unschuldigen verurteilen. Das kommt kaum vor, aber der Begriff *Schuld* formt sich nach Vorurteilen. Charakteristisch für die Denkweise des Verfassers ist auch folgende Deduktion: Die Vorgänge im Kopf eines Richters lassen sich nicht erweisen. Deshalb ist die Behauptung, ein Richterspruch sei durch Rechtsbeugung zu stande gekommen, bewusstermassen nicht erweislich und daher eine schwere Beleidigung. Man möchte dem Herrn erwidern, dass nicht alles, was als *nicht erweislich* und als schwere Beleidigung angesehen wird, unwahr zu sein braucht. Der Beleidigungsparagraph wird bei uns eben als Mittel zur Unterbindung auch berechtigter Kritiken gebraucht. Aber es ist auch durchaus nicht unmöglich über die Vorgänge im Kopf eines Richters etwas zu behaupten und zu beweisen. Auch die Justiz kann nicht darauf verzichten innere Tatsachen zu prüfen und darüber Feststellungen zu treffen; sonst müsste sie auf die Anwendung einer ganzen Anzahl von Bestimmungen des Strafgesetzbuchs verzichten. »Weshalb sollten andre Leute nicht das selbe Recht haben?

Sozialistische Bewegung / Josef Bloch

Parteitag in Nürnberg Noch vor relativ kurzer Zeit konnte man annehmen, der Parteitag in Nürnberg würde zu denjenigen Marksteinen gehören, die die Partei ohne grosse Aufregung erreicht und zurücklässt. Der Versuch die Jugendorganisationsfrage zu dem grossen Diskussionspunkt zu machen und wieder einmal die Partei ein wenig gegen die Gewerkschaften auszuspielen fand keinen besonderen Anklang, weil infolge der Einigkeit zwischen der Leitung der Partei und der der Gewerkschaften jeder Vorstoss gegen diese sich auch gegen jene richten musste. Da wurde vor einigen Wochen in der *Budgetbewilligung der Süddeutschen*

der Streitgegenstand gefunden, und nach den Presspolemiken scheint es, als ob die Nürnberger Tagung nicht in so bleierner Stimmungslosigkeit verlaufen wird wie die letzte in Essen, als ob die Budgetfrage durch etwas mehr Temperament gesehen werden wird. Ob diese Belebung der Verhandlungen gerade auf die Aktivität der sozialdemokratischen Partei günstig einwirken, ob sie im speziellen die notwendigen politischen Aufgaben der nächsten Zeit ihrer Ausführung näher bringen wird, kann man vielleicht in Zweifel ziehen. Gleichviel, eine grosse Parteidiskussion wird es geben, und es wäre Torheit, wollte man sie jetzt noch zu unterbinden suchen. Vieles, was von vornherein vernünftig wäre, hat von einem gewissen Stadium ab keinen Zweck mehr. Am allerwenigsten haben die Freunde der Bewilligung Anlass sich jener Erörterung entziehen zu wollen. Die Kenntnis der politischen Voraussetzungen der Zustimmung zum *État* und damit das Gewicht der guten Gründe haben sie auf ihrer Seite. Ob dieses Übergewicht durch die Zahl der norddeutschen Mandate ausgeglichen werden kann, wird man abwarten.

Ist so die Debatte unvermeidlich, so braucht sie darum noch nicht fruchtbar zu sein. Neue Argumente wird man in der Tat schwer finden: Die Bewilliger werden auf die Konsequenzen ihrer positiven Arbeit in den Landtagen, die Verweigerer auf die demonstrative Wirkung hinweisen. Freilich werden gerade die Kreise dieser Verweigerer arg gestört durch eine Reminiscenz, die Genosse Nietzsche über die Praxis der sozialdemokratischen Abgeordneten in Sachsen aufgefrischt hat. Danach ist in den Jahren 1878 bis 1892 das sächsische Budget immer einstimmig angenommen worden, obwohl Sozialdemokraten, wie Liebknecht, Bebel, Geyer, Kaden, Stolle usw., Mitglieder der Kammer waren. Die Mitteilung dieser vergessenen Tatsache erregte ein gewaltiges Aufsehen in der Partei. Die verblüfften *Radikalen* hofften auf ein schleuniges Dementi. Vergeblich. Genosse Geyer konnte in einer Erklärung, zu der er von der *Leipziger Volkszeitung* aufgerufen wurde, die Vorgänge selber nicht in Abrede stellen; er bestritt nur die prinzipielle oder taktische Absicht der Bewilligung. Auch Genosse Bebel sah sich zu einer Erklärung veranlasst, in der er ausführte: »Die Kämpfe, die wir in diesen Jahren [1881 bis 1887] mit der sächsischen Regierung

durchgefochten haben, waren die denkbar erbittertsten. Einer solchen Regierung das Budget zu bewilligen konnte uns nicht im Traume einfallen. Wohl ist aber in Sachsen bei der Abstimmung über das Budget einige Male in der Form demonstriert worden, dass die Fraktion den Saal vor der Abstimmung verliess. Das alles aber ändert an der Tatsache nichts. Wenn die Genossen auch den Saal vor der Abstimmung verliessen, so brauchte das in den Augen anderer noch keine Ablehnung zu bedeuten; zudem geschah es nur »einige Male, also nicht in der Mehrzahl der Fälle. Genosse Goldstein erklärte, er hätte nur »aus Versehen« für den Etat gestimmt. Also hat er im Sinne der *prinzipiellen* Budgetverweigerung aus Versehen für den Klassenstaat demonstriert. Gerade diese sächsischen Vorgänge beweisen den Unwert der angeblichen Demonstration. Eine *Demonstration aus Versehen* ist sicherlich keine Bereicherung unseres Waffenarsenals. An diesem sächsischen Beispiel zeigt sich aufs deutlichste, was ich schon in der vorigen Rundschau gemeint habe: dass die Budgetverweigerung die ihr zugeschriebene demonstrative Wirkung durchaus nicht hat. Aus amtlichen Protokollen muss erst mit Mühe der Sachverhalt festgestellt werden, und dann erhebt sich ein Streit darüber, ob man für oder gegen demonstriert hat. Damit ist jenes *demonstrative* Argument für die Verweigerung *ad absurdum* geführt. Und das war das einzige überhaupt: Denn, wenn nicht zu Demonstrationszwecken, zu welchen Zwecken sonst soll man ein Budget verweigern, dessen wichtigste Positionen man selber verlangen muss, soweit sie nicht schon von der Regierung gewährt werden? Der *Vorwärts* meint zwar in einer Polemik gegen mich, dass, wer so argumentiert, »die Erhaltung des heutigen Staates als notwendig anerkennt«. Er übersieht dabei, dass ich in einem von ihm selber zitierten Satz ausdrücklich davon spreche, dass eine Partei, »die die Umgestaltung der Gesellschaft im sozialistischen Sinne anbahnen will, . . . an einer Reihe von Institutionen unseres Staatswesens interessiert ist, was doch besagen will, dass man für deren Ausbau eben nur zum Zweck dieser Umgestaltung, nicht der »Erhaltung« des Gegenwartsstaates eintritt. Wenn der *Vorwärts* mir aber wegen meines angeblichen »Verzichts auf revolutionäre Mittel« den sozialdemokrati-

schen Charakter meiner »Grundauffassung« abstreitet, so denke ich, dass man nur auf das verzichten kann, was man hat. Ich habe aber keine »revolutionären Mittel«, und der *Vorwärts* hat sie auch nicht. Seien wir doch ehrlich: Hat der *Vorwärts* schon je eine konkrete revolutionäre Tat in Deutschland auch nur zu empfehlen gewagt? Er tut es nicht, weil er die wirklichen Machtverhältnisse denn doch richtiger abschätzt als es in der Polemik gegen Parteigenossen den Anschein hat. Die *revolutionären Mittel* können von den *Radikalen* mit Erfolg eben nur gegen ihre Gegner innerhalb der Partei, nie gegen die wirklichen Gegner der Partei angewandt werden.

Es wird also wohl dabei bleiben müssen, dass man die Zustimmung zum Etat von der Haltung der Regierung abhängig macht. Genosse Molkenbuhr meinte in der Generalversammlung für Gross Berlin, diese Zustimmung sei nur dann gestattet, wenn »wesentliche« Forderungen unseres Programms von der Regierung erfüllt werden. Aber gerade darüber kann man streiten, welche Forderungen man als »wesentlich« anzusehen hat. Und man kann im speziellen den von Molkenbuhr selbst genannten Beispielen dieses Epitheton verweigern, da deren Zusammenhang mit dem Sozialismus nicht ersichtlich ist. Dagegen kann man mit Recht sagen, dass die politische Gleichberechtigung der Sozialdemokratie eine zwar nicht im sozialistischen, wohl aber im demokratischen Sinn vom Standpunkt der Arbeiterklasse aus wesentliche Forderung ist, dass also deren Erfüllung, wie in Bayern, einen Grund für die Budgetannahme darstellt.

Die Tragikomödie der sächsischen Budgetirrtung ist für die Psychologie der Partei oder vielmehr ihres *radikalen* Flügels ein wichtiges Dokument. Die krampfhaften Einreden der *Leipziger Volkszeitung* usw. erinnerten an jene gute Frau, die einen geliehenen Krug zerbrochen zurückgab und sich dann damit verteidigte, dass sie 1. überhaupt gar keinen Krug geliehen, 2. ihn unversehrt zurückgegeben und 3. ihn schon zerbrochen empfangen hätte: Eine Budgetbewilligung hat in Sachsen 1. überhaupt nicht stattgefunden, sie geschah 2. nur aus Versehen, und 3. waren die Leipziger Abgeordneten nicht dabei. Nun, man kann ruhig der sächsischen Parteipresse es überlassen den Tatbestand zu klären. Der Fall hat, wie die *radikale* Presse mit

Recht bemerkt, nur »archivalisches« Interesse. Es ist in der Tat sehr gut von Zeit zu Zeit einmal im Archiv der Partei Nachforschungen anzustellen und zu konstatieren, wie doch das, worüber der grösste *prinzipielle* Lärm gemacht wurde, in der Wirklichkeit stets ohne irgend welches Aufsehen sich selber revidierte. All die Dinge, deren immamente Notwendigkeit uns so oft mit erheblichem Aufwand nachgewiesen wurde, sind nachher in der porösen Praxis so versunken, dass man kaum noch die Stellen nachweisen kann, wo sie einmal schäumten. Das klassische Beispiel der letzten Zeit bietet wohl die Beteiligung an den preussischen Landtagswahlen. Über ein Jahrzehnt tobte der Kampf. Die Beteiligungsfrage war es, die die *Bernsteindebatten* oder, wie sie später genannt wurden, *Revisionistendebatten* erst hervorgerufen hat: hier nahmen sie historisch ihren Ausgang. Die Genossen Bebel, Kautsky und Zetkin standen freilich damals auf seiten der Bewilligungsfreunde, aber sie mussten sich dafür auch genau so verketzern lassen wie die *Opportunisten*, die die Frage aufgeworfen hatten, sie wurden genau so vor der berühmten *schiefen Ebene* gewarnt, die sie rettungslos hinabgleiten mussten, wenn sie sich auf eine Beteiligung einliessen. Der Kampf um die preussischen Landtagswahlen, namentlich gegen die geschlossene Schar der *radikalen* Berliner Parteigenossen, der Stadthagen, Ledebour, Hoffmann, Zubeil, bildete die Einleitung aller der Auseinandersetzungen, die im letzten Jahrzehnt unsere Partei bewegten. Und jetzt kommt ein Redakteur des Zentralorgans und weist nach, dass die Wahlbeteiligung gar nichts mit Revisionismus etc. zu tun hatte, weil auch die oben Genannten dabei waren. Jetzt sind es womöglich gar die *radikalen* Berliner, die gegen die *nörgelnden* und *verdrossenen* *Revisionisten* die Beteiligung erzwungen haben. Nun ist es an sich nicht so erheblich, wer recht behalten hat. Wenn das Vernünftige nur geschieht, mögen die, die es verhindern wollten, später immerhin allein das Verdienst daran haben. Und doch ist solch eine Erinnerung auch nicht überflüssig. Es werden noch mehr Neuerungen kommen, und vielleicht wieder von der selben Seite. Dann wird man wieder in der selben heftigen Art gegen die Neuerer losgehen, und das Wort *Revisionismus* wird die fehlenden Gründe ersetzen müssen. Vielleicht ist

ein Gang in die Archive der Partei nicht so unnütz: ein Rückblick auf den bisher gewohnten Verlauf der Dinge mindert später manche Widerstände.

Man kann daher auch der Diskussion der Budgetbewilligungsfrage ohne Besorgnis entgegensehen. Wünschenswert wäre es nur, dass sie nicht die ganze Zeit des Parteitags in Anspruch nimmt, damit man auch zu dem kommt, was unsere Partei tun soll, so dass man erfährt, was geboten, nicht nur, was verboten ist. Die politischen Gegenstände der Tagesordnung sind die Reichsfinanzreform und die Sozialpolitik. In der Reichsfinanzfrage wird die Sozialdemokratie, wie das in ihrer derzeitigen absoluten Oppositionstellung begründet ist, sich wohl ausschliesslich kritisch verhalten, im übrigen nur ihre Programmforderungen erneuern und die wirkliche Regelung der Finanzen den regierenden Parteien überlassen. Anders in der sozialen Gesetzgebung. Hier bietet sich unserer Partei die Möglichkeit durch kluges Ausnutzen parlamentarischer Kombinationen der Stagnation der Sozialreform ein Ende zu bereiten, hier kann sie positiv schöpferisch sein. Es ist bedauerlich, dass die vom Parteivorstand in Aussicht gestellte Zusammenstellung der sozialpolitischen Anträge der Partei und ihrer weiteren Schicksale — die zuweilen zu einer Erfüllung führten, weil sie viele Jahre später von bürgerlichen Parteien aufgegriffen wurden — sich noch immer verzögert. Aus der sozialpolitischen Praxis der Vergangenheit ergibt sich manches auch für die Zukunft. Sicher wird der Referent Molkenbuhr, der ja die Materie beherrscht wie wenige in Deutschland, auch dem Kommenden Wege zu zeigen suchen. Von besonderer Wichtigkeit ist eine frühzeitige Stellungnahme der Partei zu der geplanten Versicherungsreform. Nach den Vorschlägen des Freiherrn von Zedlitz, der in der Regel eine gute Witterung hat, scheint es, als ob auch die Reform im kleinen Massstab von der unter dem neuen Staatssekretär nur noch die Rede ist, etwas lange auf sich warten lassen wird, dass man dagegen daran denkt ein Spezialgesetz zu schaffen, das die Selbstverwaltung der Krankenkassen erdrosselt. Für unsere Partei ergibt sich nun die Notwendigkeit nicht nur diesen Plan frühzeitig zu durchkreuzen sondern auch positive Vorschläge zu machen, die auf dem Wege der Vereinheitlichung der Arbeiterver-

sicherung liegen, unter Beibehaltung respektive Erweiterung der Selbstverwaltung, aber auch unter Berücksichtigung der Forderungen der Ärzte, die jetzt infolge des Missverstehens der Interessen der Hygiene und damit auch ihrer eigenen das Geschrei der Scharfmacher verstärken helfen. Wenn die Sozialdemokratie in der Sozialpolitik den Schwerpunkt ihrer nächsten parlamentarischen Tätigkeit erblickt, kann sie Fruchtbares leisten und durch die Tat die Legende von ihrer *absoluten Negation* zerstören, die sie durch den Lärm der norddeutschen Parteipresse über die Budgetbewilligung zu befestigen im Begriff ist.

×
Italien

Im Herbst werden auch die romanischen Parteien ihre Parteitage abhalten. Und auch da handelt es sich um innere Entscheidungen, die manche Analogie haben mit der bei uns, sich aber doch von ihr dadurch unterscheiden, dass sie viel klarer formuliert, dass die Tendenzen von vornherein eindeutig bestimmt sind. In der italienischen Sozialdemokratie haben wir drei Richtungen, die sich auch offiziell als *Reformisten*, *Integralisten* und *Revolutionäre* bezeichnen und so die Unterschiede in der taktischen Auffassung, unbeschadet der Einheit der Gesamtpartei, ohne Ängstlichkeit und Proteste anerkennen. Dieses System bedingt ein parlamentarisches Regime innerhalb der Partei, so dass deren Regierung, der Parteivorstand, aus derjenigen Fraktion zusammengesetzt wird, die entweder für sich die Mehrheit hat oder mit einer anderen einen Block bildet, wie es das letzte Mal bei den Integralisten und Reformisten der Fall war.

Die reformistische Betonung des Integralismus dürfte auf dem kommenden Parteitag noch unterstrichen werden. Die Partei wird dazu durch die Syndikalisten gedrängt. Deren Führer, Labriola und Leone, haben schon erklärt, dass sie mit der sozialistischen Partei wie sie jetzt ist nichts mehr zu tun haben wollen. Auf die Haltung des Parteitags werden sicherlich auch die Beschlüsse des Gewerkschaftskongresses, der am 6. September in Modena eröffnet wird, einen entscheidenden Einfluss ausüben. Nach den bereits veröffentlichten Referaten wird dieser Kongress eine wirkliche gewerkschaftliche Taktik, für die Deutschland und England ein Vorbild bieten, auch in Italien einzuführen suchen. Bei der engen Verbindung zwischen Partei

und Gewerkschaft wird dann der Parteitag die politischen Konsequenzen aus der Taktik in den Wirtschaftskämpfen zu ziehen haben. Ist so die Stimmung des nächsten Parteitags mit einer gewissen Wahrscheinlichkeit vorauszusetzen, so ist es doch noch nicht möglich auch dessen politische Folgen abzuschätzen. In den Reihen der Reformisten selber ist man verschiedener Meinung über das Vorgehen in der nächsten Zeit. Namentlich über die Frage, ob ein Bündnis mit den bürgerlichen Demokraten zur Herbeiführung einer allgemeinen Wahlrechtsbewegung zurzeit zweckmässig und durchführbar ist, gehen die Meinungen auseinander. Als dringendste Aufgabe wird die Sozialreform erkannt, für die freilich die Mittel nicht vorhanden zu sein scheinen. Gerade dieser Umstand kann ein Hindernis für die Annäherung der bürgerlichen und der sozialistischen Demokratie werden.

×
Frankreich

Der Parteitag der geeinigten französischen Partei, der in den ersten Oktobertagen in Toulouse stattfinden wird, wird mit dem deutschen noch dadurch eine besondere Ähnlichkeit bekommen, dass dort, wie schon in dieser Rundschau erwähnt, die Frage der Budgetbewilligung eine Rolle spielen wird. Man wird aber diesen Gegenstand nicht für sich behandeln. Der *Nationalrat* der Partei hat vielmehr beschlossen eine allgemeine Aussprache über die Taktik der Partei zu veranstalten, um so den *beiden Tendenzen* Gelegenheit zu geben in ihrer Stärke abgeschätzt zu werden. Das *Manifest der 18 Abgeordneten*, über das seinerzeit hier berichtet wurde, hat das Wiedererstarken des Reformismus, der in der geeinigten Partei durch die Intransigenz zurückgedrängt schien, deutlich gezeigt. Als Vorbereitung zu den Parteitagsverhandlungen werden zunächst die verschiedenen Auffassungen von ihren Vertretern in der Presse dargelegt. Im Namen der ehemaligen Guesdisten entwickelt Bracke im *Socialisme* die bekannten prinzipiellen Forderungen des linken Flügels, die in der absoluten Ablehnung des Budgets, namentlich aller militärischen Kredite, in der Unversöhnlichkeit gegenüber den bürgerlichen Radikalen und der Weigerung mit ihnen gemeinsam demokratische Reformen zu erstreben gipfeln. Auf der andern Seite setzt der Abgeordnete Varenne im *Proletaire* das possibilistische Programm aus-

einander. Die energische Zurückweisung des Antipatriotismus, eine klare Scheidung zwischen den Sozialisten und den Anarchisten, die loyale Mitarbeit der sozialistischen Partei an demokratischen und sozialen Reformen und endlich ein Zusammengehen mit den Parteien der Linken, die auch auf solche Reformen hinarbeiten: das sind die nächsten Forderungen, die Varenne für die Aktion aufstellt. Ob die Mehrheit der Partei dafür zu gewinnen sein wird, ist bei der Angst vor den Syndikalisten sehr fraglich. Varenne verlangt jedenfalls eine proportionelle Vertretung der Reformisten im Verwaltungsausschuss der Partei. Die gleichen Forderungen werden von Breton erhoben, der ausserdem seine Zustimmung zum Budget, die er ja in den *Sozialistischen Monatsheften* ausführlich begründet hat, nochmals rechtfertigt und auch für die Zukunft sich die gleiche Entscheidung vorbehält.

Können Bracke und Breton sich auf ein und die selbe Formel noch vereinigen? Das wird auch hier von der Haltung des Zentrums der Partei abhängen. Es ist zu hoffen, dass Jaurès sich wieder zu dem Standpunkt bekennen wird, den er einnahm, bevor er sich von den Syndikalisten kaptivieren liess, zur Zeit Mille-rands und des Ministerialismus. Der Ministerialismus selber steht jetzt nicht zur Debatte, aber die Wiederanbahnung einer republikanischen Konzentration liegt im Bereich der Möglichkeit, und von Jaurès und denen, die ihm folgen, wird es abhängen, ob die sozialistische Partei ihren Platz unter den politischen Faktoren Frankreichs wieder einnehmen oder nur als Sprachrohr eines ungeberdigen, aber ohnmächtigen Syndikalismus fungieren will.

×
Kurze Chronik Die englisch-deutsche Friedensdemonstration, deren Grundzüge MacDonald in den *Sozialistischen Monatsheften* (1908, 2. Band, pag. 1033 ff.) auseinandergesetzt hat, soll unmittelbar nach dem Nürnberger Parteitag am 20. September in Berlin stattfinden. Englische sozialistische Parlamentarier wollen eine Adresse überbringen, die von den 50 Arbeiterabgeordneten und allen grossen Arbeiterorganisationen unterzeichnet ist. × Die Neuwahlen für den finnländischen Landtag brachten der Sozialdemokratie 3 Sitze mehr als früher; sie zählt jetzt 83 Abgeordnete

(unter 200). × Die sozialdemokratische Fraktion der russischen *Duma* hat einen Rechenschaftsbericht über ihre Tätigkeit während der abgelaufenen Session veröffentlicht. In der reaktionären Umgebung konnte sie keine besonders fruchtbare Arbeit tun. Auch besitzt sie keine hervorragenden Kräfte. Immerhin war ihre Tätigkeit nicht überflüssig, und es ist erfreulich, dass der Parteivorstand dem Drängen einiger Leninianer, die eine Mandatsniederlegung der gesamten Fraktion forderten, nicht nachgegeben hat.

×
Literatur Von dem Buch Werner Sombarts *Sozialismus und soziale Bewegung* /Jena, Gustav Fischer/, das von der Wiedergabe einiger Vorträge im Strom der Auflagen zu einem grossen Werk von etwa 400 Seiten angewachsen ist, ist jetzt das 34. bis 43. Tausend erschienen. Seine Vorzüge sind bekannt, das Buch bedarf keiner neuen Besprechung. Der Autor teilt im Vorwort zur neuen Auflage mit, dass er «alle persönlichen Streitereien» ausmerzen versucht habe, «damit das Buch sich immer mehr einer wirklichen objektiven Darstellung des Tatbestandes nähere». Ob ihm diese Überwindung seines Subjektivismus völlig gelungen ist, bleibe ununtersucht. Jedenfalls bietet das Werk in der Tat eine gute Orientierung. Die neue Auflage ist durch einen Abschnitt über den Syndikalismus bereichert, für den Sombart sich lebhaft interessiert. In gewisser Hinsicht mit Recht. Der Syndikalismus bietet wenigstens eine Theorie, zwar nicht auf neuer Grundlage, aber doch in konsequentem Aufbau. Er gibt nicht, wie unser landesüblicher *Radikalismus*, ein blosses Gemengsel von Lehrsätzen, die einen revolutionären Gedankengang markieren, ohne in sich zusammenhängend zu sein, und die nur bestimmt sind entweder die individuelle Untätigkeit zu verhüllen oder die reformistische Praxis gewähren zu lassen. Für einen wirklichen Radikalismus fehlen denen, die als seine Vertreter agieren, die seelischen Voraussetzungen und die Energie der Initiative. Der Syndikalismus stellt dagegen ein wirkliches System dar, das freilich mit aller Kraft zu bekämpfen ist, das aber in seiner Bestimmtheit, im Gegensatz zu der Verwaschenheit unseres *Radikalismus*, die Möglichkeit einer Auseinandersetzung bietet. Das Kapitel über den Syndikalismus im Sombartschen Buch, das auch dessen entscheidende

logische Fehlschlüsse aufdeckt, ist zur Lektüre sehr zu empfehlen. X Auf Beschluss des deutschen Parteivorstands werden die verschiedenen Schriften über die Tätigkeit der Sozialdemokratie im Reichstag seit 1873 von der Buchhandlung *Vorwärts* neu herausgegeben. Dieser Entschluss ist sehr gut. Wenn man auch keine zusammenhängende Darstellung bekommt, so sind doch viele Einzelheiten interessant. Manche Argumentation von früher verdient heute von neuem beobachtet zu werden, die Entwicklung mancher Frage — zum Beispiel der des Schutzzolls — von einer der politischen Opportunität zu einer des *revolutionären Prinzips* fällt in die Augen. Die Sammlung ist auf 5 Hefte berechnet, die auch in einem Band vereinigt werden können. X Das internationale Sekretariat hat ein ausführliches Protokoll über den Stuttgarter internationalen Kongress in französischer Sprache erscheinen lassen. Es ergänzt das deutsche Protokoll und ist namentlich für das Studium der Reden der ausländischen Genossen von Wichtigkeit. Auch die vollständige Delegiertenliste wird einigen willkommen sein. X Eine neue russische Zeitschrift, *Byloje*, wird in Paris von W. Burtzew, einem der besten Kenner der revolutionären Geschichte, herausgegeben. Die Zeitschrift ist dem Studium der russischen Freiheitsbewegung gewidmet und verspricht wertvolles Material darüber zu bringen.

Gewerkschaftsbewegung / Ernst Deinhardt

Arbeitskonflikte 1907

Den nachteiligen Einfluss der im letzten Halbjahr des Vorjahres einsetzenden Krise auf die wirtschaftliche Kampftätigkeit der Gewerkschaften zeigt überaus deutlich die von der *Generalkommission im Korrespondenzblatt* veröffentlichte Statistik über die Lohnbewegungen, Streiks und Aussperrungen der freien Gewerkschaften im Jahre 1907. Die Zahl der durchgeführten Bewegungen wie der daran beteiligten Personen war geringer als im Jahre 1906. In 8053 Fällen wurden Forderungen gestellt, gegen 8543 solcher Fälle im Jahre 1906. Von den Lohnbewegungen wurden in 12412 (im Jahre 1906 in 14044) Orten insgesamt 56272 (62780) Betriebe mit 1118233 (1260571) Beschäftigten betroffen. Der Rückgang der Ziffern des Jahres 1907 gegen die des Jahres 1906 springt in die Augen.

In 4652 Fällen wurden die Differenzen durch erfolgreiche Unterhandlungen mit den Unternehmern beigelegt, während in 14 Fällen die Verhandlungen am Jahresabschluss noch nicht zum Abschluss gekommen waren. Insgesamt waren an diesen Bewegungen, die ohne Arbeitseinstellung ihre Erledigung fanden, 525235 Personen beteiligt.

1721 Angriffsstreiks wurden von 48 Gewerkschaften geführt; beteiligt waren daran 142944 Personen. Es endeten erfolgreich 866 Streiks mit 51344 Beteiligten, teilweise erfolgreich 495 Streiks mit 53006 Beteiligten, erfolglos 270 Streiks mit 35371 Beteiligten und unbekannt 90 Streiks mit 3223 Beteiligten. Diese Streiks erforderten eine Ausgabe von insgesamt 5082221 M. Die von 42 Gewerkschaften geführten 863 Abwehrstreiks verursachten eine Gesamtausgabe von 1134782 M. An diesen Streiks waren 33348 Personen beteiligt. Erfolgreich oder teilweise erfolgreich abgewehrt wurden 531 Streiks mit 21921 Beteiligten, während 284 Streiks mit 9588 Beteiligten erfolglos beendet werden mussten.

Wie im Jahre 1906 so hatten auch im Jahre 1907 die Gewerkschaften unter Aussperrungen stark zu leiden. Nicht weniger denn 402 (560) waren abzuwehren, von denen 104738 (93356) Personen betroffen wurden. Sie verursachten den Gewerkschaften allein Ausgaben in Höhe von 6147079 M. gegen 5315100 M. im Jahre 1906 und 4193250 M. im Jahre 1905. Von den enormen Ausgaben zur Abwehr von Aussperrungen entfallen allein 2802875 auf den Holzarbeiterverband. Auf den Ausgang der Aussperrungen können die Unternehmer keineswegs stolz sein, denn von diesen Konflikten endeten 243 gleich 60% völlig oder teilweise erfolgreich, und an diesen Erfolgen waren 62% der von den Aussperrungen betroffenen Arbeiter beteiligt.

Die Gesamtkosten der Lohnbewegungen, Streiks und Aussperrungen betragen 12533561 M., blieben also um 918157 M. gegen das Jahr 1906 zurück und sind um 1534428 M. höher als im Jahre 1905. Mit dem Gesamterfolg kann man wohl zufrieden sein. Es wurden durch Lohnbewegungen, Streiks und Aussperrungen Arbeitszeitverkürzungen erreicht für 248911 Personen, zusammen 912660 Stunden pro Woche und Lohnerhöhung für 513213 Personen zusammen 992695 M. pro Woche. Ferner

Lohnaufschlag für Überstunden in 1884 Fällen, Lohnaufschlag für Nacht- und Sonntagsarbeit in 1374. Beseitigung der Akkordarbeit in 75, Verbesserung der Fabrik-, Bau- oder Werkstattordnung in 38, Massregelung wurde abgewehrt in 170 Fällen usw. Diese Erfolge müssen um so höher gewertet werden, als sie unter dem Einfluss der heranbrechenden Krise und angesichts einer gesteigerten Aussperrungsaktion der organisierten Unternehmer erzielt worden sind. In der Tat können die Gewerkschaften auf die letztjährige Lohn- und Streikbewegung stolz sein. Sie legt Zeugnis ab von ihrer Stärke und Leistungsfähigkeit in der Vertretung der Interessen der Arbeiterschaft.

× **Kongresse und** Die Formstecher hielten am 8. und 9. Juni in **Verbandstage** Berlin ihren Verbandstag

ab. Beschlossen wurde die Erhöhung des Beitrages von 60 Pf. auf 80 Pf. und von 75 Pf. auf 1 M. Über die Frage des Anschlusses des Verbandes an den *Senefelderbund* soll eine Urabstimmung stattfinden. Ergibt diese eine $\frac{3}{4}$ Majorität für die Verschmelzung, so soll der Anschluss perfekt werden.

Die *Böttcher*, die vom 15. bis zum 19. Juni in Kassel tagten, beschloßen Erhöhung des Beitrages von 50 auf 60 Pf. Der Anschluss an den Holzarbeiterverband wurde mit 36 gegen 4 Stimmen abgelehnt.

Die *Porzellanarbeiter* tagten vom 6. bis zum 12. Juni in Charlottenburg. Der Verbandstag sprach seine Sympathie für die Verschmelzung mit den Verbänden der Glaserbeiter und Töpfer aus. An Stelle der bestehenden 6 Beitragsklassen wurden 4 Klassen mit einem Beitrag von 15, 30, 45 und 60 Pf. eingeführt. Die Arbeitslosenunterstützung beträgt in den 4 Klassen 4, 7, 11 und 14 M., die Streikunterstützung 6, 9, 13 und 16 M. Rückwirkend bis zum Jahre 1905 wurden die Gehälter der Vorstandsmitglieder um 100 M., die der Hilfsarbeiter um 50 M. jährlich erhöht bis zum Höchstbetrag von 3000 M.

Die *Schuhmacher*, die vom 15. bis zum 20. Juni in Gotha tagten, beschäftigten sich ebenfalls mit der Verschmelzung ihrer Organisation mit den verwandten Organisationen in der Lederindustrie. Über diese Frage soll eine Urabstimmung stattfinden. Die Beiträge für die 3 Beitragsklassen wurden auf 25, 40 und 55 Pf. normiert. Die Streikunterstützung be-

trägt in der 1. Klasse 90 Pf. respektive 1,25 M., in der 2. und 3. Klasse 1,50 respektive 2 M. täglich, die Arbeitslosenunterstützung 70 Pf. in der 1., 1 M. in der 2. und 1,50 M. in der 3. Klasse pro Tag. Mit dem Verbandstag wurde gleichzeitig die Gedenkfeier des 25jährigen Bestehens des Verbandes verknüpft.

Auf dem Verbandstag der Brauer, der vom 6. bis zum 11. Juli in München stattfand, sprach man sich mit $\frac{2}{3}$ Mehrheit für Gründung eines Industriearbeiterverbandes der Nahrungsmittelindustrie, durch Verschmelzung der Verbände der Bäcker, Brauer, Metzger und Müller, aus. Es wurden 2 Beitragsklassen mit 30 und 50 Pf. Beitrag eingeführt. An Streikunterstützung wird gewährt in der 1. Klasse 1,20 M. pro Tag, ausserdem für die Frau 30 Pf., für jedes Kind 10 Pf. in der 2. Klasse 2 M. respektive 30 und 15 Pf. Der Sitz des Verbandes wurde von Hannover nach Berlin verlegt. An den Verbandstag schloss sich eine internationale Konferenz an, auf der Deutschland, Österreich und Holland vertreten waren. Es wurde über Fragen der Agitation und der Gegenseitigkeit bei Unterstützungen verhandelt. Im Jahre 1910 soll in Kopenhagen wieder eine Konferenz zusammenreten, der grössere Ziele gesteckt werden sollen.

Der 19. internationale Bergarbeiterkongress, der vom 8. bis zum 12. Juni in Paris tagte, war sehr stark besichtigt. Aus England waren 75, aus Frankreich 27, aus Belgien 10, aus Österreich 2 und aus Deutschland 17 Vertreter erschienen, aus Deutschland auch 3 Vertreter der polnischen und einer der Hirsch-Dunckerschen Organisation. Der Kongress beschäftigte sich wieder, wie auf den früheren Tagungen, mit der gesetzlichen Festlegung des Achtstundentags, eines Minimallohnes durch Abschluss von Tarifverträgen, mit dem Verbot der Frauen- und Kinderarbeit, mit der Verstaatlichung der Bergwerke, mit der Altersversicherung, der Anstellung von Grubenkontrolleuren aus den Reihen der Arbeiter usw.

× **Christliche Ge-** Nach der vor kurzem **werkschaften** im *Zentralblatt* gegebenen

Übersicht haben sich die christlichen Gewerkschaften auch im Jahre 1907 recht günstig entwickelt. Die dem *Gesamtverband* angeschlossenen Organisationen zählten am Schluss des Jahres in 3245 Ortsgruppen 284 649 Mit-

glieder, gegen 3048 Ortsgruppen und 260 040 Mitglieder Ende des Jahres 1906. Die Mitgliederzunahme beträgt danach 24 609 gleich 9,4 %, während sie sich im Vorjahre auf 68 350 gleich 35,7 % belief; sie ist durch den Anschluss der Organisation der Telegraphenarbeiter im Berichtsjahre günstig beeinflusst worden.

An dem Mitgliederzuwachs sind alle Organisationen beteiligt. Es hatten Mitglieder die Bergarbeiter 74 700 (gegen 1906 + 1158), die Bauhandwerker 40 135 (+ 3676), die Textilarbeiter 40 704 (+ 6183), die Metallarbeiter 28 090 (+ 3346), die bayrischen Eisenbahner 24 112 (+ 1957), die Hilfsarbeiter 14 634 (+ 1613), die Holzarbeiter 11 239 (+ 1017), die Keramarbeiter 8352 (+ 1321), die Tabakarbeiter 6549 (+ 112), die Heimarbeiterinnen 4966 (+ 1366), die Lederarbeiter 4203 (+ 953), die Schneider 3758 (+ 634), die Maler und Anstreicher 3352 (+ 715), der Gutenberghund 2812 (+ 98), die graphischen Gewerbe 1409 (+ 345), die Krankenpfleger 1114 (+ 472), die bayrischen Salinenarbeiter 893 (+ 70), die Gärtner 728 (+ 58), die Bäcker 650 (+ 180), die Telegraphenarbeiter 1861. Weibliche Mitglieder wurden in den genannten Organisationen insgesamt 24 122 gezählt gegen 21 646 Ende 1906; das entspricht einer Zunahme um 2476. Die ausserhalb des *Gesamtverbandes* stehenden christlichen Organisationen, meist Beamtenverbände, zählten am Schlusse des Jahres 1907 80 437 Mitglieder gegen 73 132 Ende 1906.

Die Gesamteinnahmen der angeschlossenen Verbände betragen 4 311 495 (3 644 865) M., die Ausgaben 3 193 978 (2 977 733) M.; die Kassenbestände stiegen demgemäss von 2 613 961 M. Ende 1906 auf 3 487 735 M. am Jahresschluss 1907. Von den hauptsächlichsten Ausgaben nennen wir 361 711 für Verbandsorgane, 355 115 für Agitation, 743 270 für Streik- und Gemassregelungenunterstützung, 51 743 für Reise- und Arbeitslosenunterstützung, 443 035 für Krankengeld, 99 284 für Sterbegeld, 81 442 für Rechtsschutz, 32 974 für sonstige Unterstützungen, 96 545 für Gehälter, 143 591 für Verwaltungsausgaben, 25 618 für Bibliothek und Bildungszwecke, 45 137 Beitrag für den *Gesamtverband* und 623 114 M. Anteil der Lokalkassen.

Auch über die im Berichtsjahr geführten Lohn- und Streikbewegungen werden einige Angaben gemacht. Die dem *Gesamtverband* angeschlossenen Organi-

sationen waren mit 59 718 Mitgliedern an 1089 solcher Bewegungen beteiligt, speziell an 189 Angriffsstreiks mit 7794 Personen, an 35 Abwehrstreiks mit 2157 Personen und an 67 Aussperrungen mit 7220 Personen. In diesen Kämpfen handelte es sich in 126 Fällen um höhere Lohnforderungen, in 8 um solche und Arbeitszeitverkürzungen, in 96 um Arbeitszeitverkürzungen, in 26 um Abwehr von Verschlechterungen und in 35 Fällen um sonstige Ursachen. Von den Angriffsstreiks waren für die Arbeiter 71 erfolgreich, 76 teilweise erfolgreich, 42 erfolglos, von den Abwehrstreiks 11 erfolgreich, 18 teilweise erfolgreich und 6 erfolglos, von den Aussperrungen 26 erfolgreich, 25 teilweise erfolgreich und 10 erfolglos. 326 der geführten Bewegungen endeten mit Tarifabschlüssen; insgesamt waren die christlichen Gewerkschaften an 762 Tarifabschlüssen beteiligt.

× ×

Kurze Chronik Der Hafenarbeiterverband hat einen schweren Verlust erlitten: Am 30. Juli verschied in Magdeburg, seiner Vaterstadt, Karl Görlitz, der Redakteur des *Hafenarbeiters*. Der Verstorbene hat sich grosse Verdienste um seine Berufsorganisation erworben. Seinem regen Wirken ist es mit zu danken, dass der Hafenarbeiterverband sich so günstig entwickelte, trotz schwieriger Situationen, die zu überwinden waren. Görlitz hat sich im Dienste seiner Organisation auch Verfolgungen mancher Art zugezogen, die wohl auch die Schuld an seinem frühen Siechtum trugen. Die organisierte Arbeiterschaft wird dem Verstorbenen stets ein ehrendes Andenken bewahren. × Der *Maurerverband* war am Jahresschluss 1907 an 674 Tarifverträgen beteiligt, die sich auf 781 Lohngebiete und 7876 Orte mit 149 619 Arbeitern erstreckten. × In Dessau haben die Gewerkschaften eine Gewerkschaftsherberge errichtet. × In Wald soll ebenfalls ein Gewerkschaftshaus entstehen. × ×

Literatur Ein für die Gewerkschaften bedeutungsvolles Werk ist jüngst erschienen. Es führt den Titel *Die freien Gewerkschaften in Deutschland, ihre Verbreitung und Entwicklung 1896 bis 1906* /Jena, Gustav Fischer/, hat Dr. Paul Hirschfeld zum Verfasser und stellt eine Fortsetzung des vor 3 Jahren vom selben Verfasser zusammen mit Professor W. Troeltsch

herausgegebenen Buches *Die deutschen sozialdemokratischen Gewerkschaften, Untersuchungen und Materialien über ihre geographische Verbreitung 1896 bis 1903 dar.* Zunächst bringt es eine Veröffentlichung der Zahlen über die Verteilung der Gewerkschaftsmitglieder in den kleineren Verwaltungsbezirken des Reiches für die Jahre 1896 bis 1903, dann aber und in der Hauptsache wird die Verbreitung der freien Gewerkschaften am Anfang des Jahres 1906 und ihre gewaltige Entwicklung in der Zeit von 1903 bis 1906 behandelt. Diese Untersuchungen zeichnen sich durch Gründlichkeit und Objektivität aus. Das Werk dürfte den Gewerkschaften bei ihren Agitations- und Organisationsarbeiten manch guten Dienst leisten. Es sollte deshalb in keiner gewerkschaftlichen Bibliothek von einiger Bedeutung fehlen.

Genossenschaftsbewegung / Gertrud David

Landwirtschaftlicher Genossenschaftstag In Mainz wurde vom 8. bis zum 11. Juli der 24. deutsche landwirtschaftliche Genossenschaftstag abgehalten, der gleichzeitig die Feier des 25jährigen Bestehens des *Reichsverbands* darstellte. Aus dem vom Anwalt Haas erstatteten Geschäftsbericht seien folgende Zahlen hervorgehoben. Bei der Gründung des Verbandes am 6. Juli 1883 in Hamburg traten ihm 9 Vereine mit 248 Genossenschaften und zirka 10 000 Mitgliedern bei. Heute umfasst der *Reichsverband*, der im Jahre 1905 durch die Verschmelzung mit den *Raiffeisenverbänden* eine starke Erweiterung erfuhr, 41 Revisionsverbände, 43 Zentralgenossenschaften, 18 000 Einzelgenossenschaften mit fast 1 600 000 Mitgliedern. Die Zentralbezugs-genossenschaften des Verbandes erzielten im letzten Jahre einen Umsatz von 4798 Mill. M., die Absatzgenossenschaften einen solchen von 214 Mill. M.

Auf der Tagesordnung des Verbandstages stand, wie gewöhnlich, eine grosse Anzahl von Punkten, die aber meist durch Vorträge ohne Diskussion ihre Erledigung fanden. So behandelte Landesökonomierat Johannsen die Frage der genossenschaftlichen Milchversorgung der Städte und Industriebezirke. Die von ihm vorgeschlagene Resolution fand einstimmige Annahme. Ferner stimmte der Genossenschaftstag einer vom Landrat von Brockhausen vorgelegten Resolution zu, die eine weitere systematische Ausgestaltung des genossenschaftlichen Bezugs und Absatzes landwirtschaftlicher Be-

darfsartikel fordert. Erstaulich muss es scheinen, dass bei dem grossen Umsatz der Zentralgenossenschaften der Genossenschaft der landwirtschaftlichen Genossenschaften noch nicht aufgetaucht ist. Eine von Dr. Nolden und Erdmann vorgelegte, gleichfalls einstimmig angenommene Resolution empfiehlt den südwestafrikanischen Farmern die weitere Ausbildung der bereits mit Erfolg eingeleiteten genossenschaftlichen Verwertung ihrer Wirtschaftserzeugnisse und eventuell auch den gemeinsamen Einkauf. Eine Debatte entwickelte sich nur bei der Frage des ländlichen Arbeitermangels, wobei der verschiedene sozialpolitische Standpunkt der Delegierten zum Ausdruck kam. Schliesslich wurde eine Resolution angenommen, die zur Abhilfe dieser Kalamität empfiehlt die ländlichen Arbeiter durch Genossenschaften sesshaft zu machen. Zum Schluss hörte die Tagung noch einen Vortrag des Verbandsdirektors Bach an, der zur Förderung der ländlichen Wohlfahrtspflege durch die Genossenschaften eingehende Vorschläge machte.

X England: Genossenschaftstag Der britische Genossenschaftstag dieses Jahres wurde, wie bereits voriges Mal erwähnt, in Newport abgehalten. Anwesend waren etwa 1500 Delegierte, darunter viele Frauen, und ausserdem zahlreiche Gäste. Von ausländischen Genossenschaftsorganisationen waren vertreten: Deutschland, Belgien, Dänemark, Schweden, Norwegen, Italien, die Schweiz, Osterreich, Russland und Finnland. Aus Deutschland waren Ernst Scherling von der *G. E. G.* und Max Radestock vom *Zentralverband* erschienen. Dem erstmalig anwesenden Vertreter der russischen augenblicklich im Kampfe gegen die zarische Regierung stehenden Genossenschaften, Dr. Totomjan, wurden begeisterte Ovationen dargebracht. Der Kongress stand unter der Leitung T. W. Allens aus Blaina, dessen alle brennenden Fragen der Genossenschaftsbewegung berührende Inauguraladresse inhaltlich und formell eine Musterleistung war.

Aus den Verhandlungen des Kongresses, in denen wieder eine Unmenge Angelegenheiten erledigt wurden, seien folgende wichtigste Punkte hervorgehoben. Die Versicherungsfrage, die seit langem die Gemüter der englischen Genossenschaftler beschäftigt, fand auch auf dem

Kongress eine lebhafte Erörterung. Der Wert der von den englischen Genossenschaften gegen Feuerschaden versicherten Gebäude, Maschinerien usw. beträgt rund 300 Mill. M., der der Warenlager 240 Mill. Es handelt sich also hier um gewaltige Summen und Gewinne, die jetzt grösstenteils den privaten Versicherungsgesellschaften zufließen und bei einer genossenschaftlichen Organisation des Versicherungswesens erspart werden könnten. Es wurde daher eine Resolution angenommen, in der die bestehende bereits ziemlich bedeutende genossenschaftliche Versicherungsgesellschaft und die beiden *C. W. S.* aufgefordert werden die bis jetzt erfolglosen Verhandlungen zwecks gemeinsamer Regelung des Versicherungsgeschäftes wieder aufzunehmen. Im Falle des Scheiterns der Verhandlungen soll dem nächsten Kongress die Frage zur Beschlussfassung vorgelegt werden.

Auch die Frage der direkten Vertretung der Genossenschaften im Parlament, die schon mehrere Kongresse beschäftigt hat, wurde wieder einmal aufgerollt. Das parlamentarische Komitee hatte eine Resolution vorgelegt, wonach im Anschluss an die Resolution von Paisley die direkte parlamentarische Vertretung der Genossenschaften (also nicht die Unterstützung irgend einer Partei) als wünschenswert bezeichnet und die im parlamentarischen Komitee vertretenen Organisationen aufgefordert werden die Frage der Aufbringung von Mitteln zu prüfen. Hiergegen wurde eingewandt, dass eine solche Vertretung nicht notwendig sei, da die Genossenschaften bei allen Parteien warme Freunde besässen. Eine direkte Beteiligung an der Politik würde ausserdem eine Hineinbeziehung der Genossenschaften in die Parteikämpfe und vielleicht eine innere Zersplitterung zur Folge haben. Die Resolution wurde infolgedessen mit nicht sehr erheblicher Majorität abgelehnt. Trotz dieser politisch-ablehnenden Haltung beschäftigte sich der Kongress mit einer ganzen Reihe politischer Fragen. Er sprach sich zu gunsten des Frauenstimmrechts, für eine von der Regierung eingebrachte Vorlage zur Verbesserung des Wohnungswesens der arbeitenden Klassen, gegen die Beschränkung der Einfuhr von kanadischem Vieh sowie gegen die die Genossenschaften benachteiligende Änderung des Apothekengesetzes aus. Endlich wurde noch der von der Regierung eingebrachte Gesetzentwurf zur

Schaffung kleiner Landstellen und seine Anwendung auf die Genossenschaften diskutiert. Es wurde eine Resolution angenommen, in der die Absicht der Regierung begrüsst, und eine andere, in der die in landwirtschaftlich günstigen Gegenden gelegenen Konsumvereine aufgefordert werden ein *Small-Holdings-Department* zu bilden, um dadurch den sich dafür interessierenden Mitgliedern kleine Landstellen zu verschaffen, auf denen sie die Bedürfnisse der Genossenschaft produzieren können.

Erwähnt sei noch ein mit grossem Beifall aufgenommener Vortrag Dr. Hans Müllers über den internationalen Stand der Konsumvereinsbewegung. Er beschloss den Kongress, der nach allgemein geäusserteter Ansicht einer der schönsten und harmonischsten aller je abgehaltenen englischen Genossenschaftstage war.

× **England:** Der am 23. und 24. Juni in Burton-on-Trent abgehaltene Jahreskongress der englischen *Fraucn-Genossenschaftsgilde* war zugleich der Feier des 25jährigen Jubiläums dieser Institution gewidmet. Im Jahre 1883 mit 7 Gruppen begründet, zählt die Gilde heute in allen Teilen des Reichs 500 Gruppen mit über 25 000 Mitgliedern. Die jüngste Gruppe hat sich in Kapland gebildet. Obgleich diese Zahlen, verglichen mit den Millionenziffern der gesamten britischen Konsumvereinsmitglieder, nur gering erscheinen mögen, so hat die Gilde, die in ihren Zweigvereinen naturgemäss eine tatkräftige Elite genossenschaftlich denkender Frauen vereinigt, doch einen nicht zu unterschätzenden Einfluss auf die englische Genossenschaftsbewegung ausgeübt, und zwar hauptsächlich im Sinn der Bekämpfung des Borgwesens, der Schaffung von *Armenläden*, Einrichtung von Unterrichtskursen usw. Eine Anzahl Mitglieder der Gilde sitzt selbstverständlich auch in den Verwaltungen der lokalen Vereine; desgleichen ist die Gilde in der Verwaltung des Genossenschaftsbundes vertreten, und neuerdings strebt sie auch einen Sitz in der Verwaltung der *C. W. S.* an, der ihr wohl nicht lange vorenthalten bleiben wird. Die Gilde hat übrigens in einer ganzen Reihe anderer Länder: Schottland, Holland, Norwegen, Schweden, Ungarn und Finnland Nachfolger gefunden.

In letzter Zeit ist die Gilde stark ins politische Fahrwasser gekommen. So hat sie an der grossen Londoner Frauen-

rechtsdemonstration am 13. Juni teilgenommen. Auch der Kongress beschäftigte sich ausgiebig mit der Frauenwahlrechtsfrage. Er nahm eine Resolution an, in der die Regierung aufgefordert wird anlässlich der zugesagten Wahlrechtsreform das Wahlrecht der Frauen auch auf die verheirateten Arbeiterinnen auszudehnen. Hieraus, sowie aus den Reden der meisten Delegierten, wie endlich auch aus der Art, wie der Kongress speziell mit den Fragen der Arbeitslosigkeit, der Altersversorgung und der Festsetzung eines Minimallohnes für die weiblichen Angestellten und Arbeiter in den Genossenschaften sich beschäftigte, geht jedenfalls zur Genüge hervor, dass die Gilde die angestrebte politische Macht in sozialem Sinne zu betätigen gedenkt.

× Österreich: Zuletzt haben wir noch über den 6. Verbandstag des Zentralverbandes österreichischer Konsumvereine zu berichten.

Der Verband wurde bekanntlich vor 6 Jahren durch Abspaltung von dem Allgemeinen Verband der Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften gegründet. Ende 1907 waren ihm 439 Vereine mit rund 200 000 Mitgliedern angeschlossen. Die österreichischen Konsumvereine erfreuen sich in letzter Zeit der ganz besonderen Aufmerksamkeit der Krämer, die ihnen auf alle mögliche Weise das Leben sauer zu machen suchen, sei es durch Verleumdungen in der Presse und im Parlament, natürlich unter Unterstützung des extremsten, lebensmittelwucherischen Agrariertums, oder durch Beeinflussung der Regierung und Behörden in genossenschaftsfeindlichem Sinn. Infolgedessen stand der Kongress unter dem Zeichen einer lebhaften Kampfstimmung. Eingehend wurden nach einem Vortrag des Genossen Wilhelm die Abwehrmassregeln gegen diese Angriffe erörtert und der Verbandsleitung zu diesem Zweck ausserordentliche Vollmachten erteilt. Vor allem soll ein Pressbureau eingerichtet werden, das Tages- und Gewerkschaftsblätter mit Material zu versehen hat. Ferner sollen aufklärende Flugschriften und Broschüren veröffentlicht und so bald als möglich an die Herausgabe eines genossenschaftlichen Volksblattes gegangen werden. Die angenommene Resolution richtet sich auch gegen die Unterstützung der selbstsüchtigen Bestrebungen ländlicher und städtischer Lebensmittelvertreurer durch Regierung und Parlament.

Über die Arbeitsbedingungen in Konsumvereinen referierte Genosse Pohl, der das Gegenseitigkeitsverhältnis zwischen den Genossenschaften und ihren Angestellten betonte und für die Schaffung von einheitlichen Dienstverträgen eintrat.

Ausserdem gelangten Statutenänderungen zur Annahme, und endlich stimmte der Verbandstag noch einer Resolution zu, die die Zentralisation der Konsumvereine durch Verschmelzung benachbarter Genossenschaften in die Wege leiten will.

An den Verbandstag schloss sich die Generalversammlung der G. Ö. K., der österreichischen Grosseinkaufsgesellschaft. Der Geschäftsbericht der Gesellschaft über das am 31. Januar abgelaufene 2. Geschäftsjahr weist eine Steigerung des Umsatzes von 7 887 025 auf 10 195 336 K. oder um 30 % nach. In diesem Umsatz sind die Kommissionsgeschäfte in Höhe von 357 405 K. noch nicht mit einbegriffen. Der erzielte Reingewinn bezifferte sich auf 67 000 K.

Die österreichische Arbeiterkonsumvereinsbewegung befindet sich auf vortrefflicher Bahn. Sie wird dank der verständnisvollen Unterstützung der Partei und der Gewerkschaften voraussichtlich in kurzer Zeit eine bedeutende Rolle in der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung des Landes spielen.

× Kurze Chronik Die G. E. G. hat im ersten Halbjahr 1908 einen Umsatz von 28 925 239 M. erzielt,

das ist eine Steigerung von 3 509 891 M. gegenüber dem Umsatz im 1. Halbjahr 1908. × Der englischen C. W. S. sind Ende Juni die Betriebe von drei Produktivgenossenschaften, die Matratzen, Bettstellen und Haushaltungsgegenstände herstellen, angegliedert worden. × In Zürich ist kürzlich eine Gartenstadtgenossenschaft gegründet, die den Zweck verfolgt den Mitgliedern billige Wohnungen im Eigenhaus zu verschaffen.

× Literatur Eine vortreffliche kurzgefasste Übersicht über die historische Entwicklung,

den Stand und die Tendenzen der deutschen Genossenschaftsbewegung gibt Dr. Otto Lindecke in seiner Schrift *Das Genossenschaftswesen in Deutschland* [Leipzig, Göschen]. Er behandelt in je einem Abschnitt die Geschichte und Organisation der grösseren Genossenschaftsverbände, die deutsche Genossen-

schaftsbewegung unter dem Einfluss staatlicher Förderung, die internationalen Verbände, Gesetzgebung und Besteuerung, Systematisches über Begriff, Wesen und Zweck der Genossenschaften. Das Büchlein ist zur schnellen Orientierung sehr zu empfehlen. Zu bedauern ist jedoch der Mangel an statistischem Material, ohne das selbst die zutreffendste Beschreibung kein vollständiges Bild einer Bewegung geben kann.

Bildungsbewegung / Wilhelm Hausenstein

Bibliothek August Scherl Die jüngste Unternehmung Scherls ist unter den unliebenswürdigen Klängen einer nicht selten höchst leidenschaftlichen und besinnungslosen Polemik ins Leben getreten. Man kann den meisten bisherigen Leistungen Scherls mit vollkommener Ablehnung und auch seiner jüngsten Gründung mit lebhaftem sachlichem Misstrauen gegenüberstehen, braucht jedoch deshalb nicht zu verkennen, dass der Kampf von den Gegnern des Unternehmens oft in oberflächlicher, persönlicher, unwürdiger Weise geführt worden ist. Gewiss, wer die *Woche*, dies trotz guter Einzelbeiträge doch Gesinnung und Geschmack korrumpierende Sensations- und Novitätenorgan herausgibt, wer ein (sicherlich beachtenswertes, in mancher Beziehung vorzügliches) Organ wie den *Tag* als parteiloses Organ ansieht, obwohl man, so weit ich weiss, darin noch keine Zeile eines sozialdemokratischen Schriftstellers gefunden hat, wer gar auf der selben Seite des *Lokalanzeigers*, die eine pathetische Apologie des neuesten Kulturwerks des erfindungsreichen Verlegers enthält, das übelste Klischee abklatscht, um das Jubiläum des Kaisers Franz Josef zu illustrieren: der kann nicht verlangen, dass man *a priori* restlos an seinen kulturpolitischen Idealismus glaubt. Das Misstrauen gegen Scherl ist da, und es ist in der literarischen und geschäftlichen Vergangenheit dieses Mannes objektiv begründet. Indes, das hindert mich nicht an das neue Unternehmen mit aller Neutralität einer rein sachlichen Prüfung heranzutreten. Ein Kritiker, an dessen subjektiver Ehrlichkeit, an dessen objektivem Urteilsvermögen im allgemeinen wahrhaftig nicht zu zweifeln ist, Julius Hart, versichert uns zwar, dass Scherls Pläne und Bestrebungen sich durch eine »durchaus einzigartige Verbindung idealistischen Strebens und praktischen Sehens« charakterisieren. Ein anderer

Autor, der *Berliner Beobachter* des *Lokalanzeigers*, erklärt uns, »jahr-lang . . . lebendiger Zeuge der Lust und Liebe, der reinen stillen Freude gewesen« zu sein, mit der Scherl sein neues Unternehmen entwickelt habe, und »in zahllosen Gesprächen« die Erkenntnis gewonnen zu haben, »wie bitter ernst es dem Schöpfer des Werkes mit seiner ideellen Zielen war und ist«. Ich wage diesen mit Wärme vorgetragenen Versicherungen gegenüber kein Urteil. Jedenfalls tun wir am besten die Frage nach Scherls persönlichen Motiven und persönlichem Verdienst vollkommen auszuschalten und nach der objektiven Wirkung des Unternehmens zu fragen, die schliesslich jenseits alles Persönlichen liegt.

Die *Bibliothek August Scherl* hat sicherlich die beiden Punkte grundsätzlich richtig erkannt, auf die es bei dem Problem der Erziehung des literarischen Geschmacks ankommt: das formal-technische Problem der Verbreitungsorganisation und das inhaltliche der Erziehung der literarischen Urteilskraft.

Zum ersten: Die *Bibliothek August Scherl* verkauft nicht, sie verleiht bloss. Sie lässt dem Abonnenten jeden Band ins Haus bringen und lässt ihn auch wieder holen. Die sämtlichen Ausgaben des Entleihers belaufen sich auf 10 Pf. für die erste Woche, auf 5 Pf. für jede weitere Halbwoche. Die Bände sind mit Umschlägen versehen, die für jede Verleihung erneuert werden; auch wird (bei jeder Neuverleihung?) jeder Band mittels eines eigens patentierten Verfahrens desinfiziert. Das Abonnement kann jederzeit beginnen und jederzeit aufhören. Für die erste Serie (50 Romane) hat der Abonnent nicht das Recht der Auswahl: er muss sich der von der Firma beschlossenen Auswahl und Reihenfolge fügen. So weit die Organisation der Verbreitung. Nun ist die Frage, ob dieses System zu Erreichung des Zieles genügt, das Scherl im Prospekt so formuliert: Es seien »die höchsten Schätze der geistigen Führer allen Volksschichten zu erschliessen«, das »Grösste und Beste« sei »allen Kreisen zugänglich zu machen«. Scherl hat es an Reklame nicht fehlen lassen. Aber es bleibt mindestens abzuwarten, ob er wirklich an die Kreise herankommt, die auch wir von unserem Standpunkt aus am meisten im Auge haben müssen: die geistig Verelendeten, die Urteilslosesten, den verdorbensten Geschmack. Denn da liegt doch der Kern

des Problems. Ist dazu die Organisation fest genug? Diejenigen, die bereits die untersten Sprossen der literarischen Kritik erstiegen haben, diejenigen, die bereits den Drang nach guter literarischer Kost in sich verspüren, bedürfen des Scherlschen neuen Weges zu guten Büchern jedenfalls weniger wegen des pädagogischen Prinzips als wegen der Billigkeit der Lesegelegenheit. Das hat Avenarius ganz richtig durchgeföhlt, als er im *Kunstwart* schrieb: »Wer die Kunst des Lesens schon versteht, wird sich hüten da mitzumachen, an den wendet sich die *Bibliothek Scherl* nicht.« Und damit komme ich zum zweiten Punkt: Ist das Programm Scherls kunstpädagogisch möglich? Die Idee ist dem Prospekt zufolge diese: »Wir wollen die uns vertrauensvoll Folgenden auf dem einfachen und natürlichen Wege der allmählichen Fortentwicklung und Steigerung im Verständnis und im Anspruch emporführen. Das heisst, wir wollen mit den einfachen, leicht verständlichen, durch packende Handlung oder durch Anmut der Darstellung fesselnden Werken beginnen, nach und nach die Ansprüche des Lesers erhöhen und so ihn auf sicherem Pfade bergan geleiten bis zum Gipfel . . . « Auch Julius Hart hat im *Literarischen Echo* das psychologisch scheinbar so selbstverständliche *Procédé* gerühmt; er hat das bestechende Wort *Entwicklungsästhetik* geprägt. Er sagt, dass »minderwertige Romane dem einfachen Geschmack am besten zusagen«; dass man dem »noch primitiven Kunstgeschmack«, der »nach dem Neuruppiner Bilderbogen greift und an einem Rembrandt achtlos vorbeigeht«, die Lektüre wahrer, lauterer Kunstwerke nicht aufzwingen dürfe. Mit bestem Recht fügt er hinzu: »Unsere ganze Bildung . . . krankt durch und durch an der . . . Heuchelei, an der Zurschaustellung von Kunstempfindungen, die nicht echt, nicht natürlich und wirklich erworben sind . . . es ist ein Unsinn einem Leser, der durch einen Kolportageroman in einen Rausch des Entzückens versetzt wird, mit Lessing und Aristoteles beweisen zu wollen, dass seine Ekstasen und sein Glücksrausch aus schlechten Quellen steigen.« So kommt Hart zu dem etwas frappant apodiktischen Ausspruch, Scherls Gründung sei »nicht mehr und nicht weniger als die höchste und vollkommene ästhetische Erziehungsmethode«. Carlyle hat einmal gesagt, die Autoren hätten zumeist recht in dem, was sie leugnen, unrecht in dem,

was sie behaupten. Es ist noch die Frage, ob die sensationelle Erregung, die ich bei der Lektüre eines Karl Mayschen Romanes empfinde, überhaupt nur irgendwo auf dem selben Blatt steht wie ein noch so primitiver, aber echter Kunstgenuss — den mir etwa ein deutsches Märchen oder ein deutsches Volksbuch gewährt. Und weiter ist es — damit komme ich zu meinem Haupteinwand — sehr die Frage, ob man den natürlichen Prozess, der sich in unserer Psyche im Fortschreiten vom Sensationsbuch zum Kunstwerk vollzieht, rationalisieren, das heisst zur positiven Erziehungsnorm erheben darf. Es ist eine bedenkliche Sache mit der menschlichen Seele zu spielen: das gelingt nur dem wahren, dem persönlich wirkenden Erziehungskünstler. Etwas anderes ist es zu tolerieren als zu begünstigen. Den Bedürfnissen des Kolportageromanlesers gegenüber ist natürlich weitgehende, psychologisch orientierte Duldsamkeit am Platze. Aber deshalb braucht man ihn noch lange nicht auf den Kolportageroman zu stossen. Er findet ihn von selbst. Der Unterschied ist so schwerwiegend wie fein. Es ist mir sehr problematisch, ob der Weg Scherls die von Hart beklagte Heuchelei wirklich beseitigen wird: am Ende ist vielleicht das Gegenteil Ergebnis. Man sage auch nicht, das Schema *Beispiel-Gegenbeispiel* lasse sich von der anschaulichen ohne weiteres auf die Wortkunst übertragen.

Noch etwas kommt in betracht. Scherl und alle, die für ihn eintreten, Avenarius ausgenommen, hypostasieren die Idee einer homogenen sozialen Schicht, der *ärmeren*, der *unbemittelten Klasse*. Suchet sie mir und leget den Finger auf sie! Man muss allerdings in unmittelbarer Föhlung mit dem Seelenleben des Proletariats stehen — ich glaube nicht, dass zum Beispiel der Gutachter Herr von Hülsen das tut —, um zu wissen, dass es *das Volk* nicht gibt. Die Differenzierung ist gerade hier ungeheuer gross. Alle die Arbeiter, die zu uns in die Bildungsvereine kommen, sehr viele von denen, die durch die Kraft der sozialistischen Paröie, durch die Energie des gewerkschaftlichen Tageskampfes organisatorisch gewonnen sind, sind für Scherls Unternehmen längst nicht mehr prädisponiert. Sie lesen die meist sehr gut redigierten Feuilletons der sozialdemokratischen Tageszeitungen und — ich rede aus eigener Erfahrung — geniessen, wenn auch nicht mit erschöp-

fendem. So doch mit ahnendem Verständnis die erlesensten Dinge der feinsten Meister. Es käme also zunächst darauf an festzustellen, wer denn auf Scherls Bibliothek tatsächlich abonniert. Von dieser Kenntnis könnten dann weitere Betrachtungen ausgehen.

Wir wollen aber nicht um des Kaisers Bart streiten. Wie steht's denn eigentlich mit dem Inhalt der ersten Serie? Es befindet sich tatsächlich nicht ein einziger wirklich schlechter Roman darunter. Die *Wahrsagerin* von Montépin ist am meisten deshalb bedenklich, weil sie in ein höchst kitschiges Deutsch übersetzt ist. Da ist die Rede von allerlei »stattgefundenen« Ereignissen, von Händen, die »zum Schmeicheln schöner Frauenwangen« geeignet sind, usw. Kurz, man findet alle jene üblen, unmerklichen Details, die einer schlechten Sprachkultur eignen und — heimlich ins Unterbewusstsein einschlüpfend — das ohnedies durch die verfilzten Sprachscheulichkeiten der Presse verdorbene Sprachgefühl des Lesers noch weiter verwüsten. Als Komposition ist jedoch Montépíns *Wahrsagerin* gar nicht geistlos. Im übrigen sind bereits Gerstäcker, Hackländer, Mügge, Ruppis (vier Autoren, die auch in sozialdemokratischen Feuilletons stark kultiviert werden), Dumas Vater, Ohnet, Victor Hugo, Daudet, Dickens, Bulwer, Scott, Hauff, Hoffmann, Ompteda, die Ebner-Eschenbach, Spielhagen, Liliencron, Fontane, Freytag vertreten. Man sieht, von *Emporlesen* ist überhaupt nicht so sehr die Rede wie es dem etwas gespreizten Programm nach scheint. Es wird am Ende nichts übrig bleiben als eine appetitliche, gut assortierte und vielleicht rentable Leihbibliothek.

× **Kurze Chronik** Was der Verlag Scherl mit reichlich viel Inszenierungskunst soeben begonnen hat, das hat mit weniger Geräusch der Verlag Reclam in gewissem Masse schon vollendet. In diesem Frühjahr hat Reclam mit der Ausgabe des 5000. Bandes seiner *Universalsbibliothek* ein bemerkenswertes Jubiläum seines nunmehr auf 40jährige Tradition gegründeten Unternehmens gefeiert. × Der Ausschuss der Studentenschaft der Handelshochschule in Berlin hat mit dem 1. Juli des Jahres ein **Arbeitsamt** errichtet, das ausser gewissen Erleichterungen des Studienbetriebs (Verschaffung von Gelegenheiten zum mündlichen Gebrauch fremder Sprachen usw.) auch die Organisation

einer Stellenvermittlung zum Ziel genommen hat. × Der *Deutsche Monistenbund* hat das Verzeichnis der volkstümlichen und wissenschaftlichen Vorträge herausgegeben, die 1908-1909 gehalten werden sollen. Unter den Referenten befinden sich Baeye, Forel, Ludwig Gurlitt, Pastor Steudel, Bruno Wille.

× **Literatur** Wenig sympathisch ist mir die Serie von Aufsätzen, die der jetzt verstorbene Friedrich Paulsen unter dem Titel *Moderne Erziehung und geschlechtliche Sittlichkeit* / Berlin, Reuther & Reichard/ veröffentlicht hat. Gegenüber so hochdenkenden und feinen Persönlichkeiten wie Ellen Key und Ludwig Gurlitt darf niemand die Forderungen des menschlichen Taktes vergessen. Was soll man gar dazu sagen, dass einer unserer bedeutendsten Universitätslehrer unsere zeitgenössische Literatur so charakterisiert hat: »Wofür kämpft die gegenwärtige Literatur? Unsere Romane? Unser Theater? Ich weiss es wahrlich nicht zu sagen, es sei denn für die Freiheit des Triblebens und etwa für eine kümmerliche Vorstellung von Wahrhaftigkeit, nämlich das Gemeine und Schlechte als das Wesentliche und Wirkliche zu sehen und zu zeigen.« Es fehlt in erschreckendem Mass das tiefere Verständnis für das gewaltige, unerhörte grosse Stück Kulturgeschichte, das sich auch in der Literatur unserer Zeit vollzieht. Selbstverständlich, dass ein Mann wie Paulsen auch Gutes zu geben hatte. Gut sind seine Angriffe auf die »Berechtigungsjäger« an Schulen und Universitäten, gut ist seine Anregung zur Begründung einer medizinischen, einer juristischen Ethik, die den jetzt rein technischen Charakter dieser Disziplinen adeln soll, gut ist die Forderung eines exegetisch-historischen statt des stumpf-dogmatischen Religionsunterrichts, gut ist der Stil und das Temperament. Aber ganz schlimm ist's, dass ein denkender Mensch eine pädagogische Serie in den Wunsch nach mehr Autorität, nach Rückkehr zur *educatio strenua* ausklingen liess. Was an diesen Worten richtig ist, wird doch missverstanden und kommt nach Ablauf der Entwicklung überhaupt von selbst.

Frauenbewegung / Wally Zepler

Sozialdemokratische Organisation Der diesjährige Parteitag im Verein mit der ihm vorangehenden Frauenkonferenz wird für die Weiterentwicklung der

proletarischen Frauenbewegung von entscheidender Bedeutung sein. Die Frage der Neuregelung der Frauenorganisation wird einen der Hauptpunkte seiner Tagesordnung bilden; das gleiche Thema soll auf der Frauenkonferenz vorberaten werden. Nachdem das neue Vereinsgesetz endlich sämtlichen Frauen im deutschen Reiche das solange vergeblich erstrebte Recht verlieh sich in politischen Vereinen gleich den Männern zu organisieren, musste für die Partei die Frage entstehen, ob es erwünscht sei alle Frauenorganisationen, die bisher als Ersatz für die politische Organisation dienen mussten, also hauptsächlich Arbeiterinnenbildungsvereine und Lese- und Diskutierabende nunmehr aufzuheben und die Frauen einfach den bestehenden Wahlvereinen als Mitglieder zuzuführen.

Zwei entgegengesetzte Gesichtspunkte verlangen dabei Berücksichtigung. Auf der einen Seite fordert die Anschauungsweise der Sozialdemokratie ein Zusammengehen von Männern und Frauen und verwirft jeden gesonderten Geschlechtskampf. Das Gefühl der Interessengemeinsamkeit zwischen männlicher und weiblicher Arbeiterschaft, die Überzeugung, dass nur ihr vereinter Kampf sie wirtschaftlich und politisch emporführen kann, wird aber gerade durch ein Zusammenarbeiten der Genossen und Genossinnen in der gemeinsamen Organisation gefördert und in ihrem inneren Bewusstsein gefestigt. Auf der anderen Seite hat langjährige Erfahrung jeden praktisch denkenden Sozialdemokraten gelehrt, dass, dem Prinzip zum Trotz, auch in der Arbeiterschaft noch tiefgreifende Entwicklungsdifferenzen zwischen den Geschlechtern bestehen, die in vielen Fällen eine Differenzierung der Agitation erfordern. Auch weist das Frauenleben eine ganze Reihe von Problemen auf, deren Erörterung der Frau natürlich sehr viel näher liegt als dem Mann. Zudem ist in Frauenorganisationen der Einfluss der Frau als Rednerin und Leiterin stets ein sehr viel stärkerer, während man nach vielen Richtungen hin gerade von diesem weiblichen Einfluss sehr wahrscheinlich eine intensivere Einwirkung auf die proletarische Frauenwelt erhoffen darf. Schliesslich würde man an allen denjenigen Orten, wo, wie in Berlin, gut geleitete Arbeiterinnenvereine langsam zu Zentren der Arbeiterinnenbewegung geworden sind, durch eine plötzliche Auflösung mit einem

Schlage die Frucht einer jahrzehntelangen organisatorischen und geistigen Entwicklung zerstören, ohne zu wissen, ob sich dem weiblichen Proletariat in öffentlichen Versammlungen und Zahl-abenden ein vollwertiger Ersatz für das ihm dort Gebotene erschliesse. Von den Frauen selbst wurde auch gerade dieser Punkt vielfach stark hervorgehoben, wo die Frage einer eventuellen Auflösung der Vereine zur Diskussion stand. Sie sprachen sich dahin aus die kleinen Vereine, die nicht Genügendes leisten können, aufzuheben, die grossen und leistungsfähigen dagegen bestehen zu lassen, weil die wissenschaftliche und künstlerische Anregung, die von ihnen ausgehe, neben der politischen Tätigkeit einen hohen Wert für die weibliche Arbeiterschaft gewonnen habe.

Überhaupt darf man bei der Diskussion dieser Frage vor allem nicht vergessen, dass die Argumente, die für eine gemeinsame Organisation der Geschlechter sprechen, auch bei dem Fortbestehen von Arbeiterinnenvereinen und Leseabenden für Frauen ihre volle Würdigung fänden; denn es erübrigt sich zu betonen, dass jetzt, da ihr die Möglichkeit dazu gegeben ist, jede Sozialdemokratin sich zunächst der Parteiorganisation als Mitglied einzufügen habe und nur daneben noch für sie von einer eventuellen Zugehörigkeit zu einer Frauenorganisation die Rede sein kann.

In den lokalen Organisationen ist die Frage seit dem Inkrafttreten des Gesetzes bereits überall lebhaft diskutiert worden. Ebenso wurden vom Parteivorstand in einer Konferenz mit Vertreterinnen der politisch tätigen Genossinnen Vorschläge ausgearbeitet, die wohl als Grundlage der Weiterberatung auf dem Parteitag dienen werden und die ebenfalls von den hier gekennzeichneten Gesichtspunkten ausgehen (vergl. den Artikel Robert Schmidts, in diesem Heft pag. 1172 ff.). In der Begründung, die den Abmachungen für die Berliner Genossen gegeben wurden, betont der Verfasser die Zweckmässigkeit besonderer politischer Diskutierabende für Frauen. Er sagt: »Es gibt keine Schablone in der Agitation und darf keine geben, will man überhaupt etwas erreichen. Man muss die Agitation gewissermassen individualisieren, unter schwierigeren Verhältnissen eine andere Art der Agitation betreiben, ohne dabei allerdings unsere Grundsätze irgendwie zu verschleiern oder zu verleugnen. Dass aber bei der heutigen Er-

ziehung des weiblichen Geschlechts in der Schule und nachher seitens der Gesellschaft und den daraus resultierenden Ideen in der Frauenwelt bei ihnen ganz andere Vorurteile, falsche Anschauungen usw. erst zu bekämpfen und zu zerstören sind, das zu erleben hat man leider jeden Tag Gelegenheit.« Der Verfasser tritt für die Erhaltung von Frauenbildungsvereinen ein, denn »derartige unpolitische Vereine können, wenn sie von Sozialdemokratinnen geschickt geleitet werden, wohl segensbringend für die sozialdemokratische Frauenbewegung des betreffenden Ortes sein. Namentlich werden solche Vereine für die Erziehung der weiblichen Jugend, aber auch für die Heranbildung der Frauen zu künstlerischen und bildenden Genüssen und zum Verständnis der historischen Entwicklung Grosses zu leisten berufen sein.«

× **Jugenderziehung** Der Passus, in dem der Verfasser von der Erziehung der weiblichen Jugend als einer der Aufgaben der Arbeiterinnenvereine spricht, führt uns schon auf den zweiten für die Frauenbewegung wichtigen Punkt der Tagesordnung der Frauenkonferenz. Die *sozialistische Erziehung der Jugend* wird dort in zwei Referaten behandelt werden: die Erziehung im Hause von Käthe Duncker, die Jugendorganisation von Clara Zetkin. Auf Wunsch der Vereinsmitglieder wie der Berliner Genossen hat der Berliner Arbeiterinnenverein tatsächlich einen ersten Versuch zur Organisation der weiblichen Jugend gemacht. Er hat sich seit einigen Monaten eine Jugendabteilung angegliedert, die an den Sonntagnachmittagen gesellige Zusammenkünfte, Ausflüge ins Freie sowie künstlerische und wissenschaftliche Vorträge für die weibliche Jugend veranstaltet. Der Versuch ist noch zu neu, um ein endgültiges Urteil über seine weiteren Aussichten zu gestatten; doch lässt jedenfalls die von Anfang an äusserst lebhafteste Beteiligung der jungen Arbeiterinnen und ihr Interesse an der Einrichtung auf ein rasches Wachstum der jungen Organisation hoffen und beweist, wie stark in der Jugend selbst das Bedürfnis nach edlerer geselliger Unterhaltung und ihrem Verständnis angepasster geistiger Belehrung ist. Über die Frage der allgemeinen Jugendorganisation wird die vorläufig endgültige Entscheidung dann ebenfalls auf dem Parteitag getroffen werden. Vermutlich

wird sie lebhafteste Meinungskämpfe wachrufen, da erst das Vereinsgesetz weitere Kreise in der Partei veranlasst hat sich mit diesem für die Zukunft der Partei so äusserst bedeutungsvollen Problem näher zu beschäftigen und die Anschauungen darüber daher noch ziemlich ungeklärte und geteilte sind.

× **Kurze Chronik** Von der ersten dänischen Kammer wurde der von der zweiten Kammer bereits angenommene Antrag eine Mutterschaftsversicherung einzuführen ebenfalls angenommen. × Eine 5. Gewerbeinspektionsassistentin ist für Preussen, und zwar für Breslau angestellt worden. × Badische Frauen- und Studentinnenorganisationen haben bei der badischen Regierung eine Petition um Zulassung zur Rechtsanwaltschaft und zur ersten und zweiten juristischen Staatsprüfung eingereicht. × Nach dem Jahresbericht der christlichen Gewerkschaften für 1907 sind dort 24 122 weibliche Arbeiter organisiert, davon 12628 Textil- und 4966 Heimarbeitenden.

× **Literatur** In einer Anfang des Jahres in der Sammlung *Wissenschaft und Bildung* / Leipzig. Quelle & Meyer/ erschienenen Arbeit sucht Helene Lange sich mit den modernen Problemen der Frauenbewegung auseinanderzusetzen. Es ist interessant, wie sie, die bekanntlich zu den am meisten rechts stehenden Vertreterinnen der Frauenbewegung gehört, sich diesen Problemen gegenüberstellt. Sie weist mit grosser Schärfe auf den unüberwindlichen Interessenkonflikt hin, der sich durch die modernen Verhältnisse für das Weib infolge der Zerspaltung seiner Lebenssphäre in einen hauswirtschaftlich-mütterlichen und einen beruflichen Pflichtenkreis ergeben habe, und erkennt offen an, dass die einzige gegenwärtig mögliche radikale Lösung dieses Konflikts in einem sozialistischen Gesellschaftsaufbau läge. Ein Aufbau, an dessen Kommen sie natürlich nicht glaubt, von dem sie aber sagt: »Wir können nun weder mit irgend welcher Sicherheit voraussagen, ob unsre technische Entwicklung uns einmal zu einer solchen Sozialisierung zwingen und damit die Grundlage für die Aufhebung des Privathaushalts schaffen wird, noch läge es in unserer Macht mit irgendwelcher Aussicht auf Erfolg diese Entwicklung

nicht zu wollen und gewaltsam zurückzuhalten. Durchaus konservativ in ihren ethischen und sozialen Überzeugungen, sähe sie in einer sozialistischen Erziehungsorganisation, die sie sich wie zahlreiche andre Leute recht schematisch als ausschliesslich gesellschaftliche Erziehung vorstellt, einen starken kulturellen Rückschritt, ebenso wie sie hier wie überall sonst mit grossem ethischem Pathos die Ziele des radikalsten Flügels der bürgerlichen Frauenbewegung, die Erklärang einer freieren Auffassung der Liebes- und Ehebeziehungen, beföhdet. Der geistigen Befreiung des Weibes hat sie selbst in Deutschland mit am eifrigsten die Wege zu ebnen gesucht, von der erotisch-sittlichen beföhrtet sie den Untergang unserer Kulturideale: wieder einmal ein Beweis, wie das Denken der meisten in solchen Fragen sich weit weniger nach logischen Gesetzen als nach ihrem zufällig persönlichen Geföhlsinhalt richtet. X Wie weit übrigen die menschliche Fähigkeit geht anscheinend unvereinbare Gedankenkreise mit einander zu verknüpfen, das zeigen auch auf interessante Weise zwei auf dem 34. Kongress für innere Mission gehaltene Referate über *Ziel und Grenzen der Frauentätigkeit nach evangelischen Grundsätzen* von Professor J. Wychgram und Paula Müller. Beider Forderungen nach geistiger und sozialer Befreiung der Frau sind ziemlich weitgehend; doch bemühen sich die Verfasser angestrengt diese Forderungen durchaus in Übereinstimmung mit Bibelgeboten zu setzen und sich von dem Vorwurf zu reinigen, als könnte ihre christlich-evangelische Überzeugung unter ihren Frauenbefreiungsideen leiden.

WISSENSCHAFT

Philosophie / Franz Staudinger

Paulsen † Am 14. August starb der Berliner Philosoph Friedrich Paulsen im Alter von 62 Jahren. Ein durch seine wohlwollende Persönlichkeit und die Verständlichkeit seiner Darstellung sowie durch fleissige, umfassende Arbeit sich auszeichnender Mensch hat Paulsen weniger durch seine philosophischen als durch seine pädagogischen Gaben gewirkt. Sich an Fechner und Wundt anschliessend hat er doch auch vor allem Kant seine Aufmerksamkeit zugewandt, freilich durch sein Buch über Kant sich schwere Angriffe Cohens zugezogen. Seine Haupt-

werke sind die *Geschichte des gelehrten Unterrichts auf den deutschen Schulen und Universitäten vom Ausgang des Mittelalters bis zur Gegenwart* /Leipzig 1899/, sein 2 bändiges *System der Ethik* /Berlin 1889/, seine *Einleitung in die Philosophie* /Berlin 1892/ und seine 5 Abhandlungen *Gegen Klerikalismus und Naturalismus* /Berlin 1901/. Im wesentlichen bekennt er sich zu einem eklektischen idealistischen Monismus in metaphysischer und zu einer freien liberalen Theorie des Gesamtwohls in ethischer Hinsicht.

X **Weltanschauung** Der Streit in den Lüften der theoretischen Weltanschauung zwischen Monisten und Dualisten nimmt seinen natürlichen Fortgang, natürlich auch in dem Sinn, dass die streitenden Teile sich kaum bewusst zu sein pflegen, welche inneren Beziehungen alle Weltanschauung zu dem praktisch technischen Wirken sowohl des einzelnen wie insbesondere der Zeit und der sozialen Gruppen in ihr haben. Wenn auch Dr. E. Dennert, der geistige Vater des *Kepplerbundes* in der 2. Auflage seiner Schrift *Die Naturwissenschaft und der Kampf um die Weltanschauung* /Hamburg, Schloessmann/ ganz klar den Zusammenhang zwischen Wollen und Weltanschauung sieht, so ist er doch weit davon entfernt zugleich zu sehen, auf welchen technischen Lebensbeziehungen das Wollen selbst fusst. Und er wird es vermutlich mit grosser innerer Empörung und dem Bewusstsein, es geschehe ihm schwer unrecht, zurückweisen, wenn wir ihm sagen, dass er den Willen der Menschen, der durch die moderne Entwicklung von den alten Autoritäten mehr oder weniger losgerissen ist, neuen Herrengewalten schmiegsam und fügsam zu machen bemüht ist. Er glaubt vielmehr höhere geistige Kultur, Ordnung, Sitte zu vertreten und sieht solche im destruktiven Monismus gefährdet, der doch heute nur ein noch ganz unklares und ungeordnetes Streben sich gegen jene neue Vergewaltigung menschlicher Persönlichkeit zu wehren darstellt, aber meist ebensowenig wie Dennert die eigentlichen inneren Triebkräfte dieser von ihm versuchten Gegenwehr erkennt. Ja, wenn die technisch-sozialen Triebkräfte auch immer bewusst erkannte Motive wären! So aber dient mancher ganz brave Kerl im ehrlichen Bestreben Gott zu dienen doch nur dem Mammon, und manch anderer reisst umgekehrt Bäume der Ab-

straktion aus und sieht nicht, dass solche im gegebenen Boden nur immer üppiger wurzeln müssen, ja dass man sich schon rüstet den Boden durch neue sanfte Zwangsmassnahmen gegen das Gift solchen Ausreissens zu schützen. Denn das möchte Dennert, wenn er die Schulverwaltung aufruft für monismusfreien biologischen Unterricht zu sorgen. Wie das mit der in § 2 der Satzungen des *Keplerbundes* proklamierten Freiheit der Wissenschaft stimmt, bleibt allerdings Geheimnis.

Gegen diese Methode hat der freireligiöse Denker E. Vogtherr aus Wiesbaden eine kleine, in den Grundgedanken sehr beherzigenswerte Schrift *Menschheitsdienst statt Götzendienst* (Frankfurt a. M., *Neuer Frankfurter Verlag*) erscheinen lassen. Er bekennt sich als Sozialisten und will der kirchlichen Moral gegenüber, die den Menschen »wissentlich und willentlich zur stummen Ergebung in die den Herrschenden sehr bequeme Gesellschaftsordnung« erziehe, eine Moral setzen, die »auf Gleichberechtigung, statt auf Klassenvorrecht abzielt.« Das ist gut. Freilich sollten dabei solche Worte, wie dass »das Christentum ungeeignet sei der menschlichen Gesellschaft eine andere Form zu geben, die auf dem Boden der Gleichberechtigung ruhe«, in ihrer unberechtigten Verallgemeinerung wegbleiben. Das Christentum enthält neben vielem Ablehnenswerten vieles ganz Vortreffliche, und der Grundgedanke eines Reichs, da alle Brüder sind, wird doch kaum verworfen werden können. Also was ist das Christentum? Ist es gar ein leeres Abstraktum, ja ein blosser Wortklang, den jeder je nach seiner Stellung auf einen anderen Lebensinhalt bezieht, geradeso wie der berühmte *Staat*? Wir brauchen immer mehr Bestimmtheiten statt der landesüblichen verschleiernenden Allgemeinheiten, wie sie die frühere Schlagwortfabrikation prägte. Diese Bestimmtheit vermissen wir in dem warmherzigen, seiner Tendenz nach uns durchaus sympathischen Schriftchen etwas allzusehr.

×
Erkenntnis-
theorie

×
»Feindschaft sei zwischen euch, noch kommt das Bündnis zu frühe!« So hat

Schiller einmal den Philosophen und Naturforschern zugerufen. Man wird lebhaft daran erinnert, und möchte es noch heute wiederholen, wenn man den Vortrag des berühmten Göttinger Physiologen Max Verworn über die *Frage*

nach den Grenzen der Erkenntnis (Jena, Gustav Fischer) liest. Die Behandlung der Erkenntnis vom naturwissenschaftlichen und vom philosophischen Blickpunkt aus geht da fortwährend in einander über; es fehlt ganz das Bewusstsein, dass das ebenso zwei Arten des Schauens sind wie auf naturwissenschaftlichem Gebiet selbst das Schauen, das das Gesichtsbild in seiner Beziehung zum Walde drüben, also zu dessen Perspektive setzt, und dasjenige, das es in seiner Beziehung auf die optischen Vorgänge im Augennerv verfolgen will. Die Empfindung ist ihm zunächst der »fundamentale Erkenntnisprozess«. Statt nun zu fragen, wie aus diesem fundamentalen Erkenntnisprozess das Bewusstsein von Dingen und einem Ich hergestellt wird, ruft er ohne weiteres »physiologische Vorgänge in der Hirnrinde«, die doch hier gar nichts zu tun haben, zu Hilfe. Das Ich soll sodann Dinge erkennen, indem es sich zu ihnen in Beziehung setzt; ein paar Zeilen darauf sind die Empfindungen selbst »Dinge wie alle anderen Dinge«, darin Sein und Erkennen zusammenfällt, also ähnlich wie Mach und Avenarius philosophieren, und weitere zwei Seiten später sind die Empfindungen »Beziehungen zwischen uns und anderen Dingen«. Also drei ganz heterogene Auffassungen bei einander. Statt nun vom letzten Gesichtspunkt aus, wie es notwendig wäre, zu fragen, wie wir uns auf grund solcher Beziehungen das Bewusstsein von Dingen und Beziehungen zwischen Dingen selbst verschaffen, scheint ihm diese Frage, darauf alles beruht, gar keine Frage zu sein. Denn er sagt kurzerhand: »Unsere Empfindungen sind solche Beziehungen zwischen uns und anderen Dingen wie die Beziehungen der Dinge unter einander.« Er setzt also das, was er suchen müsste, als bereits bekannt voraus. Besser ist die ablehnende Kritik du Bois-Reymonds geraten, darauf der Vortrag abzielt.

×
Ethik

×
Zu den ethisch-kulturhistorischen Büchern ist das geistreiche, oft frei-

lich geistreichelnde, Buch S. Philipps *Über uns Menschen* (Leipzig, Seemann) zu rechnen, das Buch eines Mannes, der sich, nachdem er sich in den verschiedensten Parteien und Weltanschauungen herumgetrieben hat, wieder zu einem skeptisch intellektualistischen Liberalismus bekehrt hat, wo er da, wie der Käfer, der dem Sturzbad des Lebens-

wasserfalls entronnen, auf dem Grashalm am Ufer sitzt, sich den Dingen vernünftig beschaulich zuwendet und ganz lustige Glossen darüber macht. Ob er mehr zu den *Philistern* oder zu den *Phantasten*, in welche zwei Gruppen er die Menschheit einteilt, gehört, wollen wir den Leser entscheiden lassen.

✕ **Kurze Chronik** Vom 25. bis zum 29. September findet, wie bereits in der Rubrik *Psychologie* (1908, 2. Band, pag. 963) mitgeteilt, der 1. internationale Kongress für *Moralpädagogik* in London statt. Er steht unter dem Patronat der Unterrichtsministerien von Belgien, England, Frankreich, Holland, Italien, Japan, Mexiko, Ostindien, Rumänien, Russland, Spanien. Freilich, Deutschland glänzt durch Abwesenheit, obwohl Russland dabei ist. Die wesentlichsten Beratungsgegenstände sind die Prinzipien der sittlichen Erziehung, wozu die Professoren Boutroux-Paris, Foerster-Berlin, Adler-New York sprechen werden, sodann die ethische Einwirkung der verschiedenen Schulsysteme. ✕ Die rechts- und staatswissenschaftliche Fakultät Freiburg i. B. setzt einen Preis von 1000 M. für die beste Arbeit über das Thema *Einflüsse der klassischen Philosophie Deutschlands auf die deutsche Wirtschaftswissenschaft im 19. Jahrhundert* fest.

✕ **Literatur** In dem Buch *Der moderne Mensch in Luther* (Jena, Diederichs) will Carl

Vogl, ein offenbar auf dem Boden einer undogmatischen, aber innerlich gemütergreifenden Theologie stehender Gelehrter, bei Luther die Keime modernen Geisteswesens aufsuchen und von den Bestandteilen scheiden, die uns fremd geworden sind. Er verfügt über eine gute Menge Bildung und Einsicht, und wenn er Kellers Wort zitiert von den verfallenen Tempeln, die einfach zusammensinken, weil sie niemand mehr benutzt, und religiöses Innenleben vom Kirchenleben sorgsam trennt, so wird man ihm kaum widersprechen dürfen. Freilich dem aggressiv gewordenen Kirchentum wird sich der moderne Mensch nicht ganz so indifferent gegenüberstellen können.

Naturwissenschaften / Bruno Borchardt

Molekularbewegung Vor nunmehr 80 Jahren beobachtete der Botaniker Brown, dass sehr kleine, mikroskopisch eben noch sichtbare Teil-

chen, die in einer Flüssigkeit eingebettet sind, ganz spontan in einer äusserst raschen zitternden Bewegung sich befinden. Diese sogenannte *Brownsche Molekularbewegung* ist um so lebhafter, je kleiner die betreffenden Teilchen sind: übersteigt ihr Durchmesser die Grösse von etwa $\frac{1}{200}$ mm, so ist die Bewegung kaum noch konstatierbar; dagegen ist die Substanz der Teilchen ohne Einfluss auf die Lebhaftigkeit der Bewegungen, nicht aber die der Flüssigkeit: die Bewegungen erfolgen um so langsamer, je grösser die innere Reibung der Flüssigkeit ist.

Die bis heute plausibelste Erklärung dieser Bewegung hat im Jahre 1863 Chr. Wiener gegeben. Danach ist die Brownsche Bewegung als eine Folge der unsichtbaren Molekularbewegung der Flüssigkeitsmoleküle, die von der kinetischen Wärmetheorie angenommen wird, anzusehen. Von den Molekeln, die rings um ein in einer Flüssigkeit eingebettetes Teilchen vibrieren, muss das Teilchen beständige Stösse von allen Seiten erfahren. Ist das Teilchen gegenüber den Flüssigkeitsmolekeln gross, so werden in gleichen Zeiten gleich viele Stösse von allen Seiten erfolgen, der Druck, den das Teilchen erfährt, wird also nach allen Richtungen gleich gross sein. Übertrifft aber die Teilchengrösse die der Molekeln nur wenig, so verringert sich die Anzahl der Stösse erheblich und damit zugleich die Wahrscheinlichkeit, dass in jeder Richtung gleich viel Stösse erfolgen, der Druck also nach jeder Richtung gleich ist. In der in jedem Augenblick sich ändernden Richtung des Überdrucks muss dann eine Bewegung des Teilchens erfolgen.

Ist diese Erklärung richtig, so muss die Lebhaftigkeit der Brownschen Bewegung auch mit steigender Temperatur zunehmen, da mit dieser die Lebhaftigkeit der unsichtbaren Molekularbewegung beträchtlich steigt. Eine genaue Formel für diese Abhängigkeit ist aus den Voraussetzungen der ange deuteten Erklärung der Brownschen Bewegung im Jahre 1905 von Einstein abgeleitet worden. Schon ein Jahr vorher hatte Seddig die experimentelle Untersuchung dieser Abhängigkeit in Angriff genommen; diese erst im Dezember 1907 abgeschlossenen Versuche ergaben eine recht gute Übereinstimmung der gemessenen Verrückungen der Teilchen mit den aus der Einsteinschen Formel folgenden Verrückungen, weshalb Seddig seine Versuche als eine experi-

mentelle Bestätigung der Grundanschauungen der kinetischen Wärmetheorie und der aus ihr hergenommenen Erklärung der Brownschen Bewegung ansieht.

× **Elektrische Leitfähigkeit und Temperatur** ×
 Seitdem die Herstellung tiefer Temperaturen gelang, die mit der Verflüssigung der sogenannten *permanenten Gase* Hand in Hand ging, wandte man sich mit Erfolg dem Studium der mannigfachen Eigenschaftsänderungen der Körper bei sehr tiefer Temperatur zu. Die elektrische Leitfähigkeit respektive der Widerstand, den Metalle dem Durchgang des elektrischen Stromes entgegenzusetzen, hängt von ihrer Temperatur ab. Schon vor fünfzig Jahren sind von verschiedenen Beobachtern Versuche hierüber angestellt worden, und der berühmte Physiker Rudolf Clausius stellte aus den damals bekannten Beobachtungen den Temperaturkoeffizienten einer ganzen Anzahl von Metallen auf 0,00366 oder $\frac{1}{273}$ fest, das ist merkwürdigerweise die selbe Zahl, die den Ausdehnungskoeffizienten der Gase bezeichnet und Anlass dazu gegeben hat die Gase zur thermometrischen Substanz zu wählen und den absoluten Nullpunkt auf -273° anzusetzen. Clausius glaubte aus diesem Resultat schliessen zu dürfen, dass der elektrische Widerstand der reinen Metalle der absoluten Temperatur proportional ist, woraus folgen würde, dass beim absoluten Nullpunkt irgend ein Widerstand für die elektrische Stromleitung überhaupt nicht vorhanden ist.

Natürlich kann eine solche Schlussfolgerung mit einiger Sicherheit nicht aus so wenigen Untersuchungen gezogen werden, wie sie Clausius zu Gebote standen, und vor allem kann aus dem Verhalten der bei Temperaturen zwischen 0° und $+100^\circ$ untersuchten Metalle kein zwingender Schluss auf ihr Verhalten bei höheren und tieferen Temperaturen gezogen werden. Spätere Untersuchungen, auch bei höheren Temperaturen, zeigten zwar, dass der Widerstand mit der Temperatur stark wächst, aber doch abweichend von Clausius Vermutung.

Der elektrische Widerstand bei Temperaturen bis zu -100° wurde zuerst in den achtziger Jahren des vorigen Jahrhunderts von Cailletet und Bouty gemessen, und etwa gleichzeitig bestimmte Wroblewsky den Widerstand des elektrolitischen Kupfers bei der Temperatur des flüssigen Stickstoffs. Auch hier ergab sich im allgemeinen eine Abnahme des

Widerstandes mit sinkender Temperatur. Die genaueren Resultate der einzelnen Forscher waren jedoch ziemlich verschieden. Freilich ist zu bedenken, dass der Widerstand ganz ausserordentlich von der Reinheit des Materials abhängt, während doch die verschiedenen Forscher Material von verschiedener Reinheit benutzt hatten. Deshalb war es sehr wünschenswert mit den gleichen Materialproben Messungen sowohl bis zu sehr hohen Temperaturen als bis zu sehr tiefen vorzunehmen.

Eine solche Arbeit ist von Nicolai im physikalischen Institut der Universität Pisa ausgeführt worden. Proben von Aluminium, Blei, Eisen, Gold, Kupfer, Magnesium, Nickel, Platin, Silber wurden sowohl bei Temperaturen bis zu $+400^\circ$ als bei abnehmender Temperatur bis zu -180° untersucht. Die Resultate, die sowohl in einer Tabelle zusammengestellt als auch durch Kurven veranschaulicht sind, zeigen deutlich, dass die Leitfähigkeit keines der untersuchten Metalle eine genau proportionale Änderung mit der Temperatur aufweist. Bei einigen, zum Beispiel beim Eisen und Nickel, ist die Widerstandsabnahme mit der Temperatur schneller, bei anderen, wie beim Platin und Silber, langsamer als der genauen Proportionalität entspräche.

Wollte man die Kurven über den Beobachtungsbereich hinaus verlängern, so scheinen sie durch den Anfangspunkt der Koordinaten, den absoluten Nullpunkt, zu gehen; der elektrische Widerstand dieser Metalle in reinem Zustand muss also in der Nähe des absoluten Nullpunktes ausserordentlich klein werden. Die Kurve für Kupfer scheint sogar die Abszissenaxe schon in der Gegend von -250° zu schneiden, ein Resultat, das mit dem von Wroblewsky im Jahre 1885 gefundenen gut übereinstimmt.

× **Kurze Chronik** ×
 Auf dem vom 6. bis zum 30. August in Berlin abgehaltenen internationalen

Historikerkongress sind auch einige für Naturforscher interessante Vorträge gehalten worden. Vor allem ist in dieser Hinsicht ein Vortrag des Professors Heiberg-Kopenhagen *Archimedes im Lichte einer neu gefundenen Schrift* zu erwähnen. Aus dieser Schrift *Methodenlehre von den mechanischen Lehrsätzen* geht nämlich hervor, wie Archimedes mechanische Sätze zur Auffindung mathematischer Wahrheiten benutzte und zu

seiner berühmten Berechnung der Kugel auf einem ganz anderen Wege gelangte als nach seiner bisher bekannten Beweismethode anzunehmen war; die von ihm nicht zu Beweisen sondern nur zum Auffinden neuer Sätze benutzte Methode erinnert stark an die Grundlagen der modernen Infinitesimalrechnung. × Vom 20. bis zum 26. September wird in Köln die 80. deutsche Naturforscherversammlung stattfinden; in der ersten allgemeinen Sitzung wird Professor Stadler-München einen Vortrag über Albertus Magnus als Naturforscher halten, in der zweiten wird Professor Rubner-Berlin über Kraft und Stoff im Haushalt des Lebens sprechen. Aus den Vorträgen in der Gesamtsitzung der naturwissenschaftlichen und medizinischen Sektionen seien die der Professoren Wiener-Leipzig (über Farbenphotographie) und Doflein-München (über die krankheitserregenden Trypanosomen) hervorgehoben. × Die Göttinger *Gesellschaft der Wissenschaften* hat jetzt die Bedingungen für den Wolfskehlischen Preis von 100 000 M. veröffentlicht, der für den Beweis des Fermatschen Satzes ausgesetzt ist. Nach diesem Satz gibt es keine ganzen Zahlen, die der Gleichung $x^n + y^n = z^n$ genügen, wenn $n > 2$ ist; der Beweis Fermats ist aber nicht erhalten, ein anderer bisher nicht gefunden. Die Gesellschaft nimmt Einsendungen von Manuskripten nicht entgegen sondern berücksichtigt lediglich solche mathematischen Abhandlungen, die in periodischen Zeitschriften oder als Monographien oder in Buchform erschienen und zu ihrer Kenntnis gekommen sind.

× **Literatur** In seinem Werk *Ziel und Struktur der physikalischen Theorien*, das in einer

Übersetzung Dr. Friedrich Adlers /Leipzig, Barth/ erschienen ist, will Pierre Duhem die Methoden, auf grund deren die physikalische Wissenschaft sich entwickelt, einer einfachen logischen Analyse unterziehen. Wie gut ihm das gelungen ist, geht aus dem Urteil Ernst Machs hervor, der in einem Vorwort zur deutschen Ausgabe sagt: »Nicht in trockener, abstrakter Weise sondern unter fortwährender Beleuchtung durch lebendige historische Tatsachen zeigt der Verfasser, wie die physikalische Theorie allmählich aus einer vermeintlichen Erklärung auf Grundlage einer vulgären oder mehr oder

weniger wissenschaftlichen Metaphysik in ein auf wenigen Prinzipien ruhendes System mathematischer, die Erfahrungen ökonomisch beschreibender und klassifizierender Sätze sich umwandelt. Hierbei wechselt das erklärende Bild vielfach, bis es schliesslich ganz abfällt, während der beschreibende Teil fast unverändert in die neue vollkommeneren Theorie übergeht.« × Erwähnt sei noch O. Mankvilles Buch *Les découvertes modernes en physique* /Paris, Hermann/, das eine Übersicht über den Gang und die Ergebnisse der physikalischen Forschung während der letzten zehn Jahre auf dem Gebiet der Elektrizität gibt. In klarer Form werden die experimentellen Grundlagen für die neuesten Vorstellungen über die Elektrizität und die Konstitution der Materie dargelegt, so dass das Buch auch ausserhalb Frankreichs Interesse verdient.

Psychologie / Otto Lipmann

Graphologie Es ist bekannt, dass die Affekte sich in dem äusseren Verhalten des Körpers widerspiegeln: ja, die *Ausdrucksbewegungen* gelten vielfach geradezu für wesentliche Bestandteile der Affekte. Zu manchen Affekten gehören so charakteristische Ausdrucksbewegungen — wie zum Zorn das Ballen der Faust —, dass wir ohne weiteres aus dem Vorhandensein eines Komplexes derartiger Ausdrucksbewegungen bei einem Menschen schliessen, dass dieser oder jener Affekt ihn gerade erfüllt. Nun neigen die einen Menschen ihrer Natur nach mehr zu dieser Klasse von Affekten, andere Menschen mehr zu jener, noch andere sind überhaupt schwer in einen Affekt zu versetzen. Dieser Tatsache entspricht etwa die alte Einteilung der Menschen nach *Temperamenten*. Je nach der Veranlagung nun werden die verschiedenen Affekte mit ihren Ausdrucksbewegungen auch verschieden häufig auftreten: manche Ausdrucksbewegungen werden also relativ *eingübt* sein und ihren Stempel überhaupt auch auf die alltäglichen Bewegungen des Menschen drücken. Andererseits wird ihr häufiges Auftreten unter Umständen auch dauernde morphologische Spuren in der äusseren Körperbeschaffenheit hinterlassen: die Falten des Gesichtes zum Beispiel können als *erstarrte* Mienen aufgefasst werden. Aus beiden Beobachtungsbereichen also, den Formen, in denen die alltäglichen Bewegungen ablaufen, sowie

gewissen fixierten morphologischen Merkmalen lassen sich demnach Schlüsse auf die Temperaments- und Charakteranlage eines Menschen ziehen. Eine neue Zeitschrift, *Der Menschenkenner* (herausgegeben von M. Thumm-Kintzel, /Leipzig, Wigand/), hat sich das Ziel gesetzt solchen Schlüssen ihre wissenschaftliche Grundlage zu schaffen.

Versuche dieser Art sind nicht neu; es sei nur an die Physiognomik Lavaters erinnert, für die ja auch Goethe grosses Interesse zeigte, ferner an die Chiromanie; hierzu kommen nun noch psychologische Schlüsse, die aus Gang, Haltung, Stimme und Handschrift gezogen werden sollen. Nur mit letzterer wollen wir uns hier näher beschäftigen. Die Graphologie beschäftigt sich mit 2 Problemgruppen: 1. Ist die Handschrift eines Menschen für ihn so charakteristisch, dass zwei Schriftstücke — unter normalen Umständen — immer mit Sicherheit als von dem selben oder von verschiedenen Menschen herrührend hingestellt werden können? 2. Bestehen gesetzmässige Beziehungen zwischen der Individualität eines Menschen und den Eigentümlichkeiten seiner Handschrift, und welche Beziehungen sind dies im einzelnen? Die erste dieser beiden Problemgruppen ist natürlich von hervorragend forensischer Bedeutung. Da gerichtliche Schreibsachverständige sich in neuerer Zeit nicht gerade selten blamiert haben, so ist man geneigt die Frage zu verneinen. Aber bei der Lektüre einer neuen Zeitschrift, des *Archivs für gerichtliche Schriftuntersuchungen und verwandte Gebiete*, herausgegeben von G. Meyer und H. Schneickert, /Leipzig, Barth/ wird man eines Besseren belehrt. Der wissenschaftliche Ton dieser Zeitschrift und die vorsichtige Zurückhaltung ihrer Herausgeber, die durchaus die Grenzen ihres Könnens zu beurteilen verstehen, erwecken den Eindruck, dass nur mangelhafte Schulung sowie vorschnelles und allzubestimmtes Urteilen der *Schreibsachverständigen* zu jenen Blamagen geführt hat. Was die zweite der oben formulierten Fragestellungen betrifft, so finden wir für ihre Beantwortung in dem bereits erwähnten *Menschenkenner* und in einem Buch der Frau Thumm-Kintzel, *Der psychologische und pathologische Wert der Handschrift* /Leipzig, List/, Material.

Der Weg, den die Graphologie bisher bei der Beantwortung dieser Frage gegangen ist, ist der der Intuition oder der

Einführung. In der genannten Zeitschrift schreibt Dr. W. Borgius die Tätigkeit des Graphologen etwa folgendermassen: Ein geübter Graphologe fühlt mit einer gewissen instinktiven Sicherheit heraus, in welcher Richtung er selbst sich ändern müsste, um eine ihm vorliegende Handschrift eines andern schreiben zu können. Diese Methode, mag sie nun noch so häufig zu richtigen Beurteilungen führen, ist natürlich nichts weniger als eine wissenschaftliche. Es ist freudig anzuerkennen, dass dieser Mangel von der Herausgeberin und den Mitarbeitern des *Menschenkenners* selbst empfunden wird, dass sie sich bemühen wirklich wissenschaftliche Methoden zu finden und aus der Graphologie eine *Graphonomie* zu machen, wie einst aus der Astrologie sich eine Astronomie entwickelte. Da werden zunächst (von Borgius und Hammer) Vorschläge zur exakten Messung der einzelnen handschriftlichen Zeichen gemacht, aber so wichtig dies sein mag, es ist doch nur die eine und die minder wichtige Seite des Problems. Die weit schwierigere ist es nun diesen mehr oder weniger deutlichen Zeichen bestimmte Charaktereigenschaften zuzuordnen. Die wissenschaftliche Lösung dieser Aufgabe umfasst zweierlei: Einmal muss die Zuordnung auf grund eines umfangreichen statistischen Materials geschehen; es muss statistisch nachgewiesen werden, dass bestimmte graphologische Zeichen immer zugleich mit bestimmten Charaktereigenschaften und nie ohne diese vorhanden sind. Aber auch damit wäre die Aufgabe nur halb gelöst: die Wissenschaft verlangt auch eine kausale Zuordnung der somit als von einander abhängig gezeigten Eigentümlichkeiten des Charakters und der Handschrift; es müsste ein plausibler Grund dafür angeführt werden können, warum das Vorhandensein oder das Fehlen einer bestimmten Charaktereigenschaft ein bestimmtes graphologisches Zeichen zur Folge hat. Fragen wir uns nun zunächst, wie es zur Zeit mit der Erfüllung dieser Forderung steht. Das grosse statistische Material ist, wie Borgius behauptet, bereits vorhanden, aber die Zuordnung zu bestimmten Charaktereigenschaften scheint doch Schwierigkeiten zu machen. Schreibt doch Borgius selbst, »dass ein und das selbe graphologische Zeichen unter Umständen einer stark abgewandten Deutung bedarf, je nach seinem Zusammenhang mit anderen Zeichen«. Und Frau Thumm-Kintzel erhält selbst die in ihrem Buch

gemachten psychologischen Ausführungen keineswegs mehr alle aufrecht. Was nun gar die kausale Zurückführung der graphologischen Zeichen auf Charaktereigenschaften anlangt, so wird sie eigentlich noch überhaupt nicht versucht; jedenfalls ist es doch nicht ohne weiteres selbstverständlich, dass beispielsweise das oben offene *a* und *o* auf einen offenen Charakter deutet.

Da aber von der so jungen *Graphonomie* wissenschaftliche Leistungen eigentlich noch nicht zu verlangen sind, so müssen wir uns weiter fragen, ob solche bei dem gegenwärtigen Stande der Dinge wenigstens in Zukunft zu erwarten stehen. Voraussetzung dafür wäre in erster Linie eine Charakterologie, die ja wohl einmal geschaffen werden wird. Wenn erst einmal eine grosse Reihe von Menschen hinsichtlich ihres Seelenlebens genau beschrieben wäre, so könnte man wohl zu sehen, ob Korrelationen zwischen bestimmten psychischen Eigenschaften und bestimmten graphologischen Zeichen vorliegen. Jeder Versuch dies in wissenschaftlicher Weise zu leisten, bevor die Möglichkeit einer psychologischen Analyse des Individuums verstanden ist, muss als verfrüht bezeichnet werden. Auch erscheint es *a priori* höchst unwahrscheinlich, dass so komplizierte psychische Eigenschaften wie *Trieb zur Dichtkunst, Stolz, Neugierde* sich in einfachen graphologischen Zeichen widerspiegeln könnten, wie man es ja auch der Phrenologie Galls wohl mit Recht zum Vorwurf gemacht hat, dass die Schädelform mit viel zu komplizierten Eigenschaften — zum Beispiel mathematischer Begabung — in Beziehung gesetzt wurde. Ferner ist es *a priori* nicht anzunehmen, dass Eigenschaften, wie Intelligenz überhaupt graphologisch charakterisiert sind. Denn die Frage der Graphologie hängt, wie gesagt, eng mit der der Ausdrucksbewegungen zusammen; es gibt zwar Ausdrucksbewegungen für Nachdenken, daher vielleicht auch charakteristische Bewegungsformen für Denker, aber die Ausdrucksbewegungen für richtiges und fruchtbares Denken dürften sich von denen für törichtes Denken wohl kaum unterscheiden; daher könnte es wohl ein graphologisches Zeichen für vieles Denken geben, aber kein unterscheidendes für kluges und dummes. Wenn diese apriorischen Einwände durch die Erfahrung widerlegt werden, wird man sich freilich fügen müssen.

X

X

Kurze Chronik In der 80. Naturforscherversammlung, die vom 20. bis zum 26. September in Köln tagen wird, ist das Programm der Abteilung für Psychiatrie und Neurologie besonders reichhaltig; die 30 angekündigten Vorträge behandeln zu etwa drei Vierteln psychologische Materien. X Die *Gesellschaft deutscher Nervenärzte* tagt diesmal besonders, und zwar am 3. und 4. Oktober in Heidelberg. Sie will sich auf die eigentliche Neurologie beschränken, hat daher die Psychologie aus ihrem Programm ausgeschieden.

X

X

Literatur Ich will hier einige neuere Bücher nur kurz erwähnen, die in verschiedener Ausführlichkeit das gesamte Gebiet der Psychologie behandeln. An erster Stelle ist da zu erwähnen H. Ebbinghaus' *Abriss der Psychologie* /Leipzig, Veit/. Das Buch stellt eine Erweiterung des Abschnittes *Psychologie* aus der wohl weiteren Kreisen bekannten, von Hinneberg herausgegebenen *Kultur der Gegenwart* dar. X Als eine sehr gute Zusammenfassung des gegenwärtigen Standes der Psychologie, wenn ich ihnen auch nicht in allen Teilen folgen kann, erscheinen mir ferner Stephan Witaseks *Grundlinien der Psychologie*, die in der *Philosophischen Bibliothek* /Leipzig, Dürr/ erschienen sind. X Unter bestimmten praktischen Gesichtspunkten werden die Grundtatsachen der allgemeinen und einige Tatsachen der angewandten Psychologie zusammengefasst in meinem *Grundriss der Psychologie für Juristen* /Leipzig, Barth/.

Sozialwissenschaften / Conrad Schmidt

Saint-Simon Der gründlich eingehenden Darstellung von Robert Owens Entwicklungsgang und Wirken, die Helene Simon vor ein paar Jahren publizierte, reiht sich Friedrich Muckles Buch *Henri de Saint-Simon* /Jena, Gustav Fischer/ würdig an. Wer sich für die Vorläufer des modernen Sozialismus interessiert, für die Männer, von denen der junge Marx und Engels in ihrem Denken Anregungen erhielten, findet da eine Fülle von Fingerzeigen und Gesichtspunkten. Engels selbst hat auf die eminente Bedeutung Saint-Simons mit grösster Entscheidung hingewiesen, ihm nachgerühmt, dass in seinen Werken schon alle späteren sozialistischen Gedanken im

Keim vorhanden gewesen wären. Von den *drei grossen Utopisten* steht er mit seiner Auffassung der Geschichte als eines naturnotwendigen, wissenschaftlich zu begreifenden Evolutionsprozesses der Grundanschauung der Verfasser des *Kommunistischen Manifestes* am nächsten. Ja, Muckle macht mit gewissem Recht den Einwand, dass Saint-Simon bei aller ihm anhaftenden Phantastik gar nicht im engeren Wortsinn wie Owen und Fourier den Utopisten zuzuzählen sei, da seine historische Denkweise ihn allen Fortschritt von der organischen Weiterbildung im Schosse der Gesellschaft selbst herangereifter Kräfte und Tendenzen erwarten lässt, während der Utopismus doch die Gesellschaft nach spekulativ ersonnenen, von aussen her an sie herangebrachten Rezepten kurieren zu können meint und hierin, in der Losgelöstheit seines abstrakten Raisonnements von den real jeweils gegebenen Entwicklungsbedingungen, sein wesentlichstes Artmerkmal besitzt.

Besonderes Interesse gewährt es, und auch Muckle legt in seinem Überblick hierauf besonderes Gewicht, zu sehen, wie in den geschichtsphilosophischen Reflexionen dieses seltsam bizarren und dann wieder so frapperend helllichtigen Geistes Richtungen neben einander herlaufen, die sich dann später zu scharfen Gegensätzen scheiden. Vom lebhaftesten Gefühl beseelt, dass ein Band der Einheit in jeder bestimmten Geschichtsepoche die verschiedenen Lebenssphären der Gesellschaft verbinde, sieht er in seinen ersten tastenden Versuchen den letzten Grund dieser alles tragenden und zusammenhaltenden Einheit in dem Entwicklungszustand, den jeweils das menschliche Denken erreicht hat: in der Religion, der Philosophie, dem Wissen, den Entdeckungen und Erfindingen der betreffenden Epoche. Diese geistigen Mächte sind das den Gesamtcharakter eines Zeitalters bestimmende Element: das Nahen einer neuen, höheren Stufe kündigt sich immer in der Zersetzung der bisher dominierenden Vorstellungskreise, dem Aufdümmern neuer an. Von solchen Gesichtspunkten ausgehend, hat er den Wesensunterschied des Mittelalters und der Neuzeit in Schriften seiner ersten Periode zu formulieren gesucht und allerhand mystisch-schillernde Zukunftsperspektiven daran geknüpft. Eine neue Art Religion soll, alle Ergebnisse des wissenschaftlichen Denkens verarbeitend, von einer Organi-

sation der Intellektuellen gestützt, in der modernen Gesellschaft zu einer ähnlichen Machtfülle wie der Katholizismus im Mittelalter aufsteigen. Es treten in diesen Konstruktionen und Ausblicken Ideen auf, die später von Saint-Simons Schüler, Auguste Comte, in dessen System des Positivismus breit ausgesponnen sind. Sein Philosophieren bewegt sich so ursprünglich in den Bahnen ideologischer, das »gesellschaftliche Sein« aus dem »Bewusstsein« erklärenden Geschichtsauffassung, im Gegensatz zu der dann Marx seine Lehre von der bestimmenden Rolle der Ökonomie im sozialen Lebensprozess herausgearbeitet hat. Und so weit sich Saint-Simon über diesen seinen ersten Standpunkt später erhebt, er rechnet nicht in prinzipieller Weise mit diesem ab und greift in einzelnen Reminiszenzen auch später noch auf ihn zurück.

Die entscheidenden Schriften Saint-Simons sind die aus seinen letzten Lebensjahren. Im Jahre 1819 erschien *L'organisateur, 1821-1822 Du système industriel, 1824 Catéchisme des industriels, 1825*, im Todesjahr, der religiös gefärbte Epilog des *Nouveau christianisme*. Hier rückt in den historischen Exkursen wie in der Kritik der gegenwärtigen Gesellschaft der ökonomische Gesichtspunkt immer nachdrücklicher in den Vordergrund. Das ausgehende Mittelalter und die Neuzeit fasst er nun als historische Phasen, die, bei allem Wechsel in der Denkart, eben so wesentlich durch die Umwälzungen der Wirtschaftsweise charakterisiert sind. Dem feudalen System erwächst in dem sich rasch und rascher ausbreitenden Industriesystem ein überlegener Gegner. Die veränderten ökonomischen Grundlagen geraten in einen Widerstreit mit den alten Rechtsprinzipien; der wirtschaftliche Vormarsch des Bürgertums findet seine Ergänzung im politischen Klassenkampf, in dem es dank seines Reichtums, seiner Allianz mit den technischen Wissenschaften und seiner kulturellen Überlegenheit notwendig siegen muss. Dass er den Klassenkampf auf dem Hintergrund eines angeblichen Rassegegensatzes zwischen den ursprünglichen Einwohnern, den Galliern, und den erobernden Franken sich abspielen lässt, ändert an dem ökonomischen Grundcharakter der Erklärung nichts von Bedeutung. Die Lektüre des lehrreichen und anregenden Muckleschen Buches wird leider durch die nicht genügend systema-

tische, zu mancherlei Wiederholungen führende Anordnung des Stoffs erschwert; eine straffere Zusammenziehung, wenn es das Werk zu einer 2. Auflage bringt, würde den Leserkreis vermutlich stark erweitern können.

× **Kurze Chronik** Im Juli starb Georg Adler, zuletzt ausserordentlicher Professor in Kiel,

der durch seine 1885 erschienene *Geschichte der ersten sozialen Arbeiterbewegung* weiteren Kreisen auch innerhalb der Partei bekannt geworden ist. 1899 publizierte er den 1. Band einer *Geschichte des Sozialismus und Kommunismus*. Seine sonstigen Schriften behandeln vorwiegend Fragen der Arbeiterschutzesetzgebung, insbesondere auch der Arbeitslosenversicherung. × Bald darauf kam die Nachricht, dass Dr. Benedict Friedlaender, der ebenso wie Adler noch in den besten Mannesjahren stand, aus dem Leben geschieden. Er arbeitete hauptsächlich auf naturwissenschaftlichem Gebiete. Von den Genossen werden sich manche noch der Angriffe erinnern, die er als Verfehrer Dührings gegen Engels' Dühringkritik richtete. Seine Schrift *Die vier Hauptrichtungen der modernen, sozialen Bewegung /1901/* polemisierte sehr heftig gegen den Marxismus und feierte den heute fast vergessenen Henry George als grosses, reformatorisches Ingenium. × Gegen die ministerielle, ohne Befragen der Fakultät verfügte, auch in dieser Rundschau (1908, 2. Band, pag. 766) mitgeteilte Berufung des jungen Kieler Dozenten Ludwig Bernhard nach Berlin ist von der Berliner Fakultät, deren Urteilsspruch der Berufene sich zu unterwerfen erklärte, Protest erhoben worden. Nach den Proben sonstiger professoraler Gefügigkeit musste die Wendung, so wenig sie in prinzipieller Hinsicht bedeuten mag, immerhin überraschen. Ein Werk Bernhards über die Polenfrage in den Ostmarken hatte ihn der Regierung politisch empfohlen.

× **Literatur** ×

Unter dem Titel *Wirtschaft und Gesellschaft /Dresden, Böhmer/* veröffentlicht

Othmar Spann eine dogmenkritische Untersuchung, die ihre positive Ergänzung in einem 2., das *System der sozialen Wissenschaften* darlegenden Band finden soll. Sehr richtig geht er von der Konstatierung der Tatsache aus, dass die Nationalökonomie bei ihrer Er-

forschung der sozialen Wirtschaft notwendig stets auf das Problem geführt wird «das Verhältnis der Wirtschaft zu allen übrigen Erscheinungen des gesellschaftlichen Lebens» zu bestimmen. Aber statt nun die Art des Zusammenhangs, die Marx' berühmte Formulierung der materialistischen Geschichtsauffassung hervorhebt, zum Ausgangspunkt und Hauptgegenstand seiner kritischen Erörterungen zu machen, geht er — man weiss nicht recht, nach welchem Prinzip der Auswahl — die soziologischen Auffassungen einer bunten Reihe von Autoren durch; ein Verfahren, das bei viel aufgewandtem Scharfsinn den Leser nur ermüdet und das relativ unfruchtbar bleibt. Die Resultate, zu denen er gelangt, sind, dass eine soziologische Prinzipienwissenschaft auf die Herausarbeitung eines allgemeinsten Grundbegriffs menschlicher Gesellschaft gerichtet sein müsse, von dem aus sie dann die Spaltung des gesellschaftlichen Lebensprozesses in das zusammenhängende System seiner Hauptfunktionen («Objektivationsysteme») und die spezifische Art des zwischen diesen Teilprozessen bestehenden Zusammenhanges zu begreifen habe. Über den Wert einer solchen Problemstellung wird sich erst, wenn der versprochene Lösungsversuch vorliegt, näher urteilen lassen, aber es leuchtet von vornherein ein, dass der Gedankengang, der dazu führte, ohne den langweiligen Umweg über so und so viele Autoren, viel einfacher und in viel klarerer Begründung sich aus der kritischen Betrachtung jener Marxschen Formulierung hätte entwickeln lassen. Erfreulich ist die Arbeit als eins der vielen Anzeichen für den Eifer, mit dem, nach so langer Brache rein deskriptiver Tatsachensammlung, in den letzten Jahren auf dem Gebiet der sozialen Wissenschaften wieder theoretisches Interesse sich regt.

Sozialgeschichte / Paul Kampfmeyer

Dämonismus In zahlreichen Geschichtswerken wird noch gar zu häufig der Teufels- und Hexenglauben als ein Kapitel aus der Geschichte der Kuriositäten vorgetragen. Man übersieht dabei, dass dieser Glaube ein notwendiger Bestandteil der dämonistischen Weltanschauung war, die bis zum 18. Jahrhundert nicht nur die Köpfe des Volkes sondern sehr ernsthafter Gelehrter beherrschte. Der Teufel und seine höllischen Geister spukten im 18. Jahrhundert noch in der Theologie, in den

Naturwissenschaften, in der Medizin und in der Rechtswissenschaft. Der bayerische Strafkodex Kreitmayers kennt noch das Verbrechen des Teufelsbündnisses. Wir haben in der Literatur kaum ein Werk, das so plastisch klar die Weltanschauung des Dämonismus zeichnet wie das geniale Buch Wilhelm Meinholds *Maria Schweidler, die Bernsteinhexe* [Leipzig, Inselverlag]. Völlig im Einklang mit der historischen Wahrheit lässt Meinhold den Pfarrer von Coserow sich als Vertreter des Hexenglaubens bekennen. Der Pfarrer hält den braven Junkersmann Rüdiger von Nienkerken, der nach dem Studium der Werke Johann Wiers (Weiers) den Hexenglauben abtat, für einen Atheisten. Der Junker erklärt die Teufelsbündnisse nur für Einbildungen »melancholischer Personen«. Der Pfarrer von Coserow entgegnet ihm aber, »der Augenschein zeige ja hier und allerorten, dass es ein grosser Irrtum sei die Zauberei zu leugnen, inmassen man alsdann auch leugnen könnte, dass es Mord, Ehebruch und Diebstahl gäbe. Die *Bernsteinhexe* ist so aus dem Geist der Zeit herausgeschrieben, dass die Kritiker Meinholds den Roman für eine Chronik hielten und zwar, wie Paul Ernst im Nachwort zur *Bernsteinhexe* hervorhebt, »mit so festem Glauben, dass der arme, mit seiner dichterischen Fiktion allzu glückliche Dichter gegen diesen Glauben ein anderes Buch schreiben musste, durch welches er beweisen wollte, dass er sein Werk nicht abgeschrieben habe, sondern dass er selbst dichten könne«.

Die Geschichte des Dämonismus in Deutschland beleuchtet ebenfalls die auf eingehendem Quellenstudium basierte Arbeit Anton Memningers *Das verhexte Kloster* (2. Band der *Fränkischen Bibliothek* /Würzburg, Memninger/). Das Buch ist ein kulturgeschichtliches Zeitgemälde, das an der Hand der Lebens- und Leidensgeschichte der 1749 hingerichteten Nonne Renata Singer von Mossau die dämonistischen Grundanschauungen der geistlichen und weltlichen Gerichte treulich wiedergibt.

Im übrigen steckt noch im 20. Jahrhundert ein unverwüstlicher Dämonenglaube, und zwar — man sollte es nicht meinen — selbst in Schriften, die sich gegen den Hexenwahn richten. Vor uns liegt der 16. Band der *Geschichtlichen Jugend- und Volksbibliothek* [Regensburg, Manz/]. Dieser Band, *Hexenwahn und Hexenprozesse in Deutschland*, ist von J. Kem-

per verfasst. Ich glaube, es ist von grossem kulturhistorischem Interesse festzustellen, dass in diesem Buch noch der gefürchtetste Dämon, der Teufel, als der eigentliche Verursacher der ungeheuerlichen Wahnsinnstaten des Hexenglaubens denunziert wird. In dem Vorwort betont der Autor den unheilvollen Einfluss des 30jährigen Krieges auf die Entwicklung des Hexenwahns, und er fährt dann wörtlich fort: »Das Volk war verwildert. Statt des wahren Glaubens an Gott und göttliche Dinge war religiöse Gleichgültigkeit, Aberglaube und Unglaube getreten. Da die Menschen vom rechten Wege abgewichen waren, hatte Gottes grösster Feind, der Teufel, leichtes Spiel, und er hat mit Gottes Zulassung die Menschen viele Jahrzehnte genarrt und zu den ungläublichen Rohheiten und teuflischen Bosheiten verführt. Wenn auch der ganze Hexenwahn an sich der reinste Hokuspokus ist, so lässt sich doch schwerlich leugnen, dass der Teufel dabei seine Hände im Spiele hatte.«

×
Japanische Frau Die japanische Geschichte kennt eine Epoche, in der die japanische Frau im Vordergrund des geistigen Lebens stand. In der sogenannten *Heianperiode* [794 bis 1186], die als eine der glänzendsten Epochen der japanischen Geschichte bezeichnet wird, erfreuten sich die Frauen in der japanischen Literatur des grössten Ansehens. Die Chinesen nannten damals Japan das *Land der Frauen* und die *Nation der Königinnen*. Felix Baumann führt in seinem Werke *Japanermüdel* /Berlin, Langenscheidt/, das viel interessantes Material zur Kulturgeschichte der japanischen Frau — leider in wenig ansprechender Form — herbeibringt, die charakteristische Tatsache an, »dass vor dem 13. Jahrhundert alle berühmten japanischen Werke von Frauen geschrieben worden sind, und dass nach dem Jahre 1300 die Frauen fast ganz aufgehört haben sich schriftstellerisch zu betätigen«. Mit dem Beginn der Feudalzeit, die vom Ende des 12. Jahrhunderts bis zum Jahre 1867 reichte, versinkt die japanische Frau völlig in Dunkel und Vergessenheit. Die Geisha und das Freudenmädchen des Yoshiwara (des Bordellviertels) fallen gleichsam nur noch ins Auge. Die japanische Ehefrau führt wie die griechische des alten Athens ein eingeschränktes, dürftiges Dasein in der Häuslichkeit. Sie muss vielfach Nebenfrauen an ihrer Seite dulden und sich vor

der harten Schwiegermutter demutsvoll beugen.

Seit dem Zusammenbruch des Feudalsystems, seit dem machtvollen Aufblühen des kapitalistischen Systems gestalten sich allerdings die Grundlagen für eine neue soziale Stellung der Frau. Die Frau hält als erwerbende, sich selbst ernährende Arbeiterin in allen Wirtschaftszweigen ihren Einzug. Im Jahre 1904 befanden sich unter 526 215 in motorischen Betrieben beschäftigten Personen 207 951 weibliche. Man sieht heute die Frau überall die emsigen Hände regen: in den Kohlenspeichern der Ozeandampfer, in den Leinwandwebereien Hokkaidos, in den Bergwerken Miikes, in den Papierfabriken Odjis, an den Bahnschaltern Tokios, auf den Feldern Nagasakis. Geradezu märchenhaft nehmen die weiblichen Arbeitskräfte in den Fabriken Japans zu. Felix Baumann führt an, dass sich das Verhältnis der Frauen und Männer in den japanischen Fabriken stellte: im Jahre 1886 wie 2:1, im Jahre 1897 bereits wie 3:1 und heute wie 6:1. Diese wachsende ökonomische Selbständigkeit der Frau muss notwendig das bisherige Unterordnungsverhältnis der Frau gegenüber dem Manne aufheben. Die Ehe verbindet ferner in Japan die Ehegatten nur sehr lose. Im Jahre 1886 wurden nach Baumann in Japan von 315 311 Ehen 117 964 geschieden, im Jahre 1896 gingen von 325 651 Ehen 112 411 auseinander, im Jahre 1906 von 330 467 Ehen 118 322. Die leichte Auflösbarkeit der Ehe kann in Verbindung mit der wachsenden ökonomischen Selbständigkeit der Frau eine Neuordnung des Verhältnisses beider Geschlechter herbeiführen.

× **Kurze Chronik** Am 3. August wurde die 39. Hauptversammlung der *Deutschen Anthropologischen Gesellschaft* in Frankfurt a. M. eröffnet. In seiner Eröffnungsrede sprach Professor R. Andree-München über den Wert der Ethnologie, er zeigte an vielen Beispielen, dass die Ethnologie überall Licht auf die ersten Anfänge der menschlichen Kultur werfe. × Am 6. August trat in Berlin der internationale Historikerkongress zusammen. Nach der Begrüßungsrede des Ministers von Bethmann-Hollweg hielt der amerikanische Botschafter Hill einen beifällig aufgenommenen Vortrag über die ethische Bedeutung der Historik. × Die jungtürkische Bewegung, die jetzt die Türkei umgestaltet, zeitigte eine

kulturhistorisch bedeutsame Erscheinung: die türkische Frau als politische Kämpferin. × Die Reisebriefe *Rund um Südamerika von Hans Huckebain* (Leipzig. *Thüringische Verlagsanstalt*) plaudern da und dort ganz amüsant über Reiseindrücke, bringen uns aber Land und Leute Südamerikas nicht greifbar nahe.

× **Literatur** Den *Deutschen Bauernkrieg* Friedrichs Engels hat Franz Mehring mit Einleitungen und Anmerkungen im Verlag des *Vorwärts* neu herausgegeben. In das Verständnis der grossen Revolutions-epoche des 16. Jahrhunderts führt diese Arbeit trefflich ein. Selbst nach der Lektüre des Zimmermannschen *Bauernkriegs* bleibt dem Leser in dem chaotischen Durcheinanderfließen der politischen Ereignisse vieles dunkel. Die gestaltende Hand Friedrich Engels', die von einer neuen Auffassung der Geschichte geführt wird, baut die grosse Umstürzbewegung des Bauernstandes und des städtischen Proletariats wie streng notwendig aufeinanderfolgende Akte eines Dramas auf.

Hygiene / Heinrich Grün

Ursachen der Krankheiten Die Ursachenlehre der Krankheiten ist in drei Jahrzehnten so stark ausgebildet worden, dass kein Lehrbuch existiert, das nicht die sogenannte *Ursachenverhütung* und ursächliche Bekämpfung der Krankheiten besonders beschreiben und empfehlen würde. Es ist nun natürlich, dass ausser den individuellen und Gelegenheitsursachen eine ganze Reihe von Tatsachen festgestellt werden kann, die den ursächlichen Zusammenhang sozialer Missstände mit Krankheiten des Volkes oder gewisser Berufsschichten erkennen lassen, die also mit Recht als *soziale Krankheitsursachen* bezeichnet werden können. Schon bei der Zeugung kann für das künftige Kind der Grund zur Krankheit gelegt werden. Der Vater überträgt auf seine unschuldige Nachfolge mitunter furchtbare Krankheiten. Von Tuberkulose und Lues ist es ganz sicher, von einer Reihe von anderen Krankheiten nahezu sicher, dass sie sich von Geschlecht zu Geschlecht fortpflanzen. Was tut die menschliche Gesellschaft bisher dagegen, dass ein Syphilitiker im rezenten oder chronischen Stadium seiner Erkrankung heiratet? In der Literatur, die

diese Übelstände anführt, sind wenig konkrete Vorschläge. Auch die Heirat von Tuberkulösen, gegen die es noch keine gesetzliche Massregeln gibt, bewirkt eine degenerative Heredität der Nachfolge. Wie aus den Debatten der *Gesellschaft für soziale Medizin* zu ersehen ist, ist die Zeugungsfähigkeit der Phthisiker bisweilen sogar eine gesteigerte, und es ist daher ersichtlich, dass nur durch eine Verhinderung der Ehen von Tuberkulösen, Luetikern, Paralytikern, schweren Neurasthenikern usw. ein künftiges krankes Geschlecht verhütet wird. Einige Autoren gehen zu weit, wenn sie die Ehe jedes chronisch kranken Menschen verhüten wollen, wie zum Beispiel eines Herzkranken, eines Taubstummen etc., obwohl es nicht absolut feststeht, dass Herzkranke, Taubstumme, Karzinomatöse ihre Krankheit auf das neue Geschlecht übertragen. Dagegen wäre nichts einzuwenden, wenn man vorerst für die wichtigere Sache, die Verhütung der Syphilitiker- und Phthisiker-ehe, genügend Vorsorge getroffen hätte. Aber zu viel verlangen macht die Wächter des Weltalls kopscheu.

Der gesunde Körper wird bei vielen Infektionskrankheiten den natürlichsten Schutz bieten. Er hat die entsprechende Widerstandsfähigkeit gegen die Parasiten. Wo aber breite Volksmassen in schlecht belichteten und geheizten, nicht gelüfteten Räumen arbeiten, wo die Ernährung weit unter dem Mittelmaß ist, da herrscht eine grössere Disposition für alle Krankheitserreger. Eine Lunge, die nicht die richtige Luftnahrung hat, wird von der Schwindsucht, ein Magen und Darm ohne richtige Diät von der Cholera, dem Typhus, der Dysenterie viel leichter befallen.

Der Verkehr der Menschen unter einander macht die Gefahr von Massen- ansteckung durch parasitär Erkrankte erklärlich. Es müsste daher die Gesundheitsbehörde die Fabrikarbeiterschaft in Epidemiezeiten genauest überwachen, aber auch die Massenansammlungen anderer Berufsschichten in Kirchen, Märkten, Schulen, Wirtshäusern, bei Wallfahrten, Volksversammlungen usw.

Die Ansteckung der Menschen durch Tiere erfolgt entweder, weil diese selbst an Milzbrand, Tuberkulose, Pest, Würmern leiden, oder weil sie selbst nur die mechanischen Überträger gewisser Krankheiten sind; Mücken übertragen zum Beispiel den Typhus, Hunde und Katzen die Diphtherie usw.

Durch Nahrungsmittel können gleichfalls Krankheiten übertragen werden, so durch Wasser Typhus, durch Milch Tuberkulose, durch Fleisch Trichinose, durch Obst Cholera. Schmutz aller Art wie an Kochgeschirren, Betten, Möbeln, Kleidern, Arbeitsgeräten und Arbeitsprodukten kann parasitäre Gefahr bieten. Insbesondere sei auf die verschiedenen Staubarten in den Betrieben hingewiesen. Eine gründliche Desinfektion bietet den besten Schutz gegen Ansteckung. Alle Gegenstände, die von grossen Massen benutzt werden — wie Transportgelegenheiten, Eisenbahnen usw. — sollen mit Desinfizienten gründlich behandelt werden. Insbesondere aber müssen kontagiös Erkrankte genügend isoliert werden.

Dass Alkohol für sämtliche Krankheiten disponiert, muss auch von den Gegnern der Abstinenz zugestanden werden. Der Alkohol repräsentiert eine der wichtigsten sozialen Krankheitsursachen. Über die Alkoholfrage wird hier noch öfter und zwar ausführlich berichtet werden. Allgemein anerkannt ist ferner, dass die offizielle Prostitution für eine Reihe von Krankheiten, natürlich insbesondere von Geschlechtskrankheiten die soziale Ursache bildet.

X X
Frauenarbeit Die Absicht die Frauenarbeit so viel wie möglich einzuschränken scheidet allerorten an wirtschaftlichen Verhältnissen, da oft der Lohn des Mannes nicht hinreicht, um die Familienbedürfnisse zu decken. Aber es geht immerhin ein etwas schärferer sozialhygienischer Wind durch die Staaten, der in den meisten Ländern zum Verbot der Nachtarbeit der Frauen geführt hat. In Deutschland verbietet § 137 G.O. die Nachtarbeit der Frauen, ebenso die Arbeit der Wöchnerinnen vor 4 Wochen nach der Geburt respektive vor 6 Wochen beim Fehlen eines ärztlichen Zeugnisses. Aber neben diesem gesetzlichen Schutz wird auch ein allgemeiner Mutterschutz allorts befürwortet und angestrebt, der die kolossale Kindersterblichkeit verhindern soll. Ausserdem ist in Deutschland eine gesetzliche Maximalarbeitszeit von 11 Stunden vorgeschrieben, die allerdings nicht immer erreicht wird, da es Betriebe mit 10 bis 7 stündiger Arbeitszeit für Frauen gibt. Jedenfalls sind aber die Massregeln noch nicht getroffen, die es stillenden Müttern gestatten während der Arbeitszeit ihre Kinder zu stillen. Es

sind daher im Interesse des Säuglings-schutzes Kinderkrippen zu errichten. Es ist zu konstatieren, dass in Österreich, England, Belgien, Frankreich und in der Schweiz die Frauenarbeit überall bedeutend eingeschränkt, die der Wöchnerinnen vor 4 Wochen überall unbedingt, vor 6 Wochen bedingt verboten ist. Besonders wird jetzt die Frauenarbeit überhaupt in Gummiwaren-, Zigarren-, Bleifarben-, Zichorien-, Akkumulatorenfabriken, in Zinkhütten, Glasbläsereien, in der Phosphorindustrie einigen, wenn auch noch reformbedürftigen Einschränkungen unterworfen. Leider wird noch viel zu wenig Rücksicht auf die schwangeren Arbeiterinnen genommen, bei denen die Arbeit mit giftigen Materialien direkt vernichtend auf das keimende Leben einwirkt. Gewöhnlich ist es ja ein Verbrechen das keimende Leben zu vernichten.

× ×
Kurze Chronik Im österreichischen Abgeordnetenhaus wurde von ärztlicher Seite der Antrag eingebracht den Kleinverkauf der Lauge vollständig zu verbieten und die Lauge unter die selben strengen Verkaufsvorschriften zu stellen, unter denen andere stark wirkende Gifte stehen. × Die Wiener Ärztekammer hat im Namen sämtlicher österreichischen Ärztekammern an die Regierung das Ersuchen gerichtet auch die Ärzte zu Gewerbeinspektoren zu ernennen, entsprechend den angenommenen Resolutionen Pernerstorfer vom Jahre 1902 und Adler vom Jahre 1908. × Am 9. August trat in Italien das Gesetz in Kraft, das die Nacharbeit für Bäcker und Konditoren untersagt. × Der preussische Minister des Innern hat durch den Regierungspräsidenten von Potsdam die Errichtung von Stillstuben in den Fabriken angeregt.

× ×
Literatur *Über die Verhütung der Bleigefahr* schreibt Dr. Josef R a m b o u s e k, Privatdozent für Gewerbehygiene, Bezirksarzt der Statthalterei in Prag/Wien, Hartleben/. Er beginnt mit einer historischen Übersicht über die Geschichte der Bleivergiftung und zählt 111 Gewerbe auf, in denen die Bleivergiftung vorkommt. In kurzen, inhaltsreichen Sätzen lernt man aus diesem Buche die Theorie der Bleivergiftung. Als wichtiges Moment seiner Ausführungen kann gelten, dass der Magen mit

seinem salzsauren Saft und mit dem anwesenden Pepton die wichtigste Resorptionsstätte für das Blei ist. Im alkalischen Darmsaft fällt das Blei. Das meiste Gewicht legt der Verfasser darauf, dass das Bleisulfid relativ ungiftig sei, weshalb jede bleihaltige Luftverunreinigung auf das sorgfältigste abgeführt, kondensiert und womöglich im Kondensationsapparat vor der Ausräumung auf Bleisulfid verarbeitet werden soll, und auch Bleiwaren bei ihrer Verwendung mit einem Bleisulfidüberzug zu versehen sind. Der Verfasser, der auch die allgemeinen Arbeiterschutzmassregeln anführt, betont nur die Giftigkeit des Schwefelwasserstoffs zu wenig; das hiesse ja unter Umständen den Teufel mit Beelzebub davonjagen. Das Buch ist interessant und verdient fleissige Lektüre seitens der Fachleute, wengleich manche Seiten dieser Frage gänzlich ignoriert wurden. × In seiner *Verhütung der Tuberkulose* /München, Oldenbourg/ beschreibt E. von Leyden die Prophylaxe der Tuberkulose, die er für unbedingt sicher hält, ebenso erklärt er die Tuberkulose für heilbar: eine Behauptung von weittragender Bedeutung. Auch diese Broschüre enthält die bekannten Grundsätze *Nicht spucken, nicht infizieren! Hände, Kleider und Wäsche rein! Vernünftige Lebensweise, gesunde und helle Wohnungen!* Allerdings ist der Verfasser, der das Wie aber nicht das Woher beschrieb, wie die meisten Autoren in dieser Beziehung offiziell ohne Meinung.

Rechtswissenschaft / Otto Lang

Presse und Justiz Der Dresdener Staatsanwalt Wulfen macht in der *Deutschen Juristenzeitung* eine Reihe bemerkenswerter Vorschläge, wie das Verhältnis zwischen Justiz und Presse gebessert werden könnte. Beides Kulturfaktoren, Träger äusserst wichtiger Aufgaben, die sich gegenseitig fördern sollten, leben sie in einem sich stetig verschärfenden Konflikt. Eine Hauptursache sei darin zu suchen, dass der Richter keinen Einblick hat in die Tätigkeit des Journalisten und in den Betrieb einer grossen Zeitung, und dass er die Aufgabe des politischen Redakteurs wie des Referenten für Kunst und Wissenschaft — die an Bedeutung derjenigen eines Richters nicht nachsteht — unterschätzt. Hätte der Richter eine klare Vorstellung davon, wie eine Zeitung zu stande kommt, unter welchen Bedingungen der Journalist ar-

beitet, auf wessen Mitarbeit er angewiesen ist, so würde er auch ein besseres Verständnis gewinnen für eine sinn- und sachgemäße Auslegung des Pressgesetzes, und die berechtigten Klagen über die strafrechtliche Behandlung der Redakteure würden verstummen. Das bessere Verhältnis, von dem beide Teile profitieren würden, liesse sich nach Wulffen auf folgende Weise herbeiführen: tüchtige Juristen in Richterstellung sollten weniger Bedenken tragen zur Journalistik überzugehen. Andererseits sollte der Staat solche Juristen, die ihren Weg durch die Presse genommen haben, für den Staatsdienst zu gewinnen suchen. Er empfiehlt ferner, dass die Zeit, die Assessoren und Referendare in der Redaktion eine politischen Zeitung verbringen, ihnen an den Vorbereitungsdienst angerechnet werde, und dass den Journalisten möglichst viel Gelegenheit geboten werde in der Stellung von Geschworenen oder Schöffen sowie als Experten an der Rechtspflege und an Gesetzgebungsarbeiten mitzuwirken. Gewiss ausserordentlich verständige Vorschläge. Nur schade, dass der Justizminister, der sie, zumal in politisch unparteiischer Weise, zur Ausführung bringt, erst noch geboren werden muss.

× **Automobilhaftpflicht** ×

Dem Bundesrat ist der lang erwartete Entwurf eines Automobilhaftpflichtgesetzes zugegangen. Während der Automobilbesitzer nach dem Recht des B. G. B. nur für den Schaden einzustehen hat, den er durch eigenes Verschulden, sei es vorsätzlich, sei es fahrlässig, verursacht, will der Entwurf von diesem Verschuldungsprinzip in zweifacher Hinsicht abweichen: Der Automobilbesitzer soll nämlich, auch wenn ihn irgend ein Verschulden nicht trifft, haften a) für den durch Verschulden des Automobilleiters (Chauffeurs) herbeigeführten Schaden; b) für den Schaden, den ein Mangel des Automobils oder eine Betriebsstörung, wie Versagen der Bremse oder Reifbruch, zur Folge hat. Andererseits wird im Entwurf eine Beschränkung des Umfanges der Haftpflicht vorgeschlagen: der Automobilbesitzer soll, wenn nur ein Mensch verletzt oder getötet wurde, bloss bis zu dem Betrage von 50 000 M. oder einer Jahresrente von 3000 M. haften; im Falle der Verletzung oder der Tötung mehrerer Personen bis zum Betrage von 150 000 M. oder einer Rentensumme von 9000 M. Der von verschiedenen Seiten

gemachte Vorschlag, an dem unbedingt festgehalten werden sollte, es seien alle Automobilbesitzer zu einer Zwangs-genossenschaft zu vereinigen, an die sich die Verletzten halten können, auch wenn der Automobilbesitzer sich durch die Flucht der Entdeckung entzogen hat, ist also abgelehnt. Die Motive begründen das mit den technischen Schwierigkeiten, die der Verwirklichung dieses Gedankens entgegenstehen, sowie mit dem Hinweis, dass die Zahl der Unfälle, deren Urheber nicht hat ermittelt werden können, in letzter Zeit stark zurückgegangen sei. Leider vermisst man eine wirksame Strafandrohung für den Fall, dass der Automobilbesitzer sich der Feststellung seiner Personalien zu entziehen sucht.

Noch einige Zahlen zur Illustration der Tragweite des Gesetzes: In der Zeit vom 1. Oktober 1906 bis zum 30. September 1907 haben sich beim Gebrauch von Kraftfahrzeugen (Motorvelos inbegriffen) 4864 Unfälle zugetragen. Die Zahl der verletzten Personen betrug 2419; davon sind 145 gestorben, und zwar 13 Führer, 17 Insassen und 115 Drittpersonen. Der Schaden an Sachen wird auf 880 751 M. beziffert. In 462 Fällen hat sich der Führer des Kraftfahrzeuges durch die Flucht der Feststellung entzogen, so dass die Verletzten den Schaden an sich selbst zu tragen hatten. Bestünde eine Zwangs-genossenschaft der Automobilbesitzer, so hätte sie für den Schaden einzustehen, und es wären dann die Automobilbesitzer, und nicht mehr das in solchen Fällen wehrlose Publikum, die unter der Gewissenlosigkeit derjenigen Fahrer zu leiden hätten, die der Genossenschaft die Ausübung des Regressrechtes durch die Flucht unmöglich machen.

× **Kurze Chronik** ×
Am 28. Juli wurden in Würzburg die einleitenden Schritte zur Gründung eines *Deutschen Richterbundes* getan. × Der österreichische Rechtslehrer J. o. v. o n U n g e r hat am 2. Juli seinen 80. Geburtstag gefeiert. Sein *System des österreichischen Privatrechts* hat auch in Deutschland viel Beachtung gefunden. × Auf dem Mitte September in Karlsruhe stattfindenden deutschen Juristentag werden einige Fragen behandelt, die für weite Kreise Interesse haben: Der Tarifvertrag, die Frage *Ist der Boykott eine rechtswidrige, zum Schadenersatz verpflichtende Handlung?*, die Ansprüche des Angestellten, der im Dienst des Unternehmers eine Erfindung machte, das

Strafmittelsystem im neuen Strafgesetzbuch. × Das schweizerische Bundesgericht hat am 15. Juli die Auslieferung des russischen Revolutionärs Wassiljew wegen Ermordung des Polizeimeisters von Pensa bewilligt und damit ein für die Praxis des Asylrechts und die Auslegung des Auslieferungsvertrages verhängnisvolles Präjudiz geschaffen, das in den weitesten Kreisen Bedauern und Entrüstung wachgerufen hat.

×

Literatur *Nulla dies sine linea* gilt jetzt vom kollektiven Arbeitsvertrag. Neulich veröffentlichte Rechtsanwalt Dr. Sinzheimer den 1. Teil seines *Korporativen Arbeitsnormenvertrags*, in dem er den Tatbestand dieser Verträge und ihre rechtliche Natur behandelt. Professor Eduard Rosenthal knüpft seine Ausführungen über den Tarifvertrag an einen vollständigen Gesetzentwurf an, den er in der kleinen Schrift *Die gesetzliche Regelung des Tarifvertrages* /Tübingen, Mohr/ publiziert. × Die schon in 3. Auflage vorliegende *Einführung in die Rechtswissenschaft* des Professors Josef Kohler /Leipzig, Deichert/ gibt einen Überblick über die verschiedenen Disziplinen des Privatrechts und des öffentlichen Rechts. Dem Zweck nicht nur dem Studierenden ein Bild seiner Wissenschaft zu geben sondern auch dem Laien die Orientierung auf dem gesamten Gebiete des Rechtslebens zu ermöglichen wird es durch die klare, übersichtliche und leichtfassliche Darstellung und ein ausführliches Sachregister gerecht. × In Gross' *Archiv für Kriminalanthropologie und Kriminalistik* publiziert Alfred Oborniker einen Aufsatz über *Strafrecht und Strafvollzug im Lichte der deutschen Sozialdemokratie*. Im bisher erschienenen 1. Teil referiert er über die Forderungen, die im Erfurter Programm, in der Resolution des Mannheimer Parteitags und in der sozialistischen Broschüren- und Zeitschriftenliteratur erhoben worden sind: ein gut Stück praktischer Arbeit, welche die sozialdemokratische Partei sich vorgenommen hat.

KUNST

Bildende Kunst / Anna Plehn

Leistikow † Der Tod Walter Leistikows hat in der Berliner Kunstwelt eine Lücke gerissen, die nicht so bald auszufüllen sein

wird. Schon in den neunziger Jahren des vorigen Jahrhunderts fand Leistikow den Weg zu einem monumentalen Stil, der heute von vielen so eifrig gesucht wird. Eine Zeitlang bedeutete ihm die notwendige Vereinfachung der natürlichen Detailfülle einen Umweg über das Ornamentale. Mit zackigen Konturen begrenzte er die klobigen Massen märkischer Fichtenwälder. Ernst und Gewicht kam in diese simplen heimischen Naturbilder, die in dieser Auffassung zum erstenmal in wirklich eindringlicher Weise interpretiert wurden. Manche sahen in dieser plakattähnlichen Malerei die bezeichnende Note des Künstlers. Besonders in der Provinz ist der Maler der Mark hauptsächlich durch Bilder dieser Art bekannt. Ihm selbst aber bedeutete diese Stilisierung nur einen Durchgangspunkt. Er hätte auf die Dauer eine solche Vereinfachung dürftig gefunden. Was ihn in der landschaftlichen Natur anzog, war die Fülle und das Leben, und so suchte und fand er die Möglichkeit das Detail zu bewahren und doch Sammlung und stille Würde der Bildhaltung zu gewinnen. Niemand war in seiner Malerei ein Zerflattern und jene in kleine Farbenreize zerfetzte Unruhe, die eine solche Gefahr für die moderne Malerei bedeutet. Als Kolorist hatte er seine sichere Eigenart. Das Grün ist bei ihm ernst, fast schwärzlich, er stellt es gern mit einem getrübbten Violett zusammen, das an die Blüten dunklen Heliotrops erinnert. Auch das Blau der Luft ist meist gedämpft, wie die Natur des norddeutschen Klimas es mit sich bringt. Nur das Rot flammte zuweilen bis zu einer Siegelackfarbe auf, wenn diese munteren Grunewaldvillen inmitten vereinzelt übrig gebliebener kahl und steckenmässig aufragender Waldbäume dargestellt werden sollen. Dieses Rot zeigt gerade des Malers Wirklichkeitssinn. Die Natur, die er sah, wollte er gerade und ehrlich wiedergeben, wenn es darüber auch nicht immer ganz gelang die koloristische Harmonie vollkommen zu machen. Mit diesen meist dunkel gestimmten Tönen gelang ihm der Beweis, dass man Licht und Landschaft darstellen könne ohne Pointillismus und ohne jenes, späteren Bildern des Monet oder d'Espagnat nachempfundene Vorwalten des Blaus, das viele moderne Bilder so eintönig macht. Die *Berliner Sezession* speziell verliert in diesem Mitgliede eine ihrer Hauptstützen.

×

×

**Münchener
Sezession**

Fritz von Uhde ist mit Zügel wohl derjenige deutsche Maler, der am überzeugendsten das Scheinen des Lichts ausdrückt. Nachdem er die Reihe seiner religiösen Bilder abgeschlossen hat, werden die Strahlen der Sonne und ausnahmsweise auch der Kerze immer mehr zu Helden seiner Bilder. Man hört zuweilen Corinith mit Rembrandt vergleichen, sonderbarerweise, da bei dem resoluten Ostpreussen das Licht immer die massiven Erscheinungen umspielt, ohne ihrer Körperlichkeit etwas anhaben zu können. Uhde aber könnte man mit mehr Recht mit dem Holländer vergleichen, da die Helligkeit bei ihm die Körper umgestaltet, sie unter Umständen verklärt. Das Bild von zwei Mädchen mit dem Hund in der Sonne gehört zu einer Serie, die schon vor einer Reihe von Jahren entstand. Hier ist ein blaues Kleid vor gelbgrünem Laub von vollem Licht so umfassen, dass die beiden einander sehr entgegengesetzten Farben sich weich verbinden. Es ist nichts von ihrer Eigenart geopfert, und doch hat die Farbigkeit etwas Unmaterielles. Der Körper ist sichtbar und doch ist er wie bei Rembrandt ein Lichtträger. Dass dies keineswegs auf eine Anlehnung an Rembrandt hinaus kommt, versteht man besonders vor dem Interieur mit Kerzenlicht. Rembrandt gab Helle nur durch den Gegensatz von Dunkelheit. Bei diesem Modernen ist mit lichten Tönen der Unterschied gezeigt zwischen direkt beleuchteten und nur auf Umwegen vom Licht erreichten Dingen. Drei Damen am Klavier in weissen Kleidern. Die eine ist als Schirm vor die brennende Kerze gesetzt, ganz wie das auch schon im 17. Jahrhundert gemacht wurde, wie auch Rembrandt es gelegentlich tat, damit man die Flamme selbst nicht sieht und sie sich noch heller vorstellt als die Mittel der Palette es ausdrücken könnten. Vor 200 Jahren war solche als Lichtschirm dienende Person besonders dunkel, man sah an ihr weder Farbe noch Detail, soweit sie nicht selbst noch ein wenig von Helligkeit gestreift wurde. Bei dem Modernen ist die weisse Bluse dieser vom Licht abgewendeten Figur nur mit mässigen Schatten bedacht. Es mag noch eine zweite Kerze irgendwo im Zimmer brennen. Aber man unterscheidet doch das beschattete Weiss von der Helligkeit, die milde um die Grenzen der Figur spielt, wo der eigentliche Lichtbereich anfängt, und wo die blassen

rosa und blauen Farben sich im Weissen geltend machen. Hier im Hellen wie im Bereich des Dunkeln (den Möbeln nahe dem Boden, dem schwarzen Rock des einen Mädchens) geht das Lichtbewegen und der Übergang von einer Farbe zur andern mit einer bewundernswerten Zartheit vor sich.

Zwei Lichtmaler unter den Jüngeren sollen hier eingereiht werden. Schramm-Zittau, ehemals ein begabter Schüler Zügels, begann mit Tierbildern im Sinne seines Meisters. In Dresden hat er dies Jahr mehrere Bilder, in denen er sich als ganz Selbständiger erweist. Enten in sonnigem Wasser, zwischen dem Flimmern und Schaukeln, als dunklere farbige Masse sich bewegend, umspielt von gleissenden Tönen. Licht und Bewegung eingefangen in eine krause, seltsame Erscheinung, die aus dem Alltagsbild etwas Festliches macht. In München hat der selbe Maler jetzt Strassenszenen. Eine Reihe von Droschken vor gelblich hellen Häusern, blau darüber der Himmel, die Farben nuancenreich und doch ruhig zusammengeschlossen, so dass man sich räumlich gut im Bilde orientiert, und jede Gruppe von Erscheinungen bestimmt und sicher dasteht. Eugen Wolff begegneten wir vor Jahren einmal bei Schulte mit faustkräftig hingeworfenen Farbenimpressionen: Eine Bildergalerie aus altem Schloss, wo die Sonne starke Lichtfelder hineinwirft. Das eine dieser Bilder fand ich jetzt im Stuttgarter Museum wieder. In der Sezession gibt es von diesem Maler Interieurs, die Behausung des Sonnenscheins sind wie damals. Die Behandlung ist reifer und gelassener geworden, auch er kommt nun mit weniger Dunkelheit aus, und er zeigt mit dem Eingehen auf die Einzelheit Sinn für das, was dem Raum Wohnlichkeit gibt. Zu konstatieren ist auch, dass Winternitz, bisher der Maler dunkler Innenräume, sich zur Sonne und Helligkeit bekehrt. Ein Porträt Theodor Hummels, auf Grau und Blasslila gestimmt, vereinigt, was bei modernen Bildnissen recht selten ist, Eleganz und Delikatesse der Farbenstimmung, dekorative Ruhe der Gesamthaltung und charakteristisch intimen Ausdruck der dargestellten Persönlichkeit. Diese in ungezwungener Stellung neben einem Ledersessel kauende Dame, die eine gefleckte Katze im Arm hält, unterscheidet sich von anderen und bleibt als Persönlichkeit im Gedächtnis haften.

Wenn nur das Hervorragende genannt wird und demzufolge die Ausbeute wenig zahlreich erscheint, so kann man sich in etwas mit dem Ausland trösten. Das schwächlich empfundene und matt gesehene Frauenideal *Aman-Jeans*, der oberflächliche, von einer Seite rosa, von der anderen blau belichtete weibliche Halbakt *Besnards*, die immer greller werdenden Bilder *Zorns* zeigen, wie schnell es abwärts geht. Der Schwede sieht die Haut immer weisser, das Grün und Rot greller, die Körper sehr rund, aber wie von Glas, und bietet so immer mehr das unerfreuliche Bild einer durch ihre Geschicklichkeit verderbten Manier.

In der plastischen Abteilung findet sich eine Reihe von Tierfiguren in Holz des Österreicherers *Franz Barwig*. Breitflächig, mit energischer Einfachheit sind kämpfende Stiere gegeneinander geworfen. Die Köpfe an der Erde, die massigen Körper wie ineinander gebohrt, so geht die Urkraft auf den Feind los. Eine Katze von poliertem Ebenholz, gleich eindrucksvoll, zeigt spielend gerundeten, geschmeidig bewegten Umriss. Diese Glättung der Oberflächen ist der direkte Gegensatz von *Rodin's* Licht- und Schattenwirkung auf gebuckelter und gefurchter Form, die durch den Torso eines schreitenden Mannes mit ihrer ganzen Lebendigkeit veranschaulicht wird.

× ×

Kurze Chronik Ein Wettbewerb für ein Museum für Völkerkunde in Stuttgart ist vom *Württembergischen Verein für Handelsgeographie* ausgeschrieben worden. Es scheint also, als ob man in Schwaben eher ein solches Museum haben wird als Berlin den notwendigen Neubau für dieses so zeitgemässe Institut erhält.

× ×

Literatur In *Knackfuss' Künstlermonographien* / Leipzig, Velhagen & Klasing/ erschien *Auguste Rodin* von *Otto Grautoff*. Das Verdienst dieser Ausgabe an der Hand eines umfassenden Abbildungsmaterials in das werdende Wesen des behandelten Künstlers einzuführen wird durch *Grautoffs* gründlichen Text unterstützt. Der Verfasser gibt zugleich einen Überblick über die Entwicklung französischer Plastik, zeigt, wie auch diese scheinbar ausserordentliche Erscheinung in die allgemeine Entwicklung hineingehört, und wie sie sich in den Nachfolgern umgestaltet.

Dichtkunst / Max Hochdorf

Rassenromane Unabhängig von wissenschaftlicher Verständigkeit, nur einem subjektiven

Drange folgend, versuchen einige Schriftsteller das Problem der Rasse künstlerisch zu lösen; sie tun es vielleicht in polemischer Absicht, indem sie irgendwelche Rassentheorie über den Haufen werfen und an ihren Menschen, deren Schicksalsverketungen und Charaktereigenschaften zeigen wollen, welches ihre Meinung ist. Nun kommt es aber bei einem Kunstwerk, einem Roman, nicht auf die Meinung sondern auf das gestaltende Talent des Schriftstellers an. Glauben wir an die Menschen des Dichters, weil er sie uns wahr machte, gut für ihn. Versagen wir seinen Menschen die gläubige Gefolgschaft, weil er ihnen nicht das Scheinleben der künstlerischen Lebenswirklichkeit einhauchen konnte, so war der prachtvolle Logiker ein miserabler Poet. Rassenromane sind also nicht Bücher für oder gegen eine Theorie sondern ins Spielende der Kunst emporgehobene Beschreibungen von Menschengruppen, deren Schicksale dem Autor ins Allgemeine zu wachsen scheinen.

Arthur Schnitzler ist der Ansicht, dass jede feste Rassentheorie ein vager Begriff, dass die Empfindung des einzelnen für die Rasse mehr eine Konsequenz seines Willens als eine seelische Notwendigkeit seines Blutes sei. Sein jüngster Roman, nach den kleinen, novellenartigen Erzählungen eigentlich sein erster, heisst *Der Weg ins Freie* /Berlin, S. Fischer/. *Wiener Gesellschaftsroman* würde über dieses Buch ein Autor geschrieben haben, der die präzisere Bezeichnung liebt. Aber *Schnitzler*, der ins Traumhafte und Schwebende dichtet, der um keinen Preis reale Gestalten schaffen möchte sondern nur leis angedeutete Charaktere, geht solcher realistischen Gewissenhaftigkeit aus dem Wege. All das Leben, das in seinem Romane spielt, soll nicht Naturgesetze, soziale Bewegungen und ideelle Strömungen abspiegeln; es soll vielmehr zwischen diesen Elementen des Daseins fortgleiten, so etwa wie aus dem Reden und dem Tun des kultivierten Menschen nur sein Oberflächliches, nie sein Innerliches kund wird. Zwar wird viel in dem Buch über Rasse und Abstammung gesprochen, aber keinem wird das Wort zu einer endgültigen Erklärung gegeben. Jeder äussert sich bloss nach seiner momentanen Eingebung. Man kann das auch anders ausdrücken, indem

man sagt, dass hier nicht die denkenden Menschen sondern die sensitiven geschildert werden sollten, nicht die Logiker sondern die Leidenschaftlichen. Wiener Menschen sind, wenn wir Schnitzlers Psychologie, eine überlegen und klug geübte, annehmen, jene Adligen und jene Juden, die räumlich benachbart sind und durch solche Nachbarschaft in gemeinsame Schicksale verstrickt werden. Aber es gibt unter den Juden Wesen mit adligen Instinkten und Neigungen, und umgekehrt tendieren manche der Adligen zu Wünschen und Bestrebungen, die jeder Talmudweise rechtfertigen würde. Einfach genug ist in diesem Rahmen das eigentliche Lebensgemälde. Es ist die Liebesgeschichte nämlich, die sich zwischen einem Baron und einem Bürgerfräulein anspinnt und wiederum löst. Als beide Liebende, durch einen milden Kunsteifer zusammengeführt, zur Höhe der Erotik gelangten, als sie in einer freien, von toleranten Angehörigen behüteten Vereinigung fast die Behaglichkeit der Ehe genossen, rücken sie von einander ab. Das Kind ihres Verhältnisses kommt tot zur Welt. Er, der Liebende, fühlt sich in Fesseln, die ihn als sehr feinnervigen Mann nicht erst übermässig drücken müssen, als er sie schon mit sicheren Händen löst. Sie ist die Leidende, die sich stumm in diese Fügung ergibt, aber dann langsam in ihrem Schmerz erkaltet, langsam und ohne krampfhaftes Verbitterung, leise und in einer Gefasstheit, die nur bei ungewöhnlichen Menschen die Regel ist. Der Mann, der sich loslöst — *losreißt* wäre ein zu heftiger Ausdruck —, findet den Weg ins Freie; die Frau bleibt zurück im Gesträuch ihrer Alltagsschicksale, geschieden von der weiterführenden, grossen, neues Glück hergebenden Zukunft. Es ist bei Schnitzler ein Brauch, dass er neben den Hauptgestalten unwichtigere gehen lässt, die in ihrer Entwicklung und Wandlung den ersten Geschöpfen verwandt sind. So gewinnt der Titel des Buches symbolische Bedeutung für die schwankende Wahrheit, dass Menschen der Gegenwart nicht fähig sind in gerader, andauernder Anhänglichkeit ihrem Leben anzuhaften, dass sie vielmehr feurig sich danach sehnen im ruhelosen, richtungslosen Zickzack einen halben, wehmütigen Frieden des Daseins aufzuhaschen.

Menschen der Gegenwart: natürlich wie sie Schnitzler sieht. Und da erhebt sich dem Leser, der den schönen Stil des

Buches genießt, der seine Freude hat an der sachten Tönung alles Tatsächlichen, eine wichtigere und schwerere Frage: Hat es Schnitzler nun auch vermocht ganz die Menschen zu beseelen, die er ahnte und in seiner Vorstellung sah? Ist sein Roman, scheinbar sorglos komponiert, im Grunde aber doch mühselig aufgebaut, die Schöpfung, die der Dichter wollte? Schnitzler würde diese Frage selbst vielleicht so beantworten: Als ich arbeitete, da kamen mir die Gedanken und die Stimmungen so zahlreich und so bunt, dass ich ihrer nicht mehr Herr werden konnte. Aber ich dachte mir: Schadet nichts, in diesem Roman soll gerade das Unbestimmte, das Durcheinander die Grundlage sein. Es kommt nur darauf an, dass die Kerngeschichte klar wird. So wollte ich denn meine Helden — das Wort klingt schon recht schulmeisterlich, aber es ist kurz und deutlich — durch möglichst zahlreiche Lebensbegebenheiten hindurchführen. Nicht immer ergaben sich solche Möglichkeiten zum Vorwärtsdrängen des Realen von selbst. Darum verschmähte ich es nicht mit den wohlbewährten Praktiken glücklicher und gedeihlicher Zufälle mein Werk zu beenden. Man kann auch bei einer derartigen Methode ein Mann von Geschmack sein.

Das war Schnitzler auch. Da aber der blinde Zufall in seinen Menschen spukt, so scheinen sie mir künstlerisch mangelhaft, nicht von ästhetischer Wahrhaftigkeit. Junge Schriftsteller sollten Arthur Schnitzler nicht zum Vorbild nehmen. Denn seine Anmut, seine Gepflegtheit und Sanftheit verleiten den jungen, noch unfertigen Künstler, dass er stilistische schätzenswerte Tugenden nachahmt, durch derartige Beflissenheit aber verlockt wird das Ungestüm, also das Originale des eigenen Gemüts, als etwas Ungehöriges zu dämpfen und zu zerdrücken, die Geste des gelassenen Mannes anzunehmen, ohne dass er dessen Seelenweg einherschritt. Es ist aus der Mode gekommen sich an die Gewaltmenschen heranzumachen; man ist nur noch auf sogenannte *Kulturelle* und *Intellektuelle* versessen, und sehr viel Anfänger von Wert scheitern, weil sie sich von solcher Krankhaftigkeit des Geistes anstecken lassen.

Man betrachte sich so einen Jungen, zum Beispiel Hermann Blumenthal. Einen Rassenroman will auch er schreiben. Er will es, indem er ein Menschenleben schildert, dessen Umgebung, Freunde und Hassler; indem er seinem

Leser die Meinung beibringen möchte: wie mein Menschenkind gross wurde, so werden Tausende von dieser Rasse gross. Ein polnisches Judenknäblein, David Segenreich, ist Blumenthals Genosse. *Knabenalter* wurde das Buch getauft /Berlin, Marquardt/. Ja, aber dieser Blumenthal hat Angst überhaupt von den Menschen zu reden, die er verspricht. Den Naturalisten warf man vor, dass sie zu üppig mit der realen Charakteristik auftrügen. Heut muss man die Erzähler schelten, dass sie nicht einmal den Versuch zu einer solchen Charakteristik machen. Blumenthal ist dieser Judenknabe selber, er spricht von seiner eigenen Sache. Doch er spricht elend darüber. Wie ist es nur möglich, dass Menschen, die an sich prächtige, farbige Typen scheinen, so blass und nichtig unter der Feder werden? Der Autor wurde ein Jüngling in seiner Welt, er litt in ihr wohl Furchtbares, aber da er erzählt, schlägt nicht eine Sekunde das Herz für ihn. Das kommt, weil er zu furchtsam ist die Menschen am Wickel zu fassen, sie in ihrem Jargon sprechen zu lassen, sie fluchen und feiern zu lassen, damit doch Blut in sie hineinkommt. Vor der Plumpeheit warnen die Artisten. Gewiss und schön, aber solche mutlose Scheu vor jeder direkten, mutigen Charakteristik erziehen sie mit ihrer Warnung, dass sie einfach eine Gefahr werden. Da ist zum Beispiel ein Onkel in dem Buch, der ein Träumer ist, zum Leben zu schwärmerisch und schwach, aber aufgelegt für Schnurren und Scherzchen. Der wird Nachtportier in einem modrigen Wirtshaus, verliert die Stellung und kommt dann immer mehr hinunter. Ein famoser Kerl für einen Poeten! Nichts wird aus ihm. Warum? Weil an ihm vorbeigeschrieben wird. Und so ist es mit allem in den beiden Büchern Blumenthals: Bildung und Melancholie, aber keine Bildlichkeit.

×

×

Kurze Chronik Im Alter von 43 Jahren ist Leo Berg gestorben, der Literaturkritiker und Literaturstreiter. Er war ein kluger Kopf und ein feiner Mensch, aber er lebte mehr im Gedanken als in der Kunst. So wurde er wohl einem dichtenden Geiste gerecht, aber nicht einem dichtenden Gemüt. Ein elendes Leben, Gebrechlichkeit und saure Tage zwangen ihn immer leidenschaftlicher in sein Inneres hinabzusteigen und die Fröhlichkeit abzuschwören. Er war darum als Polemiker tüchtig, als begeisternder Apostel nicht stark. Im Ver-

lag *Concordia* erschien sein letztes Buch *Heine, Nietzsche, Ibsen*. Darinnen spricht er noch einmal von den Grossen, die seinem Herzen nahe standen.

×

×

Literatur

Dr. Heitmüller hat es für gut befunden die Briefe des toten Otto Erich Hartleben an seine Frau zu veröffentlichen /Berlin, S. Fischer/. Da die lebende Empfängerin sich dazu bewegen liess vor aller Welt in ihrer geheimsten Intimität dazustehen, so dürfen wir diese Briefe ohne Bedenken und ohne falsche Moralität hinnehmen. Ihr Wert liegt nicht im Literarischen, aber sie erwecken Teilnahme, da sie ein sehr merkwürdiges Menschenverhältnis zeichnen. Wir werden Zeugen einer Zerstörung der Persönlichkeit, und wir sind darüber tief niedergedrückt. Die Gattin, das beinah historisch gewordene *Moppchen*, hat mit ihrem zerfallenden Gatten schliesslich nur noch Zwiesprache über kleine und kleinliche Dinge des Alltags.

Musik / Hugo Leichtentritt

Rimskij-Korsakow †

Am 21. Juni starb in Petersburg Nikolaus Rimskij-Korsakow, der allgemein als die bedeutendste Persönlichkeit der neurussischen Komponistenschule gilt. Er gehörte zu jener Gruppe der *Fünf*, die sich in den sechziger Jahren zusammantaten, um eine vom germanischen Einfluss reine, national-russische Musik zu schaffen. Über diese *Fünf* sind in der vorigen Rundschau (1908. 2. Band, pag. 706 ff.) einige Bemerkungen gemacht worden. Von ihnen war Rimskij-Korsakow vielleicht der vollendetste, feinste Künstler, der bedeutendste Techniker. Seine Hauptbedeutung liegt in der russischen Oper, die ihm 14 grosse Werke verdankt, von denen *Sadko* das berühmteste geworden ist. Keine einzige von diesen 14 Opern ist in Deutschland jemals aufgeführt worden, wie denn überhaupt die eigentliche nationale russische Oper für Deutschland eine *terra incognita* ist; dies ist sehr bedauerlich in Ansehung des musikalischen Wertes vieler Stücke; hat doch erst ganz neuerdings der *Baris Godunow* des genialen Mussorgskij in Paris bei den Kennern Aufsehen erregt, als er zusammen mit Rimskij-Korsakows *Snegorutschka* dort aufgeführt wurde. In Deutschland kennt man den russischen Meister fast nur durch seine symphonische Dichtung *Scheherzade*, eines der

glänzendsten neueren Orchesterstücke, ein Werk, in dem sich die Begabung seines Schöpfers für das Märchenhafte, Phantastische in hinreissender Weise kundgibt. Der Kern seiner Kunst lag im russischen Volkslied, das er in der geistreichsten, originellsten, phantasievollsten Art zu behandeln verstand, ähnlich etwa wie Grieg sich der norwegischen Volksmusik bediente, nur mit noch grösserer Kunst, viel mannigfacher. Auch als Lehrer gehörte er zu den hervorragendsten musikalischen Persönlichkeiten der Gegenwart. Fast alle der bedeutenderen jüngeren russischen Komponisten, Glasunow, Arenskij, Liadow, Gretschaninow und viele andere waren seine persönlichen Schüler. Er hat ein Alter von 64 Jahren erreicht.

× **Tonkünstlerfest** Alljährlich, wenn die grosse winterliche Konzertflut verrauscht ist, versuchen im Mai und Juni zahlreiche Musikfeste die Aufmerksamkeit zu fesseln. Das wichtigste von diesen Festen ist die alljährliche Tagung des *Allgemeinen deutschen Musikvereins*, der sein 44. Tonkünstlerfest diesmal in München abhielt. Der Richtung, die ihm sein langjähriger Ehrenpräsident Franz Liszt gewiesen hat, ist der Verein bis zur Gegenwart treu geblieben. Immer noch liegt der Schwerpunkt seiner Festdarbietungen in neuen Schöpfungen oft ganz unbekannter Komponisten. In diesem Jahre war das künstlerische Ergebnis nicht gar reich im Vergleich zu der Menge der aufgeführten Kompositionen. Am meisten Eindruck machten Teile eines grossen Chorwerks F. Delius', *Lebensmesse* betitelt. Dieser englische Künstler bricht sich immer mehr Bahn; er zwingt durch die Kraft und Intensität des Kolorits; Delius wird eingeständenermassen nur als Kolorist gelten. Im übrigen fielen die Hauptlehren Max Schillings zu, für seine *Glockenlieder* (nach Gedichten Spittlers) und sein Musikdrama *Der Moloch* (nach Heibel). Was sonst an Orchesterkompositionen unbekannter Musiker aufgeführt wurde, von Bleyle, van Gilse, von Klenau, sah man im besten Falle als gutgemeinte, wenn auch präventöse Versuche an. Von den *Kammermusikwerken* schnitt besonders ein Trio Paul Juons gut ab, auch eine Violinsonate Karl Ehrenbergs, Streichquartette Leders und Pottgiessers fanden Anerkennung. Ein besonderes Verdienst er-

warb sich Felix Mottl durch die Darbietung von Berlioz' grossem Musikdrama *Die Trojaner*, einem Riesenwerk, das man sonst kaum irgendwo zu hören bekommt. Dieses zwar nicht überall gleichwertige, aber im ganzen doch grossartige Werk ist durch die Wagner'schen Dramen seinerzeit völlig zurückgedrängt worden und hat seither niemals den ihm gebührenden hohen Platz einnehmen können. Auch das Musikdrama *Ilsebill* Friedrich Kloses wurde im Hoftheater als Festvorstellung dargeboten. Klose ist ein in Süddeutschland hochangesehener Komponist, der in Norddeutschland niemals hat festen Fuss fassen können.

× **Kurze Chronik** In Berlin fand vom 8. bis zum 11. Juni unter Vorsitz Xaver Scharwenkas der 4. musikpädagogische Kongress statt, der von zahlreichen Teilnehmern aus den verschiedenen Teilen des Reiches besucht war. × In Leipzig wurde am 15. Mai die Enthüllung des Bachdenkmals Seffners feierlich begangen. Damit verbunden war ein dreitägiges Bachfest. × In Baden und Zürich wurde das 9. schweizerische Tonkünstlerfest abgehalten; nur neue Werke schweizerischer Komponisten wurden aufgeführt. × In Wien wurde am 8. Mai ein Brahmsdenkmal Rudolf Weyrns enthüllt.

× **Literatur** Von Otto Neitzels vielbenutztem Opernführer ist der Band *Richard Wagners Opern in Text, Musik und Szene* /Stuttgart, Cotta/ in 4. Auflage erschienen. Unter den zahlreichen Erläuterungsschriften zu Wagners Werken nimmt Neitzels Führer eine besonders hohe Stellung ein, indem er sich nicht mit einer Inhaltsangabe und Aufzeichnung der wichtigsten Motive begnügt sondern im einzelnen der Dichtung und der Musik sorgfältig nachgeht, in einer Art, die dem Laien eingänglich ist, aber auch dem Musiker mancherlei willkommene Fingerzeige gibt. Ich verweise, um nur einen Punkt herauszugreifen auf seine mit feiner Kritik begründeten Kürzungsvorschläge; gerade dieses Thema ist zeitgemäss; hat doch erst unlängst Weingartner in der Wiener Hofoper durch einige Kürzungen in einer *Walkürenaufführung* einen Theaterskandal seitens einer Anzahl ent-rüsteter Wagnerenthusiasten hervorge-

rufen. X In der unter der Ägide von Richard Strauss herausgegebenen Monographieensammlung *Die Musik* /Berlin, Marquardt/ erschien eine Biographie Alexander Ritters von Siegmund von Hausegger. Ritter war ein Musiker, der niemals viel Lärm in der Welt gemacht hat, der eigentlich nie berühmt gewesen ist. Warum nun wohl seine Biographie neben die der weltberühmten Meister gesetzt wird? Er hat eben doch auch im Stillen eine wichtige Mission erfüllt, als einer der überzeugungstreuesten Kündler des neuen Heils, das von Bayreuth und Weimar auszog. Er bildet eigentlich die Brücke zwischen Liszt und Wagner einerseits und den zeitgenössischen jugenddeutschen Komponisten, besonders Richard Strauss, den man wohl einen Schüler Ritters nennen kann. Hauseggers Monographie folgt den wenig verschlungenen Spuren dieses Künstlerlebens, dessen Schlichtheit und Einfachheit seltsam kontrastiert mit dem Sturm und Drang der weltbewegenden Genies Liszt und Wagner, denen er persönlich so nahe stand. Seine stillere Kunst ist denn auch, wie nicht anders zu erwarten war, von jenen glänzenden Erscheinungen ganz überschattet worden. Aber die ausgleichende Gerechtigkeit der Zeit wird schliesslich auch das gebührend würdigen lassen, was an echtem Gehalt in ihr liegt, und das ist nicht wenig. Insbesondere das neue Lied verdankt auch Ritter manches von seinen stilistischen Grundlagen. Hauseggers vorzügliche Schrift sei allen denen empfohlen, die sich über die Grundlagen der gegenwärtigen Musik unterrichten wollen. X Der ziemlich umfangreichen Liste seiner Publikationen aus der Beethovenliteratur fügte der Berliner Verlag Schuster & Loeffler neuerdings einen Neudruck von Lenz' *Beethoven* hinzu. Für Sammler der Beethovenliteratur, für diejenigen, die nach allen Richtungen hin die Geschichte der Beethovenbewegung studieren wollen, hat der Neudruck wohl seinen Wert; an und für sich jedoch hat das zuerst 1855 in Kassel erschienene Werk des russischen Staatsrats Wilhelm von Lenz für unsere Zeit kaum viel Bedeutung. Dazu ist dieser begeisterte Erguss denn doch gar zu voll von schiefen Urteilen, Missverständnissen, falschen Angaben. Wollte sich ein Laie daraus über Beethoven belehren, so täte er nicht gut daran. Die Brauchbarkeit des Neu-

drucks wird auch kaum erhöht durch die umfangreichen erläuternden Fussnoten des Herausgebers Dr. Kalischer, von denen manche ein Fragezeichen verdienten.

Bühnenkunst / Rudolf Kurtz

Sommerrauf- Die theatromanisch Besessenen Berlins, die ihre **führungen** Sommerabende im Theater verbringen, sind für ihre Neigungen in diesem Sommer doppelt gezüchtigt worden. Kein nennenswerter Schauspieler war hier, kein nennenswertes Stück wurde aufgeführt. Im *Neuen Theater* eine bescheidene Vorstellung des *Zerrissenen* von Nestroy, an der ausser Herrn Richard nichts Erwähnenswertes war. Ich verstehe nicht, warum sich die Direktoren dem fragwürdigen Vergnügen sommerlicher Theater Vorstellungen hingeben, nachdem selbst die pekuniäre Frage in der *Brettgräfin* so einfach wie schlagend gelöst wurde. Dort wird einem auf die Frage, wie er sein Geld am ehesten und schmerzlosesten loswerden könne, die nach Erfahrung klingende Antwort zu teil: Übernehmen Sie eine Sommerdirektion! Und das war noch in der *Brettgräfin*, wo die Fedak Sari eigentlich das einzige war, was immerhin zum Besuch eines Theaters verlocken konnte. Man sollte für den Sommer in der Nähe Berlins ein Naturtheater schaffen: vielleicht wäre das eine Möglichkeit einen Ausgleich zwischen Temperatur und Theater zu erzielen.

X X
Winterpläne Die Zeitungen melden die Winterpläne der Theater, und ich will die Daten noch einmal zusammenstellen. Das königliche Schauspielhaus bereitet für 1909 meines Wissens eine Neueinstudierung des *Wilhelm Tell* vor; unterdessen müssen wir uns begnügen, dass es mit dem nicht ganz unbekanntem Werk unseres unvergesslichen Lessing *Minna von Barnhelm* eröffnet. Und Barnay geht nach Hannover. Um von ernsthafteren Dingen zu sprechen: Reinhardt überrascht auch nicht gerade durch sein Programm. Leben wir denn in einem so durchaus mumienhaften Zeitalter, dass alle schöpferische schauspielerische Kraft sich auf die Neubelebung der klassischen Werke festlegt? Er begann mit einem allzusehr sommerlichen *Des Meeres und der Liebe Wellen*, das eine sehr schwache Introduction war. Für die Folge verspricht er: *Fiesko* (mit Moissi als Träger der Titelrolle), *Lear* (mit Schildkraut als Lear:

ihr ewigen, ewigen Götter, ich denke an seinen alten Moor und spinne mich ein in Schauer und Verzweiflung); dann *Medea* und andere altbewährte Dramen. Auch Nestroy wird nicht fehlen; und zwar ist es diesmal die *Freiheit in Krähwinkel*, ein typisches 48er Stück, das uns belustigen wird. Wahrscheinlich wird dort Harry Walden seinen siegreichen Charme wirken lassen sollen. Übrigens sei angemerkt, dass das neben *Einen Jux will er sich machen* lustigste Stück Nestroys *Eisenbahnheiraten* noch nicht aufgeführt ist. Ausserdem werden Holz' *Sozialaristokraten* in nächster Zeit in Aktion treten: hoffentlich ist Reinhardt so geschmackvoll die im Buch allzu deutlich betonte Porträtähnlichkeit zur höheren Instanz der typischen zu erheben. Ich weiss übrigens nicht, warum man das dynamisch schwerfällige, starr aneinandergesetzte Stück plötzlich hervorholt, mir scheint doch die versprochene *Sonnenfinsternis*, Holz' neuestes Werk, interessanter. Von neuen Autoren werden unter anderen Heimann und Friedrich-Freksa zu Wort kommen: Heimann ist als einer unserer feinsten und klarsten Köpfe bekannt, und Friedrich-Freksa hatte in München einen grossen Erfolg. Von Brahm verlaute noch wenig: Hoffentlich findet er den *Schlager*, dass nicht wieder Striese die erschöpfte Kasse füllen muss. Einen deutlich betonten Stil verrät das Programm des *Hebbeltheaters*, das nun endlich statt der todgehetzten *Frau Warren* und der nachgerade unmöglichen *Cyprienne* mit einigen Novitäten kommen wird. Hoffentlich weiss es seine Schauspieler besser zu beschäftigen. Strindbergs wundervoll in Nacht getauchten *Totentanz*, in dem so verräterisch rote Lichter spielen, den *Liebhaber* von Shaw, der wenigstens amüsant ist, und *Barock* von Friedrich-Freksa, der erwähnte Münchener Erfolg des jungen Dichters. Später das *Leben des Menschen* von Andrew, eins der reizvollsten Probleme der kommenden Saison. Das *Berliner Theater* hat unter seiner neuen Direktion eine Vielzahl von Stücken angenommen: — vor allem Internationales. *Zar Paul* von Mereschkowskij, Russlands feinstem Kritiker. Von Wied wird die *Erotik* aufgeführt, die bei einigen geschickten Strichen ein Erfolg wie der von $2 \times 2 = 5$ werden kann. Mit einiger Erwartung darf man auf das Versdrama *Der Bogen des Philoktet* von Karl von Levetzow blicken, das Hermann Bahr in Wien mit

grossem Erfolg vorgelesen hat. Das *Kleine Theater* hat neben dem nun selbstverständlichen Wied allerlei harmlose Sachen vor, auch einige wenige ernsthafte Werke deutscher Autoren. Das Suchen nach neuen Werten macht sich wenig bemerkbar; wir scheinen tatsächlich in einer Zeit der Vorbereitung zu leben oder in einer immer stärker erstarrenden Epoche des Alexandrinismus. Überall bemüht man sich im Verlass auf die Superiorität des Intellekts über das Künstlerische neue Verfeinerungen zu entdecken. Der Universitätssardanapal ist das Symbol unserer Zeit.

× ×
 Zweitbesetzungen Meine satanische Neugier reizte mich mir in irgend einem Kunstinstitut eine

Zweitbesetzung vorspielen zu lassen. Man kann sich den Jammer nicht vorstellen. In keinem mittleren Provinztheater würde man Vorstellungen herauslassen, wie die von blutigstem Dilettantismus strotzende Aufführung von *Frühlings Erwachen*, die ich am 20. August 1908 in den *Kammerspielen* gesehen habe. Wo blieb die heroische Dämonie des Werkes? Ein Kaffeekränzchen in Luckenwalde, wo man sich nach Gebäck und Zigarette am Komödienspielen begeistert. Die tragende Rolle spielte ein Herr von vollkommen innerer Leere, der nicht einen Augenblick den Problemen seiner Rolle gewachsen war, mit unsagbarer darstellerischer Unfähigkeit den Ton für seine Rolle verfehlend und immer da deklamatorisch, wo nur bewusstes Abdämpfen den schon stark buchdramatischen Dialog retten kann. Er bewies geradezu eine Geschicklichkeit — seine einzige — im Finden ebenso unerwarteter wie unpassender Betonungen. Ich habe selten so etwas Empfindungsarmes gesehen wie diesen vollkommen farblosen Melchior, dem die angstvolle Geistigkeit so in allem fehlte, der so auf alles Sichtbarmachen des eruptiven Innenlebens dieses Knaben verzichtete. Und Wendla Bergmann wurde von einer Dame hingelegt, die für diese stille, zauberhafte Melancholie nur eine nicht einmal routinierte Empfindungsübertreibung einzusetzen hatte, und wie eine ältere kokette Dame auf dem Kinderball umherlief. Und von einer unsagbar farblosen Provinzialität waren die Schüler: Ich griff mir an den Kopf, ob das die Aufführung war, in der ich einst Moissi, die Eysoldt, die Eibenschütz gesehen hatte. Und diese Lehrer, diese traurigen Gesellen, die man als Provinz-

komiker glatt ablehnen würde. Dieser Herr, der in gestelzter Haltung auf der Bühne herumwankte, als gelte es einem im sonntäglichen Zirkus ergrauten Vorstadthabitué ein Lächeln abzurufen. Und das in Berlin, in der persönlichsten Schöpfung Reinhardts, in den *Kammerspielen*, in dem einzigen Raum, der etwas von der Feier der künstlerischen Schöpfung in sich trug. Eine Armee von Provinzialen, die jede Nuance zur Charge vergrößern, kein Gefühl für seelische Feinheit haben und nur bemüht sind an die offenkundigsten Gefühle zu appellieren, mit sehr viel Schmelz und Deutlichkeit ihre Rolle hinzulegen. Und was ist der Grund? Die Starzentralisierung, die Reinhardt treibt, die Ansammlung der grössten Gagen an ein Theater, das sehen muss diese übermässige Budgetbelastung der anerkannten Grössen durch Beschneidung der Gagen der mittleren und jungen Kräfte einzuholen. Man frage die Darsteller grösserer Rollen in einem ersten deutschen Theater, was sie für Gagen erhalten.

× ×
Neue Schauspieler Doch das mag gelegentlich ausführlicher untersucht werden, jetzt eine wichtigere

Feststellung. Leider, so möchte ich es fast formulieren, sah ich in diesem Schauspiel zwei Künstler, von denen der eine hoffen lässt, der andere ein starkes und höchst persönliches Talent ist. Der Jüngere zuerst. Als ich Josef Wörz — der hier den Moritz Stiefel spielte — vor einiger Zeit im *Hebbeltheater* sah, hatte ich die Empfindung, dass hier weniger eine Rolle gespielt wurde als eine Persönlichkeit sich entfaltet, einseitig, immer nur ihren Ton findend und kaum ein begrenztes Urteil zulassend. Auch nach dieser Leistung lässt sich nur sagen, dass Wörz allerdings vorläufig erst einen Ton zu variieren hat, aber diesen Ton bis in seine feinsten und verzweigtsten Nuancen beherrscht. Wenn er sich auch für einen Knaben viel zu tragisch benahm, viel zu bewusst, dass er Zuschauern seine Empfindung deutlich machen solle, so kam einiges doch mit dem Zeichen der grossen Linie heraus: so vor allem die Szene, als er sterben geht. An einem brauenden, düsteren Nebel vorbei, in den schwach die gelben Königskerzen leuchten, im Herzen sehnsüchtige Melancholie und abwehrende Bitterkeit stetzt er dürr und unheimlich wie ein Rabe vorbei, scharf gegen den unge-

wissen dämmernden Hintergrund profiliert. Da war irgend etwas Geschehenes darin, etwas, das einer schöpferischen Begabung entsprang.

Der andere war Rudolf Blümner als Rektor Sanftleben: eine Charakterzeichnung von so durchsichtiger Feinheit, wie ich sie besonders bei komischen Gestalten nur in ganz wenigen Fällen gesehen habe. Der Rektor Blümmers war in nichts übertrieben, jede Gebärde, jede Betonung, jedes Wort gehörte notwendig zu einem Zentrum, das nicht eine zufällige Zusammenreihung von komischen Einzelzügen war sondern ein lebender Mensch, etwas Fühlendes, Begehrendes, Wollendes. Ich habe selten so etwas vollkommen Bewältigtes, Ausgearbeitetes gesehen wie diese Leistung eines wirklichen Darstellers, der die feineren Äusserungen der menschlichen Seelen kennt, ihre leise Komik meistert und mit durchaus homogenen Mitteln einen heiteren Glanz diskreter Komik um seine Gestaltungen sät, der immer wieder zu begeistertem Lachen hinreiss. Ich schrieb hier schon einmal dieses Wort, als der Grössten einer, der alte Engels, starb, und eben fällt es mir wieder ein, ob es schon ein anderer Mensch und ein anderer Typus ist; aber ich verliess die *Kammerspiele* neben dem brummenden, schwirrenden, dröhnenden Geräusch in meinem Gehirn mit der Überzeugung, dass hier ein Talent für die kraftvolle Erfassung nur angedeuteter Züge ist, ein, wenn es an der Zeit ist, unaufdringlicher Komiker von der seltenen Fähigkeit sekundär belichtete Züge an die Oberfläche zu bringen. Rudolf Blümner ist der Seltenen einer, die fähig sind jene feineren Charaktere des Komischen darzustellen, die gleichsam durch Spiegelung einer starken Geistigkeit in einem verzerrenden Hohlspiegel entstanden sind: Phantasten und Träumer, die wie Narren scheinen.

× ×
Kurze Chronik Hofrat Barnay wurde Mitte des Monats von Berlin nach Hannover berufen.

Man sieht ihn mit der selben Gleichgültigkeit gehen, mit der man den nächsten kommen sieht. Als Nachfolger Barnays werden Patry und der Mannheimer Intendant Dr. Hagemann, einer der leersten und unfruchtbarsten Theoretiker, genannt. × Mitte September wird das *Berliner Theater* unter der neuen Direktion Meinhard und Bernauer eröffnet werden.

Als Eröffnungsvorstellung werden Freytags *Journalisten* in Szene gehen. Bemerkenswert ist das Engagement von Heine und Alfred Korff, der den Bolzspielen wird, von der Wiener Burg.

× **Literatur** Ich habe überlegt, ob an dieser Stelle über das Theater von Max Burck-

hard /Frankfurt a. M., Rütten & Loening/ ein Wort zu verlieren ist. Es ist kein von der Kulisse irgend wie beeinflusstes Theaterbuch sondern sucht vielmehr die Bühne als Kulturfaktor in ihrer sozialen und künstlerischen Wirkung zu begreifen. Burckhard gehört zu den Menschen, die mit einer Art dünner Dialektik alles betreiben und alles zusammenleimen: er weiss überall Vergleiche zu finden und dann bereitwilligst Schlüsse zu ziehen. Und dann eine besondere Art entwicklungsgeschichtlicher Philosophie, die wie die Orientierungsbemühungen eines sehr fleissigen Autodidakten aussieht. Burckhard stösst die allerfatalsten Banalitäten, über die man sich wirklich schon weggesetzt hat, mit der grössten Lungenkraft heraus. Ich bin nicht ganz unparteiisch, denn es war mir nicht möglich nach den Begriffsverwirrungen der ersten 20 Seiten mit unbeflussten Sinnen das Buch zu Ende zu lesen. Wenn einer die Abrihtung eines Tiers mit der Erziehung des Menschen vergleicht, wittere ich immer unlautere Zwecke, und man lese nur die Folgerungen bei Burckhard. Im allgemeinen ist mir Burckhard seinen Gefühlen gegenüber zu nachgiebig, er wittert allzuwillig philosophische Erkenntnisse, wo es sich zumeist um mehr oder minder zutreffende Eindrücke handelt. Jedenfalls ist der sehr enttäuscht, der von dem früheren Direktor des Burgtheaters das erwartet, was man doch von ihm am ehesten erwarten konnte: Praxis.

KULTUR

Technik / Heinrich Lux

Zeppelins Luftschiff

Kein technisches Problem interessiert die Öffentlichkeit auch nur annähernd in dem gleichen Masse wie das der Beherrschung der Luft. Im Prinzip scheint die Aufgabe gelöst zu sein fast unbegrenzte Strecken in beliebiger Richtung mit dem Luftschiff zurücklegen zu können. Das Unglück, das dem Zeppelinschen Luftschiff zugestossen ist, wird

allseitig nur als ein tückischer Zufall aufgefasst. Nur durch das Zusammenwirken verschiedener Umstände, die einzeln bedeutungslos gewesen wären, sei die Vernichtung herbeigeführt worden. Diese Auffassung ist im ganzen, aber doch nicht vollständig zutreffend.

Wie kam der verhängnisvolle Unfall zu stande?

An dem einen der beiden Motoren wurde eines der Zahnräder, durch die die Motorleistung auf die Propellerschrauben übertragen wird, schadhaft. Der betreffende Motor musste infolgedessen abgestellt werden. Die mit dem anderen Motor allein erzielte Geschwindigkeit war aber nicht gross genug, um die Höhensteuerung in zuverlässiger Weise betätigen zu können: Der Ballon begann infolgedessen zu steigen. Hierdurch aber wuchs der Gasdruck in dem Ballon respektive in den einzelnen Ballonabteilungen, und ein Teil der Gasfüllung entwich. Um die Gasverluste nicht zu gross werden zu lassen, entschloss man sich zu der ersten Landung in der Nähe von Mainz. Nachdem der Motorschaden repariert worden war, unternahm Zeppelin einen neuen Aufstieg, ohne dass Gas nachgefüllt worden wäre. Auf der Rückfahrt ereignete sich ein zweiter Motorunfall, indem, wahrscheinlich infolge ungenügender Schmierung, das Weissmetall des Pleuelstangenlagers eines Kolbens heiss wurde und auszuschmelzen begann. Wieder musste ein Motor abgestellt werden, infolgedessen stieg der Ballon wieder so hoch, dass neuerliche Gasverluste eintraten. Der Ballon verlor hierdurch so viel an Auftrieb, dass sich Zeppelin zu einer zweiten Landung entschliessen musste, um den neuen Motorschaden auszubessern und neues Gas aufzufüllen. Der Ballon wurde auf der Erde festgemacht. Die Befestigung geschah aber in nur ungenügender Weise, weil nach der ersten Landung ein Anker, Tawe usw. zum Zweck der Gewichtserleichterung des Luftschiffes ausgeladen worden waren. Im Vertrauen auf das gute Wetter begnügte man sich aber mit der unlegbar zu schwachen Befestigung. Plötzlich setzte eine Gewitterböe ein, der Ballon wurde losgerissen, die zu geringe Zahl der Militärmannschaften, die zum Halten des Ballons kommandiert worden waren (die Mehrzahl musste gegen das böse Publikum aufgeboten werden), reichte natürlich nicht aus dem Sturmwinde Trotz zu bieten. Der Ballon fegte mit seiner Spitze über den Erdboden und über

Bäume und wurde hierbei leck. Der Gasvorrat entwich und zugleich entzündete sich das ausströmende Gas. Eine eigentliche Explosion, das heisst eine Entzündung des gesamten Gasvorrates in einem einzigen Augenblick, fand hierbei jedoch nicht statt. Die Mitteilungen der Zeitungsberichterstatter über *Explosionen* sind so vollständig aus der Luft gegriffen gewesen wie etwa die gedankenlosen Berichte über *elektrischen Kurzschluss*, wenn irgendwo aus zunächst unbekanntem Ursachen ein Feuer ausbricht.

Von den einzelnen hier geschilderten Vorgängen ist kein einziger rätselhaft. Rätselhaft ist nur die *Selbstentzündung* des Gases, nachdem festgestellt worden ist, dass keiner der beiden Motoren arbeitete, und dass beide Motoren vollständig kalt waren. Was hat die Entzündung des Wasserstoffgases herbeigeführt, ohne die das Luftschiff vielleicht noch hätte gerettet werden können? Man neigt jetzt zu der Annahme, durch das Schleifen des vorderen Ballonteiles auf dem Erdboden respektive an den Bäumen sei der Ballonstoff so heiss geworden, dass die Entflammungstemperatur des Wasserstoffgases erreicht worden war. An diese Erklärung vermag ich jedoch nicht zu glauben. Die Reibung des doch noch einen sehr starken Auftrieb besitzenden Ballons an der Erdoberfläche ist unbedingt nicht so gross gewesen als dass die Ballonhülle für sich hätte in Brand geraten können. Nach den letzten Sachverständigenberichten wird die Gasentzündung auf elektrische Funkenentladung zurückgeführt, für die allerdings vorläufig auch kein Beweis erbracht ist. Die Entstehung des Brandes bedarf also noch immer der endgültigen Aufklärung. Ich persönlich neige zu der Ansicht, dass in dem verwandten Wasserstoff selbst die Ursache der Selbstentzündung zu erblicken sei. Das aber ist möglich, wenn in dem Wasserstoff von dessen Fabrikation herrührender Phosphorwasserstoff enthalten war. Phosphorwasserstoff aber entzündet sich schon bei einer Temperatur von 100°, eine Temperatur, die sehr leicht an der Reibungsstelle des Ballons vorhanden gewesen sein kann. Soviel ich weiss, ist bisher von keiner Seite auf diesen Punkt die Aufmerksamkeit gelenkt worden, und doch erscheint er mir für die ganze Luftschiffahrt von nicht geringer Wichtigkeit, da bei der technischen Herstellung des unentbehrlichen Wasserstoffes die Verunreinigung durch Phos-

phorwasserstoff nie ganz ausgeschlossen erscheint.

Aber selbst wenn ich die Frage der Selbstentzündung des Wasserstoffes ganz ausser Betracht lasse, so kann ich für die Vernichtung des Zeppelinschen Luftschiffes doch nicht die unglückliche Verkettung von Zufälligkeiten als ausschliessliche Ursache ansehen. Ich stehe vielmehr auf dem Standpunkt, dass die Katastrophe des Zeppelin — abgesehen von der Selbstentzündung des Wasserstoffes — unvermeidlich gewesen ist und in jedem Augenblick hätte eintreten können. Die eigentliche Ursache für die Katastrophe erblicke ich in der Wehrlosigkeit jedes Ballons bei plötzlich auftretenden Stürmen. Befindet sich ein Ballon auf der Erdoberfläche ohne Schutzhalle oder auf einer Wasserfläche, so bedroht jeder stärkere Sturmwind seine Existenz. Infolge der riesigen Angriffsfläche, die ein Ballon von der Grösse des Zeppelinschen Luftschiffes den Winden darbietet, wirken auf ihn Drücke, denen kein Ankertau gewachsen ist. Kein Schiff vermag dem Sturm zu trotzen, wenn es mit gespannten Segeln verankert daliegt. Aber auch wenn das Luftschiff beim Auftreten eines Sturmes in den Lüften schwebt, ist es nicht vor Vernichtung gefeit. Um sich bei den enormen Luftgeschwindigkeiten, die bei Stürmen herrschen, und die bis zu 160 km in der Stunde und mehr betragen können, gegen den Sturm halten zu können, müssen dem Luftschiff Eigengeschwindigkeiten von gleicher Grösse erteilt werden können. Bei dem gegenwärtigen Stande der Technik liegt diese Möglichkeit aber noch nicht vor. Dem Ballonluftschiffe bleibt also nichts anderes übrig als sich bei einem heranziehenden Sturm schleunigst in eine schützende Ballonhalle zu flüchten, wenn es seine Existenz nicht gefährden will. Katastrophen analoger Art wie bei dem Zeppelinschen Luftschiffe werden deshalb auch, solange nicht überall geeignete Landungsstellen auf grossen Wasserflächen vorgesehen sind, unausbleiblich sein.

Damit erscheint die wirtschaftliche Bedeutung der Luftschiffahrt auf lange Zeit hinaus noch stark beschränkt, und auch die grosse Tat Zeppelins vermag mein Urteil nicht zu modifizieren, das ich bereits früher in dieser Rundschau (1908, 1. Band, pag. 199) ausgesprochen hatte: denn solange bei jeder Fahrt Summen von Millionen auf das Spiel gesetzt werden und gesetzt werden müssen, kann mit

einer praktischen Ausnutzung der Luftschiffahrt nicht gerechnet werden.

Elektrische Stahlbereitung

Stahl, das wichtigste Material der modernen Technik, wird aus Eisen in der Weise hergestellt, dass entweder kohlenstoffarmes Eisen (Schmiedeeisen) Kohlenstoff zugesetzt, oder aber kohlenstoffreichem Eisen (Gusseisen) Kohlenstoff entzogen wird. Die schwere Industrie von heute benutzt nur letzteres Verfahren, das allein sichere Resultate ermöglicht. Zur Ausführung sind eine ganze Reihe von Methoden in Anwendung, denen allen die Erwärmung des Eisens bis zum Schmelzen gemeinsam ist. Wird aber, wie dies bisher allgemein üblich gewesen ist, zur Erzeugung der Schmelzwärme Kohlen- oder selbst Gasfeuer benutzt, so sind ganz gewaltige Wärmeverluste mit in Kauf zu nehmen, die bis zu 95 % der zugeführten Wärmemenge ansteigen können. Ausserdem aber wird noch durch die Flammgase die Qualität des Stahls beeinflusst, und auch Materialverluste sind unausbleiblich.

Aus diesen Gründen wurde schon seit sehr langer Zeit darauf hingearbeitet das Einschmelzen des Eisens, respektive die Stahlerzeugung, durch die Wärmeleistung des elektrischen Stromes zu ermöglichen. Am nächsten lag hier der Gedanke die Temperatur des elektrischen Lichtbogens zwischen zwei Kohlenstäben auszunutzen. Hierauf beruhen die Stahlbereitungsverfahren Stassanos in Italien und Dr. Héroults in La Praz, nach denen beiden bereits in sehr erheblicher Menge Stahl hergestellt wird. Die thermischen Wirkungen beider Verfahrensarten sind sehr günstig, nichtsdestoweniger aber bedeutet die Anwesenheit des Kohlenstoffs der Elektroden, besonders bei einer Temperatur von mehr als 3000°, eine ziemliche Ungleichmässigkeit der Qualität des erzeugten Stahles. Wesentlich sicherer arbeitet das Verfahren E. A. Colbys in New Jersey, das von der Transformationsfähigkeit des elektrischen Wechselstromes in überaus genialer Weise Gebrauch macht. Der elektrische Induktionsofen Colbys besteht nämlich im wesentlichen aus einem Transformator mit dünndrähtiger Wickelung, durch die hochgespannter Wechselstrom hindurchgesandt wird, während die andere Wickelung durch das Schmelzgut selbst gebildet wird. Der in der dünndrähtigen Wickelung verlaufende hochgespannte Wechselstrom induziert in dem Schmelzute, genau so wie in einer

sehr dickdrähtigen Wickelung, einen Strom von verhältnismässig niedriger Spannung, aber ausserordentlich hoher Stromstärke: und zwar kann die Stromstärke bis auf 30000 Ampère gebracht werden. Bei dieser Stromstärke erwärmt sich das Schmelzgut so stark, dass es schmilzt, ohne dass Luft oder Feuergase mit dem schmelzenden Eisen in Berührung kommen. Man hat es demnach in der Hand Stahl von beliebigem, aber genau bestimmtem Kohlenstoffgehalt in höchster Reinheit zu erzeugen, und ein weiterer Vorteil besteht darin, dass man durch Regulierung der Stromstärke fast jede beliebige Temperatur einstellen kann.

Schiffskreisel

Das Prinzip der Kreisbewegung, von dem bereits in dieser Rundschau (1908, I. Band, pag. 588) die Rede war, hat in der Praxis schon gelegentliche Anwendung gefunden, nämlich um nach einem Vorschlag Schlicks das Schlingern der Schiffe, die Hauptursache der Seekrankheit, zu vermeiden. Auch hier werden grosse Schwungmassen in rasche Rotation versetzt, so dass dem Schlingern ein gewaltiger Widerstand entgegengesetzt wird, und die mit Schiffskreiseln ausgestatteten Fahrzeuge selbst bei bewegter See überaus ruhig zu fahren vermögen.

Kurze Chronik

Ein elektrisch betriebener Radiergummi ist das neueste Requisit für grosse Zeichenbureaus. Von einem kleinen Elektromotor wird vermittelt biegsamer Welle eine Gummischeibe in Rotation gesetzt, so dass die grössten Flächen in kurzer Zeit gesäubert, oder Fehler der Zeichnung beseitigt werden können. Die Eisenbahn Spiez-Fruttingen in der Schweiz soll in eine elektrische Bahn verwandelt werden. Zur Anwendung soll einphasiger Wechselstrom von 15000 Volt Spannung bei 15 Perioden kommen. Der elektrische Strom wird von den Kander- und Hageneck-Werken geliefert werden. Auch die österreichischen Staatsbahnen planen die Umwandlung des Dampfbetriebes in elektrischen Betrieb. Zunächst sichern die Bahnverwaltungen sich die erforderlichen Wasserkräfte. In Deutschland bestehen gegenwärtig 135 Stationen für drahtlose Telegraphie, die dem öffentlichen Gebrauch dienen. 113 davon sind nach dem System *Telefunken*, 16 nach

dem System Marconis und 6 nach dem de Forests eingerichtet. × Eisenbeton im Schiffsbau wird schon seit einiger Zeit in Italien mit Erfolg für Leichterschiffe angewandt. Jetzt geht man daran Eisenbetonpanzerplatten zu konstruieren, mit denen in Mugiano Schiessversuche angestellt worden sind. Bis jetzt konnte die Platte, die beiderseitig von dünnem Stahlblech geschützt ist, von Geschossen aus einem 20,3 cm-Geschütz nicht durchschlagen werden. × Das *Montauk Theater* in Brooklyn, ein massives Backsteinbauwerk von 85 000 t Gewicht, wurde mit Erfolg um 300 m an einen anderen Ort verschoben. Bei dem Transport hat sich nicht ein einziger Ziegel verschoben, und nicht der geringste Unfall hat sich ereignet.

× **Literatur** ×
 Einen guten Einblick in das Wesen der kapitalistischen Produktion gewährt das Werk J. Lilienthals *Fabrikorganisation, Fabrikbuchführung und Selbstkostenberechnung der Firma Ludwig Löwe & Co., Berlin* /Berlin, Springer/. Daher wird das Buch, das den ganzen Geschäftsgang einer grossen Maschinenfabrik mit allen Einzelheiten wiedergibt, nicht nur für Betriebs- oder Fabrikleiter sondern vor allem für Nationalökonomien von grossem Wert sein. × Für die häufig wiederkehrende Frage, ob in bestimmten Fällen Gasbeleuchtung oder elektrische Beleuchtung vorzuziehen sei, gibt die kleine Broschüre des Professors Dr. Karl Heim, die unter dem Titel *Gas oder Elektrizität?* /Hannover, Jänckel/ erschienen ist, erschöpfende Auskunft. Nach einer Übersicht über die Entwicklung des Gas- und des elektrischen Lichtes seit 25 Jahren wird das nach unten brennende Gasglühlicht und die elektrische Metallfadenlampe eingehend behandelt. Die Verwendungsgebiete der Gas- und der elektrischen Beleuchtung werden gegen einander abgegrenzt, und den Beschluss macht eine vergleichende Berechnung der Anlage- und Betriebskosten für zwei praktische Fälle (für ein Ladengeschäft und für eine Mietswohnung) unter Voraussetzung einer Beleuchtung mit hängendem Gasglühlicht respektive mit Wolframlampen. Obwohl die Broschüre von einem Elektrotechniker herrührt, wird doch nicht einseitig für das elektrische Licht Partei genommen. × In der hier wiederholt erwähnten Sammlung wissenschaftlich gemeinverständlicher

Darstellungen *Aus Natur- und Geisteswelt* /Leipzig, Teubner/ ist soeben ein neues Bändchen herausgekommen, das die *Uhr, Grundlagen und Technik der Zeitmessung* behandelt. Verfasser ist H. Bock, Ingenieur und Lehrer am staatlichen Technikum zu Hamburg.

Kunstgewerbe / Joseph August Lux

Olbrich † Der Künstler-Architekt Joseph M. Olbrich in Darmstadt ist tot, den Folgen einer Gallensteinoperation unterlegen, wie das Telegramm lautete. Vor einem halben Jahre sass ich mit ihm zu Tisch, freute mich mit ihm an seinen Erfolgen, an der schier mühelos bewältigten ungeheuren Arbeit, die er geleistet, an den Plänen und Entwürfen, die ihn beschäftigten, an den Hoffnungen, die den 40 jährigen Mann mit strahlendem Feuer von der Zukunft reden liess, die Schätze von ihm zu erwarten hatte, wie gross auch schon das bisher Geleistete war. Ich freute mich an seiner Gesundheit, an dem Lebens- und Schaffensglück des Künstlers und Menschen. Das Düsseldorfer Museum barg die Ausstellung seiner Entwürfe und Skizzen, viele Säle voll und doch nur ein kleiner Bruchteil dessen, was noch in Kisten lag, was gebaut war oder in ungezählten kunstgewerblichen Dingen die Besitzfreude der Kunstfreunde nährte. »Sie müssen riesig gearbeitet haben,« sagte einer bewundernd. »Arbeit?« rief Olbrich. »Keine Spur! Lauter Vergnügen! Alles, was Sie sehen, lauter Vergnügen!« Das war ein echter Olbrich. Das Leben, die Mühe, die harte, nur im aufzehrenden Fleiss verwirklichte Riesenarbeit des Genies war ihm ein Fest, ein Vergnügen, Seligkeit. Und dieser Mann, noch ein Jüngling an Kraft und Feuergeist, fällt ein halbes Jahr später dem Zufall einer Krankheit zum Opfer. Der Sinn dieses Schicksals ist mir noch nicht verständlich. Wenn Darmstadt als leuchtender Hügel, auf dem die Kunst thronte, sich über dem Horizont erhob, so war es nicht allein die Kunstfreude des Grossherzogs sondern vor allem das Genie Olbrichs, das dieses Wunder bewirkte. Dieses Licht ist verlöscht, und wir verlieren nicht nur einen herrlichen Menschen sondern vor allem einen herrlichen Künstler, wir, die ihn gekannt haben und lieben mussten, weil wir ihn gekannt haben. Und das trifft uns doppelt schwer in einer Zeit, wo jeder Künstler, der sich treu bleibt, zu den seltenen, beglückenden

Erscheinungen gehört. Er musste streng und rücksichtslos gegen sich und gegen andere sein, wie jeder, der sein Selbst behaupten will. Das haben ihm viele nicht verzeihen können, viele, die die künstlerische Überlegenheit als Kränkung empfinden. Denn Überlegenheit liebt man nicht, und es gab allzu viele, denen seine Grösse und Selbstherrlichkeit im Wege stand. Aber er ging wie ein Sieger über sie hinweg, über die kleinen Neider und Streber, die sich zusammenrotten und gerade in der Gegenwart die Kunst durch törichte Dogmen zu knebeln suchen. Es darf zu seinem Ruhm gesagt werden, dass er Feinde hatte, und dass er selbst über die Lästler nie anders als vornehm, rücksichtsvoll, edel denkend sprach. Er hatte der Welt nicht Studien, Wiederholungen, modernisierte Kopieen alter Gedanken zu geben, er gab ihr, was sie am meisten hasst und am dringendsten braucht: Ideen. Darmstadt war ein Dokument; er schuf die Idee des Gartens neu, das Wort *Farbengarten* sagt es. Er umspannte alle vielverzweigten Gebiete des architektonischen und kunstgewerblichen Schaffens, und was er immer ergriff, begabte er mit neuen anregenden Zügen und Gedanken. Jeder Entwurf, sei es Monumentalarchitektur oder Spitzenfächer, war schon als Zeichnung Kunstwerk. Immer höher stieg seine Vollendung, immer kostbarer wurden seine Ideen, immer fruchtbarer wurde sein unerschöpflicher, universeller Geist. Und da ereignet sich das tragische Schicksal . . .

× München: *Aus-Ehrlichkeit* ist das neue Losungswort, das für die Entwicklung des Kunst-

gewerbes ausgegeben wurde. Riemerschmid ist sein Schöpfer, die Münchener Ausstellung soll dafür eine Illustration sein. *Sachlichkeit* ist ein anderes Wort, das als charakteristische Marke der Ausstellung ausgegeben wird. Dieses Wesen von Ehrlichkeit und Sachlichkeit in allen Teilen der Erzeugung, die sich künstlerisch behandeln lassen, durchzuführen, wurden die Künstler gebeten alles zu unterlassen, was einer Sensation ähnlich sieht. Die Münchener Ausstellung ist aber in künstlerischem Betracht ein Misserfolg. Diese Ausstellung angewandter Kunst bedeutet eine Tendenz, die sich in voller Reaktion befindet. Eine Ausstellung angewandter Kunst. War der kolossale Aufwand einer grossen Kunstausstellung nötig, um das Selbstverständliche zu zei-

gen? Um Dinge zu zeigen, die man seit Jahren in den Münchener Schaufenstern zu sehen gewohnt ist? Wir erwarteten eine Kunstausstellung, die weiter führt, die Ideen bringt, die Fortschritte der Kunst registriert, ein rücksichtsloses Vorwärtsschreiten und Erfinden, wie es in der Ingenieurkunst, in der Technik und Wissenschaft selbstverständliches Lebensprinzip ist, ein Neugestalten, ein Stürzen des ewig Gestrigen und ein kühnes, züversichtliches Wiederaufbauen, wie es der schöpferischen Kraft geziemt und Gebot der künstlerischen Selbsterhaltung ist. Sensationen, die uns die Technik, die Erfindung, die Naturwissenschaft täglich beschert, und die in der Kunst die eigentlich erhaltende Kraft darstellen.

Aber die Leitung hat sich ausdrücklich die Sensation verboten, sie wolte keine Neuerung, keine Ideen, keine individuellen Züge, nichts, was aus der Reihe ragte. Sie wolte Ehrlichkeit. Gut. Es lässt sich denken, dass man eine Gewerbeausstellung macht, die mit Kunst nichts zu tun hat, die aber dafür jedem Gebrauchsgegenstand die angemessene sachliche, durch keinerlei Stilrücksichten bestimmte Form gibt, wie wir es an zahllosen Instrumenten, Sportartikeln, Herrenanzügen, Fahrzeugen, Ruderbooten sehen. Oder aber, da sich ja diese Ausstellung als Kunstausstellung erklärt, lässt sich denken, dass auch den kunstgewerblichen Gegenständen und Architekturen jene zweckdienliche, international geschmackvolle Form gegeben wird, darin die früher erwähnten Gegenstände ein Beispiel sind. Aber davon ist keine Rede. Man braucht nur die Haupthalle der Ausstellung mit den Ehrenhallen, Architekturen, Wohnungseinrichtungen und Kunstgewerbegegenständen zu durchwandern, um zu erkennen, was gemeint ist. Vom 11. Jahrhundert bis zum Biedermeier sind alle Stile wiedergekaut. Besonders aber Biedermeier. Wo steckt da die Ehrlichkeit, wo die Sachlichkeit? Das alles ist doch Sentimentalität. Sämtliche Plastiken sind akademisches Handwerk, ermüdende Wiederholungen von Renaissancegedanken. Das alles war längst da und viel besser. Wenn sich die Menschheit aus dem Starrhann erholt haben wird, darin sie künstlerisch durch diese Art von Reproduktionskunst gehalten wird, muss sie einen unverlöschlichen Hass gegen diese Gattung hegen, die vorgibt *ehrlche Kunst* zu sein. Was geschmackvoll ist, sind jene Gegenstände, die nicht der künstlerischen Beeinflussung unterworfen

waren, die Kleider, die Instrumente, die Maschinen usw., kurz, die Dinge, die eigentlich nicht zur Kunstausstellung gehören und in den Strassen vieler Städte, in den Schauläden mühelos betrachtet werden können. Aber wie sieht das übrige aus? Imitationen von Ritterrüstungen und Eisenbeschlagimitationen kann ich wirklich nicht als geschmackvoll empfinden. Ehrenhallen in pompejanisch-biedermeierlichem Stil, dorische Säulen aus Stampfbeton und darüber das offene Konstruktionsdach der Eisenhalle, diese Verbindungen zeugen weder von Ehrlichkeit noch von Sachlichkeit. Die Eisenhalle, das Werk des Ingenieurs, ist modern, ist gut. Was die Künstler hineingebaut haben, ist unsachlich und darum unkünstlerisch. Riemerschmid selbst ist im Begriff in der Heimatkunst sich zu verlieren. In voller Reaktion begriffen, hält er jetzt bei der Tiroler Gotik. Seine Modellhäuser sind Bauernhausimitation. Und sie sind für Arbeiter bestimmt. Man nimmt alles nur dann so ernst, wenn man nicht den Sinn für diese Ironie besitzt. So viel über das Psychische der Ausstellungstendenz. Gleichmässigkeit der Haupterscheinung sollte erzielt werden. Auf diese Weise ist es überraschend gelungen jede künstlerisch schöpferische Regung fernzuhalten. Unduldsamer Calvinismus, der sich anmasst der Welt statt Kunst ein Dogma zu geben, die Auffassung einiger Architekten, die sich auf den Grundsatz geeinigt haben, nicht die Persönlichkeit sei schöpferisch sondern die Organisation.

Die *Kunstschau Wien 1908* führt weiter, zeigt neue technische Erfindungen, neue technisch stilistische Anwendung. *München 1908* führt nicht weiter; führt zurück ins Krähwinkel. Das Publikum, der öden Schulmeisterei satt, spürt die Ohnmacht instinktiv und fühlt sich gelangweilt. Man bringt eine unausgesprochene Sehnsucht mit und geht unbefriedigt, unerlöst fort. Gute, anständige Sachen gibt es natürlich auch in Massen auf dieser Ausstellung. Aber Dinge, die immer schon und überall gemacht werden, die man nicht bloss in München sieht sondern auch bei Wertheim und in jedem anständigen deutschen Laden. Die waren nicht erst zu zeigen.

× ×
Kurze Chronik Die Ortsgruppe Essen des Bundes deutscher Architekten hat im Juni und Juli eine Architektur Ausstellung veranstaltet. Das Programm war die künstle-

rische Gestaltung des Familienhauses. × Am 11. und 12. Juli tagte in München die 1. Jahresversammlung des *Deutschen Werkbunds*. Den wichtigsten Beratungsgegenstand bildete die Heranbildung des gewerblichen Nachwuchses. × Im Stuttgarter Landesgewerbemuseum wurde am 1. Juni unter grosser Beteiligung akademischer Kreise eine Studentenkunstausstellung eröffnet. × Der 18. Delegiertentag des *Verbandes deutscher Kunstgewerbevereine* hat 6 Leitsätze über das Recht der Angestellten an ihren Entwürfen aufgestellt.

× ×
Literatur Dreslers *Kunstjahrbuch 1908* /Dresden Kuehtmann/ bietet in übersichtlicher Anordnung alles Wissenswerte: ein Adressenverzeichnis der bildenden Künstler und Künstlerinnen der Gegenwart, der Kunstschriftsteller, der Kunstlehrstätten, der Künstlergemeinschaften und der Kunst-arbeitsstätten sowie Verzeichnisse von Schriften der künstlerischen Kultur, von Ausstellungsmöglichkeiten und andere Dinge, die für die Praxis sehr schätzenswert sind. Ohne Unvollständigkeiten geht's ja freilich niemals ab. Ich mache eine Stichprobe und suche den Bildhauer Franz Metzner, vom Haus *Rheingold* her in aller Gegenwart. Existiert nicht. Peter Behrens ist noch mit seiner Düsseldorfser Adresse verzeichnet, während er seit vorgangem Herbst bereits in Berlin domiziliert. Von Hodler sind wie bei den anderen Künstlern die Hauptwerke angeführt, von Klimt kein einziges. Die *Wiener Werkstätten* finde ich nirgends verzeichnet, obzwar eine Rubrik für Arbeitsstätten der Kunst da ist. Karl Reichel, der feine Graphiker, fehlt, ebenso der sehr viel populärere Kubin. Und wo steckt Walser? Unter den Kunstschriftstellern vermisse ich Harry Grafen Kessler, K. E. Osthaus. Von ausländischen Künstlern ist zwar Khnopff da, dagegen fehlt Berlage, der mit Deutschland viel Beziehung hat, der Graphiker Gordon Craig, der lange Zeit in Berlin gelebt, von anderen ganz zu schweigen. Wo bleibt die Konsequenz? Das Auftauchen des einen fremden Namens berechtigt zur Erwartung auch die anderen grossen Ausländer zu finden. Da entdeckte ich Sinding in Kopenhagen. Minne ist aber nicht da, der uns geistig näher und höher steht. Ein Adressen-

buch muss es sich gefallen lassen, dass man es danach beurteilt, was fehlt. Aber wir haben es so notwendig, dass wir es gern hinnehmen müssen, wenn auch mit dem Wunsch nach Ergänzung.

DIVERSA

Bücher

Wolff: Pariser Tagebuch Lose Blätter, Feuilletons, zum Kranze gebunden und der Stadt der Lebensfreude huldigend dargebracht, das ist die Signatur des köstlichen *Pariser Tagebuchs* Theodor Wolffs (München, Langen/), das uns Paris, seine Sitten, seine Menschen schildert. Es ist auch so viel Duft, so viel Leben, so viel flimmernde Sonne mit in das Buch hineingeschlüpft, dass es in uns eine grosse Sehnsucht nach Paris erweckt. Und doch haben diese Schilderungen, sprachliche Meisterwerke, die ohne bewussten Zusammenhang und in weit auseinander liegenden Zeiträumen niedergeschrieben sind, nichts Überschwängliches an sich, sie geben uns den schlichten Alltag auch mit seinen Schattenseiten, aber sie schliessen sich zu einer grossen Einheitlichkeit zusammen, aus der man die Liebe und das tiefe Verständnis für die fremde Stadt herausempfindet. Aus den einzelnen Stimmungsbildern mit ihren vielfältigen Nuancen ragen dann gross und scharf umrissen Charakterbilder aus Kunst und Politik hervor, Menschen, die Theodor Wolff persönlich gekannt und objektiv erfasst hat. Dass er, durch irgend ein aktuelles Interesse genötigt, sie in bestimmten, gegebenen Momenten packt, bringt sie uns in einer Lebendigkeit vor die Augen, die ein Biograph selten findet. Anatole France, Clemenceau, Henri Becque, Emile Zola, Pissarro, Carrière, Benedetti, Scheurer-Kestner, Waldeck-Rousseau und besonders prachtvoll der *grosse Baron* (Rothschild) und noch viele andere sind dabei in einer Weise herausgemeisselt, dass ihr Bild weit über den Rahmen des Feuilletons hinausragt und zum kulturgeschichtlichen Dokument wird. Alle diese Grossen, Berühmten und Verkannten werden in der Zugehörigkeit zu dem Boden, dem sie entstammen, verstanden, und durch sie steigt für uns neben dem Paris des heitern Lebensgenusses jenes andere erste, grosszügige Paris auf, das die Heimat einer feinen, alten Kultur ist, aus der in unendlicher Fülle immer wieder neue Elemente emporwachsen, die die Gesamtkultur befruchten.

IDA HÄNY-LUX

Notizen

In eigener Sache

Die *Leipziger Volkszeitung* benutzt einen sicherlich gut gemeinten Antrag der Freiburger Genossen, der eine Verschmelzung der *Sozialistischen Monatshefte* mit der *Neuen Zeit* herbeiführen will, zu folgenden Auslassungen: »Wenn das nicht ironisch gemeint wäre, würden wir fragen, wie die Freiburger Genossen diese von bürgerlichen Kapitalisten hochgehaltenen Monatshefte *verstaatlichen* wollen. Etwa durch Rückvergütung der von den Gegnern der Sozialdemokratie in das nichtparteiigenössische Unternehmen gesteckten Kapitalien?« Auf diese Verdächtigung sei nur folgendes festgestellt: Der *Verlag der Sozialistischen Monatshefte* ist das Eigentum einer Gesellschaft mit beschränkter Haftung, der ausschliesslich Mitglieder der sozialdemokratischen Partei angehören. Da er kein gewinnbringendes Unternehmen ist noch sein will, ist er durch freiwillige Beiträge aus Genossenkreisen unterstützt worden. Daran haben sich vor Jahren auch einige wenige Persönlichkeiten beteiligt, die ausserhalb des politischen Lebens standen, aber für die sozialdemokratische Partei wie für gewerkschaftliche Zwecke auch sonst des öftern Beiträge gegeben haben. Es hiesse unsere Mitarbeiter beleidigen, wollten wir den sozialdemokratischen Charakter unserer Zeitschrift gegenüber den Schimpfereien der *Leipziger Volkszeitung* noch besonders hervorheben. Jede Behauptung wie die, dass irgend welches Geld von »Gegnern der Sozialdemokratie« gekommen sei, charakterisiert sich uns gegenüber von selbst als eine Verleumdung. Man sollte sich schämen mit Anwürfen gerade dieser Art gegen die *Sozialistischen Monatshefte* zu kommen, die nur herausgegeben werden, um der Sache zu dienen, von denen niemand einen materiellen Vorteil hat, und die, wie bekannt, dauernd durch die Opferwilligkeit überzeugter Genossen erhalten werden. Um dem sinnlosen Gerede von dem »bürgerlichen« Unternehmen, in dem sich die *Leipziger Volkszeitung* dauernd gefällt, ein für allemal ein Ende zu bereiten, erklärt der unterzeichnete *Verlag der Sozialistischen Monatshefte*, dass er jederzeit bereit ist dem sozialdemokratischen Parteivorstand vollen Einblick in seine Geschäftsführung, in seine Ausgaben und Einnahmen und in alles, was sonst gewünscht, werden sollte, zu gewähren.

DER VERLAG